

Dritte Ausgabe

Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker

Generaldirektion
Justiz, Freiheit und Sicherheit



Europäische Kommission

Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker

Dritte Ausgabe, April 2010



*Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden*

Gebührenfreie Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(*) Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.



Dieses Handbuch haben Jan Niessen und Thomas Huddleston von MPG im Namen der Europäischen Kommission (Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit) verfasst.

Der Text kann von der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse heruntergeladen werden: http://ec.europa.eu/comm/justice_home sowie von der Europäischen Webseite für Integration: www.integration.eu.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2010

ISBN 978-92-79-13508-8

doi:10.2758/15070

© Europäische Union, 2010

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

© Design: Ruben Timman/www.nowords.nl

© Fotos: MM Production/Corbis

Printed in France

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

Inhalt

Vorwort	6
Einleitung	8
■ Kapitel 1: Austausch von Informationen und bewährten Verfahrensweisen in Europa	13
1.1 Gezielte europäische Zusammenarbeit bei der Integration	15
1.2 Das Handbuch im Blickpunkt	21
■ Kapitel 2: Massenmedien und Integration	25
2.1 Herausforderungen und Chancen in der Medienumwelt	26
2.2 Entwicklung einer erfolgreichen Medienstrategie	31
2.3 Schaffung größerer Vielfalt in den Medien	39
Schlussfolgerungen	49
■ Kapitel 3: Bewusstseinsbildung und Handlungskompetenz von Zuwanderern	53
3.1 Bewusstseinsbildung: Meinungsbildung und Mobilisierung der Öffentlichkeit	55
3.2 Ausbau von Kapazitäten und Wahl der Maßnahmen	73
Schlussfolgerungen	82
■ Kapitel 4: Dialogplattformen	85
4.1 Einrichtung und Durchführung einer Plattform: Überwindung von Hindernissen	88
4.2 Aufgaben einer führenden staatlichen Behörde oder Organisation der Zivilgesellschaft	106
Schlussfolgerungen	110



■	Kapitel 5: Erwerb der Staatsangehörigkeit und Ausübung einer aktiven Staatsbürgerschaft	113
5.1	Konzepte und vielfältiges Interesse an der gemeinsamen Zukunft einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft	115
5.2	Der Erwerb der Staatsangehörigkeit	121
5.3	Verwaltungsverfahren zur Ermutigung künftiger Staatsbürger	127
5.4	Vom Erwerb zur aktiven Ausübung der Staatsbürgerschaft unter alten und neuen Staatsbürgern	135
	Schlussfolgerungen	141
■	Kapitel 6: Jugendliche Zuwanderer, Bildung und der Arbeitsmarkt	145
6.1	Verbesserung des Schulsystems	146
6.2	In Schüler investieren	158
6.3	Förderung des Übergangs zur Hochschulbildung und zum Arbeitsmarkt	166
	Schlussfolgerungen	176
	Anhang I: Gemeinsame Grundprinzipien zur Politik der Integration von Zuwanderern in der Europäischen Union	179
	Anhang II: Benchmarking – ein Werkzeug zur Integration	181
	Anhang III: Nationale Kontaktstellen für Integrationsfragen	185
	Anhang IV: Ausgewählte Bibliografie	191

Zeichenerklärung

Das Handbuch wurde zur leichteren Orientierung mit Kästen und den folgenden Symbolen gegliedert:



= Schlussfolgerung zur Hervorhebung gewonnener Erkenntnisse



= ein Beispiel für ein vorbildliches Verfahren



= Link auf eine Webseite für weitere Informationen. Weblinks wurden nach Möglichkeit stets angegeben. Bitte beachten Sie, dass diese Links zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes bestanden, jedoch Veränderungen unterliegen können.



Vorwort

Vor sieben Jahren forderte der Europäische Rat von Thessaloniki eine intensivere Diskussion der Mitgliedstaaten über Fragen der Integration und den Austausch diesbezüglicher Erfahrungen. Die Europäische Kommission beschloss, in Zusammenarbeit mit den nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen, bei denen regelmäßig Sachverständige zusammenkommen, ein Handbuch bewährter Verfahren zu erstellen.

Nun liegt die dritte Ausgabe des Handbuchs vor, in der folgende wichtige Themenbereiche behandelt werden: „Massenmedien und Integration“, „Bewusstseinsbildung und Handlungskompetenz von Zuwanderern“, „Dialogplattformen“, „Erwerb der Staatsangehörigkeit und Ausübung einer aktiven Staatsbürgerschaft“ sowie „Jugendliche Zuwanderer, Bildung und der Arbeitsmarkt“. Annähernd 600 Sachverständige, die für Regierungen tätig sind oder die Zivilgesellschaft vertreten, befassten sich 18 Monate lang mit diesen zentralen Themen. So entstand die breite Palette der ermutigenden Aktionsbeispiele, die im Handbuch zusammengestellt sind. Doch diese Veröffentlichung ist nicht das einzige Ergebnis. Durch die Erarbeitung von drei Ausgaben des Handbuchs und die Organisation von 14 Fachseminaren unter Beteiligung mehrerer hundert Menschen entwickelte sich im Laufe von sieben Jahren überdies eine gut vernetzte Gemeinschaft von Praktikern.

Zwar gibt es weiterhin Herausforderungen, doch sind wir dank des Handbuchs gemeinsamen Lösungen einen Schritt näher gekommen. In den vorigen Ausgaben waren die wichtigsten Themen Einführungsprogramme, aktive Bürgerschaft, Indikatoren, Mainstreaming, die Wohnsituation in Städten, die wirtschaftliche Integration sowie konkrete und praktische Integrationsmaßnahmen und -methoden. Mit dieser dritten Ausgabe sind nun nahezu alle wichtigen Bereiche abgedeckt, welche die Mitgliedstaaten 2004 mit den Gemeinsamen Grundprinzipien herausgearbeitet hatten.

Die Integrationsgemeinschaft wächst. Letztes Jahr wurde ein allen zugängliches Forum – die Europäische Webseite für Integration – geschaffen. Hunderte beispielhafte Vorgehensweisen wurden zusammengestellt. Sie dienen als Anregung und haben bereits zu ausgezeichneten neuen Ideen und Projekten geführt, die teilweise aus dem Europäischen Integrationsfonds finanziert werden.

Mit dieser dritten Ausgabe und dem Start der Webseite wird die erste Phase der 2005 vorgelegten Gemeinsamen Integrationsagenda abgeschlossen. Der Vertrag von Lissabon ermutigt uns, Maßnahmen vorzuschlagen, die den Mitgliedstaaten einen Anreiz und Unterstützung bei der aktiven Förderung der Integration bieten. Das Stockholmer Programm, Ministerkonferenzen zum Thema Integration und Debatten im Europäischen Integrationsforum liefern wichtige Beiträge für die nun beginnende dynamische Phase der Arbeit an dem gemeinsamen Ziel: dem Wohl aller Bürger in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft. Die Europäische Kommission bleibt diesem Prozess uneingeschränkt verpflichtet.

A handwritten signature in blue ink, reading 'Jonathan Faull', with a stylized flourish at the end.

Jonathan Faull
Generaldirektor
GD Justiz, Freiheit und Sicherheit
Europäische Kommission



Einleitung

Das Handbuch zur Integration gibt Auskunft darüber, welche Lehren aus den Erfahrungen von Entscheidungsträgern und Praktikern in ganz Europa gezogen wurden. Mit der Zusammenstellung und Darstellung konkreter Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen der Integration von Zuwanderern leistet das Handbuch einen Beitrag zu einem umfassenderen politischen Prozess auf dem Gebiet der Integration in der Europäischen Union (EU), insbesondere zur Entwicklung eines europäischen Rahmens für die Integration.

Die dritte Ausgabe enthält wie bereits die vorherigen Ausgaben eine Mischung aus „inhaltlichen“ und „methodischen“ Themen. Sie behandelt drei thematische Bereiche (Rolle der Medien, Erwerb der Staatsangehörigkeit und aktive Ausübung der Staatsbürgerschaft sowie Erfahrungen jugendlicher Zuwanderer im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt) und „Governance“-Ansätze, d. h. Strukturen und Mechanismen, die zur erfolgreichen Durchführung von Integrationsstrategien beitragen (Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahren, Bewusstseinsbildung und Stärkung der Handlungskompetenz sowie Dialogplattformen). Sie stützt sich auf eine Reihe von Fachseminaren, die von den für Integrationsfragen zuständigen Ministerien in Wien (November 2007), Paris (November 2007), Athen (März 2008), Dublin (Mai 2008), Lissabon (November 2008) und Tallinn (Februar 2009) veranstaltet wurden.

Ziel eines gedeihenden Europa ist es, langfristig das Wohl aller Bürger seiner vielfältigen Gesellschaften zu sichern. Auch weiterhin werden unterschiedliche Gruppen zuwandern und sich in den europäischen Gesellschaften niederlassen, die sich infolge des sozioökonomischen und demografischen Wandels verändern.

Ziel von integrationspolitischen Maßnahmen ist es, allen Mitgliedern der Gesellschaft auf lange Sicht die gleichen Möglichkeiten zu bieten. Dies erfordert die aktive Einbindung aller Bürger und Einwohner – mit oder ohne Migrationshintergrund. Indem sie ihre Fähigkeiten und Kompetenzen einsetzen, können sie zum sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und staatsbürgerlichen Leben der Gesellschaft beitragen.

Der Einzelne kann die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen entwickeln und mit der Kompetenz ausgestattet werden, als Mittler des Wandels im Hinblick auf eine integrative Gesellschaft tätig zu werden. Der Besitz vergleichbarer Rechte und Pflichten ebenso wie die Öffnung der wichtigsten Einrichtungen ermöglichen Partizipation.

Menschen mit Migrationshintergrund sind wegen ihrer Herkunft, den Umständen ihrer Ansiedlung oder aufgrund von Diskriminierung mit Problemen konfrontiert. Einwohner ohne einen solchen Hintergrund haben möglicherweise Schwierigkeiten im Zusammenleben mit ihren neuen Mitbürgern und der Anpassung an die zunehmende Vielfalt und tun sich bei der Aushandlung neuer Konzepte von Staatsbürgerschaft und Mitwirkung schwer.

Neue Modelle aktiver Bürgerschaft entstehen, indem Integrationshindernisse ausgeräumt werden und gesellschaftliche Integration erleichtert wird. Wenn staatliche Behörden, die Zivilgesellschaft und der Privatsektor zu „lernenden Organisationen“ werden, tragen sie zu ihrer eigenen Weiterentwicklung bei und fördern den Integrationsprozess. Sie erwerben interkulturelles Wissen und reagieren proaktiv auf sich wandelnde Bedürfnisse, gesellschaftliche Dynamiken und das Wohl einer zunehmend vielfältigeren Bevölkerung.

Kapitel eins unterscheidet sich von den anderen Kapiteln insofern, als dargestellt wird, wie der Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahren gegenwärtig im Rahmen der gezielten europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Integration erfolgt. Die wenigen praktischen Beispiele veranschaulichen Aktivitäten auf EU-Ebene statt einzelstaatliche Praktiken. Die Festlegung rechtlicher Normen und die Berichte über deren Umsetzung werden erläutert. Außerdem wird aufgezeigt, wie politische Prioritäten auf europäischer Ebene definiert werden, und kurz auf wesentliche Bestandteile der gemeinsamen Integrationsagenda, wie die europäische Webseite für Integration und das europäische Integrationsforum, Bezug genommen. Insbesondere wird auf die Erstellung des Handbuchs und die drei Reihen von Fachseminaren eingegangen, die zu den drei Ausgaben des Handbuchs für politische Entscheidungsträger und Praktiker geführt haben.

Schwerpunktthema von Kapitel zwei ist die Rolle der Massenmedien bei der Integration von Zuwanderern. In liberalen Demokratien, die Pressefreiheit garantieren, fällt den Medien die Aufgabe der Information, der Bildung und der Unterhaltung zu. Die Medien wirken als Plattformen für eine offene und aufrichtige Verständigung über die positiven und negativen Seiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit, zu der auch die Zuwanderung gehört. Ihnen stehen wirkungsvolle Instrumente zur Einflussnahme auf die Einstellungen in der Gesellschaft und zur Vermittlung von Informationen an alle Mitglieder der Gesellschaft, einschließlich der Zuwanderer, zur Verfügung. Medienorganisationen sind im Begriff, einem zunehmend vielfältigeren Publikum entgegenzukommen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Menschen mit Migrationshintergrund Möglichkeiten in ihrem Berufsfeld und in ihren Organisationen zu eröffnen. Medienfachleute, Regierungen, Politiker, die Öffentlichkeit, die organisierte Zivilgesellschaft und Privatunternehmen müssen Aufgaben übernehmen. Dieses Kapitel zeigt die Strategien auf, die Integrationsakteuren ermöglichen, ihre Kompetenzen in der Medienwelt auszubauen.

Kapitel drei stellt die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und die Stärkung der Handlungskompetenz von Zuwanderern in einen Zusammenhang. Diese sich ergänzenden Ansätze stützen sich darauf, dass gesellschaftliche Integration ein in zwei Richtungen verlaufender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens von Zuwanderern und der breiten Öffentlichkeit ist. Politische Entscheidungsträger und Praktiker verhelfen der Allgemeinheit durch Sensibilisierung zu einer besseren Kenntnis der Integrationsproblematik und machen sie für das Wohl ihrer Mitbürger aufgeschlossener. Ein stärkeres Bewusstsein führt zu mehr Handlungskompetenz, denn bestimmte betroffene Gruppen entwickeln sachkundigere Meinungen zu Vielfalt und können sich aktiv an der Veränderung von Meinungen beteiligen. Größere Handlungskompetenz befähigt die Zuwanderer zur



Selbsthilfe. Sie beruht auf dem Wissen der Zuwanderer um ihre eigenen Bedürfnisse und ermöglicht ihnen den Ausbau ihrer eigenen Ressourcen und Kompetenzen in diesen Bereichen. Zuwanderer und Zuwandererorganisationen können so fundierter Entscheidungen treffen und sich entschlossener für Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationsituation engagieren. Handlungskompetenz fördert die Bewusstseinsbildung, da in Projekten die einzigartigen Kompetenzen von Zuwanderern zur Bewusstseinsbildung sichtbar werden und Projekte darauf aufbauen. Dank dieser beiden Konzepte kommt es häufig zur Interaktion zwischen allen Einwohnern, die als Ehrenamtliche im Rahmen mehrheitsgesellschaftlicher Einrichtungen und neuer Organisationspartnerschaften tätig sind, sowie Einwohnern, die als Bürger an integrationspolitischen Maßnahmen und neuen Formen lokalen und bürgerschaftlichen Engagements partizipieren.

Kapitel vier stellt Dialogplattformen als ein Instrument zur Bewältigung der Integration vor. Sie fördern langfristig das gegenseitige Verständnis und Vertrauen und können Konflikte unter Zuwanderern, Einwohnern, Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund sowie zwischen diesen Gruppen und staatlichen Behörden verhüten oder beilegen helfen. Die einzelnen Schritte der Einrichtung und Durchführung von kurz- und längerfristig angelegten Dialogplattformen werden erläutert. Berücksichtigt sind ferner die konkreten Hürden, die Praktiker häufig zu überwinden haben, und die Frage, welche Vermittleraufgaben einer leitenden staatlichen Stelle oder einer zivilgesellschaftlichen Organisation übertragen werden können. Eine erfolgreiche Plattform bringt einen offenen und respektvollen Meinungsaustausch in Gang und hilft den Teilnehmern, einen gemeinsamen Bereich für Zusammenarbeit zu finden, um den Bedürfnissen ihrer Gemeinschaft nachzukommen. Folgemaßnahmen können da ansetzen, wo die Dialogplattform endet. So können sie neue Netzwerke zwischen Menschen und Organisationen vor Ort schaffen und ihnen das Gefühl für eine gemeinsame Identität und ein gemeinsames Interesse an dem Wohl ihrer Nachbarn vermitteln.

Kapitel fünf untersucht den Erwerb der Staatsangehörigkeit aus der Perspektive eines bürgerzentrierten Integrationsansatzes. Zuwanderer, die ihre Zukunft in einem Land sehen, wünschen sich dort ein Leben mit gleichen Rechten, Pflichten und Partizipationsmöglichkeiten. Für EU-Mitgliedstaaten, die zu Zuwanderungsländern werden, wäre es vorteilhaft, diese Personen sozial, wirtschaftlich und politisch vollständig einzugliedern. Sie könnten die ansässigen Ausländer der ersten Generation verstärkt einbürgern und den in ihrem Hoheitsgebiet geborenen Kindern die Staatsangehörigkeit garantieren. Verschiedene Hürden im herkömmlichen Staatsangehörigkeitsrecht, die Antragsteller heute unbeabsichtigt ausschließen oder abschrecken, werden erkannt und beseitigt. Teile eines Verwaltungsverfahrens, die den Fortgang verzögern oder zum Scheitern der Verfahren führen können, werden verringert. Dies führt zu mehr Effizienz bei der Umsetzung und zu einer größeren Zufriedenheit mit den Dienstleistungen bei den zukünftigen Staatsbürgern. Zur Erleichterung der Verfahren steigern mehrere Mitgliedstaaten die Partizipation und fördern das Interesse der Allgemeinheit. Nach dem Erwerb der Staatsangehörigkeit wird durch die Förderung einer aktiven Bürgerschaft der

neuen und alten Staatsbürger diesen die Möglichkeit gegeben, die gemeinsame Zukunft einer vielfältigen Gesellschaft zu gestalten. Aktive Bürgerschaft verbindet die vielfältigen Identitäten seiner Mitglieder und ermöglicht es ihnen, uneingeschränkt zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, bürgerschaftlichen und politischen Leben des Landes beizutragen.

Kapitel sechs behandelt die unterschiedlichen Strategien, mit denen jugendlichen Zuwanderern höhere Bildungsabschlüsse und mehr Erfolg auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden sollen. Praktiker erkennen, wie sehr Vorurteile im Schulsystem oder schlechte individuelle sozioökonomische Faktoren und unzureichende Sprachkenntnisse die Chancen und Herausforderungen, denen Menschen mit Migrationshintergrund in jeder Bildungsphase, von der Kindheit bis zum jungen Erwachsenenalter begegnen, beeinflussen können. Mithilfe geeigneter Maßnahmen können bei jugendlichen Zuwanderern und den Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft, deren Aufgabe es ist, den Bildungsbedarf aller zugewanderten und einheimischen Lernenden zu decken, die notwendigen Kompetenzen aufgebaut werden. In Verbindung mit einer bewusst interkulturell angelegten Bildung fördert dieser Ansatz neue und umfassendere Formen der Beteiligung an Schulen und in Gemeinden, die an Diversität zunehmen. Eine höherwertige, wirkungsvollere und Zuwanderern zugängliche Bildung und Ausbildung schafft mehr und bessere berufliche Möglichkeiten, die die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt eines Landes steigern.



Kapitel 1

Austausch von Informationen und bewährten Verfahrensweisen in Europa



Das Thema Zuwanderung und Integration, das ursprünglich für einige wenige spezialisierte Interessengruppen von Belang war, ist zu einem der wichtigsten Themen im Programm zahlreicher und unterschiedlicher Organisationen geworden. Politische Maßnahmen auf staatlicher und innerstaatlicher Ebene werden in vielen Bereichen der Integration zunehmend von Entscheidungen beeinflusst, die auf EU-Ebene getroffen werden. Politische Entscheidungsprozesse der EU können langwierig und kompliziert sein, einzelstaatliche Regierungen, die Zivilgesellschaft und Einrichtungen der EU sind dabei ganz unterschiedlich einbezogen. Die Europäische Kommission spielt eine zentrale Rolle – häufig als Initiatorin und als Koordinatorin. Um ihre eigene Lage zu verstehen, müssen politische Entscheidungsträger und Praktiker auf lokaler, regionaler und einzelstaatlicher Ebene Bescheid wissen darüber, wie Politik auf europäischer Ebene gestaltet wird, und sie müssen sich an den Mechanismen der europäischen Zusammenarbeit beteiligen können.

Der erste Teil dieses Kapitels stellt kurz vor, wie gezielte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Integration zurzeit funktioniert. Normen im europäischen Gemeinschaftsrecht werden in Bereichen gesetzt, die einen großen Einfluss auf die Integration von Zuwanderern haben. Die rechtliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Integration entwickelt sich parallel zu den politischen Verpflichtungen und der fachlichen Zusammenarbeit. In einem von der Europäischen Kommission koordinierten Rahmen bildet der strukturierte Informationsaustausch zwischen den Nationalen Kontaktstellen zur Integration und der Kommission die Grundlage der Sitzungen der für die Integration zuständigen Minister. Ihre Schlussfolgerungen setzen Prioritäten in neuen Bereichen der europäischen Zusammenarbeit, die durch Projekte einer Reihe verschiedenster Interessengruppen sowie lokaler, regionaler und einzelstaatlicher Behörden in ganz Europa umgesetzt und finanziert werden müssen.

Der breitere Hintergrund des Ansatzes, die Integration in die Politik auf EU-Ebene einzubinden, den die Mitteilung der Europäischen Kommission von 2005 über die Gemeinsame Integrationsagenda der Kommission sich vorgenommen hatte, würde den Rahmen dieses Kapitels übersteigen. So wurde beispielsweise die Integration unterschiedlicher Kategorien von Zuwanderern, darunter auch von Flüchtlingen, in den Bereichen Kultur, Bildung, Beschäftigung, Unternehmertum, Chancengleichheit, Gesundheit, Mehrsprachigkeit, öffentliche Meinung, Forschung, soziale Eingliederung und Stadtpolitik in anderen Bereichen europäischer Kooperation aufgegriffen. Darüber hinaus ist die Arbeit zweier unabhängiger Agenturen der EU von Bedeutung für die Integration von Zuwanderern: die der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) mit Sitz in Wien, die Nachfolgerin der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) ist, sowie die der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) mit Sitz in Dublin.

Im zweiten Teil dieses Kapitels werden die drei Reihen von Fachseminaren beschrieben, aus denen die drei Ausgaben des Europäischen Handbuchs zur Integration für Entscheidungs-

träger und Praktiker entstanden sind. Mit der Zusammenstellung und Darstellung konkreter Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen der Zuwandererintegration leistet das Handbuch einen Beitrag zur Entwicklung des europäischen Integrationsrahmens.

1.1 Gezielte europäische Zusammenarbeit bei der Integration

In den vergangenen zehn Jahren haben die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sich dazu verpflichtet, die Kompetenzen der EU-Einrichtungen und ihre Arbeitsprogramme im Bereich der Integration von aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen zu stärken.

Festsetzung von Normen

Die rechtlichen Kompetenzen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Justiz wurden nach dem Vertrag von Amsterdam 1997 erweitert. Bei seinem Inkrafttreten 1999 vereinbarten die Mitgliedstaaten gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Tampere, dass wirkungsvollere integrationspolitische Maßnahmen die Gewährleistung einer fairen Behandlung von Zuwanderern aus Drittstaaten, die in einem EU-Staat aufenthaltsberechtigt sind, zum Ziel haben müssten. Die Staaten würden diesen Drittstaatsangehörigen Rechte und Pflichten garantieren, die denen von EU-Bürgern möglichst gleichkommen. Sie würden darüber hinaus die Gelegenheit erhalten, die Staatsangehörigkeit des Landes zu erwerben.

Gemeinschaftliche Rechtsakte wurden erlassen, die europäische Normen in bestimmten integrationsrelevanten Bereichen gesetzt haben.

Zwei Rechtsakte wurden verabschiedet, die Einfluss auf die Integration von Zuwanderern nehmen:

Richtlinie 2003/86/EG vom 22. September 2003 über das Recht auf Familienzusammenführung

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32003L0086:EN:NOT>

Richtlinie 2003/109/EG vom 25. November 2003 über die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32003L0109:en:NOT>





Das Odysseus-Netzwerk von Hochschulexperten hat im Auftrag der Europäischen Kommission die Umsetzung dieser Richtlinien untersucht. Diese Berichte wurden veröffentlicht unter:



www.ulb.ac.be/assoc/odysseus/index2.html

Außerdem wurden zwei weitere Rechtssetzungsakte zur Bekämpfung der Diskriminierung verabschiedet:

Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000 (Gleichbehandlungsrichtlinie)



<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32000L0043:en:HTML>

Richtlinie 2000/78/EG vom 27. November 2000 (Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie)



<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32000L0078:EN:HTML>

Das von der Europäischen Kommission eingerichtete Netzwerk unabhängiger Rechtssachverständiger zur Nichtdiskriminierung berät und unterstützt die Kommission und die Mitgliedstaaten bei der Durchführung und Umsetzung dieser beiden Rechtsinstrumente.



<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=615&langId=en>

Festlegung von Prioritäten

Auch einzelstaatliche Regierungen, die sich im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit auf gemeinsame Prioritäten bei Maßnahmen verständigen, haben politische Verpflichtungen übernommen. Die Mitglieder verabschiedeten im Rahmen der Schlussfolgerungen des Rates von 2004 die Gemeinsamen Grundprinzipien für die Politik der Integration von Zuwanderern. Diese werden in Anhang 1 wiedergegeben.

Die Gemeinsamen Grundprinzipien haben folgende Ziele:

- Sie sollen den Mitgliedstaaten bei der Formulierung ihrer Integrationspolitik behilflich sein, indem sie ihnen einen einfachen, nicht verbindlichen Leitfaden bieten, anhand dessen sie ihre eigenen Bemühungen beurteilen und bewerten können.
- Sie sollen den Mitgliedstaaten als Grundlage für die Prüfung der Frage dienen, wie die EU und die nationalen, regionalen und örtlichen Behörden bei der Ausarbeitung und der Durchführung von Eingliederungsmaßnahmen zusammenarbeiten können.

- Sie sollen es dem Rat erleichtern, einen Gedankenaustausch über Mechanismen und Maßnahmen auf EU-Ebene, die zur Unterstützung der Integrationsbemühungen auf nationaler und örtlicher Ebene erforderlich sind, zu führen und allmählich Übereinstimmung über diese Mechanismen und Maßnahmen zu erzielen.

Neue politische Verpflichtungen und Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit werden anlässlich jeder europäischen Konferenz der für die Integration zuständigen Minister vereinbart. Drei fanden bisher statt, und zwar in Groningen (2004), Potsdam (2007) und Vichy (2008), die nächste wird unter der spanischen Ratspräsidentschaft im Jahr 2010 stattfinden.

Fachliche Zusammenarbeit

Die fachliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Integration wurde im „Haager Programm“ beschlossen. Ziel der Mitgliedstaaten war es, mit diesem Fünfjahresprogramm die Entwicklung eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union durch eine engere Zusammenarbeit zu stärken. Hier werden von dem „Stockholmer Programm“ neue Impulse für den Zeitraum 2010-2014 erwartet.

Die Mitteilung der Kommission „Eine gemeinsame Integrationsagenda“ von 2005 stellte eine erste Antwort der Kommission auf die Aufforderung des Europäischen Rates, einen stimmigen Europäischen Rahmen für die Integration zu schaffen, dar. Kooperationsmechanismen der EU für den länderübergreifenden Austausch von Erfahrungen und Informationen würden Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Gemeinsamen Grundprinzipien in die Praxis unterstützen und ihre Anstrengungen im Bereich der Integration stärken. Die in diesem Abschnitt aufgezählten Mechanismen sind die Eckpfeiler dieses Rahmens.

Im Jahr 2002 wurden Nationale Kontaktstellen zur Integration als zwischenstaatliches Netzwerk für den Austausch von Informationen zwischen Vertretern der für die Integration zuständigen nationalen Ministerien und der Europäischen Kommission eingerichtet. Das Netzwerk hat die Aufgabe, die Umsetzung der fachlichen Zusammenarbeit zu operationalisieren und zu verbessern, gemeinsame Ziele zu setzen, Vorgaben oder Bezugswerte zu erarbeiten und die Koordinierung der politischen Maßnahmen der Einzelstaaten und der EU zu stärken.

Die Kommission hat den Informationsaustausch strukturiert und eine Reihe vergleichender Publikationen zu politischen Maßnahmen und Verfahren innerhalb der EU erstellt. Die drei Jahresberichte über Migration und Integration in Europa enthalten Informationen, die weitgehend von den Nationalen Kontaktstellen zur Integration und zu statistischen Daten sowie zur Umsetzung der Gemeinsamen Grundprinzipien für die Politik der Integration eingebracht wurden. Die Handbücher zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker waren der wichtigste Antrieb für den Austausch von Informationen und Verfahren, die durch die Nationalen Kontaktstellen zur Integration ermöglicht wurden.



Die Europäische Webseite für Integration bringt diesen strukturierten Informationsaustausch auf eine höhere Ebene. Die Webseite ist für alle Interessengruppen gedacht, sie stellt ein öffentliches „Portal“ zum Austausch von Informationen und Verfahren aus allen Mitgliedstaaten dar und umfasst alle Dimensionen der Integration. Ihr Ziel ist es, die integrationspolitischen Maßnahmen und Verfahren mit der Vorstellung erfolgreicher Strategien zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der EU zu unterstützen. Sie steht jedermann offen, Besucher können hier bewährte Verfahren vorstellen, Finanzierungsmöglichkeiten finden und nach Projektpartnern suchen, sich über die neuesten Entwicklungen auf lokaler, nationaler und auf EU-Ebene informieren und mit Mitgliedern der Integrationsgemeinschaft der EU in Kontakt bleiben. Die Europäische Webseite für Integration fungiert als Brücke zwischen Praktikern der Integration und politischen Entscheidungsträgern, bietet „Integration zum schnellen Abruf“ mit qualitativ hochwertigen Inhalten aus ganz Europa und unterstützt Praktiker im Bereich der Integration.



Sämtliche folgenden Themen können von der Webseite (www.integration.eu) abgerufen werden:

- eine Sammlung von „Good-Practice-Beispielen“ zur Integration, die übersichtlich und vergleichbar dargestellt werden. Diese Verfahren stammen von europäischen und einzelstaatlichen Projekten, lokalen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie werden mit Hilfe eines gemeinsamen Formulars erfasst, ein Vergleich ist daher einfach;
- Entwicklungen auf EU-Ebene wie neue EU-Richtlinien, Schlussfolgerungen des Rates, Mitteilungen der Kommission;
- Länderinformationsblätter mit den neuesten Informationen zu Gesetzgebung und politischen Programmen;
- Werkzeuge wie das der „Partnersuche“ zur Unterstützung der Netzwerkbildung und der Erarbeitung gemeinsamer Projekte. Diese reichen von grundlegenden Informationen zu Organisationen, die im Bereich der Integration tätig sind, bis zu einer Liste von Personen, die auf der Seite registriert sind und ihre Kontaktdaten mitteilen möchten;
- Informationen zu Fördermitteln: Aktuelle Informationen sind für potenzielle Nutzer der Webseite eine wichtige Anforderung. Die Webseite versammelt Informationen über die Vielfalt der Fördermöglichkeiten der Europäischen Kommission, die Praktikern offenstehen, und sie unterstützt Förderprogramme der Mitgliedstaaten und privater Stiftungen;
- eine umfassende Bibliothek mit Berichten, Positionspapieren, Gesetzestexten und Folgenabschätzungen;
- Diskussionsforen: Das moderierte Onlineforum liefert Übersichten der Beiträge; so können Teilnehmer neue Beiträge rasch überblicken und entscheiden, ob sie reagieren wollen;
- regelmäßig aktualisierte Neuigkeiten und ein Veranstaltungskalender: Regelmäßige Mitteilungen per E-Mail machen auf nützliches Hintergrundmaterial und auf Fallstudien zu aktuellen Ereignissen aufmerksam;
- eine Webablage mit Links auf externe Webseiten.

Diese Webseite wurde von der Europäischen Kommission anlässlich des ersten Treffens des Europäischen Integrationsforums im April 2009 eingerichtet. Die Entwicklung des Forums wird in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss durchgeführt, der eine Sondierungsstellungnahme zur Rolle der Zivilgesellschaft bei der Unterstützung integrationspolitischer Maßnahmen verfasst hat.

Das Forum bietet eine Plattform zur Konsultation zwischen Zivilgesellschaft und Europäischer Kommission. Die Gemeinsame Agenda der EU bestätigt, dass ein umfassender integrationspolitischer Ansatz eine stärkere Beteiligung der Interessengruppen aus allen Bereichen der Politik auf EU-Ebene erfordert. Das Forum ist ein Werkzeug zur Einbindung der Akteure der Zivilgesellschaft in diesen Prozess.

Ein ähnliches Verfahren auf der Ebene von Städten, *Integrating Cities*, hat die Europäische Kommission und Eurocities, das Netzwerk großer europäischer Städte, zusammengeführt. Die Reihen der jährlichen Konferenzen stellen eine Verbindung zwischen den vielen Ebenen der Regierungsführung her und fördern neue Ideen für eine praktische Umsetzung der gemeinsamen Grundprinzipien.

www.inticities.eu/



Das Europäische Integrationsforum will den Vertretern der Zivilgesellschaft in Integrationsfragen eine Stimme geben, insbesondere in Bezug auf die EU-Agenda zur Integration, damit die Kommission eine proaktivere Rolle in solchen Diskussionen einnehmen kann. Das Forum wird einen Mehrwert liefern als zusätzliche Informationsquelle, zur Konsultation, zum Austausch von Fachwissen und zum Entwurf von Empfehlungen. Die Gemeinsamen Grundprinzipien bilden den Leitfaden für die Aktivitäten des Forums.

Um den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren auszubauen, vereinbarten die Mitgliedstaaten bei den Ministerkonferenzen in Potsdam und Vichy „Europäische Module“. Module für themenspezifische Integrationsfragen sind als praktische Instrumente zur Unterstützung von Entscheidungsträgern und Praktikern gedacht. Ergebnisse könnten u. a. Normen, Bezugswerte, Peer Reviews und andere verfügbare Instrumente sowie nützliche praktische Hinweise zu einer erfolgreichen Umsetzung beinhalten. Sie sollen die Arbeit, die bereits mit den unterschiedlichsten Arten der europäischen Zusammenarbeit in Integrationsfragen geleistet wurde, wie z. B. die drei Ausgaben des Handbuchs, weiterentwickeln und voranbringen.

Eines der vorrangigen Ziele einer zukünftigen Zusammenarbeit in Fragen der Integrationspolitik ist die Entwicklung von Werkzeugen zur Evaluierung und zum Leistungsvergleich. Entscheidungsträger können dafür sorgen, dass ihre integrationspolitischen Maßnahmen auf der Praxis und auf Fakten beruhen, indem sie Folgenabschätzungen erstellen, Selbsteinschätzungen und Peer Reviews zu Rate ziehen und die Meinung



der Öffentlichkeit sowie der schwer zugänglichen Zuwanderer einholen. Hierzu ist die Verwendung von Indikatoren möglich.

Das Gemeinsame Grundprinzip Nr. 11 fordert die Entwicklung von „... Indikatoren und Evaluierungsmechanismen, damit die Maßnahmen angepasst, die Integrationsfortschritte bewertet und die Informationsflüsse effizienter gestaltet werden können“. Dieses Gemeinsame Grundprinzip betont die Notwendigkeit von Werkzeugen und Maßstäben, um die Kapazität der Regierung zur Bewertung von Relevanz, Wirksamkeit, Leistungsfähigkeit, Nachhaltigkeit und der Folgen politischer Maßnahmen und Verfahren auszubauen. Nachdrücklichere Forderungen auf EU-EbenenachindikatorgestütztenEvaluierungen wurden mit neuen Finanzierungsmöglichkeiten für Vergleichsindikatoren und Evaluierungsrahmen verbunden. In den vergangenen 15 Jahren hat die Europäische Kommission ein halbes Dutzend Forschungsprojekte zu den unterschiedlichen Indikatortypen sowie Machbarkeitsstudien zur Entwicklung eines gemeinsamen EU-Rahmens für Benchmarking unterstützt.

Gezielte Finanzierungsinstrumente

Integrationspezifische Prioritäten finden sich in einigen der zentralen Finanzierungsprogramme wie dem Europäischen Sozialfonds sowie in den Bereichen Stadtentwicklung, Bildung und Kultur. Im Mittelpunkt der ersten Finanzierungsrunde für zielgerichtete politische Maßnahmen zur Integration von aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen standen länderübergreifende Aktionen des INTI-Programms (von 2003 bis 2006 wurden 64 Projekte mit 18 Mio. EUR unterstützt). Durch die Förderung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft, der Evaluierung von Verfahrensweisen und der Einrichtung von Netzwerken auf EU-Ebene trugen diese Projekte zur Entwicklung einer fachlichen Zusammenarbeit bei. Seit 2007 fördert der Europäische Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (825 Mio. EUR im Zeitraum 2007-2013) Jahresprogramme der Mitgliedstaaten (93 % des Gesamthaushalts) sowie Gemeinschaftsmaßnahmen (7 %).

Ziel des Integrationsfonds ist ganz allgemein die Unterstützung der Mitgliedstaaten in ihren Anstrengungen, damit Drittstaatsangehörige in die Lage versetzt werden können, die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsberechtigung zu erfüllen, und um ihre Integration in die europäische Gesellschaft zu erleichtern. Der Integrationsfonds trägt daher zur Entwicklung und Umsetzung einzelstaatlicher Integrationsstrategien für alle Bereiche der Gesellschaft bei, wobei insbesondere der Grundsatz Berücksichtigung findet, dass Integration ein in zwei Richtungen verlaufender dynamischer Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens von Zuwanderern und von Bürgern der Mitgliedstaaten sein muss.

Nach Artikel 3 des Beschlusses steht der Integrationsfonds für die folgenden spezifischen Ziele:

- Förderung der Entwicklung und Umsetzung von Zulassungsverfahren, die für den Integrationsprozess von Drittstaatsangehörigen relevant sind und diesen unterstützen;

- Entwicklung und Umsetzung des Integrationsprozesses von neu angekommenen Drittstaatsangehörigen in den Mitgliedstaaten;
- Ausbau der Kapazitäten in den Mitgliedstaaten zur Entwicklung, Umsetzung, Beobachtung und Evaluierung von Strategien und Maßnahmen zur Integration von Drittstaatsangehörigen;
- Austausch von Informationen, vorbildlichen Verfahren und Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Mitgliedstaaten bei der Entwicklung, Umsetzung, Beobachtung und Evaluierung von Strategien und Maßnahmen zur Integration von Drittstaatsangehörigen.

1.2 Das Handbuch im Blickpunkt

Die Idee zu einem Europäischen Handbuch zur Integration kam nach dem Europäischen Rat in Thessaloniki von Juni 2003 auf. Hier hatten die Staats- und Regierungschefs die Bedeutung hervorgehoben, die dem Ausbau der Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch mit den Nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen zukommt, um voneinander zu lernen. Als Antwort auf diese Aufforderung wurde das Handbuch erstellt, damit dieser Austausch vorangetrieben und strukturiert werden konnte. Das Handbuch sollte sich zu einem laufenden, umfassenden Prozess entwickeln, zu einem lebendigen Werkzeug, das nicht nur allmählich und Schritt für Schritt verbessert würde, sondern auch aktuelle Informationen zu neuen Entwicklungen, Lösungen und Evaluierungsergebnissen enthalten sollte.

Entscheidungsträger und Praktiker sollen bei der Ausarbeitung und Förderung von Prioritäten oder Initiativen auf die in dem Handbuch dargestellten Verfahrensweisen und Schlussfolgerungen zurückgreifen können. Im Allgemeinen formulieren Entscheidungsträger auf ihrer Ebene der Regierungsführung pauschale Integrationsziele, stellen Mittel zur Verfügung, verfolgen die Umsetzung und bewerten die Ergebnisse. Praktiker setzen Ziele in konkrete Programme um, stecken Ziele und ergreifen Maßnahmen zu deren Erreichung. Die Gestaltung der Gesetzgebung und der Politik zum Thema Integration allgemein liegt außerhalb des Rahmens dieses Handbuchs. Auch sollen keine spezifischen Programme in aller Ausführlichkeit beschrieben werden. Die einzelnen Kapitel der drei Ausgaben des Handbuchs beschäftigen sich vielmehr mit den aus der Praxis gewonnenen „kritischen Erfolgsfaktoren“, mit einem offenen Katalog bewährter Verfahren aus vielen Ländern der EU, die einen oder mehrere dieser Faktoren aufweisen, und mit einer Reihe von Schlussfolgerungen. Wird ein Land in Verbindung mit bestimmten Maßnahmen genannt, bedeutet dies nicht, dass ähnliche Verfahren nicht auch in anderen Ländern der EU zu finden sind. Die Anhänge des Handbuchs erläutern, wie politische Maßnahmen in Projekte umgesetzt werden können und umgekehrt. Sie stellen auch dar, wie Entscheidungsträger und Praktiker voneinander lernen können, um ihre Leistungen auf dem Gebiet der Integration zu verbessern.



Die Kapitel des Handbuchs beruhen auf den Ergebnissen von 14 Fachseminaren, die von Behörden einzelner Staaten veranstaltet wurden. Der ausrichtende Mitgliedstaat schlug jeweils ein Fachseminar zu einem Bereich der Integrationspolitik oder der Governance vor und wählte im Anschluss gemeinsam mit der Europäischen Kommission und den Nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen die Themen und Referenten der Workshops aus der gesamten EU aus.

Die erste Ausgabe widmete sich drei Themenbereichen, welche die in der Mitteilung der Europäischen Kommission zu Zuwanderung, Integration und Beschäftigung von 2003 enthaltenen Prioritäten wiedergeben. Seminare in Kopenhagen (Februar 2004), Lissabon (April 2004) und London (Juni 2004) führten zu drei Kapiteln:

- Einführung neu angekommener Zuwanderer und anerkannter Flüchtlinge,
- Bürgerbeteiligung,
- Indikatoren.

Die zweite Ausgabe beschäftigte sich mit drei Themen der Gemeinsamen Grundprinzipien und der Gemeinsamen EU-Agenda. Fünf Seminare in Tallinn (Mai 2005), Rom (Juli 2005), Dublin (Oktober 2005), Berlin (Dezember 2005) und Madrid (April 2006) führten zu vier Kapiteln:

- Mainstreaming der Integration von Zuwanderern,
- Wohnen in einem städtischen Umfeld,
- wirtschaftliche Integration,
- Governance für die Integration.

Die vorliegende dritte Ausgabe bietet ebenfalls eine Mischung inhaltlicher und methodischer Themen für den Austausch. Sechs Seminare in Wien (November 2007), Paris (November 2007), Athen (März 2008), Dublin (Mai 2008), Lissabon (November 2008) und Tallinn (Februar 2009) führten zu den folgenden Kapiteln:

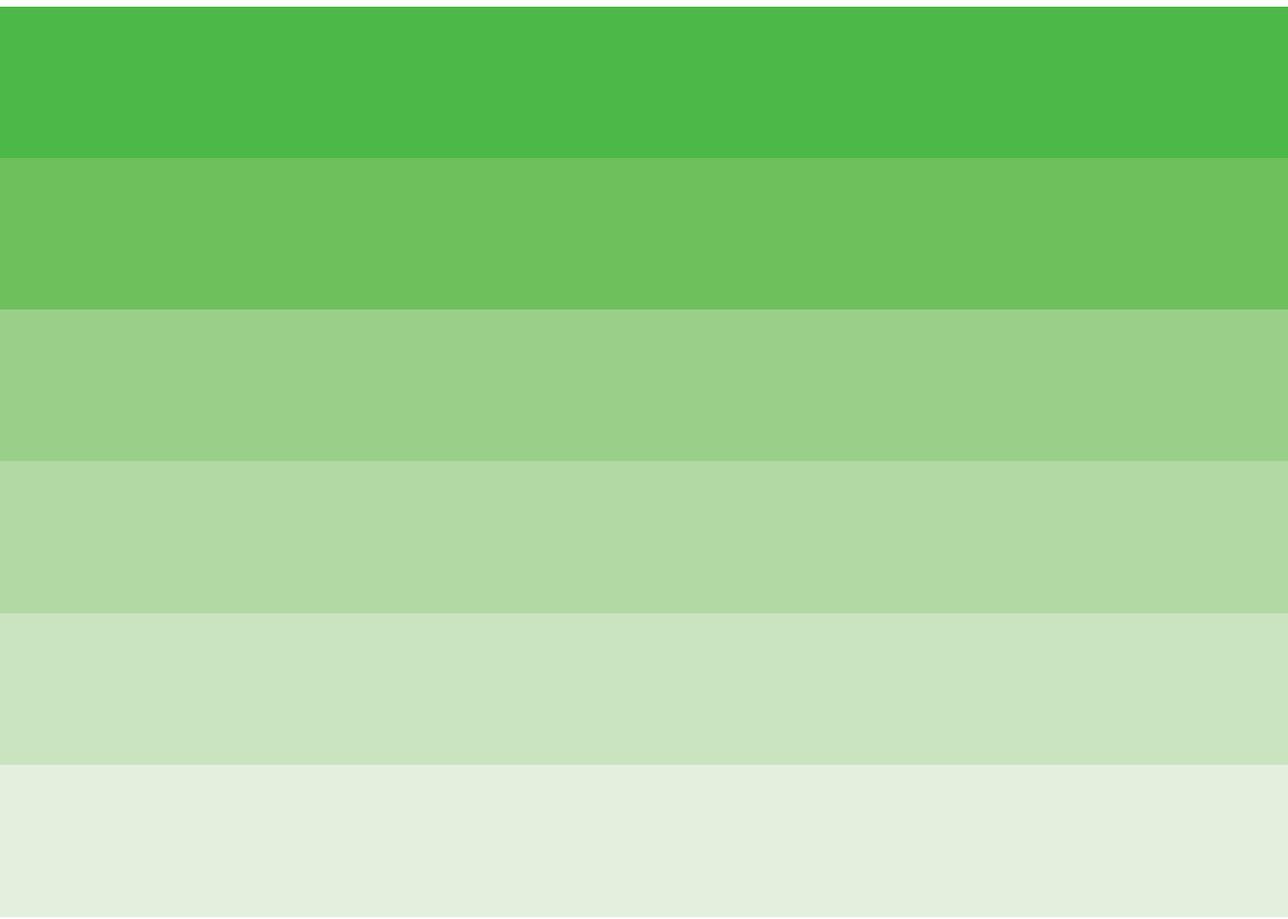
- Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Europa,
- Massenmedien und Integration,
- Bewusstseinsbildung und Handlungskompetenz für Zuwanderer,
- Dialogplattformen,
- Erwerb der Staatsangehörigkeit und Ausübung einer aktiven Staatsbürgerschaft,
- jugendliche Zuwanderer, Bildung und der Arbeitsmarkt.

Die Nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen sollten für jedes Seminar eine aus drei Personen bestehende Delegation auswählen, die unterschiedliche Erfahrungen und Fachkompetenzen ihres Landes zu dem Thema vertreten (d. h. regionale bzw. lokale Behörden, Wissenschaftler, Fachleute, nichtstaatliche Interessenvertreter). Teilnehmer aus allen EU-Mitgliedstaaten sowie aus Drittstaaten wie Australien, Kanada, Norwegen, der Schweiz und den USA nahmen an diesen Seminaren teil. Schätzungsweise 100 Teilnehmer aus allen Teilen der EU und von verschiedenen Ebenen der Regierungen und anderen Stellen trugen zu den einzelnen Seminaren bei. Sie alle können als „Verfasser“ dieses Handbuchs gelten, denn ihre schriftlichen und mündlichen Beiträge dienen als wichtige Wissensquellen und als Beispiele, die in den Kapiteln vorgestellt werden.

Die Kommission, die Nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen und die Migration Policy Group (MPG) können als „Herausgeber“ betrachtet werden, die den konzeptionellen Rahmen bereitstellen, eine Bestandsaufnahme der in den einzelnen Seminaren gesammelten Informationen vornehmen, einen Bewertungsrahmen zur Auswahl von Verfahren entwerfen und zusätzliche Sekundärforschung betreiben. Die unabhängige Beratungsgesellschaft verfasste etliche Themenpapiere zur Vorbereitung der einzelnen Seminare und zur Gestaltung der Diskussionen sowie das Abschlussdokument der Seminare. Diese Dokumente wurden anschließend von den Nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen erörtert. Alle diese Einzelteile bilden die Grundbausteine des Handbuchs.

Die erste Ausgabe wurde der Ministerkonferenz zur Integration, die vom 9.-11. November 2004 in Groningen unter der niederländischen Ratspräsidentschaft stattfand, vorgestellt. Die zweite Ausgabe war wichtiger Bestandteil des informellen Treffens vom 10.-11. Mai 2007 der für die Integration zuständigen Minister der EU in Potsdam unter der deutschen Ratspräsidentschaft. In Schlussfolgerungen des Rates haben die Mitgliedstaaten der EU wiederholt die Nationalen Kontaktstellen und die Kommission dazu aufgefordert, das Handbuch weiterzuentwickeln sowie für eine weitere Verbreitung zu sorgen und es an das Zielpublikum anzupassen. Aus diesem Grund wurde beschlossen, das Handbuch in die Amtssprachen der Union zu übersetzen. Alle drei Ausgaben sind abrufbar unter www.integration.eu.





Kapitel 2

Massenmedien und Integration



In liberalen Demokratien, die Pressefreiheit garantieren, fallen den Medien die Aufgaben der Information, der Bildung und der Unterhaltung zu. Sie wirken als Plattformen für eine offene und aufrichtige Verständigung über die positiven und negativen Seiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit, zu der auch die Zuwanderung gehört. Sie sind ein wirkungsvolles Mittel zur Einflussnahme auf die Gesellschaft und zur Versorgung der Migrantengemeinschaft und der übrigen Gesellschaft mit Informationen. Durch die Zuwanderung kommt es in der europäischen Gesellschaft zu einer zunehmenden kulturellen und sprachlichen Vielfalt. Diese Veränderung spiegelt sich jedoch nicht immer angemessen in den Medien wider, und zwar weder in Bezug auf die Darstellung von Zuwanderern noch hinsichtlich der Diversität in den Medienberufen.

Initiativen zur Schaffung und Erhaltung von Medien, die sich für die kulturelle Vielfalt europäischer Gesellschaften einsetzen und sie besser wiedergeben, werden nicht nur Gleichheit fördern, sondern auch Integration erleichtern und den Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken. Medienfachleute und -organisationen wie Selbstregulierungsgremien, Regierungen, Politiker, die Öffentlichkeit, die organisierte Zivilgesellschaft und Privatunternehmen müssen jeweils Aufgaben übernehmen. Dieses Kapitel stellt Strategien zur Entwicklung der Kompetenzen von Integrationsakteuren vor.

2.1 Herausforderungen und Chancen in der Medienumwelt

Globalisierung

Globalisierung und technischer Fortschritt haben das Wesen der Medien selbst verändert. Die Menschen haben Zugang zu Nachrichten, Informationen und Unterhaltungsprogrammen, die in der ganzen Welt und auch im eigenen Land, in der eigenen Region und vor Ort produziert werden. Sie nutzen dazu ein breites Medienspektrum – Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Internet. Die größere Auswahl an Medien erklärt zum Teil die Entwicklung paralleler Medienräume, in denen sich Zuwanderer in Europa über Satellitenfernsehen und Radio informieren, Internetseiten sowie Diskussionsforen aus ihren Herkunftsländern oder -regionen verfolgen oder das Angebot ethnischer Medienorganisationen in Europa in Anspruch nehmen. Zuwanderer vertrauen und verlassen sich häufig lieber auf Informationen aus ihren Heimatländern und -regionen als auf die der Medien in den Aufnahmeländern. Dies kann zu interkulturellen Missverständnissen führen, die wiederum die Integration beeinträchtigen.

Wettbewerb

Die Globalisierung und technologische Weiterentwicklungen setzen Medienunternehmen einem verschärften Wettbewerb aus. Medienunternehmen müssen dafür sorgen, dass ihre Produkte auf die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Verbraucher zugeschnitten sind, wenn sie in dem umkämpften Markt bestehen wollen. Dies gilt verstärkt für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten sowie für private Medienunternehmen. In diesem Sinne ist der Wettbewerb für die Integration Chance und Herausforderung zugleich.

Der technologische Wandel und wirtschaftliche Turbulenzen haben zu größerer Unsicherheit im Bereich der Beschäftigung geführt; auch wird weniger in redaktionelle Inhalte und Weiterbildung investiert, was das Niveau und die Qualität im Journalismus beeinträchtigt. Zeitdruck und Budgetzwänge erschweren es Medienschaffenden, Hintergrundrecherchen durchzuführen und Informationen zu überprüfen. Außerdem bauen viele Anbieter auf das alte Sprichwort „Schlechte Nachrichten verkaufen sich gut“, und mehr Sensationsstories und Panikmache beim Thema Zuwanderung sind das Ergebnis. Programme und Artikel neigen darum dazu, der Stimme von Zuwanderern weniger Aufmerksamkeit zu widmen, sie weniger glaubwürdig erscheinen zu lassen. Zuwanderer werden in stereotypen Rollen dargestellt; sie treten nur selten als Akteure der Medienberichterstattung auf, wenn es nicht um Themen der Zuwanderung geht, episodische Formate (Einzelereignisse) werden gegenüber thematischen Formaten, die den Hintergrund und die Beschreibung liefern, die für ein besseres Verständnis und Empathie für Zuwanderungsthemen erforderlich sind, bevorzugt.

Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass Zuwanderer und ihre Nachkommen eine wachsende Gruppe von Verbrauchern in Europa darstellen. Für Medienunternehmen bergen Zuwanderer Wachstumspotenzial, was die Größe der Zielgruppe und die Verbreitung anbelangt. Medienunternehmen müssen dafür sorgen, dass ihre Produkte einen Markt mit immer größerer kultureller Vielfalt bedienen, wenn sie bestehen wollen. Können die etablierten Medien die Bedürfnisse und Wünsche von Zuwanderern nicht bedienen, werden Medienangebote für Zuwanderer an Bedeutung gewinnen, wie auch die Nutzung des Satellitenfernsehens, des Radios, von Nachrichtenseiten im Internet und Diskussionsforen aus Herkunftsländern und -regionen.

Die Spiegelung der Gesellschaft in den Medien

Medien beeinflussen die Art und Weise, wie Zuwanderer in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Sie spiegeln jedoch auch die Meinungen und Einstellungen wider, die in der Gesellschaft vorhanden sind – diese sind mal tolerant, mal intolerant, andere wiederum offen feindselig und einige gleichgültig. Auch ist die Darstellung von Migration und Integration in den Medien sehr unterschiedlich, von Sympathie und aktiver Befürwortung über gelegentliche und unbeabsichtigte Voreingenommenheit bis zu gezielter Fremdenfeindlichkeit. Medienorganisationen können dazu angespornt werden,



ein genaues und faires Bild von Zuwanderern in den Medien zu zeichnen. Von Medien kann jedoch keine Förderung eines Integrationsprogramms erwartet werden, solange dies nicht in ihrem eigenen Interesse ist.

Regulierung der Medien

Debatten um Medien und Integration berühren grundlegende Rechte und Freiheiten. Das Recht auf Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht in jeder funktionierenden Demokratie und darf nicht beschnitten werden. Dieses Recht, das in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und in den Verfassungen vieler Staaten verankert ist, erlaubt die Darstellung kontroverser Ideen und Diskussionen in den Medien, auch die negative Darstellung von Zuwanderern, die zur Beeinträchtigung der Integration führen kann. Es ist jedoch auch die Aufgabe jeder funktionierenden Demokratie, die Menschen vor rassistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu schützen, die Hass schüren. Die Herausforderung besteht für europäische Gesellschaften darin, die Menschen vor Aufstachelung zum Hass zu schützen und gleichzeitig das Recht auf freie Meinungsäußerung zu bewahren.

Es gibt eine Selbstregulierung der Medien, insbesondere der Printmedien, sie wird jedoch häufig dafür kritisiert, dass sie bei der Zügelung unzutreffender und sensationslüsterner Berichterstattung sowie dem Schutz der Zuwanderer vor Diskriminierung zu wenig ausrichte. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten werden im Vergleich zu den Druckmedien in einigen Ländern stärker reguliert und müssen zum Teil Quoten für multikulturelle Inhalte und die Umsetzung proaktiver Maßnahmen erfüllen. Die unterschiedlich ausgeprägte Vielfalt und die ungleiche Konzentration der zugewanderten Bevölkerung im Lande sowie der Rang des Themas Zuwanderung auf der politischen Tagesordnung setzen der Regulierung von Rundfunk und Fernsehen in Europa jedoch Grenzen.

Bei den Medien herrscht allgemein die Ansicht, dass die bestehende Regulierung die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Berichterstattung beeinträchtigt. Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft halten im Gegensatz dazu eine verstärkte Regulierung für das Allheilmittel. Viele Fachleute sind der Meinung, dass der für eine angemessene und ausgewogene Darstellung von Zuwanderern in den Medien erforderliche Rechtsrahmen bereits vorhanden ist und es nicht an Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien fehlt, sondern an deren Umsetzung.

Akteure der Medien verstehen

Für viele Menschen sind „die Medien“ eine Einheit. Eine solche Vereinfachung ist unzutreffend und auch wenig hilfreich. Die Medienlandschaft ist unglaublich vielfältig und überspannt unterschiedliche Ebenen (global, einzelstaatlich, regional, lokal), Formate (TV, Radio, Druck und Internet), Eigentumsverhältnisse und Zielpublikum.

Medien stellen eine Welt für sich dar, und für Integrationsakteure kann es schwierig sein, ihren Weg in einem Dickicht von Medienunternehmen zu finden, die jeweils ihren eigenen Auftrag und eigene Interessen haben. Integrationsakteure, die Einfluss auf die Medien ausüben wollen, müssen die Strukturen und Mechanismen verstehen, in welchen die Medien und ihre Vertreter arbeiten müssen. Dies kann durch eine Bestandsaufnahme der lokalen, regionalen, einzelstaatlichen oder europäischen Medienlandschaft erreicht werden.

Die Medienindustrie ist äußerst komplex, da viele Akteure und Mitwirkende voneinander abhängig sind, sich gegenseitig beeinflussen und zusammenarbeiten. Beteiligte und Interessenvertreter sind Gesetzgeber, Medieneigentümer, Medienverwaltungsgesellschaften, Produktionsgesellschaften, Mediendienstleister, Werbeagenturen, Institute zur Publikumsbefragung und zur Messung von Einschaltquoten, Meinungsforscher, Personalvermittlungsagenturen, Ausbildungsinstitute, Verbraucherorganisationen, Minderheitenorganisationen, Gewerkschaften, Lehrerverbände, kirchliche Organisationen, politische Parteien, Interessenverbände, Journalisten, Personalleiter, Programmgestalter und Meinungsführer.

Akteure, die eine Bestandsaufnahme der Medienlandschaft vornehmen wollen, müssen vier weitere wichtige Bereiche berücksichtigen:

Medienorganisationen, die produzieren und senden

Integrationsakteure, die eine vielfältigere Medienlandschaft bzw. eine ausgewogene Darstellung von Zuwanderern anstreben, müssen zuerst feststellen, welche Art von Medienorganisation für eine Zusammenarbeit am besten geeignet ist – eine lokale, regionale, nationale oder globale Organisation, eine öffentlich-rechtliche oder eine kommerzielle Organisation. Wie und wo sendet diese Medienorganisation, welche Ziele verfolgt sie, welche Besonderheiten weist sie auf, und in welcher Beziehung steht sie zu anderen Organisationen? Sodann muss untersucht werden, in welcher Umgebung das Medienunternehmen arbeitet und wer daran beteiligt ist, z. B. wer der Eigentümer des Unternehmens ist, welche Politik (kommerziell, journalistisch, in Bezug auf Programmgestaltung, Mitarbeiter, Diversität, Sponsoren, PR und politische Bündnisse) es verfolgt und wer die Programme produziert und ausstrahlt. Wichtig ist außerdem, die breite Palette der Medienberufe und organisatorischen Abteilungen besser zu verstehen.

Gesetzgebungs- und Aufsichtsorgane, die die Arbeitsweise der Medien bestimmen

Um eine ausgewogene öffentliche Darstellung zu erreichen und Rassismus in den Medien zu bekämpfen, müssen die Mechanismen der Pressebeschwerden, die in den Medien, Journalistenverbänden und im Rahmen der Antidiskriminierungsvorschriften bestehen, bekannt sein. Beim Umgang mit Aufsichtsorganen muss zunächst der Status der Einrichtung ermittelt werden. Sind die Medien gesetzlich verpflichtet, einer staatlichen Einrichtung oder einer Einrichtung, die auf der Selbstkontrolle der Medien basiert, Rechenschaft abzulegen? Wann müssen die Medien Rechenschaft ablegen und worüber? Sind diese Berichte der



Öffentlichkeit zugänglich? Welche Befugnisse hat das Aufsichtsorgan, wenn die Medien diese Vorgaben nicht erfüllen?

Die Nutzer der Medien

Die passive Rolle der Mediennutzer als Publikum wandelt sich allmählich zu einer immer stärker interaktiven Rolle. Mediennutzer beteiligen sich zunehmend an Programmen, entwickeln ihre eigenen Webseiten und treten als informelle Kontrolleure der Medien auf, etwa über Einschaltquoten und Beschwerden. Integrationsakteure, die Einfluss auf die Medien ausüben wollen, können aus dem wachsenden Einfluss der Mediennutzer Kapital schlagen. Beispielsweise können diese dazu angespornt werden, die Beschwerdemöglichkeiten stärker in Anspruch zu nehmen, ihre eigenen Medienplattformen zu schaffen, an interaktiven Mediendiskussionen teilzunehmen. Auch eine Förderung der Medienerziehung in Schulen, um die Medienkompetenz zu verbessern, ist hilfreich.

Arbeitsmarkt

Integrationsakteure, deren Ziel kurz- und längerfristig eine vielfältigere Beschäftigungsstruktur in der Medienindustrie ist, müssen die Interessengruppen und die „Reformkräfte“ ermitteln, die für allgemeine Arbeitsmarktthemen zuständig sind, wie berufliche Bildung, Berufsberatung, Coaching im Beruf und Beschäftigungspolitik. Dazu gehören Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, Einrichtungen zur Berufsbildung und Berufsberatung auf einzelstaatlicher Ebene, welche die Rahmenbedingungen bestimmen, innerhalb deren neue Medienschaffende Zugang zur Medienindustrie erhalten, und die Arbeitgeber dazu motivieren, ihre Mitarbeiter im Bereich der interkulturellen Kompetenzen und Fähigkeiten weiterzubilden.

Ausführlichere Hinweise zur Bestandsaufnahme der Medienlandschaft finden Sie in dem Positionspapier *Thinking forward: Making the Media more Diverse and the Role of „Change Agents“* (Vorausgedacht: Mehr Vielfalt in den Medien und die Aufgabe von „Change Agents“):

www.eumap.org/advocacy/advoc_eumap/media/TV_followup/index

Siehe auch *„Media4Diversity: taking the pulse of diversity in the media“* (Medien für Vielfalt: am Puls der Vielfalt in den Medien):

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=nl&catId=423&newsId=512&furtherNews=yes>

Die Bestandsaufnahme der Medienlandschaft kann sehr zeitraubend sein. Viele Integrationsakteure vertreten vermutlich die Auffassung, dass eine solche Bestandsaufnahme angesichts knapper Mittel nicht durchführbar ist. Es wäre daher sehr hilfreich, die Aufmerksamkeit auf Organisationen zu richten, die bereits solche Bestandsaufnahmen einzelner Medienlandschaften vorgenommen haben, damit diese anderen als Quelle dienen können.

Ist die Bestandsaufnahme erst vollendet, werden die Akteure weitaus besser verstehen können, warum, wie und ob überhaupt bestimmte Medienorganisationen Interesse an Partnerschaften haben könnten. Die Interessen der Integrationsakteure können sich decken, überschneiden oder widersprechen. Die Bestandsaufnahme hilft den Akteuren zu verstehen, wie sie ihre Botschaft richtig verpacken und an die richtige Person richten.

Wenn sich Integrationsakteure Zeit für eine Bestandsaufnahme der Medienlandschaft – mit den wichtigsten Akteuren, dem rechtlichen Rahmen, den Nutzern und dem Arbeitsmarkt – nehmen, können sie besser verstehen, warum, wie und welche Medienorganisationen Interesse daran haben könnten, eine angemessenere und besser ausgewogene Darstellung von Zuwanderern sowie eine größere ethnische Vielfalt ihrer Mitarbeiter anzustreben.



2.2 Entwicklung einer erfolgreichen Medienstrategie

Die Medien können für viele Integrationsakteure entweder Verbündete oder Feinde sein. Integrationsakteure sollten erwägen, eine Medienstrategie auszuarbeiten, diese mit dem Auftrag der/den Medienorganisation/en abzustimmen, ihre Botschaft zu formulieren und strategische Allianzen zu bilden.

Eine Medienstrategie hat mehr Aussicht auf Erfolg, wenn der Akteur die Medienlandschaft ausgelotet und die entsprechenden Interessengruppen ermittelt und analysiert hat. Auch sollte eine proaktive langfristige Medienstrategie anvisiert werden, da die Medienberichterstattung, besonders wenn sie nachhaltig ist, eines der erfolgreichsten Mittel zur Veränderung von Einstellungen ist.

How to communicate: strategic communication on migration and integration (Kommunikationsweisen: strategische Kommunikation zu Migration und Integration), veröffentlicht von der belgischen König-Baudouin-Stiftung, enthält praktische Ratschläge für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich stärker im Bereich Medien engagieren möchten.

www.kbs-frb.be/uploadedfiles/KBS-FRB/05_Pictures,_documents_and_external_sites/09_Publications/PUB_1624_How_to_Communicate.pdf



Integrationsakteure sollten prüfen, wie sich ihre Zielsetzung in den Auftrag der Medienorganisation und ihrer Abteilungen einfügen könnte, und die Medienstrategie darauf abstimmen. Beispiele für Strategien, die den Auftrag von Medienorganisationen unterstützen, sind:

- die Bereitstellung von stimmigen und zuverlässigen Informationen für Journalisten. Der Druck auf Journalisten wächst, und sie haben weniger Zeit für die Recherche. Eine





gut geschriebene Pressemitteilung ist von unschätzbarem Wert, wenn es darum geht, in der Medienberichterstattung Beachtung zu finden, nutzerfreundliche, auf Fakten beruhende Veröffentlichungen (mit guten Kurzfassungen) bieten Journalisten die notwendigen Hintergrundinformationen.

- Die eigene Webseite muss aktuelle und relevante Informationen anbieten sowie nutzerfreundlich sein, damit Journalisten leicht Zugang zu Informationen, Pressemitteilungen und Veröffentlichungen finden.
- Der Aufbau einer Datenbank zum Thema Diversität unterstützt Journalisten dabei, Wortführer, Fachleute und einzelne Zuwanderer zu finden, die über eigene Erfahrungen berichten können.



Integrationsakteure können für mehr Präsenz in ihrer lokalen Medienumgebung sorgen, in dem sie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in ihre strategische Planung einbeziehen und ihren Ansatz auf den Gesamtauftrag und die Qualitätsstandards der Medienorganisationen abstimmen.

Integrationsakteure müssen sich für ihre Medienstrategie klare Ziele setzen, ihr Zielpublikum festlegen und ihre Botschaften auf diese zuschneiden. Die einzelnen Führungsbereiche senden oft uneinheitliche Botschaften zum Thema Migration und dazu, wie positiv diese beurteilt wird. Regierungen und andere Interessengruppen können uneinheitliche Botschaften und eine verzerrte Wahrnehmung von Zuwanderern zurechtrücken, indem sie die Medien als Vehikel zur Weiterbildung der Öffentlichkeit bei den Themen Migration und Integration nutzen. Sie können auch unabhängige Forschung über die Rolle und den Beitrag von Zuwanderern für die Aufnahmegesellschaft in Auftrag geben sowie die Medien zur Verbreitung der Ergebnisse nutzen.

Die Akteure müssen sich Gedanken machen darüber, wie sie die Öffentlichkeit für Migrationsthemen sensibilisieren. Sie können die Aufmerksamkeit zum Beispiel auf ähnliche Wertvorstellungen lenken sowie auf die Perspektive menschlicher Themen, indem sie persönliche Geschichten und Fallstudien verwenden. Sie können Medienakteure dazu motivieren, endgültige Aussagen, die gespaltene Reaktionen provozieren, zu vermeiden. Auch der Stil der ins Auge gefassten Medienorganisation muss berücksichtigt werden. So interessiert sich die Boulevardpresse eher für Geschichten, die Gefühle ansprechen – persönliche Erlebnisberichte von Zuwanderern können hier mehr Erfolg haben, während seriöse Zeitungen sich für quantitative Daten und Hintergrundinformationen interessieren.

Beispiele für Strategien, die eine wirksame Weiterleitung der Botschaft gewährleisten, sind Folgende:

- Schulung fachkundiger Wortführer, die sich im Auftrag von Migrantengemeinden äußern können und Themen auf eine medienfreundliche Art und Weise erläutern und unterstützen können;

- Ausweitung ihrer Unterstützerbasis. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen tapen in die Falle, ihre bestehende Unterstützerbasis zu bedienen, anstatt sich mit ihrem Anliegen zunehmend an die Mehrheit der Gesellschaft zu wenden;
- Nutzung der Lokalpresse. Die lokale Presse hat einen großen Einfluss aufgrund der beträchtlichen Leserschaft der wöchentlichen Gemeindeblätter und der Tatsache, dass die Menschen Integration auf der lokalen und nicht auf der nationalen Ebene erfahren. Artikel aus der Lokalpresse werden häufig von den nationalen Medien aufgegriffen;
- Pflege produktiver Arbeitsbeziehungen mit Verlegern und Journalisten, und zwar nicht nur mit denen, die Migrationsthemen unterstützen;
- Anleitung der Öffentlichkeit zu einer kritischeren Haltung gegenüber den Medienprodukten, indem sie den Einfluss kultureller und sozialer Hintergründe in der Darstellung und in der Auslegung erläutern;
- Beobachtung von Medienerzeugnissen und Erörterung der Ergebnisse mit Medienorganisationen, Journalisten und Verlegern sowie ggf. Nutzung der Beschwerdeorgane (Bürgerbeauftragte, Gleichstellungsorgane, Presseräte).

Integrationsakteure sollten in ihrem lokalen Umfeld und in ihren bisherigen Erfahrungen nach Ideen Ausschau halten, wie ihre Botschaft für ein bestimmtes Zielpublikum formuliert und ausgerichtet werden müsste.



Das Central Office of Information (Vereinigtes Königreich) brachte 2004 eine Publikation heraus, welche die sozialen, kulturellen und die einstellungsbedingten Faktoren erkundet, die sich auf die Kommunikationsbedürfnisse ethnischer Minderheiten auswirken, und die strategische und kreative Hinweise dafür gibt, wie die Kommunikation mit ethnischen Minderheiten gestaltet werden kann.

www.coi.gov.uk/documents/common-good-bme-exec-summ.pdf



Die Medienlandschaft ist schlicht zu groß und zu vielfältig, als dass ein Integrationsakteur sie verändern könnte. Integrationsakteure sollten darum die Zusammenarbeit mit anderen Interessengruppen suchen, um eine einheitliche und wirkungsmächtige Botschaft auf lokaler, regionaler, nationaler oder EU-Ebene zu verkünden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen können Beziehungen mit Behördenvertretern aufbauen, um Botschaften abzustimmen oder – wenn die Botschaften sich widersprechen – dafür sorgen, dass die Sichtweise der Zivilgesellschaft von den staatlichen Organen berücksichtigt wird und dass die Reaktion der Zivilgesellschaft Rücksicht auf die staatlichen Belange nimmt.





Integrationsakteure können bestehende Initiativen und Interessengruppen miteinander in Verbindung bringen sowie Medieninitiativen der Gemeinschaft ermöglichen und unterstützen. Eine Zusammenarbeit zwischen Regierung, Hochschuleinrichtungen und Forschungsinstituten kann dazu beitragen, Grundlagenforschung und Daten für eine fundierte und sachkundige Debatte über Migration in den Medien zu liefern.



Strategische Bündnisse zwischen der Zivilgesellschaft, der Regierung, Forschungsinstituten und Berufsverbänden der Medien können dazu beitragen, auf einen so breitgefächerten und vielfältigen Bereich wie den der Medien Einfluss zu nehmen.



Das Projekt Migrace von „Člověk v tísni“ (Menschen in Not), einer Nichtregierungsorganisation des tschechischen Fernsehens, begegnet der Stereotypenbildung mit der Publikation von Migrationsthemen in den Massenmedien (TV, Radio, Zeitungen, Zeitschriften sowie Kultur- und Bildungsprogrammen) und mit der Information der tschechischen Öffentlichkeit über die Schwierigkeiten und Chancen, die in der Migration liegen.



www.diskriminace.info/dp-migrace/program_migrace.phtml

Die britische lokale Zeitung Leicester Mercury ist Partner der „Leicester’s Multicultural Advisory Group“, die sich aus führenden Personen der Stadtverwaltung, den Gemeinden, Glaubensgruppen, aus dem ehrenamtlichen Bereich sowie dem Hochschulbereich zusammensetzt. Der Herausgeber der Zeitung führt einen regelmäßigen Dialog, um mehr Verständnis zwischen den Medien und den Gruppen der Gemeinschaft herbeizuführen. Die Partnerschaft hat zu einer fundierteren Berichterstattung und zu sachkundigeren Entscheidungen der Herausgeber geführt, auch wird eine tägliche Kolumne von unterschiedlichen Ortsansässigen geschrieben, und es wurde ein besserer Kontakt zu Lesern aus schwer zugänglichen Migrantengruppen hergestellt.



http://83.137.212.42/sitearchive/cre/about/sci/casestudy5_leicester.html

Das „Forum on Migration and Communications“, das von dem *Dublin Institute of Technology* geleitet wird, bringt Medienproduzenten – Zuwanderer und Einheimische –, Dienstleister von Nichtregierungsorganisationen, ehrenamtlich Aktive sowie Sozial- und Politikforscher an einen Tisch. Ziel ist es, Zuwanderern eine gewichtigere Stimme zu geben und Perspektiven, die bislang entweder nicht oder nur reißerisch bzw. als Randphänomen in den etablierten Medien dargestellt wurden, in einer Reihe von Projekten, die von den Medien initiiert wurden, in Form von persönlichen oder kollektiven Berichten über Familienzusammenführung und undokumentierte Zuwanderung darzustellen.



www.fomacs.org

Die Tiroler Landesregierung in Österreich arbeitet bei der Umsetzung ihres Integrationsprogramms mit den Medien zusammen. Eine gezielte Berichterstattung von Journalisten etablierter Medien und von Journalisten mit Migrationshintergrund gewährt Einblicke in das Alltagsleben von Zuwanderern und in den Beitrag, den diese für die Aufnahmegesellschaft leisten. Themen sind unter anderem die Rolle und die Leistungen von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt; das Familienleben von Menschen, die zwei Kulturen vereinen; die Einbindung in Sport und Unterhaltung sowie die soziale Situation unterschiedlichster Zuwanderer, z. B. Asylsuchenden, Flüchtlingen, dauerhaft Ansässigen, Zeitarbeitern und Saisonarbeitern, Studenten usw.

www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration



Entwicklung der interkulturellen Kompetenzen von Medienunternehmen

Medienschaffende müssen interkulturelle Kompetenz entwickeln, um in einer vielfältigen Umgebung erfolgreiche Arbeit leisten zu können, die zu größerer Genauigkeit sowie zu Unparteilichkeit und mehr Fairness führt. Beim sechsten EquaMedia Transnational Meeting in Rom 2004 wurden die folgenden interkulturellen Kompetenzen von Journalisten festgehalten:

- Wissen: wissen, wer die Hauptakteure der Gesellschaft sind, welche Rolle sie in der Gesellschaft spielen und welchen Hintergrund sie haben (Religion, kulturelle Gewohnheiten und Geschichte);
- Kompetenzen und Erfahrungen: Neben interkulturellen Kommunikationskompetenzen sollten Journalisten in der Lage sein, Quellen zu finden und auszubauen, ein journalistisches Produkt zu einem multikulturellen Thema zu erstellen und ein interkulturelles Netzwerk aufzubauen;
- Einstellung: aufgeschlossen, neugierig (sich direkt an die Quelle wenden statt an den Sprecher der Gemeinschaft) und bereit sein, den Befragten größere Handlungskompetenz zu überlassen.

Der Erwerb interkultureller Kompetenzen kann Bestandteil des Lehrplans von Bildungseinrichtungen für Medienberufe werden. Da viele ohne formale journalistische Qualifikationen bzw. ohne Medienausbildung den Beruf des Journalisten ergreifen, könnte interkulturelles Training auch in die berufliche Weiterbildung und die praktische Ausbildung eingehen, die von Medienunternehmen, Berufsverbänden und Gewerkschaften angeboten werden. Die Weiterbildung im Bereich interkultureller Kompetenzen ist von entscheidender Bedeutung, da sowohl die Zusammensetzung der Gesellschaft als auch die Debatten zur Migration innerhalb der Gesellschaft veränderlich sind. Schulungsinitiativen sollten sich an Herausgeber, Journalisten, Lehrpersonal und Selbstregulierungsorgane





richten. Integrationsakteure können Medien und Journalistenschulen bei der Entwicklung von Kursen zu Migration und kultureller Vielfalt unterstützen.



Eine sehr praxisnahe Möglichkeit, direkt mit Medienvertretern während deren Aus- und Weiterbildung und ihrer gesamten beruflichen Karriere zu arbeiten, ist die Bereitstellung von Materialien, Schulungen und Dialogplattformen zu interkultureller Kompetenz. In einem ersten Schritt gilt es, sich des Engagements von Medienpädagogen und -verwaltungen zu vergewissern.



Die „Society of Editors“ und der „Media Trust“ (Vereinigtes Königreich) haben den Leitfaden *Reporting Diversity* (Über Vielfalt berichten) erarbeitet, um Journalisten bei der fairen Berichterstattung zu Migrationsthemen zu unterstützen. Dieser Leitfaden liefert eine Momentaufnahme sich wandelnder Gesellschaften, unterstreicht Themen, denen Journalisten bei der Berichterstattung zu Gesellschaftsthemen begegnen, und nennt Beispiele für bewährte Praktiken aus unterschiedlichen Medienbereichen.



www.societyofeditors.co.uk/userfiles/file/Reporting%20Diversity.pdf

Das vierteljährliche Informationsblatt des österreichischen Integrationsfonds *Integration im Fokus* versteht sich als eine offene Informationsquelle insbesondere für Journalisten und wichtige Multiplikatoren wie Politiker und Pädagogen. Die außerordentlich positive Reaktion der Massenmedien auf diese Publikation und seine Auflage von 17 000 weisen darauf hin, dass sie eine Lücke auf dem Markt für Special-Interest-Medien schließt.



www.integrationsfonds.at/index.php?id=130

Damit Bildung und Weiterbildung Erfolg haben können, müssen alle Interessengruppen eingebunden werden: Führungskräfte müssen die Ziele unterstützen, und das Ausbildungsprogramm muss direkt in Verbindung zur Medienarbeit stehen. Die Unterstützung der Führungsebene kann gewonnen werden, wenn die Ergebnisse der Ausbildung direkt mit ihrem Wunsch nach internationaler Anerkennung, der Verpflichtung zur Einhaltung rechtlicher Vorschriften, dem Versprechen greifbarer Verbesserungen sowie mit Studienreisen ins Ausland verknüpft werden. Die Unterstützung durch Journalisten und andere Medienschaffende kann gefördert werden, wenn mehr Kompetenz und größeres Wissen in Aussicht gestellt werden, Anreize wie Auszeichnungen, Studienfahrten, Zertifikate geboten werden, Gelegenheit zur Netzworfbildung und schlicht eine Durchbrechung der Routine sowie eine angenehme Erfahrung angeboten werden.

Interkulturelles Training sollte den Schwerpunkt eines praxisbasierten Ausbaus von Kompetenzen vor Augen haben. So sollten beispielsweise Berichte zum Thema Zuwanderung Teil der Ausbildung sein. Genauso sollten auch Informationen nicht fehlen, wie eine bessere Verständigung hergestellt werden kann mit Integrationsakteuren, z. B. mit staatlichen

Stellen, Einrichtungen der Zivilgesellschaft und Migrantengemeinden. Die Wirksamkeit der Bildungsmaßnahmen sollte evaluiert werden. Am besten erreicht man dies durch eine Beobachtung der Medienberichterstattung vor und nach der Bildungsmaßnahme.

Die Europäische Rundfunkunion (EBU) hat zusammen mit dem schwedischen Rat des Europäischen Sozialfonds und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte das „Diversity Toolkit for factual programmes in public service television“ (Diversitäts-Baukasten für dokumentarische Programme im öffentlich-rechtlichen Fernsehen) entwickelt, um den TV-Schaffenden ein Werkzeug zur Förderung der Grundsätze kultureller Vielfalt im Rahmen ihrer Dienstleistungen an die Hand zu geben. Darin befinden sich praktische Informationen (Checklisten, Literaturangaben) und Hinweise auf bewährte Praktiken, die angewandt werden können und von denen man lernen kann. Ebenfalls enthalten ist eine DVD mit Auszügen aus Nachrichten und aktuellen Meldungen aus Programmen eines Dutzends europäischer Länder, die einige der Schwierigkeiten illustrieren, die Journalisten bei der Berichterstattung über Minderheiten zu bewältigen haben.

http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/media-toolkit_diversity_en.pdf

Die spanische Beobachtungsstelle für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hat in Zusammenarbeit mit den wichtigsten allgemeinen und migrantenspezifischen Medien den *Practical Guide for Media Professionals: media treatment of immigration issues* (Praktischer Leitfaden für Medienberufe: die Behandlung von Themen aus dem Bereich Migration) verfasst. Enthalten sind wichtige Empfehlungen zum Thema Migration, praktische Werkzeuge und Ratschläge, wie diese in die alltägliche Arbeit umgesetzt werden können, sowie eine Liste wichtiger Kontakte und Webseiten für Medienberufe.

www.oberaxe.es/files/datos/47d1394b65cc8/GUIA%20MEDIOS%20ELECTRONICANIPO.pdf

Herausgeber und Journalisten können ihre Netzwerke ausbauen, um ein besseres Verständnis der Migrantengemeinde sowie der sie berührenden Themen zu gewinnen. So können sie deren Belange besser berücksichtigen und auch mit Menschen sprechen, die unmittelbar mit dem Ereignis/dem Thema zu tun haben, oder mit Personen, die im Auftrag dieser Menschen zutreffende Angaben machen können.

Diskussionsplattformen können eingerichtet werden, um den Einfluss der Medien auf die Integration besser zu verstehen. Konstruktive Dialoge mit Vertretern ausgewählter Medien erleichtern ebenfalls eine rasche Reaktion auf sich wandelnde Ereignisse vor Ort.



Perslink (Presslink), eine Initiative von Mira Media sowie der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt der Niederlande und der niederländischen Journalistenvereinigung, hat verschiedene Instrumente entwickelt, darunter auch eine Datenbank zum Thema Diversität, um die Kontakte zwischen Gemeinden ethnischer Minderheiten und den Medien zu verbessern und so ausgewogenere Informationen über die multikulturelle Gesellschaft und Zuwanderer zu liefern. Wortführer erhalten Mediens Schulungen, und Netzwerktreffen bringen Wortführer und Journalisten zusammen.



www.perslink.nl

Integrationsakteure können ihr anerkanntes Fachwissen und ihre Kompetenz im Bereich der Integration am besten nutzen, indem sie gute Medienpraktiken anerkennen und honorieren. Solche Aktionen stellen Anreize dar für Herausgeber und Journalisten, sich mit der Darstellung und Einbeziehung von Zuwanderern in den Medien zu beschäftigen.



Vorbildliche Verfahren der Medien können von Medienorganisationen, staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft mit der Verleihung von Auszeichnungen für Höchstleistungen gefördert werden.



Zu den Preisen der CIVIS Medienstiftung gehören u. a. der Europäische CIVIS Fernsehpreis und der deutsche CIVIS Fernsehpreis (Kategorie Information) und der deutsche CIVIS Radiopreis (kurze und lange Programme).



www.civismedia.eu/tv/civis

Der Journalistenpreis „For Diversity. Against Discrimination“ (Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung) wird von der Europäischen Union an Journalisten verliehen, deren Arbeit einen Beitrag zum besseren Verständnis der Vorteile der Vielfalt und zur Bekämpfung der Diskriminierung in der Gesellschaft leistet.



<http://journalistaward.stop-discrimination.info>

Der schottische Medienpreis „Refugee Week Scottish Media Awards“, der von dem „Asylum Positive Images Network“ (Netzwerk für positive Darstellungen zu Asyl) vergeben wird und dem Oxfam, der nationale Journalistenverband, das britische Rote Kreuz und der schottische Flüchtlingsrat angehören, wird an Journalisten vergeben, die auf herausragende und faire Weise über Asyl in Schottland berichtet haben.



www.refugeeweek.org.uk/scotland

„Trefmedia“ des Minderhedenforums (Flandern – Belgien) präsentiert jährlich den interkulturellen Fernsehpreis. Nominiert werden können Programme, die in der Darstellung ethnischer und kultureller Vielfalt einen nicht von Stereotypen beherrschten Blickwinkel einnehmen.

www.trefmedia.be



2.3 Schaffung größerer Vielfalt in den Medien

Zuwanderer schlagen aus vielerlei Gründen seltener eine berufliche Laufbahn in den Medien ein, diese gilt es bei Strategien zur Personalbeschaffung zu berücksichtigen. Gründe sind: fehlende Vorbilder sowohl in ihrer Gemeinschaft als auch sichtbar in den Medien; in vielen Kulturen gilt ein Medienberuf im Vergleich zu Berufen mit stabileren Beschäftigungschancen als weniger erstrebenswert; mangelndes Wissen innerhalb der Migrantengemeinschaften über die Bandbreite der Berufe in der Medienbranche.

Der demografische Wandel in den europäischen Gesellschaften wird dazu führen, dass junge Zuwanderer einen großen Teil der zukünftigen berufstätigen Bevölkerung stellen werden. Die Personalstrategien von Medienunternehmen und Bildungseinrichtungen müssen jungen Zuwanderern und deren Eltern deutlich machen, dass die Medienindustrie sie ernst nehmen und ihnen gleiche Chancen einräumen wird (die gesetzlichen Vorgaben schützen Zuwanderer vor Diskriminierung aufgrund ihrer Rasse, Volkszugehörigkeit oder Religion, jedoch nicht aufgrund ihres Zuwandererstatus).

Medienunternehmen können Medienberufstage an weiterführenden Schulen veranstalten, spezielle Praktikumsprogramme anbieten und Hochschulstipendien vergeben. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und zivilgesellschaftliche Organisationen können ebenfalls eine wichtige Rolle dabei spielen, wenn junge Zuwanderer dazu ermuntert werden sollen, einen Medienberuf zu ergreifen. Zivilgesellschaftliche Organisationen können beispielsweise junge Zuwanderer in kommunale Medienprojekte einbinden.

Feedback von unterrepräsentierten Gruppen in den Medien kann dazu genutzt werden, gezielte Personaleinstellungsstrategien zu entwerfen, um die Attraktivität des Journalismus als Berufsoption für junge Zuwanderer zu steigern.





CREAM ist ein europäisches Projekt bestehend aus verschiedenen Medienbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen zur Berufsorientierung für junge Leute, das in Zusammenarbeit mit der Medienindustrie durchgeführt wird. Diese Aktivitäten und Veranstaltungen bieten den Schülern – und insbesondere Schülern aus ethnischen Minderheiten – die Gelegenheit, berufspraktische Erfahrungen bei Medien zu sammeln, und stellen einen Ansporn für sie dar, eine berufliche Ausbildung oder ein Studium zu wählen, das sie auf eine Medienberufslaufbahn vorbereitet.



www.olmcm.org/section.php?SectionID=10

Das Projekt Mundo aus Finnland ist ein Projekt zur Medienerziehung und berufspraktischen Ausbildung, das sich an Zuwanderer und Flüchtlingsgruppen richtet. Das Projekt bietet ein umfassendes Medientraining, darunter Praktika in Medienorganisationen, und verfolgt auch das Ziel, Mentoren für die einzelnen Medienstudenten mit Migrationshintergrund oder aus ethnischen Minderheiten aufzubauen.



www.yle.fi/mundo

DigiTales regt Zuwanderer dazu an, eine Karriere in den Medien zu erwägen, indem es sie an einem digitalen Erzählprojekt teilnehmen lässt, wobei sie einen kurzen Film über ihr Leben drehen. Während des Prozesses können sie lernen, wie man ein Drehbuch schreibt, eine Sprecherstimme aufnimmt und Fotos, Videos sowie Illustrationen in einen Film einbindet.



www.digi-tales.org

Mentorenprogramme und Möglichkeiten zur Entwicklung und Förderung der Vielfalt helfen den Betreuten, ihr Potenzial voll zu entfalten und zu steigern. Dies kann durch realistische und erreichbare Programme zur Laufbahnentwicklung erreicht werden, mit denen Einzelpersonen Organisationshürden überwinden können, die sich dem beruflichen Aufstieg und der Entwicklung in den Weg stellen, und mit denen sie Kompetenzen ausbauen und die Motivation steigern. Medienschaffende mit Migrationshintergrund können durch Gewerkschaften und Arbeitsgruppen auch zur Netzwerkbildung angeregt werden, um sich gegenseitig beruflich zu unterstützen, u. a. durch Beratung zu Ausbildung, Stellenangeboten und Karriereentwicklung.

Ethnische Medienorganisationen können die Integration fördern und gleichzeitig die ethnische und kulturelle Identität bewahren. Dieser doppelte Ansatz hilft dabei, Möglichkeiten für einen alternativen Diskurs mit den etablierten Medien zu eröffnen, gleichzeitig bildet er eine Brücke zum Ursprungsland und zur Ursprungskultur. Ethnische Medien können für problematische Sichtweisen der Allgemeinheit eine wichtige Rolle spielen. Sie geben Zuwanderergruppen eine Stimme, bieten ihnen die Möglichkeit zu angemessener Darstellung, treten mit der Aufnahmegesellschaft in einen Dialog und

bringen Missstände zur Sprache. Medienorganisationen und Integrationsakteure sollten aus diesen Gründen erwägen, Beschäftigten bei ethnischen Medien Mentorenprogramme und Entwicklungsmöglichkeiten anzubieten.

Mentoring und Entwicklungsmöglichkeiten für neue und auch bereits vorhandene Beschäftigte mit Migrationshintergrund sind wirkungsvolle Mittel, um die Diversitätspolitik einer Medienorganisation bei der Einstellung, beruflichen Förderung und dem Halten von Personal zu verbessern.



Mediam'Rad ist ein dreijähriges europäisches Programm des Institut PANOS Paris, das durch eine dauerhafte Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen ethnischen Medien und Mainstream-Medien die Meinungsvielfalt steigern und die Vielzahl der Perspektiven in den Medien verstärken soll. Workshops zur Vermittlung von Kenntnissen zu beruflichen Praktiken und Erfahrungen, europäische Medientreffen, vergleichende Inhaltsanalysen zu Medieninformationen, die von ethnischen und von etablierten Medien veröffentlicht wurden, sowie ein Fonds zur Unterstützung von Partnerschaften sind einige der Tätigkeiten, die allesamt Beschäftigten ethnischer Medien Entwicklungschancen bieten.

www.mediamrad.org/



Da es zu wenig Fachleute in ethnischen Medien gibt, stellen Medienschaffende, die im Ausland ausgebildet wurden, eine noch zu wenig genutzte Ressource dar. Ihre Qualifikationen und ihre Erfahrung werden häufig von Arbeitgebern oder Gewerkschaften nicht anerkannt. Auch werden Beschäftigungsmöglichkeiten bei Medien häufig über Mundpropaganda weitergegeben, wovon Medienfachleute ausgeschlossen bleiben, die nicht aktuell in der Branche arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren. Medienorganisationen, Berufsverbände, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sollten bei ihren Maßnahmen zur Personalbeschaffung auch im Ausland ausgebildete Fachleute in Betracht ziehen und Weiterbildungsmaßnahmen für diese planen, um ihnen das Wissen und die Fertigkeiten an die Hand zu geben, die sie für eine erfolgreiche Arbeit im Aufnahmeland benötigen.

Ausländische Journalisten, die aufgrund ihrer Berufsausübung verfolgt und ins Exil gezwungen wurden, können in einem europäischen Land als Flüchtling anerkannt werden. Ihre Qualifikationen können dann anerkannt und sie selbst bei der Ausübung ihres Berufs in Europa unterstützt werden. Dazu eignen sich Programme zur Beurteilung der Qualifikationen und der Ausbildung, Praktikumsprogramme, Forschungs- bzw. Ausbildungsstipendien für Journalisten im Exil und der Aufbau von Netzwerken für Journalisten im Exil, um Informationen auszutauschen und um Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern.

Staatliche Stellen und Akteure der Zivilgesellschaft spielen eine entscheidende Rolle bei der Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten und der Anerkennung von Fähigkeiten und Qualifikationen einer häufig ungenutzten Quelle – Medienschaffenden, die im Ausland ausgebildet wurden, und ganz besonders Journalisten im Exil.





Das „Exiled Journalists' Network“ (Vereinigtes Königreich), ein Netzwerk für Journalisten im Exil, das von dem nationalen Journalistenverband und dem „MediaWise Trust“ gefördert wird, hilft Journalisten, die vor der Verfolgung aufgrund ihrer Tätigkeit in den Medien in das Vereinigte Königreich geflüchtet sind. Es baut auf dem RAM-Projekt auf, das exilierte Journalisten mit Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie Informationen zur Medienlandschaft des Vereinigten Königreichs ebenso wie bei der Gründung ihrer eigenen Medienfirma und mit Möglichkeiten zum Berufseinstieg und Schulungseinrichtungen unterstützt. Der nationale Journalistenverband veranstaltete ebenfalls spezielle Ausbildungskurse. Das RAM-Projekt erstellte außerdem ein Verzeichnis der exilierten Journalisten, das Herausgeber von Druck- und Rundfunkmedien dazu anregen soll, exilierten Journalisten eine Anstellung oder Aufträge anzubieten.



www.exiledjournalists.net

Umsetzung von Diversitätsstrategien

Erfolgreiche Diversitätsstrategien haben häufig die folgenden Merkmale gemeinsam:

- Sie stellen eine notwendige Antwort auf den demografischen Wandel bei Publikum und Beschäftigten dar.
- Sie sind in alle Facetten der Medienorganisation integriert und an den Handlungen der Geschäftsleitung und der Führungskräfte, den Einstellungsstrategien, am Arbeitsplatz, an der Auswahl von Artikeln und Programmen, den gesellschaftlichen Verbindungen sowie an Marketing und Kommunikation erkennbar.
- Sie beziehen Verpflichtungen und Ziele des Unternehmens mit ein, an denen Fortschritte abgelesen und in den Jahresberichten ausführlich dargestellt werden.
- Ihnen sind zweckgebundene Haushaltsmittel zugeordnet.



Die niederländische Regierung verfolgte seit 1996 eine Medien- und Diversitätsstrategie, der bestimmte Haushaltsmittel für Nichtregierungsorganisationen, die Druckpresse und Rundfunk- und TV-Initiativen zugeordnet waren. Der niederländische öffentlich-rechtliche Rundfunk hatte mit der Regierung einen Leistungsvertrag abgeschlossen, dessen Bestandteil auch Diversitätsziele sind. So wurde ihm vom Gesetzgeber die Aufgabe übertragen, 20 % der TV-Sendezeit und 25 % der Rundfunksendezeit multikulturellen Programmen zu widmen.

Diversität und gleiche Beschäftigungschancen sind auch Bestandteil des britischen Rundfunkgesetzes, jedoch gibt es auch spezielle Diversitätsstrategien der Regierung, die unterschiedliche Aspekte und Interessengruppen der Medien betreffen. Die BBC hat

sich dazu verpflichtet, die Diversität im Vereinigten Königreich widerzuspiegeln und ihre Dienstleistungen allen Bürgern zugänglich zu machen. Ihr Zentrum für Diversität prüft in regelmäßigen Erhebungen die Darstellung von Minderheiten in Programmen zur Hauptsendezeit bzw. in der regionalen und nationalen Berichterstattung.

www.bbc.co.uk/info/policies/diversity.shtml

Der belgische Sender VRT verabschiedete 2003 eine Diversitätscharta, die die Grundlage der Einrichtung einer „Diversitätszelle“ bildete. Hier werden Netzwerke mit Minderheitenverbänden, Jugendorganisationen und interkulturellen Medien aufgebaut mit dem zweifachen Ziel der Talentsuche und der Suche nach Kontakten zu möglichen Programmteilnehmern. Angestoßen wird damit auch die Sensibilisierung und das Diversitätstraining mit Kollegen, es werden Kontakte zu Fachleuten im Bereich Minderheiten geknüpft und Beratung dazu angeboten, wie Diversitätsthemen in etablierte Programme eingebunden werden können.

www.vrt.be/vrt_master/over/vrt_overvrt_diversiteit_engagement_charter_bis/index.shtml

France Télévisions hat 2004 einen Plan für positive Maßnahmen zur Integration gestartet. In Zusammenarbeit mit Radio France International zeichnet es für das Projekt „PlurielMedia“ verantwortlich, das Untersuchungen zur Diversität innerhalb von France Télévisions, Diversitätstraining für Führungskräfte, interkulturelles Training für Journalisten und Schulungen für junge Medienschaffende aus ethnischen Minderheitsgruppen, die beim französischen Fernsehen beschäftigt sind, durchführt.

www.francetelevisions.fr

Medienorganisationen können einen Austausch von Informationen und Praktiken in Gang setzen, um gegenseitig von Erfahrungen zu lernen.

Damit Diversitätsstrategien erfolgreich sind, müssen Medienorganisationen Mechanismen zur Implementierung konzipieren und deren Erfolg überprüfen.

Der führende britische Sender richtete das „Cultural Diversity Network“ ein, um eine angemessene Darstellung der ethnischen Bevölkerung des Vereinigten Königreichs auf dem Bildschirm und hinter den Kameras zu erreichen. Die Mitglieder unterstützen branchenübergreifende Initiativen und tauschen Fachwissen, Ressourcen und Beispiele für vorbildliche Verfahrensweisen aus.

www.culturaldiversitynetwork.co.uk



Ausrichtung von Medienprodukten auf die Zielgruppe der Zuwanderer

Medienorganisationen können ihre Programme stärker an den Belangen ihres zunehmend von ethnischer Vielfalt geprägten Publikums ausrichten. Dies ist in den Medien möglich, wenn die Diversität der Informationsquellen voll ausgeschöpft wird und die Migrantengemeinden sowie die von der Berichterstattung Betroffenen eine Stimme erhalten, wenn Formate zu Mitgliedern unterschiedlicher Gemeinden und deren alltäglichen Leben entwickelt werden und wenn Diversität als ganz normaler Teil der Gesellschaft auch in populären Programmen dargestellt wird.

Das sechste der Gemeinsamen Grundprinzipien für die Integration betont die Bedeutung des Zugangs von Zuwanderern zu öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen zu denselben Bedingungen wie Einheimische. Als staatlich finanzierte Einrichtungen haben öffentlich-rechtliche Sender die Pflicht, die Belange ihrer unterschiedlichen Zielgruppen zu berücksichtigen, dazu gehören auch Zuwanderer und ethnische Minderheiten, sowie deren soziale Eingliederung zu fördern.

Zuwanderer sollten mehr darin bestärkt werden, sich als Darsteller, Sujet, Teilnehmer, Publikum und Sachverständige an den Programmen zu beteiligen und ihre eigenen Unterhaltungsprogramme zu entwickeln. Dazu ist eine treffende Darstellung von Zuwanderern in Fernsehserien und -filmen notwendig. Darsteller und Autoren mit Migrationshintergrund sollten dann eingesetzt werden, wenn es um eine Handlung mit interkulturellem Bezug und mit Zuwanderern geht.



Entscheidungen zu Inhalt und Programm berücksichtigen als Teil der Diversitätsstrategie neben anderen Zielgruppen des Publikums auch die Belange, Wünsche und die Darstellung von Zuwanderern.



Die Gruppe Interkulturalität und Diversität von Eurovision der EBU fördert einen interkulturellen Austausch von TV-Programmen, in dessen Rahmen kurze Dokumentarbeiträge, welche den multikulturellen und vielfältigen Charakter europäischer Gesellschaften widerspiegeln, ausgetauscht und an die eigenen Programmanforderungen angepasst werden können.



www.eurovisiontvsummit.com/pdf/interculturaldiversity_va.pdf

Der niederländische PSB NOS nutzt den „Monitor“, der TV-Produkte mittels einer quantitativen Analyse der Darstellung verschiedener Gruppen (auch ethnischer Gruppen) als Instrument politischer Gestaltung auswertet. Er gibt Antworten auf die folgenden Fragen: Zeichnet das niederländische Fernsehen ein repräsentatives Bild der gesellschaftlichen Vielfalt? Gibt es zwischen den öffentlich-rechtlichen und den kommerziellen Kanälen Unterschiede

hinsichtlich des Anteils der einheimischen Bevölkerung und der Zuwanderer? Welche Verbindungen bestehen zwischen den Sehgewohnheiten unterschiedlicher Gruppen und den in den einzelnen TV-Programmen auftauchenden Personen und Charakteren?

Wirksame Regulierung gewährleisten und fördern

Kontrollorgane sind unter anderem unabhängige Rundfunkeinrichtungen, Journalistenräte, Pressebeschwerdestellen, Bürgerbeauftragte, Parlamente und Presseministerien. Eine Regulierung der Medien kann staatlich vorgeschrieben sein (wie im Falle des Rundfunks) oder auf freiwilliger Basis als Selbstkontrolle der Medienbranche vollzogen werden (dies ist häufig bei den Druckmedien der Fall). Die Medien werden ebenfalls indirekt durch Gesetze reguliert, die etwa Aufstachelung zum Hass und beleidigende oder ehrverletzende Äußerungen untersagen. Medien werden nicht nur auf einzelstaatlicher, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene reguliert (Unesco, EU, Europarat, OSZE). So untersagt etwa der EU-Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit absichtsvolle Verhaltensweisen, die öffentlich zu Gewalt oder Hass aufstacheln und sich gegen eine Gruppe von Personen aufgrund von deren Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung oder nationaler bzw. ethnischer Herkunft richten. Die neue Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste muss bis Ende 2009 in mitgliedstaatliches Recht umgesetzt werden. Wie ihre Vorgängerin, die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“, sind die audiovisuellen Mediendienste dazu aufgefordert, jegliche Aufstachelung zu Hass aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion oder Staatsangehörigkeit zu bekämpfen.

Regelungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der Vielfalt sind bereits auf einzelstaatlicher, europäischer und internationaler Ebene in Kraft und können von Medien und Integrationsakteuren wirkungsvoller genutzt werden.



Die wichtigste Aufgabe des Deutschen Presserates und seiner Beschwerdeausschüsse ist die Prüfung von und Entscheidung über Beschwerden von Einzelpersonen zu Veröffentlichungen oder Vorgängen in der Presse. Da es sich bei dem Presserat um ein institutionalisiertes Organ der wichtigsten Verbände der privatrechtlichen Presse handelt, hat er die Befugnisse eines freiwilligen Organs der Selbstkontrolle, die sich aus seinem Ansehen als qualifizierter privatrechtlicher Kritiker ableiten, an den sich jeder wenden kann. In jüngster Zeit wurden die Regeln erweitert und aktualisiert: so beispielsweise in Bezug auf das Diskriminierungsverbot, die Verherrlichung von Gewalt und die Frage der Nennung von Personennamen in der Berichterstattung zu Straftaten.

www.presserat.info





Sind unzureichende Regulierungsmechanismen in Kraft, können sich die Mitgliedstaaten auch nach der Unesco-Konvention zur kulturellen Vielfalt (2005) und der Erklärung des Europarates zum öffentlich-rechtlichen Auftrag in der Informationsgesellschaft (2006) sowie der Empfehlung seines Ministerausschusses an die Mitgliedstaaten zu Medienpluralismus und zur Vielfalt der Medieninhalte (2007) richten.

Selbstregulierung an sich verhindert noch nicht den unfairen und diskriminierenden Diskurs über Migranten und Migrantengruppen. Die Gründe dafür sind im Wesentlichen:

- Beschwerden aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Nationalität, Religion und Überzeugung können häufig nur von der Person bzw. den Personen eingereicht werden, die in einem Bericht namentlich erwähnt werden, nicht von anderen Personen, die daran Anstoß nehmen. Möglicherweise ist es auch nicht untersagt, in diskriminierender Weise auf Gruppen von Menschen hinzuweisen, etwa auf Zuwanderer und Asylbewerber.
- Beschwerden aufgrund unzutreffender Darstellungen müssen nachweisen, dass die Abweichung signifikant ist. Die Beurteilung der Signifikanz wird sich eher an dem Hintergrund des Berichts als Ganzem orientieren als an der Bedeutung, die er für den Beschwerdeführer oder für den sozialen Zusammenhalt hat.
- Die Sanktionen für einen Verstoß gegen die Verfahrensregeln sind unter Umständen nicht sehr streng. So kann beispielsweise der Herausgeber lediglich dazu verpflichtet werden, die Kritik des Regulierungsorgans zu veröffentlichen, was meist mehrere Monate später erfolgt und damit zu spät, um Wirkung zu zeigen oder den angerichteten Schaden zu mildern.

Um diese Hemmnisse auszuräumen, müssen sich die Branche und auch die Verhaltensregeln der Unternehmen und Einrichtungen mit den Gründen der Verzerrung und der Fehlinformationen in Bezug auf Migrationsfragen befassen.



Medienorganisationen können neue Instrumente zur Selbstregulierung vereinbaren, wie etwa einen Verhaltenskodex oder Verhaltensrichtlinien für Maßnahmen der Herausgeber zur Förderung der Toleranz.

Die Merkmale neuer Inhalte, die es zu prüfen gilt, werden in einem Forschungsbericht zu Rassismus und kultureller Diversität in europäischen Medien aufgezählt:

- Nutzung von Quellen: Zuwanderer sind selten die Quelle, selbst wenn der Bericht sie unmittelbar betrifft. Die Stimme von Zuwanderern erhält weniger Gewicht, sie gilt als weniger glaubwürdig und wird daher häufig selektiv zitiert in Verbindung mit negativ besetzten Themen, und/oder Zuwanderer werden in stereotypen Rollen dargestellt. Die Medien bilden nicht die gesamte Meinungsvielfalt ab, da sie sich auf die Meinungen einer begrenzten Anzahl von Vertretern stützen. Zuwanderer treten selten in der Medienberichterstattung zu Themen auf, die nicht mit der Migration verbundene Themen sind.

- Mangel an Hintergrundinformationen: Hintergrundberichte sind selten, und Informationen zu Migrationsthemen werden daher selten in den entsprechenden Zusammenhang gesetzt. Das Alltagsleben und die Lebensumstände von Zuwanderern oder auch die Gründe dafür, warum sie hier sind, erhalten wenig Beachtung. Medien stellen beispielsweise Asylbewerber so dar, als würden sie auf Kosten des Staates leben, ohne jedoch zu erwähnen, dass ihnen die Arbeitsaufnahme durch gesetzliche Vorschriften untersagt ist.
- Betonung der Negativität: Neue Themen können Sensationslüsternheit wecken und zu selektiver Berichterstattung führen, die sich öffentliche Vorurteile zunutze macht. Neue Berichte, in denen Zuwanderer bei Meldungen zu Straftaten überrepräsentiert sind, können die Meinung oder Wahrnehmung verstärken, wonach Straftaten untrennbar mit bestimmten Zuwanderergruppen verbunden seien. Positive Berichte, insbesondere über den wirtschaftlichen Beitrag von Zuwanderern in unserer Gesellschaft, sind meist seltener.
- Beziehungen zwischen Medien und Politik: Politische Programme haben großen Einfluss auf die Darstellung von Zuwanderern in den Medien. Rechtsextrem Gesinnte können Migration als eine Gefahr für die aktuelle Lebensweise darstellen – für kulturelle Normen und Werte, den Lebensstandard, den Wohlfahrtsstaat und die Beschäftigungschancen.

Verhaltensregeln sollten darum auch versuchen, die Verwendung falscher (und aufstachelnder) Ausdrücke wie „illegale Asylbewerber“ zu vermeiden.

Herausgeber können Journalisten dabei unterstützen, interkulturelles Verständnis zu fördern, indem sie über negativ besetzte Nachrichten ausgewogen und kritisch berichten. Diese Art von Bericht ist frei von einer verhetzenden Sprache und von Stereotypen. Hintergrundinformationen sorgen dafür, dass Berichte stärker auf Fakten als auf Annahmen basieren. Journalisten können Annahmen über diese Zuwanderer auch begegnen, indem sie Zuwanderer zu anderen Meldungen befragen, die nicht mit Migration zu tun haben, oder indem sie die Meldungen zum Thema Migration auf neue Themen der Zuwanderergemeinden ausweiten, wie etwa Sport, Kultur, Musik, Filme, Essen oder Mode.

Die Leitlinien können auch in Verbindung mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und Wortführern der Gemeinden ausgearbeitet werden, um sicherzustellen, dass sie relevant und zutreffend sind. Beratung kann folgende Informationen umfassen:

- die zutreffende und angemessene Ausdrucksweise für die Berichterstattung zu Migrationsthemen;
- die ethnische Zusammensetzung des Landes, der Region oder der Gemeinde, die sie vertreten, sowie die kulturellen und religiösen Praktiken dieser Zuwanderergemeinden;
- Kontakte innerhalb der Zuwanderergemeinde und zu den ethnischen Medien.



Medienorganisationen können dafür sorgen, dass Verstöße gegen den Verhaltenskodex so schnell wie möglich geahndet werden, indem zum Beispiel unverzüglich eine Richtigstellung veröffentlicht wird oder indem „Leserredakteure“ eingesetzt werden, die häufig als Vermittler zur Vermeidung rechtlicher Schritte auftreten.

Beschwerdegremien und Bürgerbeauftragte für Medien können bei der Selbstregulierung der Branche eine konstruktive Rolle spielen und auf folgende Weise die ethischen Standards verstärken sowie die Integration unterstützen:

- Beobachtung der Medienprodukte in Bezug auf Migrationsthemen;
- Verstärkung der Wahrnehmung der Selbstregulierung aus der Perspektive des Publikums;
- Bereitstellung kostenloser und transparenter Beschwerdeverfahren;
- Sorge tragen für glaubwürdige Entscheidungen, die rasch getroffen und umgesetzt werden;
- Sensibilisierung von Journalisten und Herausgebern für bestehende Verhaltensregeln und ethische Standards.

Die Leistung kann von unabhängigen Beobachtungsstellen, durchsetzungsfähigen Presseräten und anderen Integrationsakteuren überwacht werden.



Selbstregulierung kann mit Hilfe wirkungsvoller Beschwerdeverfahren der Medien und der Beobachtung durch eine Reihe glaubwürdiger Interessenvertreter evaluiert werden.



Die portugiesische Hochkommission für Einwanderung und interkulturellen Dialog (ACIDI) überwacht die Darstellung von Zuwanderern und der Zuwanderung in den Medien. Sie erörtert ihre Erkenntnisse mit den Medien, um ihnen die Kluft zwischen Berichterstattung und Realität zu veranschaulichen, und sie gibt öffentliche Erklärungen mit amtlichen Daten ab, um ein Gegengewicht zu stereotypen Nachrichtmeldungen zu bilden.



www.acidi.gov.pt

Der jährliche Beobachtungsbericht der litauischen Denkfabrik Providus *Shrinking citizenship* („Schwindende Staatsbürgerschaft“) liefert eine Textanalyse des Umgangs der Druckmedien mit neuen Zuwanderern, Flüchtlingen, neuen Staatsbürgern und anderen ethnischen Gruppen und Minderheiten und verfolgt damit das Ziel, die Unterstützung der Interessengruppen für Minderheiten und die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an öffentlichen politischen Debatten zu mobilisieren.



www2.providus.lv/public/27124.html

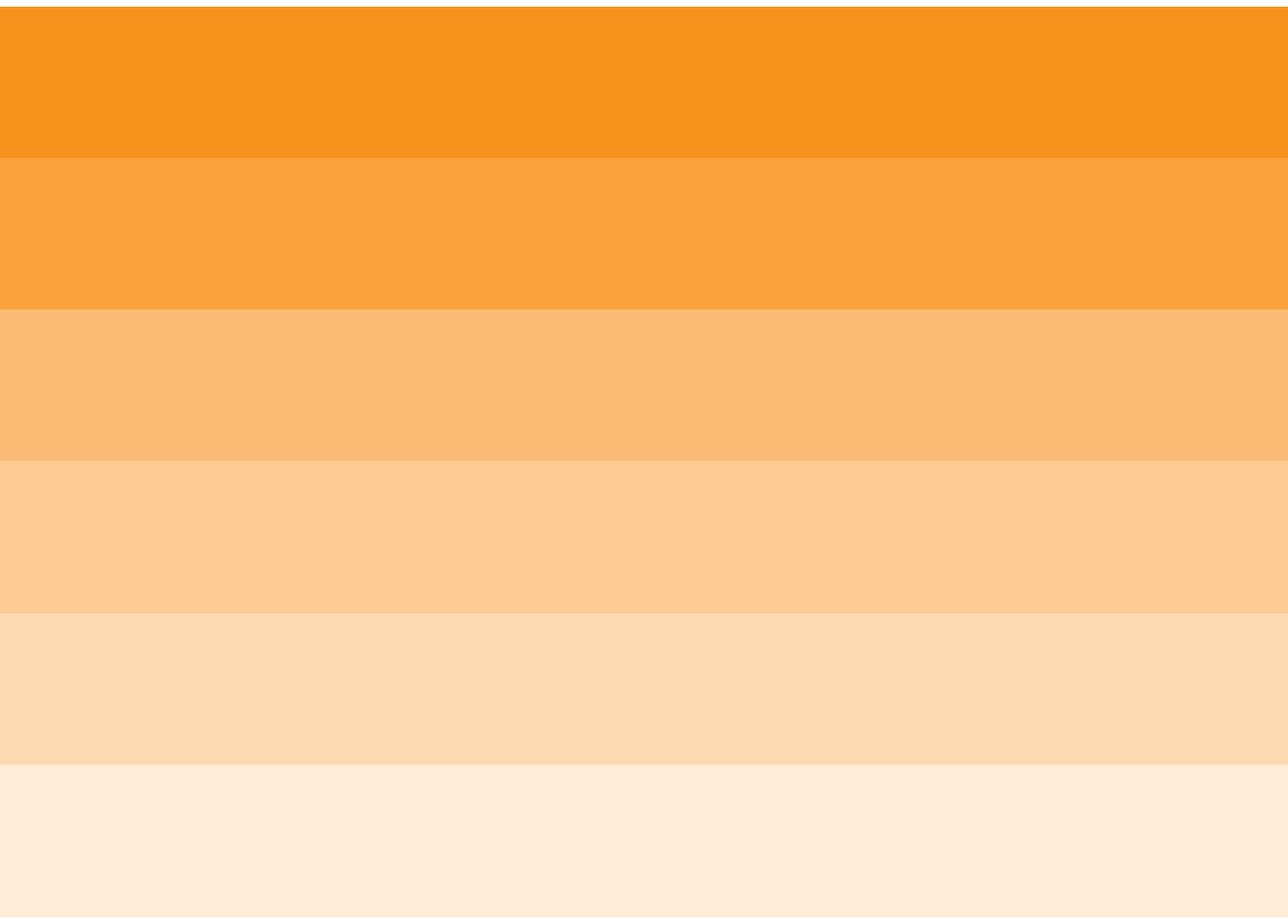
Schlussfolgerungen

1. Wenn sich Integrationsakteure Zeit für eine Bestandsaufnahme der Medienlandschaft – mit den wichtigsten Akteuren, dem rechtlichen Rahmen, den Nutzern und dem Arbeitsmarkt – nehmen, können sie besser verstehen, warum, wie und welche Medienorganisationen Interesse daran haben könnten, eine angemessenere und ausgewogenere Darstellung von Zuwanderern sowie eine größere ethnische Vielfalt ihrer Mitarbeiter anzustreben.
2. Integrationsakteure können für mehr Präsenz in ihrer lokalen Medienumgebung sorgen, indem sie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in ihre strategische Planung einbeziehen und ihren Ansatz auf den Gesamtauftrag und die Qualitätsstandards der Medienorganisationen abstimmen.
3. Integrationsakteure sollten in ihrem lokalen Umfeld und bei ihren bisherigen Erfahrungen nach Ideen Ausschau halten, wie ihre Botschaft für ein bestimmtes Zielpublikum formuliert und ausgerichtet werden müsste.
4. Strategische Bündnisse zwischen der Zivilgesellschaft, der Regierung, Forschungsinstituten und Berufsverbänden der Medien können dazu beitragen, auf einen so breitgefächerten und vielfältigen Bereich wie den der Medien Einfluss zu nehmen.
5. Eine sehr praxisnahe Möglichkeit, direkt mit Medienvertretern während deren Aus- und Weiterbildung und ihrer gesamten beruflichen Karriere zu arbeiten, ist die Bereitstellung von Materialien, Schulungen und Dialogplattformen zu interkultureller Kompetenz. In einem ersten Schritt gilt es, sich des Engagements von Medienpädagogen und -verwaltungen zu vergewissern.
6. Vorbildliche Verfahren der Medien können von Medienorganisationen, staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft mit der Verleihung von Auszeichnungen für Höchstleistungen gefördert werden.
7. Feedback von unterrepräsentierten Gruppen in den Medien kann dazu genutzt werden, gezielte Personaleinstellungsstrategien zu entwerfen, um die Attraktivität des Journalismus als Berufsoption für junge Zuwanderer zu steigern.
8. Mentoring und Entwicklungsmöglichkeiten für neue und auch bereits vorhandene Beschäftigte mit Migrationshintergrund sind wirkungsvolle Mittel, um die Diversitätspolitik einer Medienorganisation bei der Einstellung, beruflichen Förderung und dem Halten von Personal zu verbessern.



9. Staatliche Stellen und Akteure der Zivilgesellschaft spielen eine entscheidende Rolle bei der Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten und der Anerkennung von Fähigkeiten und Qualifikationen einer häufig ungenutzten Quelle – Medienschaaffenden, die im Ausland ausgebildet wurden, und ganz besonders Journalisten im Exil.
10. Damit Diversitätsstrategien erfolgreich sind, müssen Medienorganisationen Mechanismen zur Implementierung konzipieren und deren Erfolg überprüfen.
11. Entscheidungen zu Inhalt und Programm berücksichtigen als Teil der Diversitätsstrategie neben anderen Zielgruppen des Publikums auch die Belange, Wünsche und die Darstellung von Zuwanderern.
12. Regelungen zur Bekämpfung der Diskriminierung und zur Förderung der Vielfalt sind bereits auf einzelstaatlicher, europäischer und internationaler Ebene in Kraft und können von Medien und Integrationsakteuren wirkungsvoller genutzt werden.
13. Medienorganisationen können neue Instrumente zur Selbstregulierung vereinbaren, wie etwa einen Verhaltenskodex oder Verhaltensrichtlinien für Maßnahmen der Herausgeber zur Förderung der Toleranz.
14. Selbstregulierung kann mit Hilfe wirkungsvoller Beschwerdeverfahren der Medien und der Beobachtung durch eine Reihe glaubwürdiger Interessenvertreter evaluiert werden.





Kapitel 3

Bewusstseinsbildung und Handlungskompetenz von Zuwanderern



Bewusstseinsbildung führt zu mehr Wissen über die Integration und zu mehr Einfühlungsvermögen der Menschen. Betroffene Gruppen können sich dadurch eine besser fundierte Meinung zu Diversität bilden und werden dabei unterstützt, sich sinnvoll am Integrationsprozess zu beteiligen. Eine Stärkung der Handlungskompetenz steigert die Ressourcen und Leistungen von Zuwanderern, sie können sachkundigere Entscheidungen fällen und Maßnahmen zur Integration treffen.

In den Begriffen der Bewusstseinsbildung und der Stärkung der Handlungskompetenz treffen sich die Gemeinsamen Grundprinzipien 1, 6, 7 und 9, die die Auffassung von Integration als eines in zwei Richtungen verlaufenden Prozesses des gegenseitigen Entgegenkommens von Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft verstärken. Beide Gruppen können sich gemeinsam als Bürger in häufigen Begegnungen engagieren, als ehrenamtlich Tätige durch den Zugang zu mehrheitsgesellschaftlichen Einrichtungen und Organisationspartnerschaften und als lokale Bürger über die Beteiligung an der integrationspolitischen Entscheidungsfindung.

Dieses Kapitel gliedert sich in zwei Abschnitte, in denen erklärt wird, wie Praktiker diese Ansätze und ihre Ziele in die unterschiedlichen Schritte eines guten Projektmanagements umsetzen können.

Wechselwirkungen zwischen Bewusstseinsbildung und Stärkung der Handlungskompetenz für Zuwanderer

Der erste Abschnitt nimmt die Bewusstseinsbildung Schritt für Schritt unter die Lupe. Diese Maßnahmen bieten häufig in Form von Informationskampagnen und Veranstaltungen Sachinformationen und Erfahrungen zu einem bestimmten Integrationsthema für eine bestimmte Zielgruppe (die Allgemeinheit, Entscheidungsträger, Zuwanderer usw.). Mehr Wissen und ein stärkeres Bewusstsein der Zielgruppe führen dazu, dass deren Ansichten zu Diversität besser fundiert sind und dass sie aktiver am Integrationsprozess teilnehmen können, womit die wechselseitige Akzeptanz aller Bürger gefördert wird.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Stärkung der Handlungskompetenz. Diese Maßnahmen stellen für einzelne Zuwanderer und Vertreter von Migrantenorganisationen – häufig in Form von Bildungsmaßnahmen, Partnerschaften und Praktika – eine Möglichkeit dar, sich auszudrücken und nach ihren Bedürfnissen zu handeln. Ein Ausbau der Kapazitäten und der Ressourcen von Zuwanderern versetzt sie in die Lage, ihre eigene Integrationssituation zu bestimmen und etwas zu deren Verbesserung zu unternehmen, also stärker teilzunehmen und im öffentlichen Leben aufzutreten.

Bewusstseinsbildung und Stärkung der Handlungskompetenz sind unterschiedliche, jedoch sich gegenseitig verstärkende Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung. Bewusstseinsbildende Maßnahmen, die sich auf die Geschichten einzelner Zuwanderer und die Sachkenntnis von Migrantenorganisationen stützen,

stärken die Handlungskompetenz von Zuwanderern, indem sie ihnen eine gewichtigere Stimme in der Öffentlichkeit verleihen, ihren Handlungsraum erweitern und Möglichkeiten für Partnerschaften auf Organisationsebene eröffnen. Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz schärfen das Profil von Zuwanderern und steigern die Bedeutung von Integrationsthemen in der Öffentlichkeit. Zuwanderer mit mehr Kapazitäten und Ressourcen eignen sich hervorragend als Akteure einer Bewusstseinsbildung, um eine sachkundigere und ausgewogenere öffentliche Wahrnehmung von Migration und Integration zu schaffen.

3.1 **Bewusstseinsbildung: Meinungsbildung und Mobilisierung der Öffentlichkeit**

Falsche Annahmen zu den Einstellungen und Eigenschaften von Zuwanderern sowie zu ihrer Anwesenheit im Wohnland (Zustrom von Zuwanderern, deren Bedeutung für den Arbeitsmarkt usw.) schaffen Bedingungen, die Ethnozentrismus und Diskriminierung in der Bevölkerung, Absonderung und Ausgrenzung von Zuwanderern sowie politische Inaktivität oder Rückzug aus der Politik begünstigen. So wurde beispielsweise nach Auskunft von fast 800 europäischen Unternehmen, die auf einen Fragebogen der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales im Jahr 2005 mit dem Thema „Business Case for Diversity“ antworteten, ein Mangel an korrekten Informationen und an Sensibilität seitens der Aufnahmegesellschaft als das größte Hindernis für Vielfalt am Arbeitsplatz und Antidiskriminierung eingeschätzt. Die meisten vertraten die Ansicht, dass die aktuellen Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung in dieser Hinsicht unzureichend seien, und begrüßten mehr Informationen sowohl von Arbeitgeberorganisationen als auch von staatlicher Seite.

Kampagnen und Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung geben allen Bürgern die Möglichkeit, Tatsachen zu den Themen Migration und Integration zu erfahren und herauszufinden, wie sie selbst am Integrationsprozess teilnehmen können. Sie schaffen auch Räume für häufige Begegnungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen, wodurch die interkulturelle Kompetenzen aller entwickelt werden.



Migration and Public Perception (Migration und öffentliche Wahrnehmung), ein von dem „Bureau of European Policy Advisors“ der Europäischen Kommission erstellter Bericht, beschreibt Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung als maßgeschneiderte und zielgerichtete Maßnahmen, die spezifische gesellschaftliche Faktoren, historische Realitäten sowie lokale, regionale und nationale Identitäten einbeziehen. Maßnahmen können auch mit einer besseren Datenerhebung und umfassenden Sozialforschungsprojekten kombiniert werden. Eine erfolgreiche Bewusstseinsbildung führt zu einem besseren Verständnis des Integrationsprozesses seitens der Öffentlichkeit und zu mehr Chancen für diese, zu dem Prozess beizutragen.





Ein evidenzbasierter Ansatz zur Veränderung der Wahrnehmung

Vergleichbare Informationen zu Zuwanderergruppen und der allgemeinen Bevölkerung können voneinander abweichende Informationslücken zu Integrationsthemen zutage fördern. Erhebungen und Umfragen können auch die Auswirkungen nationaler Verfahren auf die Bildung der öffentlichen Wahrnehmung (und umgekehrt) ermitteln. Langzeiterhebungen und Umfragen können Entscheidungsträger und Forscher bei der Abschätzung der Auswirkungen von Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung unterstützen.

Besteht das Ziel von Sensibilisierungsmaßnahmen in der Bekämpfung falscher Annahmen, so müssen diese mit Hilfe zahlreicher Mittel zur Informationssammlung ermittelt, beurteilt und analysiert werden. Die Autoren von Meinungsumfragen dürfen nicht aus Angst vor der Antwort davor zurückschrecken, eine bestimmte Frage zu stellen. Erhebungen können anschließend dazu verwendet werden, realen Ängsten, falschen Annahmen und Vorurteilen in der öffentlichen Meinung zu begegnen.

Projektgestaltern stehen etliche Erhebungsmethoden zur Verfügung. Europaweite quantitative Erhebungen sind eine Möglichkeit, die Erfahrungen eines Landes in einen breiteren Kontext zu stellen. Die Erhebungen von Eurobarometer, Eurostat, die Europäische Arbeitskräfteerhebung und die Europäische Sozialerhebung liefern Vergleichsdaten zu Migration und Integration auf europäischer Ebene. Repräsentative quantitative Erhebungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten können genau auf bestimmte demografische Merkmale und Fragen zugeschnitten werden, so dass sie Entscheidungsträgern und Interessengruppen sachlich gut fundierte Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen der Regierungsführung ermöglichen. Qualitative Werkzeuge können ebenfalls als Ausgangspunkt der Bewusstseinsbildung und Interessenvertretung genutzt werden.



EU-MIDIS ist die erste EU-weite Erhebung überhaupt zu den Erfahrungen von Zuwanderern und ethnischer Minderheiten mit Diskriminierung und als Opfer im Alltagsleben. Diese von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Auftrag gegebene Erhebung befragt Zuwanderer und ethnische Minderheiten danach, ob sie Opfer von Diskriminierung und von rassistischer Gewalt geworden sind, auch, warum sie diese Straftaten angezeigt oder nicht angezeigt haben, und ob sie die Organisationen und staatlichen Stellen, deren Aufgabe es ist, sie zu unterstützen, kennen und ihnen vertrauen. EU-MIDIS beruht auf persönlichen Befragungen von 23 500 Personen aus ausgewählten Zuwanderergruppen und ethnischen Minderheiten in allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Zum Vergleich der Ergebnisse wurden auch 5000 Personen der Mehrheitsgesellschaft befragt.



http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/eumidis_details_en.htm

Das dänische Analyseinstitut Catinét Research führt regelmäßige Befragungen von rund 1000 Zuwanderern und deren Nachkommen durch, um ihre Erfahrungen zu Diskriminierung, ihre subjektiven Ansichten zur Integration und ihre Gedanken zu politischen Vorschlägen und öffentlichen Debatten zu verfolgen. Erhebungen unter Zuwanderern sind laut eigener Aussage Teil des Kerngeschäfts geworden, da deren Ansichten und Erfahrungen von entscheidender Bedeutung sind, den Teilnehmern der Integrationsdebatten jedoch häufig unbekannt.

www.catinet.dk/

Erhebungen zum Thema Migration werden in Ländern wie den Niederlanden und Portugal unter den wichtigsten Zuwanderergruppen regelmäßig durchgeführt. Weitere Erhebungen sind abrufbar unter

www.prominstat.eu.

Ein faktenbasierter Ansatz kann einem gewichtigen Missstand bei der Verbesserung von Sensibilisierungskampagnen abhelfen: der Evaluierung. Projekte können mit der Sammlung und Aktualisierung grundlegender Daten die Meinungen und Handlungen ihrer Zielgruppen kurz-, mittel- und langfristig verfolgen. Sie können ursächliche Zusammenhänge zwischen Nachrichten zum Thema Integration, der Medienberichterstattung und etwaiger Veränderungen in der Wahrnehmung feststellen. Diese Informationen werden verwendet, um die Aufgaben, die Sprache, die Botschaften und die Zielgruppe einer Kampagne fortlaufend anzupassen.

Vor und nach dem Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007 wurden Eurobarometer-Umfragen zur *Diskriminierung in der EU* in Auftrag gegeben. Anhand einer vergleichenden Analyse von Eurobarometer Spezial 263 und 296 können europäische Entscheidungsträger nachverfolgen, wie sich die Wahrnehmung und die Ansichten während des Jahres mit 430 nationalen Aktionen und 600 Veranstaltungen zur Sensibilisierung für die Diskriminierung verändert haben.

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_296_sum_en.pdf

Seit 2002 versuchte die langfristig angelegte Kampagne der schottischen Regierung „One Scotland. Many Cultures“ (Ein Schottland, viele Kulturen) das Bewusstsein für die negativen Auswirkungen einer rassistischen Einstellung und die positiven Beiträge von Menschen verschiedener Kulturen zur schottischen Gesellschaft zu schärfen. Zur Beobachtung rassistischer Einstellungen und der Erfahrung von Rassismus sowie zur Einschätzung der Auswirkungen und des Erfolgs der Kampagne bei der Zielgruppe werden regelmäßige Forschungsprojekte durchgeführt. So können über längere Zeit spontane und abgefragte Wahrnehmung, die Erinnerung an die Botschaft und die Veränderung der Einstellungen miteinander verglichen werden. Öffentlich zugängliche jährliche Bewertungen zeigen



die Ergebnisse der Kampagne in Bezug auf den Mitteleinsatz, die Medienverbreitung, die Wahrnehmung und die Auswirkung auf das Bewusstsein.



www.scotland.gov.uk/News/Releases/2007/01/26113250

In Spanien werden regelmäßige Erhebungen durchgeführt, um grundlegende Trends in der öffentlichen Meinung zu Migration festzustellen und die Entwicklung ausländerfeindlicher und rassistischer Tendenzen zu verfolgen. Siehe zur ersten die nationale Erhebung des nationalen Statistikamts, die Nationale Befragung zu Migration genannt wird, zur zweiten liegt als neuester Bericht die Erhebung über die Entwicklung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Spanien 2008 vor. Noch gezieltere Meinungsumfragen erkunden die Situation der „Gemeinde von Zuwanderern muslimischer Herkunft in Spanien“ und die Meinung spanischer Jugendlicher zu Migration.



www.oberaxe.es

Projekte, die sich auf kleine Gruppen und Einzelpersonen konzentrieren, müssen begreifen, dass sie die allgemeinen Einstellungen damit nur schwer verändern können. Auswirkungen können jedoch kurzfristig besser durch eingehende Interviews und gezielte Erhebungen bei Teilnehmern und mittel- sowie langfristig durch die Verfolgung der politischen Ziele und der Partnerschaften gemessen werden.



Ein faktenbasierter Ansatz der Bewusstseinsbildung beginnt mit einer Phase der gezielten Bestandsaufnahme, bei der regelmäßig auswertbare Erhebungen und Umfragen eine solide Grundlage zu Wahrnehmungen von Zuwanderern und der Allgemeinheit bieten.

Im Anschluss an die Bestandsaufnahme ist eine gesonderte Analysephase erforderlich, um sich ergänzende, jedoch widersprechende Ergebnisse (beispielsweise Unterschiede zwischen den Wahrnehmungen von Zuwanderern und der Allgemeinheit), das Einbringen dieser Ergebnisse in nationale Debatten, die Ermittlung von Zielgruppen und die Auswahl von am besten geeigneten Maßnahmen unter die Lupe zu nehmen. Erhebungen und Umfragen alleine können die öffentliche Meinung nicht erklären.

Forschung auf der entsprechenden Ebene der Regierungsführung hilft dabei, Erklärungen dafür zu finden, welche Faktoren die Haltungen von Einzelnen oder Gruppen gegenüber Zuwanderern und ihrer Integration beeinflussen.



Der Bericht von 2005 mit dem Titel *Majority Populations' Attitudes towards Migrants and Minorities* (Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Migranten und Minderheiten) von dem Vorgänger der Europäischen Agentur für Grundrechte gibt einen Überblick über Trends in der öffentlichen Meinung zu Migration und Minderheiten sowie zu den erklärenden Faktoren.



<http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Report-1.pdf>

Es gibt zahlreiche unerklärte Faktoren, die dazu führen, dass Menschen so über Migration denken, wie sie es nun einmal tun. So können auch Praktiker die Ergebnisse ihrer Bestandsaufnahme nutzen, um entscheidende Faktoren zu ermitteln und die geeignete Zielgruppe für ihre Bewusstseinsbildungsmaßnahme zu bestimmen. So kommen etwa eine Reihe von Forschungsarbeiten zu dem Schluss, dass die am meisten positiven und toleranten Haltungen mit den folgenden Merkmalen verbunden werden:

- Jugend,
- höherer sozioökonomischer Status,
- höheres Bildungsniveau,
- Angestellte,
- mehr Kontakt zu Zuwanderern.

Auch soziale, geografische und historische Faktoren beeinflussen die Wahrnehmung von Zuwanderern, die in der Öffentlichkeit je nach Mitgliedstaat stark variiert. Neben ihrer Aufgabe der Bestandsaufnahme und Analyse spielen auch vorbereitende Erhebungen eine Rolle bei der Bewusstseinsbildung und der Kommunikation. So zeigt beispielsweise die Analyse des Eurobarometer Spezial 263 *Discrimination in the EU*, dass die Bevölkerung in Ländern mit wirkungsvollen Antidiskriminierungsgesetzen in der Tendenz besser über ihre Rechte als mögliches Opfer informiert ist und die Ansicht vertritt, dass Diskriminierung ein weit verbreitetes Phänomen darstellt.

Zeitlich gut geplante Erhebungen zur öffentlichen Meinung können die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sowie der Medien auf wichtige Themen lenken und die Umstände der Debatten zu neuen Initiativen bestimmen. Der richtige Zeitpunkt für die Veröffentlichung dieser Studien ist daher für Projekte zur Bewusstseinsbildung und für den politischen Entscheidungsprozess entscheidend. Die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins zu Integrationsthemen bedeutet auch, die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Reaktionen der Politik zu erhöhen.

Die Analyse der Erhebungsergebnisse fördert die Faktoren zutage, die hinter den Wahrnehmungen stehen, was die Bestimmung der geeigneten Zielgruppe erleichtert. Diese Ergebnisse können auch dazu genutzt werden, die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit auf den Start einer Bewusstseinsbildungskampagne zu lenken.



Der Einfluss des öffentlichen Diskurses

Form und Inhalt des öffentlichen Diskurses können sich positiv oder negativ auf die Bildung der öffentlichen Meinung zu Zuwanderern und deren Integration auswirken. Debatten in der Politik und in den Medien versteifen sich manchmal auf weniger dringliche Integrationsthemen und stellen unbegründete Verbindungen zwischen Zuwanderern und anderen gesellschaftlichen Themen her. So werden Zuwanderer häufig mit dem Gefühl



der Unsicherheit in Verbindung gebracht, das auf der Besorgnis der Öffentlichkeit wegen des Wettbewerbs um Arbeitsplätze und Wohnungen, auf steigenden Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat und auf allgemeinen Ängsten wegen der staatlichen Sicherheit gründet.

Es darf nicht vergessen werden, dass die öffentliche Wahrnehmung von Zuwanderern indirekt durch politische Maßnahmen verbessert wird, die zu einer geregelten Zuwanderung, einer besseren Kontrolle der Außengrenzen, verlässlichen Asylregelungen, Antidiskriminierungsmaßnahmen und zu einer erfolgreichen Integration führen. Bessere statistische Vergleichsdaten zur Migrations- und Integrationsproblematik bilden auch eine hilfreiche Grundlage für öffentliche Debatten und politische Entscheidungen. Bewusstseinsbildende Maßnahmen spielen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle für die Rückmeldung an die Politik, da sie die Grundlage zur Unterstützung vieler migrations- und integrationspolitischer Verbesserungen darstellen.

Die Kohärenz der staatlichen Politik und der Botschaften zur Integration kann die Glaubwürdigkeit und den Erfolg der Bewusstseinsbildung, speziell von staatlich organisierten oder finanzierten Kampagnen, erheblich beeinflussen.

Die lokale Ebene kann für den Aufbau von Partnerschaften wirkungsvoller sein und bei der Sensibilisierung zu bestimmten Themen, die in Städten und Wohnvierteln von Bedeutung sind, eine größere Resonanz erzielen.



Die Informationskampagne der Entwicklungspartnerschaft „Miteinander leben und arbeiten“ der Stadt Linz in Österreich hat das Interesse der anvisierten Arbeitgeber, insbesondere von KMU, und lokalen politischen Entscheidungsträgern an den Vorteilen eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes und an der Entwicklung interkultureller Schulungen für Vertrauensleute und Arbeiter mit Migrationshintergrund geweckt.



http://ec.europa.eu/employment_social/equal/data/document/etg1-suc-liv&work_en.pdf

Während der im Januar 2008 stattfindenden Gemeinderatswahl in Graz, Österreich, haben Fachleute für die Bekämpfung von Diskriminierung ein Wahlbeobachtungssystem eingerichtet mit dem Ziel, für Diskriminierung zu sensibilisieren und die wichtigsten Botschaften der beteiligten Parteien zu verbessern. 650 Texte wurden mit Hilfe eines „Ampelsystems“ (Rot/Gelb/Grün) ausgewertet, das anschließend bei vier Pressekonferenzen und einer abschließenden politischen Debatte vorgestellt wurde. Die Wahlkampfbeobachtung wurde von den meisten Parteien begrüßt und lässt sich leicht auf andere Städte und Regionen übertragen.



<http://wahlkampfbarometer-graz.at>

Auch können Lehrer, Polizeibeamte und Ärzte, die als die „üblichen Verdächtigen“ gelten, wenn es um das Reden über Integration geht, ein größeres Stimmengewicht bei der Bewusstseinsbildung zu ihren spezifischen Themen erhalten.

Im Gesundheitssektor werden regelmäßig öffentliche Kampagnen zur Blutspende durchgeführt. Die Freiwillige Vereinigung für Blutspenden in Italien (AVIS) hat seit zehn Jahren gezielte Kampagnen durchgeführt, die mehr Zuwanderer als Blutspender gewinnen und damit auch für eine größere Wertschätzung der Öffentlichkeit für den Beitrag der Zuwanderer und für mehr Möglichkeiten zum interkulturellen Dialog sorgen will. Die Erfahrungen wurden genutzt, um die Beobachtungsstelle für die Blutspendekultur einzurichten, die Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit mit anderen Gesundheitsorganisationen in den Herkunftsländern der Zuwanderer geschlossen hat.

www.avis.it/usr_view.php/ID=0



Eine enge Zusammenarbeit mit den „vor Ort“ Betroffenen trägt erheblich dazu bei, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Sensibilisierungskampagnen zu lenken. Kampagnen ohne lokalen Schwerpunkt können ansonsten als zu sehr von oben aufgesetzt und zu stark auf politischen Schlagworten basierend empfunden werden. Diese Partner können auch beratend wirken bei Kampagnen zu den Veränderungen, die sie in der lokalen Wahrnehmung feststellen. Sie stellen darum auch ein Frühwarnsystem zur Feststellung von und Reaktion auf diese Veränderungen dar.

Ist die Politik nicht kohärent genug oder werden viele verwirrende und sich widersprechende Botschaften ausgesandt, kann die Sensibilisierung der Öffentlichkeit auch zur Profilschärfung des politischen Programms dienen.

Da die staatliche Politik und ihre Botschaften die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit einer Kampagne erheblich beeinflussen, können diese sich unter anderem an Politiker und Meinungsführer als Zielgruppe richten.



Das Projekt „Leute wie wir“ in der slowakischen Republik sollte das Wissen und die Toleranz der Öffentlichkeit und auch der für die Umsetzung der Migrationspolitik Verantwortlichen steigern. Menschen in neuen Zielländern mit nur geringer Migrantenbevölkerung müssen über die Geschichten von Zuwanderern und das Alltagsleben sowie ihren Beitrag zum realen Leben erfahren. Die Kampagne wurde im Fernsehen und bei Treffen mit Schulen, Behörden und Grenzbeamten verbreitet.

www.ludiaakomy.sk





Auf der Grundlage neuer Daten, die von Neankömmlingen im Departement Haut-Rhin im Elsass erhoben wurden, veranstaltete die regionale Beobachtungsstelle für Integration und Stadtpolitik (ORIV) Treffen mit 160 lokalen Verantwortlichen und Interessenvertretern, um sie zu sensibilisieren und Empfehlungen zur Art und Weise und zu den Bedingungen der Aufnahme zu diskutieren.



www.oriv-alsace.org

Einer der entscheidenden Beweggründe für die Veröffentlichung des zweiten statistischen Jahrbuchs zu Migration und Integration des österreichischen Integrationsfonds ist es, Sachinformationen zu liefern und die emotionsgeladene integrationspolitische Debatte zu versachlichen. 10 000 gedruckte Exemplare werden an wichtige Wortführer in ganz Österreich versandt, etwa an Journalisten, Politiker und Bürgermeister.



www.integrationsfonds.at/wissen/zahlen_und_fakten_2009

Ausrichtung auf die richtige Zielgruppe und Meinungsbildung

All diejenigen, die von Informationen für die Allgemeinheit und von der Verbesserung der öffentlichen Meinung Großes erwarten, müssen sich darüber klar werden, dass diese Sensibilisierungskampagnen ein langfristiges Engagement erfordern. Viele unterschiedliche Strategien und Maßnahmen werden erforderlich sein: Medienkampagnen, Veranstaltungen, Implementierungsprojekte, politische Veränderungen usw.

Diejenigen, denen geringere Mittel zur Verfügung stehen, könnten in Betracht ziehen, sich stattdessen auf bestimmte Gruppen, besonders auf Entscheidungsträger und Meinungsführer, zu konzentrieren. Arbeitgeber, Vermieter, Banken, staatliche Bedienstete und verschiedene andere Dienstleister sind unter Umständen nicht mit dem Status und den Rechten verschiedener Zuwanderer, etwa von Flüchtlingen, vertraut und zögern darum aus Mangel an Informationen, die erforderliche Unterstützung zu gewähren.



Die Ausrichtung auf die geeignete Zielgruppe (z. B. die Änderung der Meinung der Allgemeinheit, von Zuwanderern oder von ausgewählten Akteuren oder Gruppen der Bevölkerung) definiert ganz eindeutig, was einen Erfolg der Kampagne bedeuten würde.



Die Informationskampagne des Landes Berlin von 2006 mit dem Titel „Berlin braucht Dich!“ nahm sowohl die niedrige Beschäftigungsquote junger Zuwanderer als auch intolerante Einstellungen im öffentlichen Dienst ins Visier. Als Erfolgsindikator wurde daher der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund, die im Öffentlichen Dienst beschäftigt waren, gewählt. Der Anteil stieg zwischen 2006 und 2008 von 8 % auf 14,5 %. Erhebungen zur Auswertung stellten ein gestiegenes Interesse bei den jungen Zuwanderern der

Zielgruppe sowie eine größere Offenheit für Interkulturalität in öffentlichen Debatten und unter den Bediensteten des Öffentlichen Dienstes fest.

www.berlin-braucht-dich.de

„OXLO – Oslo Extra Large“ ist eine im Jahr 2001 vom Bürgermeisteramt der Stadt initiierte langfristige Kampagne als Reaktion auf einen rassistischen Mord. Ihr Ziel ist es, zu sensibilisieren und öffentliche Dienste integrativer zu gestalten, daher konzentrierte sie sich insbesondere auf Schulen, Tagesstätten und medizinische Beratungsstellen. Bis 2005 ist die Anzahl der Angestellten unterschiedlicher Herkunft um annähernd 30 % gestiegen.

www.oslo.kommune.no

In Griechenland etwa hat sich das griechische Institut für Migrationspolitik auf Maßnahmen für Schulkinder im Rahmen des Projekts „Inside Out“ sowie auf zivilgesellschaftliche Organisationen wie den panhellenischen Athletinnenverband konzentriert.

www.imepo.gr/imepo-mission-en.html



Die Ziele kennen, die richtigen Mittel finden

Unabhängig von den verschiedenen Strategien ragen Kunst und Kultur als hilfreiche Mittel heraus, um der Zielgruppe durch die Entwicklung von Kapazitäten eine sachkundige Entscheidung und das Ergreifen von Maßnahmen zur Sensibilisierung zu ermöglichen. Kunst gibt den Ungehörten eine Stimme und zeigt ansonsten ungesehene Bilder, so kann sie die Bedingungen für eine Debatte um vielfältige Identitäten und um die Überwindung von Unterschieden schaffen.

Ein lebensechtes Bild von Zuwanderern und vielfältigen Gemeinschaften

Zwischen Wahrnehmung und Realität klafft im Bereich der Integration eine beträchtliche Lücke. Wahrnehmungen werden z. B. verzerrt durch feste Vorstellungen in den Medien oder in der öffentlichen Debatte über bestimmte Gruppen wie Asylsuchende, Zuwanderer ohne Papiere oder Zuwanderer, die sichtbar anders sind oder aus einem anderen kulturellen, sprachlichen oder religiösen Umfeld stammen. Der Anteil der Bevölkerung eines Landes, der im Ausland geboren wurde, wird in der Öffentlichkeit einiger als Beispiel ausgewählter Länder weit übertrieben, und zwar im Ausmaß von 60-70 % (in Dänemark, Norwegen, Deutschland und Schweden) bis zu 150-200 % in Frankreich und im Vereinigten Königreich. Erhebungen in Großbritannien ergaben, dass die Befragten von einer Anzahl in Großbritannien lebender Zuwanderer ausgingen, die dem Vierfachen ihrer tatsächlichen





Zahl entsprach. Mehr noch: Mehr als ein Viertel der Befragten glaubte, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs aus Zuwanderern bestehe. Erhebungen in Großbritannien zeigten, dass die Menschen die finanzielle Unterstützung, die Asylsuchende vom Sozialsystem erhalten, beträchtlich überschätzen und meinten, das Vereinigte Königreich trage einen erheblich größeren Teil der Flüchtlingslast der Welt (das Zehnfache der realen Last).

Sensibilisierungskampagnen können die realen Migrationserfahrungen und Lebensbedingungen von Zuwanderern sowie die gesellschaftlichen Veränderungen und die Vorteile, die dadurch für die Stadt, die Region oder das Aufnahmeland entstehen, herausstellen. Der Schwerpunkt kann auf den besonderen Umständen eines Ortes liegen, denn so kann die Öffentlichkeit abstrakte Erscheinungen wie Migration und Integration besser einordnen, wenn ihren Annahmen Daten und Fakten über die Gemeinschaft, die sie am besten kennen, gegenüberstehen.



Die „Initiative Frische Talente“ der schottischen Regierung baut zum Teil auf der Annahme auf, dass Schottland ein attraktiverer Ort zum Leben, Arbeiten und Studieren werden kann, wenn zukünftige potenzielle Zuwanderer genaue Informationen zu Chancen und Ansiedlungsbedingungen erhalten. Das Projekt wurde alle sechs Monate (2005 bis 2007) öffentlich ausgewertet auf der Basis freiwilliger Fragebögen, welche die Chancen und Herausforderungen aufspürten, die ansässige Zuwanderer, die durch die Initiative angeworben wurden, bewältigen müssen.



www.scotlandistheplace.com

Die spanische Regierung führte 2007 eine große Sensibilisierungskampagne zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Belangen von Zuwanderern mit TV-Spots, Radioclips und Anzeigen in Druckmedien und im öffentlichen Raum durch mit der folgenden Aussage: „Wir alle gewinnen durch die Integration von Zuwanderern“. Der Untertitel lautete: „Jeder verschieden. Jeder notwendig“.



www.tt.mtin.es/periodico/spot/inmigra.htm

Initiativen können die Klischeebildung, Ausgrenzung oder Stigmatisierung von Zuwanderern als Gruppe bekämpfen und die Lebensgeschichten von Zuwanderern, ihrer Familien und der Gemeinschaften, in denen sie leben, ins Blickfeld rücken. Um auf die öffentliche Meinung zu wirken, umfasst der „lebensechte“ Ansatz:

- die Entwicklung und Formulierung klarer, genauer und realistischer Ziele;
- die Ermittlung von Zielgruppen und die Entwicklung geeigneter Methoden;
- Ziele und Methoden werden auf Forschungsergebnissen und Theorien zur Veränderung von Einstellungen aufgebaut;

- die geeignete Zeitplanung und die räumliche Einordnung der Initiative müssen sorgfältig erwogen werden;
- Entwicklung guter Arbeitsbeziehungen mit den Medien;
- Einsatz von Strategien und Zuweisung angemessener Mittel, um die Wirkungen der Initiative zu evaluieren.

Initiativen zur „Entzauberung von Mythen“ verbessern die öffentliche Meinung, indem sie ein lebensechtes Bild der Migration auf der Grundlage von Tatsachen und persönlichen Berichten zeichnen. Sie sensibilisieren die Gesellschaft für die besonderen Eigenschaften und Belange unterschiedlicher Gruppen von Zuwanderern, insbesondere für die am stärksten gefährdeten, wie Zuwanderer ohne Papiere, Asylsuchende und Migrantinnen.



Die irische Woche der Interkulturalität und des Antirassismus, die vom nationalen Aktionsplan gegen Rassismus gegründet wurde, verknüpfte ihre Publikation *Challenging Myths and Misinformation on Migrant Workers & their Families* (Mythen und Fehlinformationen zu Arbeitern mit Migrationshintergrund und ihren Familien hinterfragen) mit Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung, um die Dienstleistungen für ethnische Minderheitsgruppen in vielen Bereichen des Lebens zu verbessern.

www.nccri.ie/pdf/MythsMigrantWorkers.pdf

Die Kampagne „Bin ich Migrant?“ des belgischen Zentrums für Chancengleichheit aus dem Jahr 2008 hatte sich eine Förderung der Sensibilisierung für die eigene Herkunft zum Ziel gesetzt. Die Kampagne stellte berühmte Leute vor, die nur selten als „Migranten“ wahrgenommen werden, um das Publikum mit ihren Stereotypen zu Migration und Integration zu konfrontieren.

www.journeesmigrants.be/www.dagvandemigrant.be

Die Kulturstiftung des Bundes startete 2002 das „Projekt Migration“, das als Clearingstelle für mehr als 120 Veranstaltungen und Projekte zur Darstellung des durch die Migration bewirkten sozialen Wandels dient. Der Informationsfluss erfolgte überdisziplinär, die Verknüpfungen zwischen Ergebnissen der Sozialwissenschaften, Dokumentationen und Erkenntnissen von Künstlern sowie verschiedenen Partnern in Deutschland und Europa wurden dargestellt. Das Projekt förderte besonders „Migrationsprojekte“ von Initiatoren mit Migrationshintergrund.

www.projektmigration.de





Staatliche Museen, insbesondere solche mit dem Schwerpunkt Diversität und Aus- bzw. Einwanderungsgeschichte sind als Veranstaltungsorte für Ausstellungen, Veranstaltungen, Bildungsprogramme, Forschung, Diskussionen und internationalen Austausch besonders geeignet. Die Einordnung der oft nur am Rande wahrgenommenen Geschichten zur Migration in die größere nationale Geschichte ist eine komplexe und manchmal widersprüchliche Aufgabe für Museumsmitarbeiter. Die Konferenz „Migration in Museen: Erzählungen zur Diversität in Europa“ machte die Notwendigkeit deutlich, die Forschungskapazitäten von Museen auf die globale Geschichte auszudehnen, innovative Techniken zur Darstellung des kulturellen Wandels zu finden und die subjektive und sehr persönliche Dimension von Zuwanderern und von Diversität innerhalb ihrer Gemeinschaften zu sammeln und zu dokumentieren. Der Einsatz sich entwickelnder Archive, Ausstellungen sowie ein multidisziplinärer Ansatz verbessert die Verbindungen von Museen mit verschiedenen Interessengruppen der Integration und Herkunftsländern.



Die *Cité nationale de l'histoire de l'immigration* in Paris stellt die Geschichte Frankreichs als die eines traditionellen Zuwanderungslandes vor, das auf der Integration verschiedener Einwanderungswellen aufbaut und von diesen geformt wurde. Die Sammlung besteht im Wesentlichen aus Zeugnissen und Artefakten einzelner Personen. Die Cité war seit 2007 relativ erfolgreich in der Medienberichterstattung vertreten, was sich auch in den Besucherzahlen sowie den Verbindungen zu Schulen, Forschern und Nichtregierungsorganisationen widerspiegelt.



www.histoire-immigration.fr

Wo es keine speziell dem Thema Migration gewidmeten Museen gibt, können Ausstellungen eine ähnliche Funktion übernehmen.



Da die europäische Kulturhauptstadt 2007, Luxemburg, auf einer einzigartigen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Belgien, Frankreich und Deutschland aufbaute, wurde Migration zum thematischen Rückgrat des Jahres. Es war das einzige von fünf Themen, das bei Unternehmen, die als Sponsoren auftraten, Anklang fand. Die Migrationsausstellungen wurden von 80 % der luxemburgischen Bevölkerung als interessant beurteilt und führten bei zwei neuen Publikumsgruppen zu verstärktem Interesse an Kultur: jungen und ehemaligen Zuwanderern. 43 % der Portugiesen, die im Großherzogtum leben, besuchten 2007 mehr Kulturveranstaltungen als üblicherweise.



www.mcesr.public.lu/presse/annee_culturelle_2007/portail_luxembourg_2007/Rapport_final_anglais.pdf

Das Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin hat 2005 seiner Dauerausstellung einen neuen Bereich hinzugefügt: „Jeder nach seiner Façon? 300 Jahre Migrationsgeschichte in Kreuzberg“. Die lokale Verankerung führte zu größerem Interesse und mehr Akzeptanz des Themas bei den Besuchern, und der chronologische Ansatz zeigte, wie stark die Gründung und das Wachstum von Kreuzberg mit der Zuwanderung verbunden sind.

www.kreuzbergmuseum.de



Bibliotheken spielen ebenfalls eine entscheidende Rolle als Informationsquelle zu kultureller Diversität und als lokaler Treffpunkt für eine vielfältige Bevölkerung.

Seit 2002 hat das Projekt „Diversität in Bibliotheken“ Büchersammlungen zur Geschichte, zu den Traditionen und zur Situation lokaler Zuwanderer und Gruppen ethnischer Minderheiten an 500 Bibliotheken in der Tschechischen Republik, in Dänemark, Deutschland und in den Niederlanden verteilt. Bibliothekare wurden in interaktiven Workshops zu interkulturellen Kompetenzen geschult. In einer zweiten Phase konzentrieren sich die von INTI geförderten „Libraries as gateways“ auf die Ausweitung der Implementierungsstrategien und die Erstellung weiterer Leitlinien und Fördermaßnahmen.

www.mkc.cz/en/libraries-for-all.html



Asylsuchende

In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit gilt das Asyl als außer Kontrolle geraten trotz der Tatsache, dass die Zahl der Asylanträge sinkt und sich zurzeit auf dem niedrigsten Niveau seit vielen Jahren befindet. Auch werden Asylsuchende und illegale Zuwanderer, die eine Arbeit suchen, nicht voneinander unterschieden. Eine Möglichkeit, die öffentliche Wahrnehmung von Asylsuchenden zu verbessern, ist die Finanzierung von Projekten, die Berichte erstellen und verbreiten, in denen Asylsuchende ein menschliches Gesicht erhalten und die Flüchtlinge mit den Konflikten, vor denen sie fliehen, in einen unmittelbaren Zusammenhang setzen.

Das Handbuch des Informationszentrums zu Asyl und Flüchtlingen im Vereinigten Königreich *Understanding the Stranger: Building bridges community handbook* (Fremde verstehen: Brücken bauen) untersucht 21 Projekte, die den Versuch unternommen haben, bei Konflikten zu vermitteln und Brücken zu schlagen zwischen örtlichen Gemeinschaften der Aufnahmegesellschaft sowie Asylsuchenden und Flüchtlingen. Die Projekte verdeutlichen, dass sorgfältige Planung, regelmäßiger Zugang zu Informationen und





Möglichkeiten, Asylsuchende zu treffen, Gemeinschaften vor Ort dazu bewegen können, Neuankömmlinge zu akzeptieren und zu empfangen, denen ansonsten Feindseligkeit, Vorurteile und Angst entgegenschlagen.



www.icar.org.uk/uts

Das *Refugee Stories Project* (Projekt Flüchtlingsberichte) des Europäischen Flüchtlings- und Exilrates (ECRE) sammelte persönliche Berichte von 120 Menschen in verschiedenen Phasen des Asylverfahrens in zwölf EU-Staaten. Die Berichte können nach Ursprungsregion, Zielland und Lebensthema durchsucht werden. Die Berichte versuchen „zurück zu den Grundlagen“ zu gehen, indem sie die politische Debatte wieder auf die Erwartungen, Belange und Erfahrungen derjenigen lenken, die Asyl suchen und in Europa leben.



www.ecre.org/refugeestories

Während des Projekts Flüchtlingswahrnehmung von 2005 bis 2008 in Bristol, Nottingham und Liverpool besuchten 4772 Menschen insgesamt 192 spezielle Workshops. Mehr als die Hälfte erklärte, dass sich ihr Verständnis der Situation von Flüchtlingen und Asylsuchenden stark verbessert habe. Viele der teilnehmenden Gruppen beteiligten sich auch an Folgeaktionen, die Flüchtlingen ein stärkeres Gefühl der Geborgenheit in ihrer Gemeinde vermitteln sollten.



www.refugee-action.org.uk

Das Projekt „Die beste Flüchtlingsgeschichte“, entstanden in Zusammenarbeit zwischen dem UNHCR der Slowakei und der journalistischen Fakultät der Comenius-Universität, förderte eine verstärkte und eingehendere Berichterstattung zu Flüchtlingsbelangen zu einem Zeitpunkt, als diese Themen in diesem jüngsten Zielland noch recht unbekannt waren. Die herausragendsten Beiträge zu Lebensgeschichten, zum Integrationsprozess und zu Lebensbedingungen wurden ausgezeichnet. Die Rundfunk- und Presseartikel richteten sich nicht nur an das allgemeine Publikum, sondern sollten auch die staatlichen Vertreter sensibilisieren, die diese lasen und als Jurymitglieder erörterten.



www.unhcr-budapest.org/slovakia/images/stories/pdf_new/bulletin2002_04.pdf

Etliche internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen haben pädagogische Materialien, Bücher, Spiele und Flugblätter speziell für Bildungseinrichtungen entworfen. Dazu gehören Rollenspiele, die die Erfahrungen von Asylsuchenden, Flüchtlingen und anderen Migrantengruppen simulieren.

„Passages“ des UNHCR ist ein Simulationsspiel zur Förderung des Verständnisses der Probleme von Flüchtlingen. Die Teilnehmer werden durch eine Reihe von Schritten geführt, die Erfahrungen der Flüchtlinge vom Flug bis zur Ankunft im Flüchtlingslager simulieren sowie die Schwierigkeiten bei der Integration und bei der Rückkehr aufzeigen.

www.unrefugees.org/atf/cf/%7Bd2f991c5-a4fb-4767-921f-a9452b12d742%7D/Passages.pdf

„Enséñame, Africa“, eine einjährige Kampagne im Jahr 2005 zur Bewusstseinsbildung auf den Kanarischen Inseln, erreichte ihr Ziel mit der Einbindung von 1000 Studenten in Workshops über die Beweggründe und die Ursachen für die Migration aus dem Senegal. Studenten erstellten Materialien zur Bewusstseinsbildung, die von anderen Lehrern in Spanien verwendet werden konnten, und sie spendeten Materialien für ländliche Schulen im Senegal.

www.aulainterultural.org/breve.php3?id_breve=359



Migrantinnen

Die stereotype Vorstellung von Migrantinnen als abhängigen und unterdrückten Hausfrauen widerspricht nicht nur dem aktuellen Trend zu einem größeren Frauenanteil unter den Zuwanderern, sondern kann bereits selbst ein Hemmnis für die Teilhabe von Migrantinnen am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben darstellen.

Es könnten Informationen über die unterschiedlichen Situationen und Profile von Migrantinnen und das sich wandelnde Geschlechterverhältnis in Migrantengemeinden erstellt werden. Ein erster Schritt ist die Bereitstellung ausführlicher statistischer Daten, die Geschlechterfragen berücksichtigen. In einem zweiten Schritt ist dafür zu sorgen, dass Migrantinnen – sowohl solche mit Handlungskompetenz als auch ausgebeutete Frauen – zu Wort kommen und sichtbar werden.

Im Rahmen der Kampagne der Europäischen Frauenlobby von 2001 zu asylsuchenden Frauen wurden 20 000 Postkarten und eine spezielle Webseite erstellt, um das Verständnis der Öffentlichkeit für die Situation weiblicher Asylsuchender, insbesondere solcher, die außerordentliche geschlechtsbezogene Gewalt wie Vergewaltigung und Ausbeutung erlebt haben, zu verbessern. Seither hat sie die Einrichtung des europäischen Migrantinnennetzwerks gefördert, zu dessen langfristigen Zielen u. a. die öffentliche Darstellung von frauenspezifischen Integrationsproblemen gehört, die politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und auf EU-Ebene vorgetragen werden sollen.

www.womenlobby.org/asylumcampaign/EN/CAM/why.html





Bewusstseinsbildung durch stärkere Beteiligung der Aufnahmegesellschaft

Praktiker sollten sich bewusst sein, dass der realistischen Darstellung als primärer bewusstseinsbildender Maßnahme Grenzen gesetzt sind. Die Verbreitung zutreffender Informationen als Gegengewicht zu Fehlinformationen führt nicht immer zu einem Wandel der Einstellungen. Fakten bewirken vielleicht bei Menschen, denen diese Thematik relativ gleichgültig ist, einen Gesinnungswandel, führen jedoch nicht zu einer positiveren Haltung bei feindselig eingestellten Menschen (oder verschärfen deren Ansichten vielleicht sogar). So kam beispielsweise die Initiative „One Scotland“ (Ein Schottland) nach sechs Jahren Laufzeit zu dem Ergebnis, dass die Öffentlichkeit zwar besser informiert ist, sich der Anteil der Menschen mit rassistischer Einstellung jedoch nicht geändert hat.

Gut informierte Bürger können dennoch eine passive Rolle im Integrationsprozess spielen, auch wenn sie nicht wissen, wie sie sich an Integrationsmaßnahmen und am interkulturellen Dialog in vielen ihrer Lebensbereiche – z. B. am Arbeitsplatz, im Wohnviertel, in Vereinen oder religiösen Gemeinschaften – beteiligen können.

Kampagnen zur Bewusstseinsbildung können die Teilnahme an Maßnahmen fördern, durch die sich bedeutsame Kontakte zwischen Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft entwickeln. Besondere Veranstaltungen und Festivals sind Gelegenheiten, die Beiträge von Zuwanderern zum Leben und zur Kultur ihres Aufenthaltslandes zu zeigen. Sie stellen auch einen „Marktplatz“ für Organisationen dar, die Schulungen und Möglichkeiten zur ehrenamtlichen Mitarbeit anbieten. Diese Feste können das öffentliche Bild von Zuwanderern verbessern und die Entwicklung interkultureller Kompetenzen fördern.



Beim 26. Festival der Migration, der Kulturen und der Staatsbürgerschaft, das 2009 in Luxemburg veranstaltet wurde, präsentierten sich fast 250 Organisationen, die im Bereich Integration aktiv sind.



www.restena.lu/clae/html/m2sm1.html

Das Regenbogenfestival in Zypern ist ein multikulturelles Festival zur Sensibilisierung der zypriotischen Gesellschaft für den Reichtum der Kulturen und Zivilisationen anderer Völker und zur Förderung der Vielfalt und der Achtung der Rechte von Zuwanderern, Flüchtlingen, Asylsuchenden und Nicht-Zyprioten.



www.kisa.org.cy/EN/activities/cultural_events/586.html

Zugewanderte Künstler und Darsteller können eingeladen werden, um kulturelle Feiern stärker ins Bewusstsein der Allgemeinheit zu rücken. Sie können entweder ihre traditionelle Ursprungskultur oder im Aufenthaltsland entwickelte neue interkulturelle Ausdrucksformen darstellen.

In Spanien wurde das mehrjährige Projekt „Entre 2 Orillas“ von der Stiftung Directa als Raum für interkulturellen Austausch konzipiert. Daran wirken Künstler mit Migrationshintergrund mit, die u. a. die Bereiche Musik, Theater, Malerei, Film, Tanz, Bildhauerei und Fotografie abdecken. Damit wollen sie auf den Beitrag von Künstlern mit Migrationshintergrund aufmerksam machen.

www.entredosorillas.org

Kassandra, ein multikultureller Verein für Kunst in Helsinki, nutzt Kunst- und Theaterworkshops, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und einen Raum für die Zusammenarbeit und Netzwerkbildung einheimischer und zugewanderter Schauspieler zu schaffen und deren Talente den Medien zu präsentieren.

www.kassand.net/english

Zakk – das Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation hat sich zu einem Mittelpunkt für Integrationsveranstaltungen in Düsseldorf entwickelt. Die interkulturellen Veranstaltungen haben erheblich zugenommen, auch in ihrer Attraktivität für das Publikum und in ihrem Interesse für ortsansässige ausländische Staatsbürger.

www.zakk.de

Staatliche Feiertage und Sportveranstaltungen können so gestaltet werden, dass sie Zuwanderer und kulturelle Vielfalt stärker einbeziehen. Die UN hat internationale Tage wie den Welttag des Flüchtlings und den Internationalen Tag der Zuwanderer geschaffen, um nationale Programme und Maßnahmen zu unterstützen und zu koordinieren.

Öffentliche Feiern und kulturelle Veranstaltungen lassen Beiträge von Zuwanderern und Vorteile der Vielfalt für die Allgemeinheit besser in Erscheinung treten, gleichzeitig bieten sie Organisationen, die im Bereich Integration tätig sind, einen Marktplatz zur Gewinnung von Freiwilligen.

Viele solcher Veranstaltungen wurden auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene als Teil des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 angestoßen:

www.interculturaldialogue2008.eu

Das Webportal des Europarates zum interkulturellen Dialog bietet auch Links zu verschiedenen Datenbanken, die ähnliche Verfahrensweisen darstellen:

www.coe.int/t/dg4/intercultural/database_EN.asp



„Für Vielfalt, gegen Diskriminierung“ hieß eine fünfjährige gesamteuropäische Informationskampagne, die 2007 ihren Abschluss fand. Sie lieferte Informationen für die Allgemeinheit über die zur Bekämpfung von Diskriminierungen bestehenden Rechtsvorschriften und macht gleichzeitig die Vorteile der Vielfalt deutlich. Länderspezifische Fokusgruppen wurden genutzt, um einzelstaatliche und regionale Maßnahmen zu gestalten, die in enger Zusammenarbeit mit einzelstaatlichen Regierungen, Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen weiterentwickelt wurden.



www.stop-discrimination.info

Der Tag der Integration, der 2008 von der flämischen Gemeinde Belgiens zum zweiten Mal veranstaltet wurde, ehrte Zuwanderer, die ein Integrationsprogramm absolviert hatten. Die besondere Veranstaltung sowie die groß angelegte, im ganzen Land und regional durchgeführte Medienkampagne sollte die Wertschätzung der Gesellschaft für den Einsatz und die Anstrengungen ihrer neuen Bürger zum Ausdruck bringen.



www.binnenland.vlaanderen.be/inburgering/dagvandeinburgeraar.htm

Das INTI-Projekt Integration im Sport verteilte ein Handbuch zu bewährten Verfahren an Tausende von Sportvereinen, Jugendgruppen und Schulen in Österreich, im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden, in Deutschland und in Slowenien.



www.united-by-sports.net/en

Gemeinsame Aktionen: Kompetenzen für die Allgemeinheit

Die erfolgreichsten Sensibilisierungsmaßnahmen schaffen Räume für sinnvolle und nachhaltige Kontakte zwischen Einzelnen und Organisationen. Hier ist die Verbindung zur Handlungskompetenz am stärksten. Der Bericht „Challenging attitudes, perceptions and myths“ (Haltungen, Wahrnehmungen und Mythen hinterfragen) des Ausschusses zu Integration und Zusammenhalt des Vereinigten Königreichs kommt zu dem Schluss, dass ein kurzer oder oberflächlicher Kontakt ohne reales Engagement nicht ausreicht, um Respekt zu fördern, sondern sogar die Vorurteile verschärfen kann.

Gemeinsame Aktionen können die öffentliche Wahrnehmung verbessern und den Integrationsprozess fördern, wenn sie:

- das Identitätsgefühl aller stärken,
- bestimmte von Vorurteilen geprägte Einstellungen und Verhaltensweisen ermitteln und hinterfragen,
- Empathie und einen Einblick in die Erfahrungen anderer vermitteln,

- Verständnis für die Verschiedenheit schaffen,
- eine gemeinsame Grundlage und gemeinsame Werte und Interessen ermitteln,
- Freundschaften über Grenzen hinweg fördern und aufbauen, aus denen langfristige gegenseitige Verpflichtungen werden.

Diese Räume können virtuell sein, wie öffentliche internetgestützte Foren, oder praktisch, wie Bürgerinitiativen. Projekte, die auf gemeinsamen und praktischen Zielen basieren, werden als wirkungsvollere Mittel zum Aufbruch von Stereotypen und zur Förderung einer konstruktiveren Sichtweise des Integrationsprozesses betrachtet.

Handlungskompetenz für die Allgemeinheit als Ansatz für die Bewusstseinsbildung bedeutet, dass Informationen direkt mit Räumen für eine sinnvolle und nachhaltige Interaktion zwischen einzelnen Zuwanderern und Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung verknüpft werden.



Das Projekt „Tourist zu Hause“ von Turin im Jahr 2000-2002 führte 600 Einheimische auf Entdeckungsreise in die Vielfalt der Geschäfte und Restaurants ihrer Stadt. 200 000 Karten mit multikulturellen Attraktionen in der Nachbarschaft wurden in der lokalen Zeitung verteilt. Damit wurde die Entwicklung einer Gegend mit einem hohen Zuwandereranteil gefördert, was aufgrund der regen Beteiligung von Migrantenunternehmern aus der Nachbarschaft möglich war, die damit ein breiteres Kundenspektrum gewinnen konnten.

Die „Instrumentenbibliothek“ in Leicester, Vereinigtes Königreich, ist eine besondere kommunale Aktion, die die Entwicklung eines neuen interkulturellen Netzwerks von Musikern gefördert hatte. Die BBC veröffentlichte Aufrufe, gebrauchte Musikinstrumente zu spenden. Die örtliche Bibliothek leiht diese dann an neu angekommene Musiker unter den Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Region aus. Das Projekt bietet auch Räume für Auftritte und Finanzierung an, um sie in die lokale Musikszene einzugliedern.

www.interculturemap.org/upload/att/200612111049220.Instrument%20Library%20CASE%20STUDY_INFO.pdf



3.2 Ausbau von Kapazitäten und Wahl der Maßnahmen

Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz von Personen und Organisationen haben das Ziel, die Kapazitäten von Zuwanderern und ihrer Organisationen zu stärken, Partnerschaften mit mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen einzugehen und sich am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben zu beteiligen.





Neu Zugewanderte kommen mit unterschiedlichen Kapazitäten, und viele hoffen, auf ihrem bestehenden Kapital, ihrem Wissen und ihren Ressourcen aufbauen zu können, indem sie im Laufe des Integrationsprozesses zusätzliche Fähigkeiten erwerben. Ansässige Zuwanderer möchten vielleicht ihre Lebenssituation verbessern, indem sie persönliche oder institutionelle Hindernisse überwinden, die ihren Zugang zu verfügbaren Ressourcen und Rechten, ihre Teilnahme am öffentlichen Leben oder ihre Möglichkeiten, ein autonomes, würdevolles Leben nach eigener Wahl zu leben, beeinträchtigen.

Aktive und gleichberechtigte Beteiligung von der Entscheidungsfindung bis zur Umsetzung

Wenn einzelne Zuwanderer oder Vertreter von Zuwandererorganisationen selbst entscheiden können, wie sie ihre Lebenssituation ändern oder am öffentlichen Leben teilnehmen wollen, trägt das dazu bei, vorgebliche Muster der Abhängigkeit und patriarchalische Haltungen aufzubrechen.

Projekte, die auf Handlungskompetenz setzen, nehmen Zuwanderer als Mitwirkende in politischen Debatten ernst. Erklärtes Ziel vieler Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz ist es, Zuwanderern Gehör zu verschaffen und ihnen zu einer aktiven Rolle in der Politikentwicklung zu verhelfen. Informationen, Netzwerke und Plattformen sind häufig wichtige Mittel zur Stärkung der Handlungskompetenz von Zuwanderern. Die Teilnehmer der Zielgruppe werden über die wichtigsten Themen und über Entscheidungsprozesse kurz informiert, so wie auch Entscheidungsträger Informationen dazu erhalten, wie sie von den Erfahrungen der Zuwanderer lernen und entsprechend handeln können. Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz können so auf die Bedürfnisse und Wünsche der Endnutzer ausgerichtet werden und ihre Lebenssituation unmittelbar beeinflussen. Rechtliche Themen rund um Verträge, der Unterschied zwischen ehrenamtlicher und vergüteter Arbeit und der ehrenamtliche Charakter dieser Aktivitäten müssen angesprochen werden, um gute Ergebnisse für die ehrenamtliche Tätigkeit als Beitrag zur sozialen Integration zu gewährleisten.



Der Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ ist für den Erfolg aller Maßnahmen zur Kompetenzsteigerung entscheidend. Dazu ist notwendig, dass die Endnutzer Hauptakteure bei der Planung, Umsetzung und Überwachung sind.

Bedarfsanalyse und Analyse von und durch Zuwanderer

Die Stärkung der Handlungskompetenz beginnt in der Phase der Forschung und der Bedarfsanalyse, in der Projekte bestätigen, ob und wie Zuwanderer alltägliche Probleme bewältigen, die für ihre Situation kennzeichnend sind. Diese Forschung schärft das Bewusstsein der beteiligten Personen oder Organisationen für die wichtigsten Problembereiche und leitet ihre Überlegungen dazu, wie Beurteilungen in Maßnahmen umgesetzt werden können.

Das niederländische EQUAL-Projekt mit dem Namen Vrijbaan entwickelte eine Reihe diagnostischer Instrumente zur „Bewältigung der eigenen Integration“. Selbsteinschätzungen geben Einzelpersonen einen Einblick darin, inwieweit sie ihrer Meinung nach ihre Richtung innerhalb ihres Umfeldes selbst bestimmen können.

http://ec.europa.eu/employment_social/equal/data/document/etg1-suc-vrijbaan_en.pdf

Das Zentrum für die Rechte von Zuwanderern in Irland vertritt die Auffassung, dass der Ansatz der Gemeindeförderung am erfolgreichsten ist, wenn die Beteiligten über die Einzelfälle hinaus zu einer Analyse struktureller Ungleichheiten, der Machtdynamik und der Ursachenanalyse gelangen. Das schafft die Voraussetzungen dafür, dass gemeinsame Ergebnisse allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommen, und es regt zur Solidarität zwischen den Gruppen an (z. B. zwischen einheimischen Arbeitskräften, Pilzpflückern und Migrantinnen).

www.mrci.ie/activities/index.htm

Das Projekt zur „Handlungskompetenz für Gemeinden“ des Forums für Migranten- und Flüchtlingsgemeinden des Vereinigten Königreichs führt Bedarfsanalysen für Zuwandererorganisationen durch. Im Anschluss daran wird ein Angebot für fortlaufende Dienstleistungen erarbeitet, um die Leistungen der Organisation und ihre Unterstützung der Mitglieder zu verbessern.

www.mrcf.org.uk/#cep

YEPP (Youth Empowerment Partnership Programme) in Mannheim-Neckarstadt West, Deutschland, nutzt einen ähnlichen Ansatz, um das Bewusstsein für lokale strukturelle Probleme zu schärfen, die die Integration behindern, und erarbeitet eine bedarfsorientierte Förderung für einzelne benachteiligte Jugendliche.

www.yepp-community.org/yepp/cms

Das Gesundheitsministerium des Vereinigten Königreichs führte für 47 Gruppen Schwarzer und ethnischer Minderheiten Schulungen durch und schloss daran im Jahr 2003 das Projekt „Black and Minority Ethnic Drug Misuse Needs Assessment“ (Bedarfsanalyse zum Drogenmissbrauch unter Schwarzen und ethnischen Minderheiten) an. Die Untersuchung deckte auf, wie wenig sich die Gemeinschaften des Drogenmissbrauchs bewusst waren (insbesondere über die Generationen hinweg), was Gruppen dazu veranlasste, eigene konkrete Vorschläge für allgemeine Maßnahmen und die Qualität der Leistungen zu machen. Das Projekt stärkte die Einbeziehung dieser Gruppen in die lokale Politikgestaltung, und ihre Empfehlungen führten zu konkreten Verbesserungen bei der Leistungserbringung.

www.uclan.ac.uk/old/facs/health/ethnicity/reports/documents/rep1comeng1.pdf



Als innovative Methode partizipatorischer Forschung sind Bedarfsanalysen eine Möglichkeit, Forscher in Projekte mit Praktikern und Zuwanderern selbst einzubringen.



Eine Bedarfsanalyse und eine von den unmittelbar Begünstigten einer Maßnahme zur Stärkung der Handlungskompetenz durchgeführte Beurteilung steckt den Rahmen zur Bewertung ihrer eigenen persönlichen Situation oder der ihrer Gemeinde bzw. Organisation.



76 Studenten aus Drittländern befragten im Rahmen des Forschungsprojekts „POLITIS“ 176 bürgerschaftlich aktive Zuwanderer. Das Ergebnis, wonach die Veranlassung zu bürgerschaftlichem Engagement am häufigsten durch die schlichte Tatsache erfolgte, von einer Organisation gefragt zu werden, führte zu einem Nachfolgeprojekt „WinAct: Zuwanderer als aktive Mitglieder gewinnen“. Pädagogen der Erwachsenenbildung, viele mit Migrationshintergrund, wurden darin geschult, vor Ort Workshops bei politischen Parteien und Gewerkschaften zu veranstalten, in denen sie aufzeigten, wie erfolgreiche Strategien zur Erreichung und Gewinnung von Zuwanderern aussehen könnten.



www.politis-europe.uni-oldenburg.de

Das finnische Ministerium für soziale Angelegenheiten und Gesundheit finanzierte zwei Reihen von *Forschungsprojekten der Universität von Tampere zu Migrantengemeinden* in den Jahren 2003 und 2005. Forscher im Bereich Migrantensozialarbeit erarbeiteten den konzeptuellen Rahmen für ihre Untersuchung und das Forschungsziel. Sie setzten die Schwerpunkte bei Themen wie Meinungen der Verbraucher zu psychischen Gesundheitsdienstleistungen, Ansichten der Gemeinschaft über die medizinische Grundversorgung und Berufswünsche der zweiten Generation.



www.uta.fi/laitokset/sospol/migrant/abstr/clarke.pdf

Bestimmung der geeigneten Zielgruppe, Verbesserung ihrer Situation

Das Gespräch mit Zuwanderern und Organisationen über die Teilnehmerforschung und Bedarfsanalyse kann ein ganz anderes Bedürfnisspektrum aufgrund vieler Faktoren ergeben: Alter, Geschlecht, Bildung, rechtlicher Status, Beschäftigungsstatus, Fähigkeiten und Qualifikationen, Motivation usw. So können z. B. beratende Einrichtungen bei der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen diesen die Möglichkeit geben, Rückmeldungen zu verschiedenen Aspekten der Aufnahme und der Integration zu geben und in den Betrieb der Einrichtungen eingebunden zu werden. Erfolgreiche Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz müssen oft eine sehr spezifische Zielgruppe bestimmen.

Das Projekt „Kommit – Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten stärken“ in Brandenburg beschäftigte sich mit dem Ausbau von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die von teilnehmenden Migrantenorganisationen ausgewählt wurden. 30 Leiter von Migrantenorganisationen erhielten über 80 Stunden direkte thematische Schulung, während 1000 Teilnehmer an Workshops und Netzwerkveranstaltungen der Gemeinschaften teilnahmen. Die Erfolgsindikatoren des Projekts waren die Zufriedenheit der Teilnehmer mit den Themen, Methoden und mit der Qualität. Das Projekthandbuch veröffentlichte außerordentlich positive Auswertungsergebnisse sowie Qualitätsstandards für zukünftige Erwachsenenbildungsprogramme für Migrantenorganisationen.

www.integrationsbeauftragte.brandenburg.de



Die Stärkung der Kompetenz bestimmter Zielgruppen kann eine erfolgreiche Strategie sein bei Gruppen, die wie etwa Migrantinnen schwer zugänglich sind. Projekte sollten wertschätzen, dass sie sich für eine Teilnahme auf eine andere oder weniger aktive Art und Weise entscheiden. Staatliche Behörden und andere Geldgeber könnten potenziell die Rolle übernehmen, Kosten auszugleichen oder Teilnahmehindernisse zu reduzieren.

Maßnahmen, die flexibel und genau auf die besonderen Bedürfnisse der Begünstigten zugeschnitten sind, erfüllen die Erwartungen der Teilnehmer und das letztendliche Ziel der Kompetenzstärkung: die Verbesserung ihrer Situation.



Das Frauenzentrum Delfshaven in Rotterdam wird vollständig von Migrantinnen betrieben und bietet eine Atmosphäre, in der Frauen unterschiedlichen Alters und verschiedener Herkunft (auch aus den Niederlanden) sich wohl fühlen können. Es hat es geschafft, viele Frauen auf informelle Art und Weise aus der Isolation herauszuholen und Hunderten von Menschen Sprach- und Kreativkurse anzubieten, die auf der Einstufung ihrer Fähigkeit, sich in den Arbeitsmarkt einzugliedern, basierten.

www.eukn.org/eukn/themes/Urban_Policy/Social_inclusion_and_integration/Emancipation-centre-for-and-by-women-in-Delfshaven_2033.html

Wann immer „Clientenbelang Utrecht“ (Interessengruppe für Patienten und Kunden) eine politisch relevante Frage zu Migrantenmüttern hat, richtet es seine Frage direkt an das „Immigrant Wmo Watchers“, ein Netzwerk von Migrantenmüttern mit Schulkindern. Diese Frauen sammeln die notwendigen Informationen in ihrem ausgedehnten sozialen Netzwerk und formulieren daraus einen informellen Input zum Zweck der Verbesserung der Politikentwicklung.

www.senia.nl





Das Programm E.L.S.A. griff auf Forschung zu partizipatorischen Maßnahmen zurück, um Einfluss auf die lokalen Sozialmaßnahmen in Bezirken der italienischen Provinz Forlì-Cesena zu nehmen. Das Projekt bot Migrantinnen, die als Pflegepersonal tätig waren, die von ihnen angeforderte Information, Schulung und Beratung. Es unterstützte Kontakte mit lokalen Behörden und einer Partnergewerkschaft. Es förderte auch Initiativen von Pflegeempfängern und deren Familien, die sich für eine Erleichterung der Teilnahme und der Regularisierung ihrer Pflegekräfte einsetzen.



www.palliative.lv/45/70

Ziele kennen und die richtigen Mittel für die Stärkung der Handlungskompetenz finden

Die unterschiedlichen Arten der Stärkung der Handlungskompetenz von Zuwanderern und Organisationen gehen dynamisch und erfolgsorientiert an die Chancengleichheit heran. Die Initiatoren müssen die geeigneten Mittel zur Erreichung klar angestrebter Ziele für die spezifische Zielgruppe bestimmen und dabei ausreichend Raum für die unterschiedlichen Formen effektiver Maßnahmen lassen. Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz steigern darum die Kapazitäten von Zuwanderern oder von Organisationen für Veränderungen und geben ihnen Raum, diese Kapazitäten zu entfalten. Dieser Raum kann innerhalb von Organisationen bzw. staatlichen Behörden liegen und über die Arbeit oder Stellen zur Entscheidungsfindung oder über neue gezielte Programme geschaffen werden.

Raum für den Austausch und die Entscheidungsfindung zwischen Zuwanderern und mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen sind wichtige Elemente, die sich durch sämtliche solcher Maßnahmen hinziehen. Praktikumsprogramme in den Bereichen Kunst und Kultur sind ein Beispiel.



Was eine Maßnahme zur Stärkung der Handlungskompetenz von vielen Bildungsprogrammen zur Integration von Zuwanderern unterscheidet, ist die Kombination von Bildung und Aktion, durch die Zielgruppen die einzigartige Chance erhalten, auf ihrem erworbenen Wissen aufzubauen.



Die Kernidee, die hinter dem Projekt „Inclusion and Diversity in Education“ (Eingliederung und Vielfalt in der Bildung) des British Council steckt, ist die, dass Schülern aus ethnisch und kulturell vielfältigen Schulen die Führung bei der Programmgestaltung, der Aushandlung von Vereinbarungen und der Erstellung einer Schülersatzung für integrative Schulen überlassen wird. Gruppen von Schülersprechern veranstalten Implementierungsprojekte, um größere Gruppen von Schülern, Eltern und der Gemeinschaft als Ganzes Handlungskompetenz zu vermitteln.



www.britishcouncil.org/netherlands-youthprojects-indie-homepage.htm

Das Programm für kulturelle Praktika „Jump in!“ will eine bessere Vertretung junger Künstler und Studenten aus ethnischen Minderheiten in niederländischen Kulturorganisationen erreichen. Mit diesen lokalen Mitteln für einen interkulturellen Dialog schaffen Gastorganisationen direkte Kommunikationskanäle mit Künstlern verschiedener Gemeinschaften, während die Künstler Erfahrungen aus erster Hand sammeln, die sie in ihrer beruflichen Entwicklung weiterbringen. Es baut auf Pilotprojekten auf wie dem interkulturellen Ausschuss des Theaters Zuidplein aus Rotterdam, der seit 1998 einen spürbaren Einfluss auf die Diversität des Publikums hatte, das das Theater anziehen konnte.

www.eurocult.org/we-focus-on/jump-in



Ein idealer Raum für Zuwanderer und ihre Organisationen für Austausch und Aktionen ist die Bewusstseinsbildung.

„Commedia.Net“, ein von EQUAL finanziertes Radioprojekt, gab Migranten, Flüchtlingen und Asylsuchenden in Griechenland, die sich für Medien interessieren, die Möglichkeit, eine programmatische Auswahl zu treffen, ihre eigene und andere Gemeinden besser zu verstehen und ihr erworbenes Wissen über Funk zu verbreiten. Eine berufliche Ausbildung und die Vermittlung von Stellen gab ihnen eine entscheidende Rolle bei der Bewusstseinsbildung und der Veränderung der Art und Weise, auf die Informationen zu Migration der Öffentlichkeit vermittelt werden.

www.commedia.net.gr/default.en.asp

„MiMi – Mit Migranten für Migranten“ schulte zwischen 2003 und 2008 600 Zuwanderer als „interkulturelle Vermittler“ in 35 deutschen Städten. Sie führten 900 Veranstaltungen in 32 Sprachen durch, in denen das deutsche Gesundheitssystem und damit verbundene Themen etwa 10 000 Teilnehmern mit Migrationshintergrund erläutert wurden, weitere 100 000 wurden über Faltblätter und einen Gesundheitsführer erreicht.

www.aids-migration.de

SEIS-Finnland „Vorwärts ohne Diskriminierung“ (STOP) schulte Personen mit Migrationshintergrund oder aus ethnischen Minderheiten und veranstaltete Workshops zur Bewusstseinsbildung mit Schulen und staatlichen Behörden. Die Teilnahme von Zuwanderern in dem Lenkungsausschuss, in der Planungsphase, bei der Umsetzung und bei der Projektevaluierung war hilfreich. Positives Feedback und öffentliche Aufmerksamkeit führten zu einer Ausdehnung auf Antidiskriminierungstrainings für zukünftige Lehrer und Polizeibeamte.

www.stop-discrimination.info/134.0.html





Zuwanderer und ihre Verbände in mehrheitsgesellschaftliche Organisationen einbeziehen: Vorteile für beide Seiten

Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz werden oft auf unterster Ebene von Zuwanderern selbst initiiert und später von mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen, also staatlichen Stellen, Sozialpartnern, dem Privatsektor oder der Zivilgesellschaft finanziert. Umgekehrt initiieren mehrheitsgesellschaftliche Organisationen diese Maßnahmen und gehen später Partnerschaften mit Zuwanderern ein (nach dem Grundsatz „Nicht für uns, sondern mit uns“). Sie können die Kompetenzen einzelner Zuwanderer durch das Angebot von Leistungen, den Ausbau ihrer Mitgliederbasis mittels öffentlichkeitswirksamer Programme oder die Bereitstellung einer Plattform zur Beteiligung von Zuwanderern im öffentlichen Leben anpeilen.

Es sollte nicht vergessen werden, dass sowohl Organisationen von Zuwanderern als auch der Mehrheitsgesellschaft wechselseitigen Nutzen aus Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz ziehen, bei denen es sowohl um Anpassungen in der Aufnahmegesellschaft als auch um die Beteiligung von Zuwanderern geht. Mehrheitsgesellschaftliche Organisationen gehen davon aus, dass diese Partnerschaften eine Lösung für bestimmte Integrationsprobleme versprechen oder ihre Regierungsführung unter dem Aspekt der Integration verbessern. Dieser potenzielle Nutzen führt zu einem starken Interesse bei ihnen, die Handlungskompetenz von Zuwanderern zu stärken und die notwendigen Schritte einzuleiten, um diese Vorteile zu sichern. Es können Qualitätsstandards erarbeitet werden, um zu beurteilen, ob mehrheitsgesellschaftliche Organisationen die Verfahren zur Stärkung der Handlungskompetenz von Begünstigten und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund umsetzen und ob diese Verfahren messbar die Politik und den Auftrag der Organisation verändert haben.



Durch die Maßnahmen, die sie zur Stärkung der Handlungskompetenz von Zuwanderern ergreifen, bauen mehrheitsgesellschaftliche Organisationen auch ihre eigenen Kompetenzen aus. Ihre größeren Kapazitäten, Ressourcen und interkulturellen Kompetenzen verbessern die Qualität und Integrationswirkung ihrer Entscheidungsfindung und ihrer Leistungen.

Das „Fremdenfestival“ der Europäischen Kulturstiftung wollte diese für beide Seiten vorteilhafte Situation schaffen basierend auf der Idee, dass die Stärkung von Kapazitäten junger Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund bei der Nutzung neuer, internetgestützter Medien später die Kapazitäten ihres Publikums (europäischer Nichtregierungsorganisationen, kultureller Einrichtungen, Medien und staatlicher Stellen), mit den jungen Menschen an interkulturellen Dialogprojekten zusammenzuarbeiten, verstärkt.

www.eurocult.org/we-focus-on/strangerfestival

„INVOLVE“ heißt ein von INTI finanziertes Projekt zur partizipatorischen Forschung über die Förderung ehrenamtlicher Mitarbeit in dem in zwei Richtungen verlaufenden Integrationsprozess. 16 konkrete Empfehlungen wurden für politische Entscheidungsträger auf unterschiedlichen Ebenen der Regierungsführung und für Praktiker in mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen und für Zuwanderer ausgearbeitet.

www.cev.be/data/File/INVOLVEreportEN.pdf

Die Veröffentlichung der britischen Behörde für Gemeinden und Lokalregierungen aus dem Jahr 2005 mit dem Titel *Ethnicity Monitoring Guidance: Involvement* will die Beteiligung von Schwarzen und anderen ethnischen Minderheitsgemeinden an Maßnahmen zur Erneuerung in Wohnvierteln fördern, indem sie lokale Partnerschaften mit kommunalen Verbänden unterstützt.

www.neighbourhood.gov.uk/page.asp?id=771

Die Pangea Entwicklungspartnerschaft in der spanischen Region Kastilien-La Mancha besteht aus Migrantenverbänden, NRO und lokalen sowie regionalen Behörden. „Interkulturelle Verbindungen“ oder Mediatoren konnten bereits mehr als die Hälfte aller in dieser ländlichen Region lebenden Zuwanderer erreichen. Die Kontaktaufnahme erfolgte über integrierte und spezialisierte Schulungen und Beratungsdienstleistungen sowie Programme zur fortlaufenden Unterstützung am Arbeitsplatz. Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung sind mit Forschungen des „Interkulturellen Barometers“ zu Themen wie dem sozioökonomischen und kulturellen Beitrag der Zuwanderer in einer bestimmten Gemeinde verknüpft.

http://ec.europa.eu/employment_social/equal/practical-examples/employ-06-pangea_en.cfm

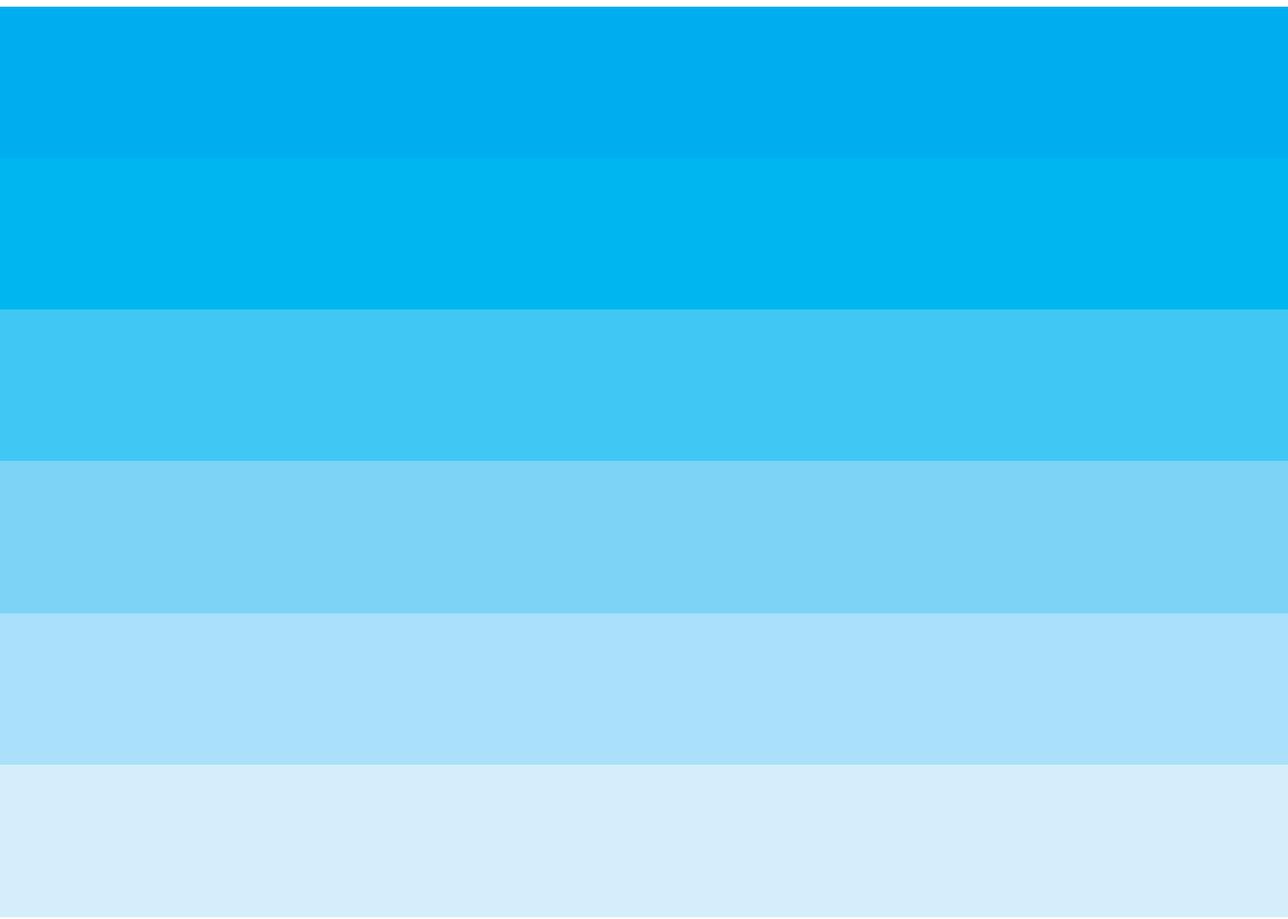




Schlussfolgerungen

1. Kampagnen und Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung geben allen Bürgern die Möglichkeit, Tatsachen zu den Themen Migration und Integration zu erfahren und herauszufinden, wie sie am Integrationsprozess teilnehmen können. Sie schaffen auch Räume für häufige Begegnungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen, wodurch die interkulturellen Kompetenzen aller entwickelt werden.
2. Ein faktenbasierter Ansatz der Bewusstseinsbildung beginnt mit einer Phase der gezielten Bestandsaufnahme, bei der regelmäßig auswertbare Erhebungen und Umfragen eine solide Grundlage zu Wahrnehmungen von Zuwanderern und der Allgemeinheit bieten.
3. Die Analyse der Erhebungsergebnisse fördert die Faktoren zu Tage, die hinter den Wahrnehmungen stehen, was die Festlegung der geeigneten Zielgruppe erleichtert. Diese Ergebnisse können auch dazu genutzt werden, die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit auf den Start einer Bewusstseinsbildungskampagne zu lenken.
4. Da die staatliche Politik und ihre Botschaften die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit einer Kampagne erheblich beeinflussen, können diese sich unter anderem an Politiker und Meinungsführer als Zielgruppe richten.
5. Die Ausrichtung auf die geeignete Zielgruppe (z. B. die Änderung der Meinung der Allgemeinheit, von Zuwanderern oder von ausgewählten Akteuren oder Gruppen der Bevölkerung) definiert ganz eindeutig, was einen Erfolg der Kampagne bedeuten würde.
6. Initiativen zur „Entzauberung von Mythen“ verbessern die öffentliche Meinung, indem sie ein lebensechtes Bild der Migration auf der Grundlage von Tatsachen und persönlichen Berichten zeichnen. Sie sensibilisieren die Gesellschaft für die besonderen Eigenschaften und Belange unterschiedlicher Gruppen von Zuwanderern, insbesondere für die am stärksten gefährdeten, wie Zuwanderer ohne Papiere, Asylsuchende und Migrantinnen.
7. Öffentliche Feiern und kulturelle Veranstaltungen lassen Beiträge von Zuwanderern und Vorteile der Vielfalt für die Allgemeinheit besser in Erscheinung treten, gleichzeitig bieten sie Organisationen, die im Bereich Integration tätig sind, einen Marktplatz zur Gewinnung von Freiwilligen.
8. Handlungskompetenz für die Allgemeinheit als Ansatz für die Bewusstseinsbildung bedeutet, dass Informationen direkt mit Räumen für eine sinnvolle und nachhaltige Interaktion zwischen einzelnen Zuwanderern und Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung verknüpft werden.

9. Der Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ ist für den Erfolg aller Maßnahmen zur Kompetenzsteigerung entscheidend. Dazu ist notwendig, dass die Endnutzer Hauptakteure bei der Planung, Umsetzung und Überwachung sind.
10. Eine Bedarfsanalyse und eine von den unmittelbar Begünstigten durchgeführte Beurteilung steckt den Rahmen zur Bewertung ihrer eigenen persönlichen Situation oder der ihrer Gemeinde bzw. Organisation.
11. Maßnahmen, die flexibel und genau auf die besonderen Bedürfnisse der Begünstigten zugeschnitten sind, erfüllen die Erwartungen der Teilnehmer und das letztendliche Ziel der Kompetenzstärkung: die Verbesserung ihrer Situation.
12. Was eine Maßnahme zur Stärkung der Handlungskompetenz von vielen Bildungsprogrammen zur Integration von Zuwanderern unterscheidet, ist die Kombination von Bildung und Aktion, durch die Zielgruppen die einzigartige Chance erhalten, auf ihrem erworbenen Wissen aufzubauen.
13. Durch die Maßnahmen, die sie zur Stärkung der Handlungskompetenz von Zuwanderern ergreifen, bauen mehrheitsgesellschaftliche Organisationen auch ihre eigenen Kompetenzen aus. Ihre größeren Kapazitäten, Ressourcen und interkulturellen Kompetenzen verbessern die Qualität und Integrationswirkung ihrer Entscheidungsfindung und ihrer Leistungen.



Kapitel 4

Dialogplattformen



Dialog dient über kulturelle Traditionen hinweg der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens sowie der Vermeidung und Lösung von Konflikten. Kurzfristige und dauerhafte Dialogplattformen können zur Bewältigung der Integration eingesetzt werden, da so ein Mangel an gegenseitigem Verständnis und Vertrauen ausgeglichen werden kann, das unter Zuwanderern, Einheimischen, Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund und zwischen diesen vielfältigen Gruppen und der Regierung auf allen Ebenen bestehen kann.

Eine erfolgreiche Plattform bringt einen offenen und respektvollen Meinungs austausch in Gang und hilft, wenn sie gut gestaltet ist, den Teilnehmern, eine gemeinsame Grundlage für die Zusammenarbeit herauszuarbeiten. Hier können entgegengesetzte Interessen vorgebracht und gemeinsame Lösungen gefunden werden. Folgemaßnahmen setzen da an, wo Dialogplattformen enden. Sie können zur Stärkung der Netzwerke in der Gemeinde auf gesellschaftlicher Ebene und auf der Ebene von Vereinigungen führen und ein gemeinsames Identitätsgefühl in einer vielfältigen Gesellschaft schaffen.

Dieses Kapitel berührt das erste der Gemeinsamen Grundprinzipien, das Integration als einen in zwei Richtungen verlaufenden Prozess gegenseitigen Entgegenkommens aller Zuwanderer und Bürger der Mitgliedstaaten definiert. Regierungen sind dazu aufgefordert, sich in der Integrationspolitik zu engagieren und auch die wechselseitigen Rechte und Pflichten deutlich zu machen. Ein grundlegender Mechanismus besteht nach dem siebten Gemeinsamen Grundprinzip aus häufigen und sinnvollen Begegnungen zwischen Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund.

Dieses Kapitel beschreibt jeden Schritt in dem Prozess der Einrichtung und der Durchführung einer Dialogplattform und auch die praktischen Hindernisse, die es häufig zu überwinden gilt. Es befasst sich zunächst mit dem geeigneten rechtlichen Rahmen, dessen Fragen und Voraussetzungen im Blickpunkt einer Plattform stehen, wer beteiligt sich, welche grundlegenden Kompetenzen sind erforderlich, welche Regeln gelten für das Spiel. Es erkundet auch, wie sich gegenseitiges Verständnis und Vertrauen im Dialog in einer breiter angelegten Zusammenarbeit in einer Gemeinschaft fortsetzen kann. Eine führende staatliche Behörde oder ein zivilgesellschaftlicher Akteur können eine Dialogplattform leiten, dabei können sie unterschiedliche Aufgaben übernehmen, um eine effektivere Arbeitsweise der Plattform, wirkungsvollere Folgemaßnahmen und stärkere Auswirkungen auf die Gemeinschaft sicherzustellen. Dieses Kapitel erläutert, welche Aufgaben eine staatliche Behörde oder ein zivilgesellschaftlicher Akteur, die zur Teilnahme einladen, in den einzelnen Phasen der Dialogplattformen übernehmen kann. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse können als Anregung für Plattformen auf der Ebene von Wohnvierteln, Kommunen, Regionen und Einzelstaaten, ja selbst auf europäischer Ebene dienen, ein Beispiel für Letztere ist das im April 2009 eingerichtete Europäische Integrationsforum.

Internationale Zuwanderung hat die bestehende ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Vielfalt in Europa verstärkt, und dies dauert an. Die Mehrheit der EU-Bürger berichtet über jüngste positive Kontakte mit Menschen verschiedener Ethnien, Religionen und Nationalitäten, so die Aussage des Flash Eurobarometer 217 von 2007. Obwohl es den Befragten schwerfiel, „interkulturellen Dialog“ zu definieren, verbanden sie damit viele positive Bedeutungen, angefangen bei der Kommunikation zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften hin zu transnationaler Mobilität, Zugang zu Kultur und sprachliche Vielfalt. Auf lange Sicht werden wirtschaftliches Wachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und Kreativität Europas sowie seine Stellung in der Welt in vollem Umfang von den Vorteilen dieser Vielfalt profitieren.

Die zunehmende Vielfalt der Bevölkerung erfordert von den öffentlichen Diensten und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen eine Anpassung an die neue facettenreiche Realität. Wie sich ein Raum – sei es eine Nation oder ein Wohnviertel – an diese Vielfalt kurz- und langfristig anpasst, kann mehr oder weniger gegenseitiges Vertrauen und Verständnis in einer Gesellschaft zur Folge haben. Forschungen haben z. B. jüngst drauf hingewiesen, dass ein hoher Grad an Vielfalt (d. h. unterschiedlichste Menschen leben in einer Gemeinde zusammen) zu „Selbstisolierung“ und „sozialer Distanz“ unter den Menschen führen kann. Im Vergleich zum Durchschnitt neigen Menschen in sehr heterogenen Wohngebieten dazu,

- ihre Nachbarn weniger zu kennen und ihnen weniger zu trauen, unabhängig davon, ob ihr Wissen den selben oder einen anderen Hintergrund hat;
- weniger Vertrauen (jedoch nicht notwendigerweise weniger Kenntnisse) in die lokale Politik, die Führung und die Medien zu setzen;
- sich auf andere Weise politisch zu betätigen, etwa mit Straßenprotesten oder in sozialen Reformgruppen;
- über ein geringeres Wohlbefinden zu berichten;
- davon auszugehen, dass sie weniger Einfluss auf politische Entscheidungen haben und dass ihre Gemeinschaften weniger miteinander kooperieren, um ein gemeinsames Problem zu lösen.

Diese Ergebnisse mahnen, dass Gemeinschaften im Übergang, die sich selbst überlassen werden, zeitweise weniger Verständnis und Vertrauen in die Mehrheitsgesellschaft und innerhalb von Minderheiten, zwischen Mehrheiten und Minderheiten und in die lokale Regierung entwickeln.

Weniger gegenseitiges Verständnis und Vertrauen werden häufig einem geringeren Sozialkapital zugeschrieben, also weniger ausgeprägten sozialen und durch Organisationen entstandenen Netzwerken. Freundschaften und die Zivilgesellschaft bieten Einzelnen vor Ort Möglichkeiten für sinnvolle Begegnungen und Beziehungen. Die Tragfähigkeit sozialer und durch Vereine entstandener Netzwerke wirkt sich auf den Grad des Vertrauens und der Solidarität innerhalb der Gemeinschaft sowie auf das persönliche und wirtschaftliche



Wohlergehen der Bürger aus. Zunehmende Vielfalt ist nur ein Faktor des allgemeinen Verlusts an Sozialkapital in vielen Gesellschaften des Westens, wo die Menschen sozial und bürgerschaftlich weniger aktiv sind als früher.

Die Integration in die Gesellschaft wird negativ beeinflusst durch schwächer werdende soziale und durch Organisationen entstehende Netzwerke, was zu ausgeprägtem Individualismus und Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohl anderer führen kann, zu stereotyper Wahrnehmung des jeweils anderen, der zum Sündenbock gestempelt wird. Folgen können auch die Sprachlosigkeit gefährdeter Gruppen, Passivität bei realen Problemen der Gemeinschaft, Streit über die Verteilung von Ressourcen und vielfältige Formen von Diskriminierung und Extremismus auf allen Seiten des Spektrums sein.

Diese Schwächung wirkt sich auch auf die Integration von Neuankömmlingen aus, die am stärksten betroffen sind. Neuzuwanderer verlassen sich während ihrer Ansiedlung stärker als Einheimische oder etablierte Gruppen auf die bestehenden sozialen und durch Vereine geschaffenen Netzwerke, um ihren Mangel an Sozialkapital in dem Land auszugleichen.

Nachhaltige, sinnvolle interkulturelle Begegnungen helfen den ansässigen Bürgern zu verstehen, wie andere, ihnen ähnliche Menschen und solche mit anderem Hintergrund sich in einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft verändern. Sie verstehen sich gegenseitig besser und bringen sich mehr Vertrauen entgegen, wenn sie sich selbst als vollständiges Mitglied einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Identität und einem gemeinsamen Interesse am Wohlergehen aller erleben.

4.1 **Einrichtung und Durchführung einer Plattform: Überwindung von Hindernissen**

Politische Entscheidungsträger greifen oft auf den Dialog zurück, um die Bevölkerung in Bezug auf neue Themen und soziale Konflikte zu beschwichtigen. Diese Konflikte können symptomatisch sein für größere Probleme der Ungleichheit und der Benachteiligung in einer vielfältigen Gesellschaft (z. B. Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt, benachteiligte städtische Gebiete, Rassismus). Diese Spannungen werden letzten Endes eine geeignete integrationspolitische Reaktion erfordern, um die spezifischen Probleme zu lösen.

Eine Dialogplattform kann als Ausgangspunkt für die Ausarbeitung der geeigneten politischen Reaktion konzipiert werden. Sie kann ein erster Kontakt zur Überwindung von Missverständnissen und von Misstrauen sein. Sie setzt ein Gespräch über ein spezifisches Problem in Gang, da sie Bürgern Raum für einen offenen und respektvollen Meinungsaustausch gibt. Je nachdem, wo der Mangel an Verständnis und an Vertrauen liegt, kann dieser Austausch zwischen Zuwanderern, mit anderen Mitbürgern und mit der Regierung erfolgen. Die Beteiligten beginnen voneinander zu lernen. Sie bringen ihre unterschiedlichen Blickwinkel in ein gemeinsames Verständnis des Problems ein,

entwickeln ein Grundvertrauen und finden eine gemeinsame Grundlage, um an der Lösung zu arbeiten.

Eine Dialogplattform ist ein Raum für Bürger, in dem ein offener und respektvoller Meinungsaustausch zwischen Zuwanderern, Mitbürgern oder mit der Regierung in Gang gesetzt wird. Das Ziel der Beteiligten ist es, ein gemeinsames Verständnis und Vertrauen in Bezug auf ein bestimmtes Problem zu entwickeln und eine gemeinsame Grundlage zu finden, um an der Lösung zu arbeiten.



Geplante Ergebnisse und Wirkungen einer Dialogplattform

Erfolgreiche Dialogplattformen schaffen Arbeitsbeziehungen zwischen den Teilnehmern, woraus sich gemeinsame öffentliche Aktivitäten, Partnerschaften und neue dauerhafte Konsultationsmechanismen entwickeln. Diese Folgemaßnahmen geben neuen Raum für sinnvolle Begegnung, nunmehr mit einem breiteren Publikum. Mittelfristig erwachsen daraus neue und stärkere soziale und durch Organisationen entstehende Netzwerke und Beratungen mit staatlichen Stellen. Die Partner bilden eine neue Organisation oder arbeiten mit mehrheitlichen Organisationen in deren zentralen Tätigkeitsfeldern zusammen. Diese Zusammenarbeit kann in jedem Fall selbständig sein, ohne von der Unterstützung einer Dialogplattform abhängig zu sein.

Langfristig kann der durch eine Dialogplattform angestoßene Prozess die soziale Distanz verringern und das Sozialkapital sowie das Wohl aller Bürger stärken. Er kann dabei helfen, dass sich im Wohngebiet, in der Stadt und vielleicht auch auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene Identitäten annähern und wandeln. Politische und zivilgesellschaftliche Wortführer können diese bürgerschaftlichen Räume dazu nutzen, die Vielfalt in einen stärkeren, von einer breiteren Basis geteilten Sinn für Identität zu integrieren und eine integrativere Sprache zu entwickeln, um gemeinsame Probleme zu erörtern.

Migration kann innen- und außenpolitische Fragen zu den Werten aufwerfen, die einem zunehmend vielfältigen Europa gemein sind. Die EU reagiert darauf mit ihrem Wahlspruch „In Vielfalt geeint“, denn in der Präambel des EU-Vertrags heißt es: „in dem Wunsch, die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken“. Das Weißbuch des Europarates zum interkulturellen Dialog nimmt diese Idee auf und hält sie für genauso bedeutsam für die Integration von Zuwanderern wie auch für die europäische Integration: „Fehlt der Dialog, so bedeutet dies, dass die Erkenntnisse aus dem kulturellen und politischen Erbe Europas keine Berücksichtigung finden. Die europäische Geschichte war friedvoll und reich, wenn Entschlossenheit herrschte, mit den Nachbarn zu sprechen und über Grenzlínien miteinander zusammenzuarbeiten ... Nur der Dialog ermöglicht den Menschen ein Zusammenleben in Vielfalt geeint.“





Mehr Ideen und Beispiele für den interkulturellen Dialog und zur Praxis von Plattformen sind abrufbar unter:

Die Aktivitäten des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008:



www.interculturaldialogue2008.eu

„*The Rainbow Paper: Intercultural Dialogue: From Practice to Policy and Back*“ (Das Regenbogenpapier: Interkultureller Dialog – von der Praxis zur Politik und zurück) der Plattform für ein interkulturelles Europa:



<http://rainbowpaper.labforculture.org/signup/public/read>

„*White Paper on Intercultural Dialogue: Living Together as Equals in Dignity*“ (Weißbuch zum interkulturellen Dialog: Zusammenleben als Gleichrangige in Würde) des Europarates:



www.coe.int/t/dg4/intercultural/default_en.asp

Der rechtliche Rahmen zur Förderung des Dialogs

Eine Dialogplattform kann in einem besonderen Kontext angesiedelt sein: dem Arbeitsplatz, der Schule, im kulturellen Bereich, im öffentlichen Dienst, im religiösen Leben, in den Nachbarschaftsbeziehungen, auswärtigen Beziehungen usw. Jeder hat eigene Möglichkeiten zum Austausch von Meinungen und zur gemeinsamen Entscheidungsfindung. Entscheidungsträger sollten dafür sorgen, dass Bürger und Drittstaatsangehörige ähnliche Möglichkeiten zur Teilnahme in diesen Kontexten haben. Abhängig davon, wo eine politische Beteiligung möglich ist, gehören dazu das Recht zur Gründung von Vereinen, politischen Parteien oder arbeitsplatzbezogenen Vereinigungen, das Recht zum Erhalt finanzieller Unterstützung für den Ausbau von Kapazitäten, das Stimmrecht bei Wahlen oder die regelmäßige Konsultation seitens der Regierung.

Diese politischen Maßnahmen geben verschiedenen gewählten Vertretern und anderen Akteuren die Möglichkeit, hervorzutreten und sich dann an Plattformen zu beteiligen. Diese bürgerschaftliche Gemeinschaft kann auch als die Infrastruktur betrachtet werden, die Dialogplattformen in einer Gesellschaft ermöglicht.



Das tschechische Innenministerium hat 2006 eine weiter gefasste Auslegung des Gesetzes 83/1990 vorgenommen, womit nun jede natürliche Person – nicht mehr nur Staatsbürger – einen Verein gründen kann. Zuvor war dies Nichtstaatsbürgern nur dann möglich, wenn mindestens drei tschechische Staatsbürger beteiligt waren.

In Spanien urteilte das Verfassungsgericht in seiner Entscheidung Nr. 236/2007, dass bestimmte Grundrechte für alle Personen gelten, unabhängig von deren verwaltungsrechtlichem Status, dazu gehören das Recht auf Vereinigung, Versammlung, auf Kundgebungen und auf Bildung.

In Österreich sorgte das Gesetz zur Änderung des Arbeiterkammergesetzes und zur Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes von 2006 für eine Ausdehnung des Rechts der Wählbarkeit als Arbeitnehmersvertreter (als Gewerkschaftsmitglied, das die Arbeitnehmer in Verhandlungen mit der Geschäftsführung vertritt) und als Abgeordnete der Arbeiterkammer (einer Plattform, die alle privaten Arbeitnehmer vertritt) auf alle Beschäftigten aus Drittstaaten.

Die nationalen Programme des Europäischen Fonds zur Integration von Drittstaatsangehörigen können dazu genutzt werden, die Entwicklung nationaler, regionaler und lokaler Beratungsgremien und von Programmen für den Ausbau der Kapazitäten für Drittstaatsangehörige und ihrer Verbände zu finanzieren, damit deren Beteiligung am demokratischen Prozess möglich wird.

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/integration/funding_integration_en.htm



Eine nationale oder lokale Behörde, die sich offen zeigt für strukturelle, fortlaufende Konsultation und Vertrauen und Verständnis entwickelt hat, kann diese Fähigkeiten nutzen, um eine neue Dialogplattform zu moderieren und zunehmend heiklere Themen anzusprechen.

Mit der Beseitigung von Hindernissen, die rechtliche Rahmenbedingungen für die bürger-schaftliche Beteiligung von Zuwanderern darstellen, werden Möglichkeiten zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Beratungsgremien geschaffen, die später wichtige Teilnehmer von Dialogplattformen sein werden.



Der Rat für ethnische Minderheiten in Dänemark ist das nationale Beratungsgremium, das aus lokalen gewählten Integrationsräten besteht. Als eine TV-Recherche ergab, dass lokale Räte wenig Zufriedenheit bei ihren Mitgliedern und wenig Vertrauen von lokalen Politikern erfahren, nutzte der Rat seine bestehende Struktur, um fünf regionale Dialogplattformen einzurichten, die herausfinden sollten, wie der Dialog in Zukunft am besten geführt werden soll. Die Mitglieder der lokalen Räte agierten als Vermittler, die transethnische Netzwerke mobilisieren und Teilnehmer aus den Kommunen und den Medien mit einbeziehen konnten.

www.rem.dk





Das „Minderheden Forum“ ist eine unabhängige Dachorganisation von 15 Verbänden mit mehr als 1000 lokalen Zuwandererorganisationen in Flandern und in Brüssel. Aufgrund seiner Finanzierung und offiziellen Anerkennung durch die flämische Gemeinde kann das Forum extern an neuen Regierungsdialogen teilnehmen und die Tagesordnung beeinflussen. Intern veranstaltet es Arbeitsgruppen und Plattformen für seine Mitglieder. Die Regierung hat einen „direkten Draht“ zu verschiedenen Minderheitengruppen, ohne jedoch dabei Gefahr zu laufen, eine davon „willkürlich als Wortführer“ auszuwählen. Mitglieder können sich über das Forum zu Wort melden und dessen Strukturen nutzen, um die Kapazitäten ihrer Organisation auszubauen.



www.minderhedenforum.be

Schwerpunktsetzung auf spezifische Probleme entsprechend den Belangen einer Gemeinschaft

Plattformen sollten vermeiden, ein breites Spektrum des gesamten Integrationsgedankens abdecken zu wollen, und sich stattdessen für einen Schwerpunkt entscheiden, der spezifische Belange wie beispielsweise Gesundheit, Beschäftigung, Bildung, Bedrohung usw. behandelt. Eine auf den Belangen aufbauende Plattform konzentriert sich auf die Probleme, die in einem bestimmten Bereich – für Zuwanderer und für Einheimische – am dringlichsten sind. Mit einer weiteren Schwerpunktsetzung auf Belangen und Themen als gemeinsame Nenner können teilweise überflüssige Unterscheidungen, die etwa aufgrund unterschiedlicher Gemeinschaften getroffen wurden, vermieden werden. Entscheidend für den Erfolg einer bedarfsorientierten Plattform zu einem spezifischen Integrationsthema ist das Eingehen auf die Mehrheitsgesellschaft und die Zuwanderergemeinschaften. Dieses Eingehen findet nicht nur in der Entwurfsphase statt, sondern zieht sich durch die gesamte Umsetzung. Hierzu ist ein beträchtlicher und bestimmter Zeitraum für Informationsgespräche, Reaktionen und Rückmeldungen erforderlich.



Ob Bedarf an einer Plattform besteht, wird durch die Befragung der betroffenen Gemeinschaft ermittelt, um so deren dringlichste Probleme kennenzulernen, ob sie etwa der Meinung ist, dass andere ihr Problem kennen und ob sie anderen so weit vertraut, dass sie mit ihnen gemeinsam an einer Lösung arbeiten kann.



Das Flüchtlings- und Migrantenforum Manchester versucht die Kompetenzen von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu stärken, damit diese ihre speziellen Belange und Wünsche formulieren und in die Entscheidungsfindung auf lokaler und nationaler Ebene einfließen lassen können. Es verstärkt den Respekt und die Zusammenarbeit unter den Flüchtlingen und Zuwanderern in Manchester und sorgt für einen Raum, in dem Fähigkeiten, Informationen und Ressourcen geteilt werden können. Das Forum wurde 2006 eingerichtet auf der Grundlage der Flüchtlingscharta für Manchester, einer Erklärung der Rechte und

Pflichten, die von Flüchtlingen und Asylsuchenden verfasst und von 100 Politikern und anderen Meinungsführern in Manchester, darunter auch dem Stadtrat, unterstützt wurde.

www.mrsn.org.uk/forum



Ein Beratungs- und Informationsprozess vor Einrichtung einer Plattform macht deutlich, welche Themen hauptsächlich zu den Meinungsunterschieden und dem Argwohn führen, die die Zusammenarbeit der Gemeinschaft vereiteln. Dazu gehören Kontakt und Information über transethnische Netzwerke, Aufgaben für unabhängige Vermittler und der Anschluss an neue Technologien, um den weiteren Dialog außerhalb der Plattform zu unterstützen.

Das Rahmenprogramm „Neue Nachbarn“ ist eine kommunale Plattform in Barcelona für Dienstleister, Behörden und Nichtregierungsorganisationen, die sich in der Familienzusammenführung engagieren. In der Planungsphase wurden die spezifischen Belange ermittelt und der Schwerpunkt der Plattform auf eine telefonische Erhebung mit aktuellen Antragstellern auf Familienzusammenführung, auf Fokusgruppen mit ehemaligen Antragstellern und ihre Familien und auf Treffen mit den Aufnahmebüros von Schulen zu den Schwierigkeiten, die im Bildungssystem begründet sind, ausgerichtet.

Das INTI-Projekt „Integrationsaustausch“ von „Quartiers en Crise“ – Europäisches Netzwerk für Regenerationsgebiete richtete acht lokale Aktionsgruppen mit lokalen Interessenvertretern ein sowie mehrsprachige Onlineplattformen, um lokale und regionale Fachkompetenz für transnationale Peer Reviews zur lokalen Umsetzung und Sensibilisierung der Gemeinsamen Grundprinzipien zu bündeln. Das Lernen voneinander und der Austausch innerhalb der Gruppen führt zum Ausbau von Kapazitäten und von Arbeitsbeziehungen zwischen den beteiligten Behörden, in der Gemeinschaft verankerten Organisationen, lokalen Antidiskriminierungsorganisationen, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Forschern.

www.qec-eran.org



Belange müssen leicht verständlich erläutert werden, um breitere Unterstützung von allen Seiten sammeln zu können. Ein gemeinsamer Nenner ist leichter zu finden, wenn die Themen in den Rahmen der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung verschiedener Minderheiten, der Verbesserung von Arbeitsbedingungen oder der Beziehungen zwischen Eltern und Lehrern gestellt werden. Die Belange müssen auch angepasst werden, um den sich wandelnden Umständen vor Ort Rechnung zu tragen und bestehende politische Denkweisen aufzubrechen.

Wurde erst einmal ein Schwerpunkt der Plattform beschlossen, werden sich seine Teilnehmer leichter tun, einen gemeinsamen Nenner zu finden, wenn das Problem aus integrativer Perspektive formuliert wurde, die für alle Bürger gilt.





Zur Frage, wer Mitglied einer Dialogplattform sein soll, können Organisatoren entweder den demokratischen Ansatz mit der Wahl von „Vertretern“ wählen oder aber einen fachlichen Ansatz mit der Auswahl von „Teilnehmern“. Die Schwierigkeit liegt in der Wahl der Methode, die sich für das betreffende Thema eignet und aus der Sicht der betroffenen Parteien glaubwürdig ist sowie die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Behörden, Staatsbürgern und Nichtstaatsbürgern mit begrenzten politischen Möglichkeiten – insbesondere Neuzuwanderer – berücksichtigt.

Eine Dialogplattform kann in einem demokratischen Verfahren repräsentativ gestaltet werden. Dieses Verfahren wenden auch die offiziellen Beratungsgremien an. Die Beratungsgremien in Ländern wie Österreich, Dänemark, Deutschland, Luxemburg, Portugal und Schweden, die dieser Empfehlung folgen, können für sich in Anspruch nehmen, dass ihre Mitglieder Vertreter der Bevölkerung von Drittstaatsangehörigen in all ihrer Vielfalt sind.



Nach Artikel 5.2 des Übereinkommens über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben des Europarates aus dem Jahr 1992 sollen Beratungsgremien dafür sorgen, „dass die Vertreter ansässiger Ausländer ... von den ansässigen Ausländern im Gebiet der kommunalen Gebietskörperschaft gewählt oder von einzelnen Vereinigungen ansässiger Ausländer ernannt werden können“.



<http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Html/144.htm>

Die meisten Dialogplattformen mit Zuwanderern in Europa wählen einen eher fachlichen Ansatz. Die Organisatoren haben das Ziel, mit der Plattform die wichtigsten und effektivsten Teilnehmer einzubeziehen. Die Wichtigkeit wird durch die Fachkompetenz des Teilnehmers in Bezug auf das erörterte Thema bestimmt, seine generelle Aufgeschlossenheit gegenüber dem Dialog und den Grad seiner Vernetzung. Die Effektivität wird durch seine Fähigkeit bestimmt, als möglicher Akteur der Veränderung aufzutreten. Bei diesem Ansatz lautet die richtige Frage nicht, ob die entstehende Plattform repräsentativ sein wird, sondern ob sie die wichtigsten und effektivsten Personen und Organisationen einbeziehen kann.

Ein Forum kann auch aus einer gemischten Mitgliederschaft bestehen. Direkt gewählte Vertreter bringen die Stimme ihrer Wählerbasis ein und übernehmen die Führung im Dialog und bei der Entscheidungsfindung; andere Teilnehmer, Ad-hoc-Mitglieder bringen ihre Fachkompetenz ein und ihre Fähigkeit, Folgemaßnahmen anzustoßen.



Mitglieder einer Plattform sind „Vertreter“, wenn sie frei gewählt wurden, und „Teilnehmer“, wenn sie aufgrund ihres Vernetzungsgrades und ihrer Effektivität in Bezug auf das betreffende Problem ausgewählt wurden. Organisatoren müssen abschätzen, ob ein demokratischer oder fachlicher Ansatz für ihre Plattform erforderlich ist, wenn diese in der Sicht der Gemeinschaft als glaubwürdiger bürgerschaftlicher Raum erscheinen soll.

Die Teilnahme Kriterien sollten objektiv und transparent sein sowie einheitlich für alle interessierten Teilnehmer gelten. Die Grundsätze des Dialogs machen eine freiwillige, also nicht erzwungene Teilnahme erforderlich. Besondere Ernennungen oder eine Einmischung seitens der Organisatoren (insbesondere wenn es sich um Behörden handelt) können die Glaubwürdigkeit und Effektivität der Plattform aushöhlen, da ihre Ergebnisse als voreingenommen oder zu Gunsten bestimmter Interessen manipuliert empfunden werden.

Es kann sinnvoll sein, die Plattform offen zu lassen und auf Zulassungskriterien sowie ein Auswahlverfahren zu verzichten. Viele Plattformen sind auf sehr spezifische Räume und Sektoren (z. B. Krankenhausverwaltung in einer bestimmten Stadt) oder Zeiträume (z. B. fallweise, kurzfristig, ad hoc) begrenzt. Die wichtigsten Teilnehmer werden ihre eigene Auswahl treffen auf der Grundlage der Reichweite und der Ziele der Plattform.

Die Nichtregierungsplattform zur Asyl- und Migrationspolitik der EU steht allen Nichtregierungsorganisationen mit Sitz in Brüssel offen, ihr Netzwerk ist in der Debatte zu den Entwicklungen der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik innerhalb der EU aktiv. Sie wurde auf die Initiative des UNHCR, von Amnesty International und der Kommission der Kirchen für Zuwanderer in Europa gegründet und fungiert als offener, informeller und politisch neutraler Raum für den Austausch von Informationen zu verschiedenen Kompetenzbereichen sowie als Koordinierungsstelle für Strategien der Interessenvertretung und der Arbeit mit nationalen Mitgliedsorganisation mit Schwerpunkt Flüchtlings-, Asylbewerber- oder Migrantengemeinschaften oder in den Herkunftsländern.

www.caritas-europa.org/module/FileLib/NGOPlatformfactsheetlayout.pdf

Das Diaspora Forum für Entwicklung (DFD) in den Niederlanden vereinigt 21 nationale Diasporaorganisationen, in denen Zuwanderer und Flüchtlinge aus 16 Herkunftsländern versammelt sind. Es dient als koordinierendes Organ zur Erweiterung der Wählerbasis dieser Organisationen, zum Aufbau strategischer horizontaler Allianzen und zur Stärkung ihres Stimmgewichts bei der politischen Entscheidungsfindung in den Bereichen Migration und Entwicklung. Die Beteiligung von Wortführern der Zuwanderer wurde als bedeutsam erachtet, da sie über die Fähigkeit verfügen, praktische Erfahrungen in Modelle für politische Instrumente umzusetzen. Die Treffen wurden mit dem Ziel gestaltet, unbefangene Diskussionen zwischen Menschen unterschiedlichen Hintergrunds zu fördern.

www.basug.nl/activities/DiasporaForumforDevelopment.pdf

Viele Plattformen setzen für die Zusammensetzung Zulassungskriterien fest. Meist wollen sie ein Gleichgewicht zwischen Gruppen von Zuwanderern und Gruppen aus der Mehrheitsgesellschaft erreichen. Andere gehen weiter und setzen auf die Perspektivenvielfalt bei Zuwanderern selbst und bei Gruppen der Mehrheitsgesellschaft. In Ländern mit entsprechenden rechtlichen Vorschriften oder einer starken Kultur der Geschlechtergleichheit





bei der politischen Entscheidungsfindung wird häufig auch die Gleichheit der Geschlechter postuliert. Alter ist ein wichtiger Faktor bei der Aufnahmegesellschaft, wenn eine Vielfalt von Ansichten berücksichtigt werden soll. Zuwanderer betrachten möglicherweise die Generation (erste, zweite oder dritte) als wichtiges Kriterium. Je nach Thema können Organisatoren ein Gleichgewicht religiöser, kultureller oder ethnischer Organisationen anstreben. Damit wird sichergestellt, dass neuere, kleinere oder stärker zersplitterte Gruppen nicht „durch das Raster fallen“.



Seit 1997 hat die Nationale Dialogstruktur für ethnische Minderheiten eine solide rechtliche und finanzielle Grundlage für Beratung und Information mit ethnischen Minderheiten für die niederländische Regierung bereitgestellt, die bestehende demokratische Prinzipien ergänzt. Jeglicher Disput zwischen Teilnehmern des Dialogs und der Regierung wird vom niederländischen Parlament beigelegt. Eines der formalen Ziele der Struktur ist es, ein Mittel zur Kanalisierung in Zeiten sozialer Spannungen darzustellen. Das Gesetz legt die Kriterien der Finanzierung und der Teilnahme fest. Minderheitenorganisationen müssen eine nationale Reichweite haben, Frauen und die zweite Generation in Führungspositionen einschließen und über ein Führungsgremium verfügen, das Kompetenzen und Fachwissen in verschiedenen wichtigen Politikfeldern, wie etwa dem Wohnungsbau, dem Arbeitsmarkt und der Bildung aufweist. Der repräsentative Charakter von Minderheitenorganisationen wurde 2004 und 2005 für jedes einzelne der Kriterien bewertet, was zum Ausschluss einer diesen Kriterien nicht entsprechenden Organisation führte.



www.minderheden.org/lom.html

Die nationalen Programme des Europäischen Integrationsfonds können dazu genutzt werden, die bürgerschaftliche Beteiligung besonders schwer zugänglicher oder traditionell ausgeschlossener Gruppen zu verbessern, etwa von Personen, die für Zulassungsprogramme ausgewählt wurden, Kindern, Frauen, älteren Menschen, Analphabeten oder Behinderten.



http://ec.europa.eu/justice_home/funding/integration/funding_integration_en.htm

Diese verschiedenen Kriterien bedeuten, dass eine Plattform die internen Widersprüche und Konflikte innerhalb der Gruppen der Zuwanderer und der Aufnahmegesellschaft nicht außer Acht lässt. Diese Gemeinschaften erhalten so Gelegenheiten, sich zu begegnen und sich stärker zu vernetzen und zusammenzuarbeiten.



Sektorenspezifische, kurzfristige Plattformen können eine offene, differenzierte Mitgliederschaft haben. Andere können Zulassungskriterien einführen, die sich an Belangen, Wirksamkeit und einer ausgewogenen Zusammensetzung orientieren. Ziel der Kriterien ist es, Interessenvertreter mit der größtmöglichen Fachkompetenz und dem größten Wirkungsgrad auf die verschiedenen Teile der Gemeinschaft einzubeziehen.

Regeln der Mitwirkung: Gleichheit und gegenseitiger Respekt unter Teilnehmern

Alle Teilnehmer müssen den Grundsätzen der Gleichheit und des Respekts zustimmen und sich den allgemeinen Menschenrechten und den gesetzlichen Vorschriften verpflichten. Keiner der Teilnehmer, gleich ob aus der Aufnahmegesellschaft, ob Zuwanderer oder Behörde, kann für sich beanspruchen, alleiniger Träger oder Hüter dieser Grundwerte zu sein. Diese Verpflichtung wird durch die Offenheit ausgedrückt, mit der sich Teilnehmer aufeinander einlassen.

In der Praxis bedeutet der Grundsatz der Gleichbehandlung, dass alle Teilnehmer an dem Programm der Plattform mitwirken und sich auf gleicher Augenhöhe beteiligen können. Teilnehmer können nicht darauf hoffen, den Dialog zu beherrschen oder als Gewinner hervorzugehen wie in einer Debatte, da das Ziel der Aufbau grundlegenden gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens ist, die die Bildung von Koalitionen und die praktische Zusammenarbeit ermöglichen.

Ein Prozess, der die Gleichbehandlung der Teilnehmer respektiert, muss sich mit den Ungleichheiten befassen, die Partnerschaften aus staatlichen und privaten Einrichtungen und aus Nichtregierungsorganisationen sowie der Machtdynamik von Mehrheiten und Minderheiten innewohnen. Die Nichtregierungsorganisationen der Aufnahmegesellschaft können amtliche Funktionen erfüllen und besseren Zugang zu Mitteln haben, wodurch sie eine größere Kapazität zur Beteiligung haben als kleinere Nichtregierungsorganisationen von Zuwanderern. Der Zugang zu Mitteln und zu religiöser und kultureller Anerkennung kann zu der Spannung führen, für die der Dialog eine Lösung zu finden hofft. Ohne mögliche Machtungleichgewichte anzugehen, können Dialogplattformen zu einem Symptom des Problems werden, das sie eigentlich lösen wollen. Teilnehmer können ein Verständnis für diese Dynamik beweisen, indem sie Maßnahmen erwägen, die Vertretern von Zuwanderern gleichermaßen hilfreiche und geschätzte Beiträge ermöglichen.

„Initiative Minderheiten“, auch als „Plattform für Minderheiten in Österreich“ bekannt, befürwortet die Gleichbehandlung und gleiche Rechte für Minderheiten, die definiert werden als Menschen, die aufgrund ethnischer, gesellschaftlicher oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Behinderung Diskriminierung erfahren. Die Definition beruht nicht auf der Größe einer Gruppe, sondern auf ihrem mangelnden Vermögen, ihre Lebensweise fair und gleichberechtigt zu leben. Ziel dieser Nichtregierungsorganisation ist der Aufbau von Bündnissen zwischen Verbänden, Organisationen und Einzelpersonen aus diesen unterschiedlichen Gruppen, um spezifische sozialpolitische Forderungen zu unterstützen.

www.initiative.minderheiten.at





Finanzierung: ein partnerschaftlicher Ansatz für Gleichheit und Respekt

Da viele Nichtregierungsorganisationen und Zuwanderervereinigungen von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragen werden und mit schwer zugänglichen, vielfältigen Gemeinschaften arbeiten, können Plattformen die Idee einer „Partnerschaft“ erwägen, um das Problem wichtiger operativer Hürden wie der Finanzierung zu lösen. Partnerschaften eignen sich unter Umständen besser für die Zivilgesellschaft und für Minderheitenorganisationen, da diese mit unterschiedlichen Modellen der Beteiligung arbeiten und finanziell ganz anders ausgestattet sind als staatliche Akteure, Sozialpartner und andere gut etablierte Interessenvertreter. Die Entscheidungsfindung bezüglich der Mittelzuweisung beeinträchtigt den Dialogprozess nicht, wenn sie dezentralisiert, faktenbasiert und vollständig transparent ist. So können Organisationen die technischen Mittel zur Teilnahme als Dialogpartner erhalten, ohne ihre grundlegende Aufgabe als demokratische Vertreter ihrer Vertretungsbasis oder ihrer Mitglieder aufs Spiel zu setzen.



Nach dem partnerschaftlichen Ansatz unterstützen die Organisatoren mit finanziellen Mitteln die Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen und ehrenamtlichen Organisationen im Austausch mit deren Fachkompetenz und Kontakten.



Das Amt für Technische Unterstützung für Zuwandererorganisationen (GATAI) in Portugal arbeitet mit dem Beratungsgremium für Migrantenangelegenheiten zusammen, um Entscheidungen über die Anerkennung von Zuwandererorganisationen zu treffen und einem Netzwerk unterschiedlicher Zuwanderergemeinden technische Unterstützung zu gewähren. Das basiert auf dem Prinzip, dass Organisationen mit dem Status der Zuwandererorganisation als rechtmäßige Vertreter am besten als Partner für kulturelle Aktivitäten geeignet sind. GATAI stellt Räume, Einrichtungen und Fachkompetenz zur Verfügung, beteiligt sich an Projekten, beurteilt und überwacht sie und veranstaltet regelmäßige Treffen mit Zuwandererorganisationen. Zwischen Juli 2002 und Februar 2005 wurden 88 Anträge auf finanzielle Förderung bis zur Höhe von etwa 962 000 EUR genehmigt.



www.acidi.gov.pt/modules.php?name=News&file=article&sid=2674

CAISA ist ein internationales Kulturzentrum, das 1996 gegründet wurde und vom Kulturamt der Stadt Helsinki unterstützt wird. Es fördert kulturelle Aktivitäten ethnischer Gruppen in der Stadt als eine Möglichkeit, die Begegnung zwischen Zuwanderern und der übrigen Bevölkerung Helsinkis zu fördern. Eine kürzlich erfolgte Auswertung kam zu dem Schluss, dass Zuwanderervereinigungen von der finanziellen und sachlichen Unterstützung stark profitieren, da sie keine ausreichenden Mittel aufreiben konnten, um ihre Aktivitäten zu organisieren und sich damit an ein finnisches Publikum zu richten.



www.caisa.fi

Das Haus nationaler Minderheiten in Prag stellt zivilgesellschaftlichen Organisationen von Zuwanderern Büroräume und finanzielle Zuschüsse zur Verfügung. Das Haus dient als Kontaktstelle für die Zusammenarbeit und für Treffen nationaler Minderheiten mit interessierten Vertretern der Öffentlichkeit.

www.dnm-praha.cz



Aufbau von Grundwissen und -kompetenzen

Schulungen und Unterweisungen können dazu eingesetzt werden, allen Partnern die Spielregeln nahezubringen, ihnen grundlegendes Wissen und interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln und Werkzeug in Form von Fähigkeiten und Strategien an die Hand zu geben. Schulungen in Mitarbeiterführung und Vermittlungskompetenzen können ebenfalls die Fähigkeit des Organisationsleiters, eine Dialogplattform zu leiten, verbessern. Dialogplattformen können so Bestandteil der Strategie interkulturellen Lernens von Organisationen werden.

Die Plattform „Generation“ in Amadora nahe Lissabon in Portugal verfolgte das Ziel, ein besseres Verständnis für die Dynamik zu erreichen, die hinter den Empfindungen sozialer Ausgrenzung, dem Fernbleiben vom Unterricht und dem Schulabbruch bei jugendlichen Zuwanderern in diesem benachteiligten städtischen Wohngebiet stehen. Die Bezirksregierung, ehrenamtliche Organisationen, staatliche Schulen und ein örtlicher Kirchengemeinderat veranstalteten einen Kongress und Workshops mit Jugendlichen. Fünf junge Bewohner wurden als Vermittler geschult, die eine Verbindung zwischen den Wohnvierteln und anderen Gemeinschaften herstellen sollten.

www.eukn.org/binaries/portugal/bulk/practice/2008/3/generation.pdf

Der Europäische Gewerkschaftsbund (ETUC) liefert seinen Mitgliedern einen Forschungsbericht und einen Aktionsplan zu Tarifverhandlungen, die Belange von Arbeitern mit Migrationshintergrund oder aus ethnischen Minderheiten berühren, der als Werkzeug für einen Dialog zu Integration am Arbeitsplatz eingesetzt werden kann. Diese Papiere stellen die wichtigsten Punkte vor, die Strategien zu Tarifverhandlungen beinhalten sollten, und heben die verschiedenen Erfolge nationaler Verbände oder Mitgliederorganisationen hervor.

www.etuc.org/r/113

Die „Association Migration Solidarité et Échanges pour le Développement“ (Verband für Migration, Solidarität und Austausch für Entwicklung – AMSEAD) in Straßburg, Frankreich, veranstaltete einen zweiwöchigen Austausch mit dem Titel „Eine Begegnung von Kulturen“ für 36 Jugendliche aus drei europäischen Zuwanderungsländern (Deutschland,





Schweden und Frankreich) und drei Herkunftsländern im Mittelmeerraum (Türkei, Libanon, Algerien). Halbtagsseminare, Kulturworkshops und Besuche widmeten sich den Themen Migration und Ungleichheiten zwischen Nord und Süd, Identität und kultureller Vielfalt bei Minderheiten, der Rolle der Religion bei der Integration und der Frage, wie Europa mit den Rechten von Zuwanderern umgehen soll.



<http://amsed.fr/echanges.php>

Ein praktischer Ansatz

Der Beschluss, eine Plattform einzurichten und durchzuführen (d. h. bezüglich Struktur, Ort und Zeitplan) kann praktisch ansetzen nach dem Grundsatz aktiver Einbeziehung. Dieser Ansatz umfasst kreative und flexible Lösungen, wie etwa Beratung für Arbeitnehmer am Abend, Kinderbetreuung für Eltern und Ersatz von Fahrtkosten für Bedürftige. Da das tatsächliche Niveau der Sprachbeherrschung der Menschen in der Praxis geringer sein kann, als von ihnen angegeben, kann die Verfügbarkeit von Dolmetschern dafür sorgen, dass die Sprachbeherrschung kein Hindernis für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses über den Dialog darstellt. Programme und Pläne sollten schließlich Raum lassen für neue Themen, die unvermeidlich auftauchen werden, wenn Partner zusammenkommen und der Prozess im Gang ist.



Wenn Entscheidungen darüber, wie eine Plattform umgesetzt wird (Aufbau, Ort, Zeitplan, Auslegung), auf dem Grundsatz aktiver Einbeziehung beruhen, ist jeder kleine praktische Schritt ein Beitrag zu einer Kultur offenen und respektvollen Dialogs.



Ein vorrangiges Ziel der nationalen interkulturellen Gesundheitsstrategie des irischen Gesundheitsministeriums ist die Einführung einer Überwachung ethnischer Gleichheit. Damit die Planung und Evaluierung stärker auf dem Bedarf und auf den Fakten aufbaut, müssen die gesundheitlichen Belange und Ergebnisse der Nutzer von Leistungen mit unterschiedlichem Hintergrund bekannt sein. Der Konsultationsprozess dieser Strategie stützte sich auf zahlreiche flexible und kreative Antworten, um „schwer zugängliche“ Gruppen, wie Arbeiter mit Migrationshintergrund, Zuwanderer ohne Papiere und Frauen aus konservativem Umfeld, die sich in öffentlichen Versammlungen nicht wohlfühlen, aktiv einzubeziehen. Die Koordinatoren veranstalteten Beratungen am Abend, nutzten verschiedene Arten der Veranstaltung von großen Workshops und Erhebungen zu kleinen Fokusgruppen und Einzelinterviews, gewährten Unterstützung für Fahrtkosten und Kinderbetreuung und sorgten dafür, dass bei Bedarf Dolmetscher zur Verfügung standen.



www.lenus.ie/hse/bitstream/10147/45775/1/9101.pdf

Kohärenz über Sektoren und Ebenen der Regierungsführung hinweg sicherstellen

In ganz Europa sind Dialogplattformen planlos und ungleichmäßig in vielen verschiedenen Sektoren entstanden. Beratende Gremien des Staates oder Leitlinien für Tarifverhandlungen zu Integrationsthemen gab es in Nordwesteuropa seit der Nachkriegszeit, nationale interreligiöse Dialoge sind dagegen eine jüngere Erscheinung. Zahlreiche Projekte im Kultur- und Bildungsbereich sind in den vergangenen zehn Jahren und verstärkt während des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 entstanden.

Dialogplattformen widmen sich Themen, die sich unter Umständen überschneiden, beispielsweise dem Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildung. Die Übernahme der Aufgabe des Organisators einer Plattform verpflichtet eine staatliche Behörde dazu, die Kohärenz von Politik und Dialog sicherzustellen.

„Equalities Partnerships“ (Partnerschaften für Gleichheit) im Vereinigten Königreich führen lokale Gremien und wichtige öffentliche Einrichtungen, wie die Polizei, Träger der Primärversorgung und ehrenamtliche Dienste zusammen, um ihre Arbeit zu Gleichheit und Vielfalt bei der Leistungserbringung in der Gemeinschaft zu erörtern und zu koordinieren. Ein Beispiel dafür ist „Sefton Equalities Partnership“.

www.sbp.sefton.gov.uk/Default.aspx?page=357



Dialog und Maßnahmen – von kurzfristig hin zu fortdauernd

Die Einrichtung einer Plattform weckt die Erwartung bei der Öffentlichkeit und den Interessenvertretern, dass die bestehenden Themen erfolgreich in Angriff genommen werden. Die Planung der Ergebnisse erfordert daher besondere Aufmerksamkeit. Die Organisatoren werden einen großen Teil ihrer Zeit darauf verwenden, den Schwerpunkt der Plattform beizubehalten und die vielfältigen Interessen ihrer Teilnehmer zu steuern. Sie sollten nicht auf die Gelegenheit verzichten, Interessengruppen an einem Tisch zu versammeln, die über die Kompetenz zur Erreichung der Ziele der Plattform verfügen. Andernfalls enden Plattformen als „Fachsimpelei“. Das kann zu Beratungsmüdigkeit führen, Interessenvertreter verlieren das Interesse daran, an der nächsten Plattform teilzunehmen, wenn nichts von dem verwirklicht wird, was bei der vorherigen Plattform besprochen wurde.

Von Dialogplattformen können keine raschen Lösungen erwartet werden. Um den Dialog in Aktionen zu überführen, darf jeder Teilnehmer von Anfang an die Plattform nicht als eine einmalige Veranstaltung sehen, sondern als einen Prozess, zu dem er einen entscheidenden Beitrag leisten kann. Insbesondere die Organisatoren selbst stehen in der Pflicht, Folgemaßnahmen zu ergreifen, besonders wenn es sich beim Veranstalter der Plattform um eine staatliche Stelle handelt.



Je nach dem Grad des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens, den die Teilnehmer erreicht haben, können von einer Plattform unterschiedliche Ergebnisse und Auswirkungen auf die Teilnehmer und die Gemeinschaft erwartet werden.

So nimmt der Dialog beispielsweise die Gestalt eines wechselseitigen Informationsaustauschs an. Die Teilnehmer erklären ihr Verständnis von und ihre Positionen zu einer bestimmten Situation. Die Tatsache, dass sich unterschiedliche Parteien zu einem offenen und respektvollen Meinungs austausch zusammengesetzt haben, kann auch eine beruhigende Wirkung auf die Öffentlichkeit haben, wenngleich diese symbolisch und vorübergehend ist.

Die Teilnehmer gehen aus dem Dialog mit einem neuentdeckten Feingefühl für unterschiedliche Meinungen hervor. Als Zeichen des Vertrauens bringen sie diese Unterschiede rhetorisch in Einklang. Diese leichten Verschiebungen wirken sich letztendlich darauf aus, wie die Menschen über das Thema denken und sprechen. In diesem Fall nähern sich die Teilnehmer einander an in Form eines öffentlichen Diskurses, der weniger radikal und stärker integrativ ist.

Einen Schritt weiter gedacht, einigen sich die Teilnehmer auf ein gemeinsames, komplexeres Verständnis der Thematik und erkennen eine gemeinsame Basis sowie Vorteile der Vielfalt. Partner schließen mit dem Ausdruck gegenseitigen Vertrauens und offenen Aufrufen zu gesellschaftlichem Handeln, das eine Weiterführung durch andere Akteure in der Öffentlichkeit und in der Zivilgesellschaft anregen soll. Diese Ergebnisse könnten sich signifikant auf die Denk- und Sprechweisen von Menschen auswirken. Die Aufforderungen können zu kurzfristigen Aktionen der Gemeinschaft führen, die zumindest zeitweise die sozialen und durch Vereinigungen geschaffenen Netzwerke stärken.



Die „Deutsche Islamkonferenz“ (DIK) stellt den fortlaufenden Dialogprozess des Innenministeriums mit den in Deutschland ansässigen Muslimen zu Themen wie Integration, Extremismus und den Grundsätzen der Sozial- und Religionspolitik dar. Als Ergebnis der Plenarsitzungen von 2007/2008 vereinbarten die 15 Vertreter der unterschiedlichen Ebenen der föderalen Ordnung und die 15 Vertreter der deutschen muslimischen Gemeinschaften eine vorläufige Zusammenfassung der Ergebnisse, zu denen die vier DIK-Arbeitsgruppen gekommen sind. Es wird ein gemeinsames Verständnis der Integration definiert, Forschung wird finanziert, um eine bessere empirische Datenbasis zur Situation muslimischen Lebens in Deutschland zu gewinnen, Möglichkeiten werden beschrieben, wie die Einführung muslimischen Religionsunterrichts in staatlichen Schulen beschleunigt werden kann, die Bewusstseinsbildung in den Medien wird gestärkt und eine Clearingstelle für die weitere Zusammenarbeit wird eingerichtet. Eine neue Webseite soll die Beratungen und Empfehlungen transparent machen, die Akzeptanz des Dialogs durch mehr Chancen der Beteiligung fördern und die deutschen Debatten zu muslimischen religiösen Praktiken versachlichen.



www.deutsche-islam-konferenz.de

Im Verlauf des Dialogs kommen Teilnehmer auch zu konkreten Vorstellungen für Folgemaßnahmen.

Sie können beschließen, den Dialog nachhaltig zu gestalten, indem sie aus der Plattform eine feste Einrichtung machen. Ist der Veranstalter eine staatliche Stelle, kann die Plattform in die Beratungsinfrastruktur der jeweiligen Abteilungen der öffentlichen Verwaltung eingegliedert werden. Die Ergebnisse dieser institutionellen Veränderung beinhalten stärkere Netzwerke durch Vereinigungen und eine gemeinsame Entschlossenheit unter den Organisationen, die zum selben Thema arbeiten.

Der „Runde Tisch der Muslime“ und der Muslimrat wurden eingerichtet, um Kontakte zwischen den Vertretern muslimischer Organisationen und dem Büro des Bürgermeisters der Stadt München herzustellen. Die Plattformen wurden zu etablierten Netzwerken, die zu der Annahme eines Vorschlags zu islamischen Bestattungen durch den Stadtrat und zur Einführung von islamischem Religionsunterricht in enger Zusammenarbeit mit Münchner Schulen und dem Runden Tisch führten.

www.muenchen.de/interkult

Der nationale Beratungsausschuss zu Rassismus und Interkulturalität (NCCRI) Irlands trat als Plattform für den interkulturellen Dialog auf mit dem Ziel, einen Konsens zu erreichen und die Politikgestaltung zwischen 1997 und 2008 zu beeinflussen, bis er schließlich in die Regierungsarbeit eingegliedert wurde.

www.nccri.ie

Teilnehmer können ebenfalls beschließen, neue Plattformen zu anderen Problembereichen einzurichten. Die Mitgliedschaft kann erneuert und angepasst werden, während die Rolle des Veranstalters wechselt. Das Ergebnis besteht darin, dass die Teilnehmer aus dem gegenseitigen Verständnis und Vertrauen Nutzen in einem Bereich ziehen, um einen anderen Problemkreis anzugehen mit der Hoffnung auf einen positiven Ausstrahlungseffekt.

Teilnehmer verpflichten sich kurzfristig in jedem ihrer Arbeitsprogramme zur Veranstaltung gemeinsamer Aktivitäten. Diese öffentlichen Aktionen nutzen das neuentdeckte gegenseitige Verständnis und das Vertrauen der Teilnehmer als Ausgangspunkt, um mehr Verständnis und Vertrauen in ihrer Vertretungsbasis und in der Allgemeinheit zu gewinnen. Ergebnisse sind zeitweise stärkere soziale und aus Vereinigungen entstehende Netzwerke. Mechanismen zur Koordinierung und Verstärkung werden eingeführt, um die kollektive Umsetzung von Aktivitäten in einem gegebenen zeitlichen Rahmen und auf strukturierte Art und Weise sicherzustellen.





Um nach dem ersten Integrationsgipfel in Deutschland im Juli 2006 den Dialog in eine Maßnahme zu überführen, definierte der „Nationale Integrationsplan“ klare Ziele sowie mehr als 400 Maßnahmen und freiwillige Verpflichtungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen der Regierungsführung. Ein erster Fortschrittsbericht wurde im November 2008 vorgelegt.



www.bundesregierung.de/nn_6516/Content/EN/StatischeSeiten/Schwerpunkte/Integration/kasten1-der-nationale-integrationsplan.html

Organisatoren sollten zu enge Vorgaben vermeiden, wenn über mögliche Maßnahmen diskutiert wird. Plattformen werden mehr Zustimmung für Folgemaßnahmen erwirken, wenn diese aus ihren eigenen Ideen hervorgehen. Ein kritischer Dialog beinhaltet auch das Recht zu protestieren, Eingaben zu machen, zu verteidigen und unterschiedliche Interessen zu vertreten. Teilnehmer und die Öffentlichkeit erwarten auch von der Regierung, dass ihre Reaktionen von dieser in ihre zukünftigen Arbeitspläne eingearbeitet werden.



Das Aktionsprogramm zur Stärkung des sozialräumlichen Zusammenhalts des Landes Berlin hatte 2007 0,5 Mio. EUR und 2008/2009 1 Mio. EUR für „Tandemprojekte“ bereitgestellt, um dauerhafte Kooperationen zwischen Zuwandererorganisationen und Einrichtungen der Aufnahmegesellschaft bzw. öffentlichen Einrichtungen aufzubauen. Gemeinsame Projekte werden in den Bereichen Jugendbildung, Antidiskriminierung und Erwachsenenbildung umgesetzt mit dem kurzfristigen Ziel des Wissenstransfers und dem Aufbau von Kapazitäten für Zuwandererorganisationen.



www.berlin.de/lb/intmig/index.html

Der Rat der Religionen in Genua veranstaltete regelmäßige Dialogtreffen zwischen 16 religiösen Gemeinschaften und zwei ökumenischen Vereinigungen mit dem Ziel, einen besseren Wissenstransfer und mehr Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung herzustellen. Der Rat beabsichtigt, jährlich mindestens eine gemeinsame Veröffentlichung herauszugeben und eine gemeinsame Aktivität zu veranstalten, an der Bürger unterschiedlicher Kulturen und Religionen teilnehmen.



www.comune.genova.it

Teilnehmer verpflichten sich nicht mehr langfristig zu einer Zusammenarbeit in der Hoffnung, dass kurzfristige Errungenschaften anhalten, auch wenn die Dialogplattform nicht mehr besteht und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und die politische Tagesordnung sich anderen Themen zugewandt hat. Zu diesem Zweck bauen sie öffentliche Beurteilungen und Feedback-Mechanismen zu den Leistungen und Ergebnissen ihrer gemeinsamen Aktivitäten ein.

Der „Tag des Dialogs“ wird in Rotterdam zurzeit von einer Plattform von Vertretern aus 74 verschiedenen Organisationen veranstaltet. Die Mitglieder schulen die Dialogmoderatoren des Tages, die damit betraut werden, eine sichere Umgebung für die teilnehmenden Rotterdamer zu schaffen, damit diese bei zentralen Themen voneinander lernen können, wie etwa aus dem Zusammenleben in einer multikulturellen Stadt, dem Zugehörigkeitsgefühl und Identität. Die Mitglieder nutzen auch ihre jeweiligen Netzwerke, so dass der Tag einen breiten Querschnitt der Stadt ohne großes PR-Budget erreicht. Die Mitglieder erklären, dass die Zusammenarbeit in der Plattform ein eigenständiges Ziel ihrer Organisationen geworden ist. 2007 nahmen 1700 Rotterdamer an dem Tag des Dialogs teil. Die Beurteilungen zeigen, dass die Teilnehmer von dem Prozess begeistert sind. Die Organisatoren berichten, dass die Idee von 20 anderen Städten der Niederlande sowie von Berlin und Brüssel aufgegriffen wurde.

www.dagvandedialoog.nl

Die Frauenfriedensgruppe von Birmingham (1993-2006) war eine kleine Betgruppe, die Bestandteil einer Frauenkette war, die sich als Antwort auf den Krieg in Bosnien gebildet hatte. Sie entwickelte sich aus einer gebundenen ökumenischen zu einer übergreifenden interreligiösen Gruppe, an deren Treffen bis zu 80-100 Frauen aus 30 Nationalitäten und unterschiedlichen Bekenntnissen, Rassen, Alter und sozialem Hintergrund teilnahmen. Die Teilnehmer gewannen in offenen Diskussionen ein vertieftes Verständnis für das Bekenntnis, die Arbeit und die Lebenserfahrungen der jeweils anderen. Ihr Dialog führte zu mehr kommunalen Dienstleistungsprojekten, Gruppenreisen, einer Vernetzung mit anderen Integrationsakteuren und Bemühungen um die Mittelbeschaffung für Katastrophenhilfe, Flüchtlingsfrauen und Organisationen zur Unterstützung von Zuwanderern. Eines der wichtigen Ergebnisse war die Anstellung weiblicher Geistlicher für Moslems, Sikhs und Hindus in Krankenhäusern von Birmingham.

„Migrantenväter machen die Gemeinschaft sicherer“ begann 1997 im Bezirk Nørrebro von Kopenhagen, Dänemark. Um gewaltsame Zusammenstöße zwischen der Polizei und Jugendlichen der zweiten Generation zu verhindern, organisierten 70 Väter und der lokale Imam einen Dialog zwischen einer Gruppe von jungen Männern über die Verantwortung des Einzelnen und der Gemeinschaft. Der Gemeinderat und Freiwillige des Roten Kreuzes unterstützten ihre Aktivitäten später, sie wurden auf Mädchen der zweiten Generation ausgedehnt und umfassten auch dänischen und arabischen Sprachunterricht. Der Beurteilung zufolge hat das Projekt das Vertrauen zwischen den Vätern, den Jugendlichen und dem Gemeinderat gestärkt.

www.idebanken.no/english/Goodexamples/bibliotek_engelsk/ProjektID.asp?ProjektID=256





4.2 Aufgaben einer führenden staatlichen Behörde oder Organisation der Zivilgesellschaft

Anerkannte öffentliche Personen müssen eine Plattform unterstützen, um sie in den politischen Entscheidungsprozess zur Integration und der interkulturellen Kompetenzen aller einzugliedern. Die Politik schafft den Rahmen, in dem die Zivilgesellschaft den Dialog führt. Staatliche Stellen können den Dialog in ihre reguläre Tätigkeit eingliedern und seine Wirkung verstärken, indem sie ihn mit verschiedenen Ebenen und Sektoren verknüpfen. Jedoch haben diejenigen, die am besten in der Lage wären, eine Plattform zu unterstützen, unter Umständen nicht die Kapazitäten, sie zu leiten oder zu organisieren.

Nach den Grundsätzen der Subsidiarität und der Nähe sind insbesondere staatliche Stellen auf unteren Regierungsebenen den Bürgern näher und besonders glaubwürdig sowie gut platziert, um als Organisatoren aufzutreten und den Vorsitz zu übernehmen. Die Arbeit einer Stadt mit einzelnen Zuwanderergruppen, der Migrantengemeinschaft, einzelnen Wohngebieten und in der gesamten Kommune wird über eine Plattform besser koordiniert, die als sichtbares Zeichen vielfältigen Engagements der Gemeinschaft erkennbar wird.

Plattformen können auch als bürgerschaftliche Initiativen entstehen zwischen sich entsprechenden, im Kultur-, Bildungs- oder religiösen Bereich angesiedelten Organisationen. Stiftungen, Sozialpartner oder andere Akteure des privaten Sektors können ebenfalls als Antrieb hinter ihrer Entstehung stehen.

Bei allen Dialogplattformen können vier Phasen festgestellt werden: Übereinkunft und Vorbereitung, Dialog und Austausch, Reflexion und Berichterstattung sowie Evaluierung und Maßnahmen. Leitende staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Organisationen übernehmen unterschiedliche Aufgaben in diesen Phasen.

Übereinkunft und Vorbereitung

Staatliche Stellen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene können die Finanzierung übernehmen und die Entwicklung von Dialogplattformen anregen, indem sie Prioritäten und Richtlinien für ihre Aufforderungen, Vorschläge einzureichen, erstellen. Zu diesem Zweck können spezielle Mittel bereitgestellt werden. Staatliche Stellen können aber auch bei der Beschaffung von Mitteln helfen, indem sie Verbindungen zu anderen möglichen Geldgebern herstellen und deren Vorstellungen steuern.

Der Dialog, der aus der Plattform entsteht, ist das Ergebnis ausführlicher Vorbereitung und Diskussion zwischen den Partnern und ihrer jeweiligen Basis. Um eine solide Basis für die Übereinkunft bezüglich der Ziele zu erreichen, können staatliche Stellen Sondierungsgespräche führen, in der die aktuelle Situation, die Vorstellungen der verschiedenen Parteien und die erforderlichen Methoden des Dialogs ausgelotet werden. Sie können Schulungen, Forschung und Informationsveranstaltungen zur Lebenssituation ansässiger Ausländer und einschlägiger sozioökonomischer, integrationspolitischer und

antidiskriminatorischer Maßnahmen finanzieren oder anbieten. Sie können auch bei der Veranstaltung von Begegnungen der Dialogpartner und der Organisationen sowie der Mitglieder oder Bürger, die sie vertreten, helfen. Staatliche Stellen können Maßnahmen oder Finanzierungsrichtlinien erwägen, die eine möglicherweise festgestellte Kooptation ausschließen, insbesondere bei Organisationen der Migrantengemeinschaften.

Staatliche Stellen oder Organisationen der Zivilgesellschaft, die die Dialogplattform leiten, machen sie möglich, indem sie die vorbereitende Bedarfsanalyse und die Befragung der Gemeinschaft, das Sekretariat und die Teilnahme und Schulung ihrer Mitglieder finanzieren.



So spielt beispielsweise in Spanien die Stiftung Luis Vives diese Rolle, die Kapazitäten von Nichtregierungsorganisationen – insbesondere von Zuwanderern – zu fördern, indem sie spezielle fachliche Unterstützung und Hilfe leistet.

www.fundacionluisvives.org



Dialog und Austausch

Die am wenigsten aktive Rolle, die staatliche Stellen spielen können, ist die eines Beobachters, der den Austausch in der Plattform verfolgt und von ihm lernt. Sie können auch aufgefordert werden, sich als Experten in einem bestimmten Bereich der Politik zu äußern. Sie können die formellere Rolle von Veranstaltern übernehmen. Diese Aufgabe kann gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Stiftungen und Sozialpartnern, die häufig hinter Dialogplattformen stehen, übernommen werden. Die Aufgabe beinhaltet die Durchführung der Plattform und die Fassung der Voraussetzungen mit einleitenden oder abschließenden Bemerkungen. Sie können dazu aufgefordert werden, die aktivere Rolle des Moderators zu übernehmen mit der Aufgabe, den Vorsitz von Versammlungen zu übernehmen und die Tagesordnung mit den Partnern zu koordinieren. Ihre Verantwortung kann steigen, wenn zwischen den Partnern ein starkes Misstrauen herrscht, wozu dann ihre Vermittlung notwendig ist. Schließlich können staatliche Stellen direkt als wichtigste und maßgebliche Partner am Dialog teilnehmen, um ein Thema als Brückenschlag, insbesondere als Reaktion auf dramatische politische oder gesellschaftliche Ereignisse, auf die Tagesordnung zu setzen.

Behörden oder Akteure der Zivilgesellschaft können verschiedene Rollen spielen: die des „aufrichtigen Vermittlers“, der für einen offenen und respektvollen Meinungs austausch sorgt, des Veranstalters oder Moderators, eines gewöhnlichen Teilnehmers, eines hinzugezogenen Experten oder eines interessierten Beobachters.





Der Stadtrat von Dublin fördert die Integration über politische Beteiligung mit dem Projekt „Migrant Voters“. Junge zuverlässige Wortführer von Zuwanderern, insbesondere aus Gruppen von Neuzuwanderern, werden geschult und mit mehrsprachigem Werbematerial und finanziellen Mitteln versorgt, um gezielte Versammlungen zur Information über Wahlrechte in ihren Gemeinschaften zu veranstalten.



www.dublin.ie/arts-culture/migrant-voters-campaign.htm

In Spanien stellt die staatliche Stiftung „Pluralismo y Convivencia“ (Pluralismus und Zusammenleben) eine Dialogplattform mit Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften von Minderheiten dar und unterstützt die Projekte, die diese bei der Integration im Kultur- und Bildungsbereich und im sozialen Bereich entwickeln. Eine andere Maßnahme stellt die Verbreitung von Informationen über diese Religionsgemeinschaften in der spanischen Gesellschaft dar mit dem Ziel, Stereotypen und Vorurteile zu bekämpfen.



www.pluralismoyconvivencia.es

Reflexion und Berichterstattung

Der Dialog endet nicht mit dem tatsächlichen Austausch. Er stellt vielmehr einen fortlaufenden Prozess von Antworten und nochmaliger Prüfung, von Zustimmung und Widerspruch, Ähnlichkeit und Abweichung, Protokoll und Experiment dar. Der Prozess wird in weiteren Diskussionen, bilateralen Treffen, Forschungsmaßnahmen, beratenden Sitzungen usw. fortgeführt.

Zu den Aufgaben des Veranstalters oder Moderators können die Aufgaben des Sekretariats kommen. Diese Zuständigkeit erleichtert die Kommunikation und den ordnungsgemäßen Ablauf innerhalb der Plattform. Die Ausarbeitung und die Pflege der Plattformbeiträge kann auch als Clearingstelle dienen. Beiträge umfassen interne Texte wie Protokolle, Ordnungsregeln und Niederschriften sowie Beurteilungsberichte. Es gibt eine breite Palette möglicher externer Beiträge, von Rahmenvereinbarungen über Mindeststandards des Dialogs zu Rahmen für gemeinsame Maßnahmen, Leitlinien und Verhaltensregeln für Organisationen, gemeinsame politische Prioritäten, gemeinsame Stellungnahmen, Erklärungen, Materialien zu Werkzeugen usw. Diese Beiträge werden der Allgemeinheit zugänglich gemacht, die auf diese Materialien für weitere Dialoge und Aufbauübungen zurückgreifen kann.

Unterstützung durch Behörden bei der Verbreitung kann auch wichtiger Bestandteil der Informationsstrategien einer Dialogplattform darstellen. Durch Unterstützung bei der Entwicklung einer Kommunikationsstrategie kann die Dialogplattform leichter das Interesse der Presse wecken und Kontakte zu Bildungseinrichtungen, der Zivilgesellschaft und politischen Akteuren in anderen Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene knüpfen. Der Prozess kann überwacht werden, um sicherzustellen, dass die Informationen die vielen Teile der Gesellschaft, darunter auch gefährdete Gruppen, erreichen. Es können auch

Erklärungen abgegeben werden, die den Dialog in den Kontext stellen und die Erwartungen verschiedener Akteure und der Öffentlichkeit steuern.

Der Entwicklungsausschuss des Stadtrates von Dublin startete 2008 unter dem Titel „Towards Integration: A City Framework“ einen Rahmen zur Zusammenarbeit von Staat, lokalen Verwaltungen, Unternehmen und Sozialpartnern. Interessenvertreter der Plattform werden dazu angeregt, Partnerschaften für die Umsetzung der Integrationspolitik zu fördern. So werden beispielsweise ihre Maßnahmen und Prioritäten geprüft und nach einer gemeinsamen, zehn Punkte umfassenden Verpflichtungserklärung angepasst. Die Plattform will einen Ausgangspunkt bilden für die Konsultation mit Zuwanderergemeinschaften, um wichtige Problembereiche zu ermitteln, eine Kontaktstelle für Netzwerke und Forschung und Moderatoren des jährlichen Integrationsdialogs sowie von Integrationsforen auf Kreisebene.

www.dublin.ie/uploadedFiles/Culture/Towards%20Integration%20Final.pdf



Evaluierung und Maßnahmen

In ihrer Rolle als Veranstalter, Moderator und häufig als Geldgeber können Behörden dazu aufgefordert werden, eine Evaluierung durchzuführen. Die Evaluierung einer Dialogplattform ist ein problematisches Feld, bei dem Praktiker weiteren Diskussionsbedarf ausgemacht haben. Trotz einer positiven Beurteilung des Dialogs vonseiten der Partner können diese jeweils unterschiedliche Erkenntnisse und sich widersprechende Ansichten zu diesem Austausch haben, während die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Themen fortbestehen. In ihrer Rolle als Bewerter müssen Behörden verschiedene Mittel finden, um die Ergebnisse von Dialogplattformen zu messen. Sie müssen die Interessen und Ansichten der beteiligten Partner über verschiedene qualitative und quantitative Methoden wie Erhebungen und Interviews darstellen. Eine zweite Phase kann aus Überlegungen bestehen, bevor endgültige Schlüsse gezogen werden.

Das österreichische Bundesministerium für Inneres und der österreichische Integrationsfonds veranstalteten 2007/2008 die „Integrationsplattform“, zu der Vertreter der Regierung, der Bundesländer, religiöser Gemeinschaften, Zuwandererorganisationen und spezialisierter Nichtregierungsorganisationen eingeladen wurden. Der nationale Aktionsplan des Innenministeriums diente als Grundlage für eine landesweite Diskussion, in der Ergebnisse der Fachleute, Ideen der Bürger und Initiativen der Gemeinschaften miteinander verknüpft wurden. Die Webseite verzeichnete 40 000 Besucher, und die Informationstour in 20 Städte registrierte 6000 Teilnehmer, was zu mehr als 1000 Anregungen führte. Zu dem Ergebnis der „Integrationsplattform“ gehörte der Expertenbericht, der in den nationalen Aktionsplan zur Integration in Österreich einfluss.

www.integration.at





Schließlich können staatliche Stellen beschließen, die Ergebnisse des Dialogs in Maßnahmen der verschiedenen Dialogpartner umzusetzen. Aus Plattformen können neue Dialogplattformen, Informationskampagnen, Petitionen, Referenden, Kurse, öffentliche Dienstleistungen, Handbücher, Festivals, ehrenamtliche Projekte, Broschüren, Forschungsstudien, Leitfäden, Webseiten, künstlerische Projekte und so weiter hervorgehen. Staatliche Stellen oder andere Dritte können die Umsetzung von Vereinbarungen über gemeinsame Maßnahmen, die aus den Dialogplattformen hervorgehen, finanzieren oder betreuen. Sie können auch für eine langfristige Fortsetzungsorge, indem sie Feedback-Schleifen mit anderen Dialogen einrichten oder in ihre etablierten Beratungsverfahren eingliedern. Auf diese Weise helfen staatliche Stellen dabei, die Zusammenarbeit und das Vertrauen, das durch den Dialog entstanden ist, zu festigen.



Lokale Gebietskörperschaften im Vereinigten Königreich können die „Best Value Performance Indicators“ für den Grad des Gleichheitsstandards für Kommunalverwaltungen nutzen, um die Qualität und den Fortschritt ihrer Arbeit zu Gleichheit und Vielfalt selbst einzuschätzen. Grad 2 prüft etwa, ob lokale Behörden über Plattformen zur Bewertung der Entwicklung und zur Beratung verfügen, die verschiedene Bereiche der Verwaltung zusammenführen.



www.communities.gov.uk/localgovernment/performanceframeworkpartnerships/bestvalue/bestvalueperformance

Das „Accenture’s Institute for Public Service Value“ führte acht „Globale Foren“ (u. a. in London, Berlin, Paris und Madrid) durch, welche Fokusgruppen von 60-85 Anwohnern, die für die demografische Struktur der Stadt repräsentativ sind, zusammenführten. Ihr Feedback wurde dazu genutzt, ein „Public Service Value Governance Framework“ zu entwickeln als ein stärker der Öffentlichkeit verpflichtetes Modell der Governance für Bürger, das mit ausgewählten Vertretern an der Gestaltung und Lenkung öffentlicher Stellen und Dienstleistungen arbeitet.



www.accenture.com/NR/rdonlyres/468CFD7A-73CC-4047-B56D-D647DF271D45/0/ExecutiveOverview_051508.pdf

Schlussfolgerungen

1. Eine Dialogplattform ist ein Raum für Bürger, in dem ein offener und respektvoller Meinungs austausch zwischen Zuwanderern, Mitbürgern oder mit der Regierung in Gang gesetzt wird. Das Ziel der Beteiligten ist es, ein gemeinsames Verständnis und Vertrauen in Bezug auf ein bestimmtes Problem zu entwickeln und eine gemeinsame Grundlage zu finden, um an der Lösung zu arbeiten.

2. Mit der Beseitigung von Hindernissen, die rechtliche Rahmenbedingungen für die bürgerschaftliche Beteiligung von Zuwanderern darstellen, werden Möglichkeiten zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Beratungsgremien geschaffen, die später wichtige Teilnehmer von Dialogplattformen sein werden.
3. Ob Bedarf an einer Plattform besteht, wird durch die Befragung der betroffenen Gemeinschaft ermittelt, um so deren dringlichste Probleme kennenzulernen, etwa ob sie der Meinung ist, dass andere ihr Problem kennen und ob sie anderen soweit vertraut, dass sie mit ihnen an einer Lösung zusammenarbeiten kann.
4. Wurde erst einmal ein Schwerpunkt der Plattform beschlossen, werden sich seine Teilnehmer leichter tun, einen gemeinsamen Nenner zu finden, wenn das Problem aus integrativer Perspektive formuliert wurde, die für alle Bürger gilt.
5. Mitglieder einer Plattform sind „Vertreter“, wenn sie frei gewählt wurden, und „Teilnehmer“, wenn sie aufgrund ihres Vernetzungsgrades und ihrer Effektivität in Bezug auf das betreffende Problem ausgewählt wurden. Organisatoren müssen abschätzen, ob ein demokratischer oder fachlicher Ansatz für ihre Plattform erforderlich ist, wenn diese aus der Sicht der Gemeinschaft als glaubwürdiger bürgerschaftlicher Raum erscheinen soll.
6. Sektorenspezifische, kurzfristige Plattformen können eine offene, differenzierte Mitgliedschaft haben. Andere können Zulassungskriterien einführen, die sich an den Belangen, der Wirksamkeit und einer ausgewogenen Zusammensetzung orientieren. Ziel der Kriterien ist es, Interessenvertreter mit der größtmöglichen Fachkompetenz und dem größten Wirkungsgrad auf die verschiedenen Teile der Gemeinschaft einzubeziehen.
7. Nach dem partnerschaftlichen Ansatz unterstützen die Organisatoren mit finanziellen Mitteln die Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen und ehrenamtlichen Organisationen im Austausch mit deren Fachkompetenz und Kontakten.
8. Wenn Entscheidungen darüber, wie eine Plattform umgesetzt wird (Aufbau, Ort, Zeitplan, Auslegung), auf dem Grundsatz aktiver Einbeziehung beruhen, ist jeder kleine praktische Schritt ein Beitrag zu einer Kultur offenen und respektvollen Dialogs.
9. Staatliche Stellen oder Organisationen der Zivilgesellschaft, die die Dialogplattform leiten, machen sie möglich, indem sie die vorbereitende Bedarfsanalyse und die Befragung der Gemeinschaft, das Sekretariat und die Teilnahme und Schulung ihrer Mitglieder finanzieren.
10. Behörden oder Akteure der Zivilgesellschaft können verschiedene Rollen spielen: die des „aufrichtigen Vermittlers“, der für einen offenen und respektvollen Meinungsaustausch sorgt, des Veranstalters oder Moderators, eines gewöhnlichen Teilnehmers, eines befragten Experten oder eines interessierten Beobachters.



Kapitel 5

Erwerb der Staatsangehörigkeit und Ausübung einer aktiven Staatsbürgerschaft



Die Staatsangehörigkeit weist auf die rechtliche Bindung von Menschen an einen Staat hin. Die Staatsangehörigen und der Staat haben in ihrem Verhältnis zueinander bestimmte Rechte und Pflichten. Die Staatsangehörigkeit wird in einer Vielzahl von rechtlichen Verfahren erworben, unter anderem durch Einbürgerung und durch Erwerb nach dem Geburtsrechtsprinzip oder des *ius soli* (Geburt in dem Land). Obwohl es heutzutage zahlreiche Arten von Staatsbürgerschaft gibt, beinhaltet das Grundprinzip die Ausübung von Rechten und Pflichten, die mit der Zugehörigkeit zu einer liberalen, demokratischen Gemeinschaft einhergehen (als Staatsbürger, als EU-Bürger, als Anwohner, als wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Akteur usw.). Aktive Bürgerschaft verbindet die vielfältigen Identitäten seiner Mitglieder miteinander und gibt ihnen die Möglichkeit, zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen, zivilen und politischen Leben des Landes beizutragen.

Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt auf der dualen Strategie, die Integration von Zuwanderern durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft zu fördern. Ein bürgerzentrierter Ansatz der Integration impliziert die Öffnung von vielerlei Wegen, die den Bürger zum Erwerb der Staatsbürgerschaft führen. Rechtliche und politische Hindernisse, die Zuwanderer offenbar unbeabsichtigt von der Antragstellung ausschließen oder abschrecken, können ausgeräumt werden. Das führt zu einer größeren Aufgeschlossenheit der Allgemeinheit und zu höheren Einbürgerungsraten unter Zuwanderern. Teile eines Verfahrens, die den Prozess vermutlich beschleunigen würden, können verbessert werden. Damit kann eine größere Zufriedenheit der Bürger mit den Leistungen und eine größere Leistungsfähigkeit bei der Umsetzung von Maßnahmen wie Spracheinstufungstests erreicht werden. Einem Element zur Erleichterung der Verfahren wurde in einigen Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt: der stärkeren Einbeziehung der Allgemeinheit, beispielsweise durch Einbürgerungsfeiern. Die Förderung einer aktiven Bürgerschaft zwischen neuen und alten Staatsbürgern gibt ihnen die Möglichkeit, die gemeinsame Zukunft einer vielfältigen Gesellschaft zu gestalten.

Der Erwerb der Staatsangehörigkeit und dadurch auch der Unionsbürgerschaft wird ausschließlich durch die Gesetze und politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten geregelt. Das Thema Staatsbürgerschaft jedoch wurde bereits bei verschiedenen Treffen des Ministerrates und des Europarates sowie in Mitteilungen der Europäischen Kommission angesprochen. Der Europäische Gerichtshof hat ebenfalls wiederholt Fälle verhandelt, die das Staatsangehörigkeitsrecht von Mitgliedstaaten berühren.

Der Europäische Rat von Tampere 1999 stärkte das Ziel, dass langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige die Chance erhalten, die Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaats, in dem sie wohnen, zu erwerben.

Nach der Gemeinsamen Integrationsagenda von 2005 wird die Umsetzung des Gemeinsamen Grundprinzips Nr. 9 (Beteiligung von Einwanderern am demokratischen

Prozess) auf der einzelstaatlichen Ebene verstärkt durch die Erarbeitung nationaler Programme zur Vorbereitung auf Staatsbürgerschaft bzw. Einbürgerung.

Das Informelle Treffen der Integrationsminister der EU 2007 in Potsdam forderte die europäische Zusammenarbeit bei der Prüfung und Klärung der unterschiedlichen Konzepte und Ansätze der Beteiligung und der unterschiedlichen Vorstellungen von Staatsbürgerschaft, die in der Diskussion sind; hierbei ist der Besitzstand der EU in Bezug auf die Integration von Zuwanderern und die Verfassung sowie die Rechtssysteme der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen sowie der Austausch von Meinungen und Erfahrungen zu Einbürgerungssystemen, die in den Mitgliedstaaten angewandt werden.

5.1 Konzepte und vielfältiges Interesse an der gemeinsamen Zukunft einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft

„Staatsangehörigkeit“ und „Staatsbürgerschaft“ werden in der Alltagssprache synonym verwendet. Die beiden Konzepte sind in vielen europäischen Sprachen nur schwer voneinander zu unterscheiden.

Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit wurde am 6. November 1997 in Straßburg unterzeichnet und trat am 1. März 2000 in Kraft. Dieses umfassende Übereinkommen des Europarates enthält die wesentlichen Grundsätze und Regeln, die für alle Aspekte der Staatsangehörigkeit gelten, wie die Vermeidung der Staatenlosigkeit, die Nichtdiskriminierung und die Achtung der Rechte der Personen, die sich gewöhnlich in den betreffenden Hoheitsgebieten aufhalten. Das Übereinkommen wurde bisher von 18 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet und von elf Mitgliedstaaten ratifiziert.

<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?NT=166&CM=1&DF=7/5/2007&CL=ENG>



Gemäß dem Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit bedeutet Staatsangehörigkeit „das rechtliche Band zwischen einer Person und einem Staat und weist nicht auf die Volkszugehörigkeit einer Person hin“. Dieses Band begründet die (politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen) Rechte und Pflichten, die für Angehörige eines Staates gelten. Mehrstaatigkeit wird definiert als der gleichzeitige Besitz von zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten. Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) bestimmt, dass jede Person das Recht auf eine Staatsangehörigkeit hat, die ihm der Staat nicht willkürlich entziehen kann. Ebenso hat jeder das Recht, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln, indem er eine Staatsangehörigkeit aufgibt und/oder eine andere erwirbt. Die Einbürgerung ist ein rechtliches Verfahren, in dem die Staatsangehörigkeit eines Staates von Nichtstaatsangehörigen erworben werden kann.



„Bürgerschaft“ hat mit der Ausübung der Rechte und Pflichten zu tun, die mit der Zugehörigkeit oder dem Erwerb dieser Zugehörigkeit zu einer bestimmten Einheit (d. h. einem Staat, einer Region, einer Stadt und beruflichen Organisationen, politischen Parteien, sozialen Bewegungen und religiösen Organisationen) verbunden sind. Hier handelt es sich weniger um ein rechtliches als vielmehr um ein politisches und philosophisches Konzept. Die Einheit beschließt, ihre Mitgliedschaft mit der Anpassung der Teilnahmebedingungen zu öffnen, um potenzielle neue Mitglieder zu ermutigen und die Voraussetzung für ihre Teilnahme als aktive Mitglieder zu schaffen. Neue Mitglieder aus verschiedenen Gemeinschaften stellen bei sich auch ein Interesse an der Zukunft dieser Gemeinschaft fest und nehmen die Chancen wahr, als Mitglieder aktiv teilzunehmen. Bestehende Mitglieder heißen neue willkommen, behandeln sie gleichrangig und teilen die gemeinsame Zukunft der Einheit.

„Nationale Staatsbürgerschaft“, die klassische Verbindung zwischen dem rechtlichen und dem politisch-philosophischen Konzept, kann als die Übernahme und Ausübung der Rechte und Pflichten, die Staatsbürgern vorbehalten sind, definiert werden.

Als Konzepte sind Bürgerschaft und Staatsangehörigkeit auch voneinander getrennt worden und haben in der aktuellen Politik vielfältigere Bedeutung erlangt. Neue rechtliche Formen der Bürgerschaft ober- oder unterhalb der einzelstaatlichen Ebene wurden durch europäische und internationale Zusammenarbeit geschaffen. Die Möglichkeiten und Voraussetzungen zur Teilnahme an diesen Formen der Bürgerschaft werden regelmäßig auf internationaler Ebene überprüft.

Die „Zivilbürgerschaft“ entstand aus der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Integration als Konzept zur Stärkung der Solidarität und eines gemeinsamen Zugehörigkeitsgefühls zwischen Bürgern, EU-Bürgern und aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen. Der Staat verleiht aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen je nach der Dauer ihres Aufenthalts umfangreichere Rechte und Pflichten.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0757:EN:HTML>

Die „EU-Bürgerschaft“ beruht auf der Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats. Den EU-Bürgern sind unabhängig von dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, die selben grundlegenden Rechte und Pflichten einzuräumen. Sie haben z. B. das Recht, sich frei zu bewegen und ihren Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu nehmen, mit ihrer Familie zusammenzuwohnen und in ihrer Gemeinde und bei Wahlen zum Europäischen Parlament ihr aktives und passives Wahlrecht auszuüben.

Die subjektive Seite der Unionsbürgerschaft wird seit 1974 regelmäßig durch Standard-Eurobarometer-Umfragen ermittelt. Gefragt wird nach dem Zugehörigkeitsgefühl der EU-Bürger, ihrer Wahrnehmung der wichtigsten politischen Anliegen, ihrer Einstellung zur



Mitgliedschaft, ihrem Bild von der EU und ihrem Vertrauen in die EU-Institutionen. Auch zur Ausübung der Rechte der Unionsbürgerschaft liegen Daten vor.

http://ec.europa.eu/public_opinion/standard_en.htm

www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2006/59/en/1/ef0659en.pdf



Daneben wurden neue, nichtrechtliche Formen der Bürgerschaft entwickelt rund um die aktive Ausübung der Rechte und Übernahme von Pflichten in Gemeinschaften, die oberhalb und unterhalb der einzelstaatlichen Ebene wirken.

Aktive Bürgerschaft wurde von der Europäischen Kommission anhand der Teilnahme am politischen Leben, an der Zivilgesellschaft, am Gemeindeleben und anhand gemeinsamer Werte gemessen, die für eine aktive Bürgerschaft erforderlich sind (z. B. Menschenrechte, Demokratie, interkulturelles Verständnis).

<http://active-citizenship.jrc.it/Documents/active%20citizenship/Measuring%20Active%20Citizenship%20across%20Europe.pdf>



Öffnung neuer Wege zur Bürgerschaft

Als die Zuwanderer der ersten Generation in ihrem Aufenthaltsland Wurzeln schlugen, begannen sie sich in verschiedenen Formen der Bürgerschaft zu engagieren. Staaten, Regionen, Kommunen, Arbeitgeber und Bildungseinrichtungen – alle haben ein Interesse daran, Wege zur Bürgerschaft zu eröffnen und zu fördern, die zum Erwerb der Staatsangehörigkeit führen. Dieser bürgerzentrierte Ansatz der Integration kann als Maßnahmen beschrieben werden, die Hindernisse für eine Beteiligung ausräumen und Organisationen unterstützen wollen, die Zuwanderern und im Land geborenen Bürgern neue Formen der Bürgerschaft eröffnen. Diese Maßnahmen reichen von staatsbürger-schaftlicher Bildung in Schulen bis zu Kursen in kommunalen Bildungsstätten, kommunalem Wahlrecht und gemeinsamen Entwicklungsprogrammen mit den Herkunftsländern. Wege zur Förderung aktiver und freiwilliger Beteiligung können gestaltet werden als:

- erreichbar (niedrigschwelliger Zugang und Beteiligung),
- vielfältig (den eigenen Fähigkeiten und Wünschen der Zuwanderer Rechnung tragend),
- offen für alle ansässigen Bürger (fördert häufige Begegnungen und Gleichbehandlung),
- gut organisiert (ausgerichtet an den Qualitätsstandards für aktive Bürgerschaft und lebenslanges Lernen).





Das Interesse der Bürger und der zukünftigen Bürger

Zuwanderer, die sich dauerhaft in ihrem Aufenthaltsland ansiedeln wollen, haben ein Interesse am Erwerb der Staatsangehörigkeit und der damit verbundenen vollen Rechte und Pflichten, auch dem Recht auf Anstellung in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, am Erwerb der Freizügigkeit und der vollen förmlichen demokratischen Rechte. Eine länderübergreifende Erhebung bei Nichtregierungsorganisationen, die Personen bei ihren Einbürgerungsanträgen unterstützen, hat je nach einzelstaatlichem Hintergrund andere Anreize gefunden: die Sicherung von Aufenthaltsrechten, gleiche soziale Rechte und die endgültige Lösung von Problemen mit der Verwaltung.

Die Einbürgerung kann für den Antragsteller das letzte Ziel der Integration darstellen. Die Rechtsstellung des Staatsangehörigen schützt indes nicht sicher vor Ausgrenzung oder Diskriminierung aufgrund der ethnischen, religiösen oder nationalen Zugehörigkeit; durch politische Beteiligung und Antidiskriminierungsmaßnahmen kann Abhilfe geschaffen werden.



Zuwanderer, die ihre Zukunft in einem Land sehen, haben ein Interesse daran, dauerhaft als vollwertige Mitglieder der nationalen Gemeinschaft zu leben.

In politischen Kreisen und in der Zivilgesellschaft wird der Staatsangehörigkeit und der Bürgerschaft größere Priorität beigemessen. Migration und Integration können der Antrieb für die Verknüpfung verschiedener Ebenen von Identitäten sein. In einer Welt mit vielerlei Verbindungen fühlen sich Einheimische internationaler, und die nationale Geschichte wirkt universeller und bedeutender. Die unterschiedlichen Identitätsebenen ergänzen sich stärker, so dass sich ein Bewohner von Cardiff gleichzeitig als Waliser, Brite, Europäer, Bürger des Commonwealth und als Weltbürger fühlen kann.



Obgleich sich die Staatsangehörigkeit durch Gesetze ändert, entwickeln sich Identitäten weiter und werden durch aktive Bürgerschaft dynamischer. Es liegt im Interesse der Aufnahmegesellschaften, Zuwanderer zum Erwerb der Staatsangehörigkeit zu ermutigen sowie neue und langjährige Staatsbürger in die Lage zu versetzen, eine gemeinsame Zukunft in einer multikulturellen Gesellschaft zu gestalten.

Die Interessen von Staatsbürgern und zukünftigen Staatsbürgern fließen wiederholt ineinander, wenn es um die neue Generation geht. Kinder und Enkel von Zuwanderern, die wie die Kinder von Einheimischen im Land geboren und sozialisiert wurden, machen in vielen historischen Zuwanderungsländern einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung aus. Die sogenannte zweite und dritte Generation sieht ihr Geburtsland häufig als wichtigen Teil ihrer Identität an und kennt kein anderes eigenes Land.

Das Interesse des Zuwanderungslandes

Der Staat hat ein demokratisches, soziales und wirtschaftliches Interesse daran, einer seit langem im Lande wohnhaften ausländischen Bevölkerung, insbesondere jedoch den im Lande geborenen Kindern, die Möglichkeit zum Erwerb der Staatsangehörigkeit zu geben.

Die Annahme der Staatsangehörigkeit verhindert die Entstehung langfristiger demokratischer Defizite, wenn sich Drittstaatsangehörige in ihrem Herkunftsland außerhalb der demokratischen Verfahren befinden. Bei der Vertretung ihrer Interessen in ihrem Wohnsitzland können Bürger und deren Familien, die schon lange oder seit Generationen nicht mehr im Herkunftsland wohnen, nicht auf dieses bauen. Hier wird die Verleihung der Bürgerrechte relevant, die es ermöglichen soll, dass diejenigen, die nach den Gesetzen eines Landes leben, auch über deren Entstehung mitbestimmen können.

Langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Integrationsdefiziten kann man entgegenwirken mit der Annahme der Staatsangehörigkeit und der Ausübung einer aktiven Bürgerschaft. Neben zahlreichen greifbaren Vorteilen, die die Staatsangehörigkeit mit sich bringt, haben vergleichende Untersuchungen einen immateriellen Bonus für Staatsbürgerschaft festgestellt. Arbeitgeber tendieren dazu, eher Arbeitnehmer einzustellen, die die Staatsangehörigkeit des Landes besitzen, als andere. Auch im öffentlichen Dienst ist eine ähnliche Präferenz für Staatsangehörige in den Einstellungsanforderungen feststellbar. Die Idee des Bonus für die Staatsbürgerschaft erklärt sich dadurch, dass die Staatsbürgerschaft einen Gewinn bringt, weil sie zu mehr Partizipationsmöglichkeiten und einer größeren Offenheit der Aufnahmegesellschaft gegenüber Eingebürgerten führt.

Die Ausräumung dieser Anstellungshindernisse ist eine der wichtigsten Auswirkungen der Einbürgerung. Langzeiterhebungen zeigen, dass in den Jahren nach der Einbürgerung neue Staatsbürger, insbesondere vormalige Drittstaatsangehörige, eine größere Beschäftigungsmobilität und einen rascheren Anstieg ihrer Arbeitsvergütung erleben, sie holen den nationalen Durchschnitt ein. Die Vorteile der Einbürgerung werden in Abhängigkeit von strukturellen Faktoren (die „Prämie“ des Staates und der Aufnahmegesellschaft für die Staatsbürgerschaft) und persönlichen Faktoren (wie etwa Alter) variieren. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit stellt sich als weiteres Mittel zur Förderung gleicher Chancen dar, indem es dauerhaft im Land lebende Drittstaatsangehörige in den Geltungsbereich der einzelstaatlichen und EU-weit geltenden Gesetze zur Bekämpfung der Diskriminierung einbezieht.

Es liegt im Interesse der Zuwanderungsländer, ihren Einwohnern die vollgültige Staatsbürgerschaft zu verleihen und sie damit gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch umfassend einzugliedern.



Gegenmittel für niedrige Einbürgerungsraten

Der Anstieg der in Europa ansässigen Zuwanderer im letzten Vierteljahrhundert bedeutet, dass mehr Kandidaten die Voraussetzungen für die Annahme der Staatsangehörigkeit in der EU erfüllen. Die Annahmquoten sind in den meisten Ländern gestiegen, sie variieren und schwanken im EU-Vergleich. Von 1996 bis 2005 blieben sie relativ stabil in Ländern wie Italien und Spanien, wiesen jedoch erhebliche jährliche Schwankungen in Dänemark und Ungarn auf. In einigen Ländern sind sie stetig gestiegen, wie in Finnland und im





Vereinigten Königreich. In anderen stiegen sie stark an und sanken anschließend wieder, etwa in Österreich und in Belgien. In anderen sind sie gesunken, teilweise beträchtlich, wie etwa in den Niederlanden.

Trotz des allgemeinen Anstiegs der Anzahl der Neubürger sind die Raten innerhalb der EU gering geblieben, insbesondere im Vergleich zu traditionellen Zuwanderungsländern wie Australien und Kanada, die bei Zuwanderern Wert auf die Annahme der Staatsangehörigkeit legen. In den 27 Mitgliedstaaten der EU wurde 2006 nur 25 von 1000 Ausländern die Staatsangehörigkeit verliehen. Nur ein kleiner Teil der Ausländer, die die Voraussetzungen zum Erwerb der Staatsangehörigkeit erfüllen, beantragen sie auch tatsächlich. Die anderen bleiben „Zivilbürger“ für den Rest ihres Lebens in dem Land, entweder mit Absicht, aufgrund der Umstände oder aufgrund von Komplikationen beim Einbürgerungsverfahren.

Für die dauerhaft niedrigen und unterschiedlichen Einbürgerungsraten in der EU gibt es zahlreiche Erklärungen. Einmal wird der geringere Anreiz zum Erwerb der Staatsangehörigkeit für dauerhaft Aufenthaltsberechtigte und für in einem anderen EU-Staat lebende EU-Bürger als Ursache genannt. Dauerhaft Aufenthaltsberechtigte haben eine relative Aufenthaltssicherheit erworben und genießen bereits gleiche Behandlung wie Staatsangehörige in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Gesundheitswesen und Kommunalwahlen. Viele weitere Aspekte der Einbürgerungspolitik und -verfahren beeinflussen ihre Chancen, sich zu integrieren und später als Staatsbürger teilzunehmen.



Anhaltend niedrige Einbürgerungsraten können angehoben werden, indem bestimmte Teile des Staatsangehörigkeitsrechts abgeschafft werden, die unbeabsichtigt größere Hürden darstellen und die ansässige ausländische Bevölkerung von einer Antragstellung abhalten.

Eine EU-weite Bestandsaufnahme einzelstaatlicher politischer Maßnahmen zum Erwerb der Staatsangehörigkeit und ihrer Verbindungen zur Migration findet sich in:

Acquisition and Loss of nationality: policies and trends in 15 European Countries (Annahme und Abgabe der Staatsangehörigkeit: Politik und Trends in 15 europäischen Ländern) vom NATAC-Projekt



www.aup.nl/do.php?a=show_visitor_book&isbn=9789053569498

Citizenship policies in the new Europe (Bürgerschaftspolitik im neuen Europa) vom CPNEU-Projekt



www.aup.nl/do.php?a=show_visitor_book&isbn=9789053569221&l=2

5.2 Der Erwerb der Staatsangehörigkeit

Für Neuzuwanderer erreichbare Aufenthaltsvoraussetzungen

Zwei wesentliche Voraussetzungen für den Anspruch auf Einbürgerung sind die gewöhnliche Aufenthaltsberechtigung und eine bestimmte Anzahl von Jahren des Aufenthalts. Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit legt eine Höchstaufenthaltsdauer von zehn Jahren fest. Hierbei werden die staatlichen Prioritäten bei der Förderung der Integration von Zuwanderern nicht berücksichtigt. Im Rahmen der Einbürgerung kann die Förderung nach dem erläuternden Bericht des Europäischen Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit aus einer Verkürzung der geforderten Aufenthaltsdauer, weniger strengen sprachlichen Anforderungen, einem einfacheren Verfahren und niedrigeren Verfahrenskosten bestehen.

Viele Zuwanderer der ersten Generation knüpfen in nur wenigen Jahren ihres Aufenthalts echte und effektive Verbindungen und erwerben praktisches Wissen über das Land. Sie können die Voraussetzungen einer Mitgliedschaft erfüllen und die Rechte und Pflichten der Staatsangehörigkeit übernehmen. In einigen Ländern erwerben Zuwanderer den Anspruch auf Einbürgerung etwa nach derselben Zeit wie den Anspruch auf dauerhafte Aufenthaltsberechtigung, die in der EU-Richtlinie festgelegt ist. Sie haben dann die Wahl, entweder ein vollwertiger Staatsbürger oder ein „Zivilbürger“ zu werden.

Die Zulassungsvoraussetzungen für eine Einbürgerung können der Tatsache Rechnung tragen, dass Neuzuwanderer gewöhnlich nach wenigen Jahren des Aufenthalts einen Anspruch auf die Staatsangehörigkeit erworben haben und diese auch anstreben.



Die Reformen des belgischen Staatsangehörigkeitsrechts in den Jahren 1984, 1991 und 2000 erwiesen sich – wie beabsichtigt – als entscheidende Faktoren der Integration von Ausländern infolge einer höheren Einbürgerungsquote. Die Reform von 2000 senkte die Anforderungen an die Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts für das parlamentarische Verfahren von fünf auf drei Jahre für gewöhnliche Zuwanderer der ersten Generation. Sie erleichterte auch das unbedingte Recht auf die Staatsangehörigkeit durch Erklärung nach sieben Jahren. Im Zeitraum von zehn Jahren ist der Anteil der zugewanderten Bevölkerung ohne belgische Staatsangehörigkeit von zwei Dritteln 1995 auf etwa die Hälfte gesunken. Die Einbürgerungsquoten sind seit 2003 gefallen und auf dem Niveau von 1997 stabil geblieben.

www.diplomatie.be/en/services/nationalitydetail.asp?TEXTID=42519

Die Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts von 1999/2000 hat als Teil einer umfassenden Zuwanderungsstrategie anerkannt, dass der Erwerb der Staatsangehörigkeit ein erstrebenswertes Ziel für den Status Deutschlands als Zuwanderungsland darstellt.





Die Senkung der erforderlichen Aufenthaltsdauer von 15 auf acht Jahre erhöhte die Bereitschaft von Ausländern, Deutsche zu werden, beträchtlich. Die Einbürgerungsquote ist immer noch höher, als sie jemals vor 1998 war.



www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/Einbuergerung/einbuergerung.html

Größere Erleichterungen für bestimmte Gruppen

Die kürzeste geforderte Aufenthaltsdauer ist Gruppen der ersten Generation mit spezifischen tatsächlichen und wirkungsvollen Bindungen vorbehalten, die in dem Europäischen Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit ausgeführt werden. Es gibt z. B. verschiedene internationale Rechtsinstrumente, die diese Bindungen auf den besonderen Schutzansprüchen begründen, wie etwa bei anerkannten Flüchtlingen, staatenlosen Erwachsenen und staatenlosen Kindern, die auf dem Hoheitsgebiet geboren wurden. In Artikel 34 der Flüchtlingskonvention heißt es, dass die vertragsschließenden Staaten so weit wie möglich die Eingliederung und Einbürgerung der Flüchtlinge erleichtern, indem sie insbesondere bestrebt sein werden, Einbürgerungsverfahren zu beschleunigen und die Kosten dieses Verfahrens so weit wie möglich herabzusetzen.



Viele EU-Mitgliedstaaten erleichtern Flüchtlingen und Staatenlosen die Einbürgerung. Nach der belgischen Reform von 2000 wurden die Aufenthaltsanforderungen dieser Gruppen auf zwei Jahre herabgesetzt. Die Einbürgerungsverfahren in Luxemburg und in Irland erfüllen die Anforderungen an den internationalen Schutz, indem sie verschiedene materielle Voraussetzungen, wie Sprachkenntnisse, von Flüchtlingen nicht fordern.

In dem Gesetz zur Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 2002 reagierte Slowenien auf internationale rechtliche Standards zur Erleichterung der Einbürgerung u. a. für anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose. Diese Reform führte dazu, dass die Ausnahmeverfahren seltener notwendig wurden und dass das vereinfachte Verfahren stärker zum Einsatz kam.

Länder gewähren den Ehegatten oder Ehepartnern von Staatsangehörigen häufig einen unabhängigen Status im Staatsangehörigkeitsgesetz. Dieser gleichstellungsorientierte Ansatz gewährleistet die Gleichheit von Männern und Frauen sowie die Einheit der Familie im Bereich der Staatsangehörigkeit.



Ehegatten von Staatsangehörigen können in Spanien nach einem Jahr des Aufenthalts und der Eheschließung und in Italien nach sechs Monaten einen Antrag stellen, wenn der Ehegatte bereits ansässig war. Die Partner oder Lebensgefährten von Staatsangehörigen werden in Ländern wie Belgien und Portugal einbezogen.

Einige Länder erleichtern immer noch „bevorzugten“ ethnischen oder nationalen Gruppen aufgrund historischer Verbindungen die Einbürgerung. Die Nationalität oder die ethnische Herkunft von Zuwanderern kann auf gewisse echte und wirksame Bindungen deuten (z. B. Sprachkenntnisse und familiäre Beziehungen). Doch mit der Globalisierung der Zuwanderungsströme werden auch die Zugewanderten in vielen europäischen Ländern vielfältiger in ihrer ethnischen und nationalen Herkunft. Die Integration dieser neuen Bevölkerungsgruppen kann durch die Öffnung des Vorzugsverfahrens für Zuwanderer aller Nationalitäten und jeder ethnischen Herkunft, welche die Voraussetzungen erfüllen, erleichtert werden.

Die Einbürgerungsrate Portugals war zwischen 1996 und 2005 mit 0,5 % der im Ausland geborenen Bevölkerung eine der niedrigsten aller OECD-Länder. Viele Moldawier, Rumänen und Chinesen veränderten die traditionellen postkolonialen Zuströme. Ukrainer stellen zurzeit eine der größten Zuwanderergruppen des Landes dar. Das neue portugiesische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 17. April 2006 versucht als neues Zuwanderungsland die Faktoren zu bekämpfen, die zu sozialer Ausgrenzung führen, die Verfahren zum Erwerb der Staatsangehörigkeit zu vereinfachen und die Integration zu fördern. Das neue Gesetz ermöglicht die kürzere Aufenthaltsdauer, die zuvor Staatsangehörigen portugiesischsprachiger Länder vorbehalten war (sechs Jahre), für Zuwanderer der ersten Generation, die über Grundkenntnisse des Portugiesischen verfügen und vorstrafenfrei sind. Der Erfolg des Gesetzes ist weitgehend einer Vereinbarung zwischen den wichtigsten politischen Parteien geschuldet, die einwilligten, das Thema der Staatsbürgerschaft nicht zu politisieren. Diese Einmütigkeit führte zur einstimmigen Annahme des Gesetzes im Parlament.

www.acidi.gov.pt/modules.php?name=FAQ&myfaq=yes&id_cat=32&categories=Nationalidade



Annäherung an die neue Generation

Viele Mitgliedstaaten haben bei der Erreichung ihrer Integrationsziele in ihrem Staatsangehörigkeitsrecht einen generationsspezifischen Ansatz gewählt.

Die Einführung des *ius soli* für Nachkommen von Zuwanderern bedeutet, dass die Geburt eine ausreichende Grundvoraussetzung für den Anspruch auf Einbürgerung darstellt. Die „Bürgerschaftsprämie“ weist darauf hin, dass der Erwerb der Staatsangehörigkeit für die jüngste Generation die meisten Vorteile birgt. Je jünger ein neuer Staatsbürger ist, desto mehr lohnt es sich, da er lebenslang Vorteile bei der persönlichen und beruflichen Entwicklung in Anspruch nehmen kann. Je länger hingegen ein Kind damit wartet, Staatsbürger zu werden, desto wahrscheinlicher wird ihm sein Ausländerstatus in einer prägenden Phase seiner Entwicklung Nachteile bringen, die in späteren Lebensphasen nur schwer ausgeglichen werden können.



In traditionellen Zuwanderungsländern wie Kanada oder den Vereinigten Staaten erwirbt die zweite Generation mit der Geburt automatisch das Recht auf die Staatsangehörigkeit. In einigen EU-Mitgliedstaaten gibt es einen ähnlichen Anspruch der dritten Generation, die zweite Generation hat erst einige Zeit nach der Geburt Anspruch und/oder nur diejenigen mit einem aufenthaltsberechtigten Elternteil.



Mit der Einführung des *ius soli* für die Nachkommen der ersten Generation kann das Gesetz dazu beitragen, im Land geborenen Kindern gleiche Rechte zu gewähren und eine bessere schulische und berufliche Ausgangssituation für ihr Leben zu schaffen.

Irland gewährt im Land geborenen Kindern von Zuwanderern die Staatsangehörigkeit mit der Geburt, wenn ihre Eltern während drei der vorangegangenen vier Jahre aufenthaltsberechtigt waren. Ähnliche Bestimmungen auf der Grundlage des Status der Eltern gibt es in Belgien, Portugal und im Vereinigten Königreich. Alle Kinder der dritten Generation werden in Belgien, Irland, den Niederlanden, in Portugal und seit dem 1. Januar 2009 auch in Luxemburg mit der Geburt Staatsangehörige.

Der Situation der Integration für die „1,5-er Generation“ wird in etlichen Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts ebenfalls Rechnung getragen. Diese Generation besteht aus natürlichen oder angenommenen Kindern von Zuwanderern, die im Zuge der Familienzusammenführung zuwandern. Ein Grund für den Anspruch auf die Staatsangehörigkeit ist die Einheit der Familie. Diese Kinder werden automatisch Staatsbürger, wenn ihren Eltern die Einbürgerung bewilligt wird. Ein weiterer Grund ist die Sozialisation: Sie erwerben die Staatsangehörigkeit nach eigenem Recht nach wenigen Jahren im Bildungssystem. Ihre Eltern stellen meist in ihrem Namen den Antrag, doch sie haben auch das Recht auf Anhörung bei Entscheidungen zur Staatsangehörigkeit, die sie berühren im Sinne des Artikels 12 der Kinderrechtskonvention.



In Schweden können minderjährige Zuwanderer nach einer Aufenthaltsdauer von fünf Jahren durch einfache Mitteilung der Eltern die schwedische Staatsangehörigkeit erwerben. In den nordischen Ländern haben Kinder von Zuwanderern ab zwölf Jahren, in Österreich ab 14 Jahren das Recht, ihre Ansichten darzulegen oder selbst einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

Einkommen als Schwelle für die nationale Staatsbürgerschaft

Da ausländische Antragsteller noch nicht von den Vorteilen der Staatsbürgerschaft profitieren, die ihre Gehälter ansteigen lässt, können die Einkommensbedingungen oder hohe Gebühren ungewollt zur Verstärkung der Nachteile bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt führen, anstatt die Aufnahme einer Beschäftigung zu fördern. Das Einkommen als schichtenspezifische Hürde zum Erwerb einer vollen nationalen Staatsbürgerschaft und des Wahlrechts wurde abgeschafft, was bemerkenswert ist. Da viele Antragsteller dauerhaft

ansässig sind und bereits den gleichen Zugang zu sozialer Unterstützung und sozialem Schutz haben wie Einheimische, geht es bei dem Erwerb der Staatsangehörigkeit eher um den Zugang zu demokratischer Teilhabe als um den Genuss der Vorteile sozialer Sicherheit oder von Leistungen bei Arbeitslosigkeit.

Bedürftigkeitsprüfungen und Gebühren können dahin gehend geprüft werden, ob sie sinnvoll sind für die wirtschaftliche Integration und ob sie sich auf die demokratische Regierungsführung auswirken.



Bedürftigkeitsprüfungen wurden 1976 in Schweden, 1977 in den Niederlanden, 2000 in Belgien und 2006 in Portugal aus den Einbürgerungsverfahren gestrichen. Daneben sind in Portugal alle Eintragungen oder Erklärungen in Bezug auf die Staatsangehörigkeit sowie alle erforderlichen Bescheinigungen gebührenfrei für diejenigen, deren Einkommen maximal den national geltenden Mindestlohn erreicht.

Das Einbürgerungsverfahren ist kostenfrei in Belgien, Frankreich, Luxemburg und Spanien. Nach einem Erlass der estnischen Regierung vom 6. Februar 2006 wurde die Erstattung des für die Einbürgerung erforderlichen Sprachunterrichts auf 100 % der Kosten erhöht.

Der Zwang zum Verzicht auf die vorherige Staatsangehörigkeit

Die Idee der Mehrstaatigkeit weckt seitens des Staats zwei Befürchtungen. Die erste betrifft die Beziehungen eines Staats zu anderen Staaten. Man vermutete, dass es zu Konflikten zwischen den Staaten in den Bereichen Militärdienst, Einberufung und Besteuerung kommen würde, wenn den Einbürgerungswilligen gestattet wird, ihre vorherige Staatsangehörigkeit beizubehalten. Die zweite betrifft die Beziehung eines Staats zu seinen Staatsbürgern. Offene Fragen bestehen in Bezug auf Loyalität (Wie bekunden Staatsbürger dem Staat gegenüber Loyalität?), Wohnsitz im Ausland (Bewahren Bürger, die das Land verlassen, tatsächliche Bindungen und stehen ihnen dieselben Rechte etwa auf konsularischen Beistand zu?) und kulturelle Einflüsse (Wird von Bürgern, die die Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltslandes erwerben, erwartet, dass sie eine spezifische, vom Staat definierte Kultur annehmen und damit ihre Herkunftskultur ausschließen?).

Trotz dieser bereits seit langem bestehenden Bedenken ist die Mehrstaatigkeit eine rechtliche Wirklichkeit geworden. Mit Ende des 20. Jahrhunderts war in vielen europäischen Ländern der Trend vorherrschend, rechtliche Hürden der Mehrstaatigkeit, die zu Beginn oder Mitte des Jahrhunderts eingeführt worden waren, zu beseitigen. Der hinter den sich verändernden Einstellungen zur doppelten Staatsangehörigkeit in einigen Mitgliedstaaten verborgene Grund besteht darin, dass ihre Staatsbürger mobil und global vernetzt geworden sind, ihre zugewanderte Bevölkerung gewachsen ist und sich auf Dauer niedergelassen hat und ihre Staatsangehörigkeitsgesetze den Grundsatz des *ius soli* eingeführt haben. Viele dulden *de jure* oder *de facto* die Mehrstaatigkeit bei ihren Staatsangehörigen, neuen Staatsbürgern und deren Kindern. Andere gestatten dies lediglich bestimmten





Gruppen oder unter bestimmten Umständen. Daraus ergeben sich Fragen auf einzelstaatlicher Ebene zur einheitlichen Anwendung der Mehrstaatigkeit.

Mehrstaatigkeit ist auch zu einer demografischen Realität geworden, da ihre Duldung die Zahl der sogenannten doppelten Staatsbürger erhöht hat. Staatsangehörige von Mitgliedstaaten wandern zu und heiraten Staatsangehörige anderer Länder. Außerdem führte die Abschaffung der Bedingung, die vorherige Staatsangehörigkeit abzugeben, zwischen 1996 bis 2005 in den meisten EU-Staaten zu einem Anstieg der Einbürgerungsraten von Ausländern.

Die Gründe, warum neu Zugewanderte sich eher in Ländern einbürgern lassen, die die Mehrstaatigkeit zulassen, liegen häufig in den persönlichen oder praktischen Bindungen zu ihrem Herkunftsland und weniger in der Integrationssituation in dem Land ihres Aufenthalts. Die Einbürgerung von Zuwanderern, die in einem Land ansässig sind, das Mehrstaatigkeit akzeptiert, birgt für sie keinerlei Nebenauswirkungen auf ihren weiteren Familienkreis oder auf ihre sozialen Bindungen außerhalb dieses Landes. Diejenigen, die ihre vorherige Staatsangehörigkeit behalten können, bewahren sich wichtige Mobilitätsrechte und müssen auch keine neuen, manchmal teuren Visa- und Reisebeschränkungen fürchten. Eine Gruppe, die sich tatsächlich eher für Mehrstaatigkeit entscheiden würde, wenn diese akzeptiert würde, sind diejenigen mit einem höheren Humankapital, beispielsweise Unternehmer und Geschäftsleute unter den Zuwanderern, die an partnerschaftlichen Entwicklungen arbeiten. Der Wunsch, die vorherige Staatsangehörigkeit zu behalten, kann auch von dem spezifischen Geburtsland herrühren. So ist beispielsweise der Verzicht in vielen Balkanländern, in Ländern Nordafrikas und im Nahen Osten entweder ungesetzlich oder mit hohen Gebühren und dem Verlust der Erb- und Eigentumsrechte verbunden.

Im Rahmen dieser Entwicklung zu mehr Toleranz versuchen Staaten, ihre traditionellen Bedenken durch andere politische Maßnahmen zu zerstreuen. Erst in jüngster Zeit erarbeitete internationale rechtliche Leitlinien haben die Befürchtungen wegen möglicher zwischenstaatlicher Konflikte, die durch die Bevorzugung des Aufenthaltslandes entstehen könnten, ausgeräumt. Offene Fragen zu Loyalität in einer liberalen Demokratie, den Rechten neuer und alter Staatsangehöriger, die sich zur Auswanderung entschlossen haben, und kulturellen Einflüssen können durch politische Bildung und intensivere Begegnungen zwischen Bürgern mit und ohne Mehrstaatigkeit angegangen werden.



Einer der Vorteile des rechtlichen und demografischen Trends zur Akzeptanz der Mehrstaatigkeit ist ein Anstieg der Einbürgerungsraten in vielen EU-Mitgliedstaaten. In diesen Ländern hat die Entscheidung eines Zuwanderers, die Staatsangehörigkeit anzunehmen, keine nachteiligen Nebeneffekte auf seine Familie oder seine sozialen und wirtschaftlichen Bindungen.

Zahlreiche Länder, von Zypern und Frankreich bis Ungarn und der Slowakei, fordern von Einbürgerungswilligen keinen Verzicht auf ihre vorherige Staatsangehörigkeit. Belgien, Frankreich, Irland, Portugal und das Vereinigte Königreich gestatten den im Land geborenen Kindern der ersten Generation die doppelte Staatsangehörigkeit.

Unter den politischen Parteien Finnlands wurde 2003 allgemein zugestimmt, dass mit der Akzeptanz der Mehrstaatigkeit die Wettbewerbsfähigkeit des Landes erhalten würde, es international gut angebunden wäre und positive Signale an die neu zugewanderten derzeitigen Zuwanderergemeinschaften in Finnland gesandt würden. Auch würde man einem Trend in anderen EU-Staaten folgen (darunter auch der Akzeptanz in Schweden 2001). Durch diese Reform verdoppelte sich das Interesse an der finnischen Staatsangehörigkeit, und das Land weist 2004 mit 6,4 % die höchste Einbürgerungsquote der EU auf.

www.migri.fi/netcomm/content.asp?path=8,2477,2652

Mit seinem Gesetz vom 28. Oktober 2008 verfolgt Luxemburg das Ziel, das Staatsangehörigkeitsrecht an die sich wandelnde Realität seiner Gesellschaft anzupassen und die Integration von Ausländern zu festigen, die entschlossen sind, sich endgültig dort niederzulassen. Die Tatsache, dass ein Antragsteller mehrere Staatsangehörigkeiten erwirbt, wird als Zeichen seiner Verbundenheit mit Luxemburg, seiner Bereitschaft zur Integration und seiner Bindung zu seinem Land und seiner Ursprungskultur betrachtet.

www.luxembourg.public.lu/fr/actualites/2009/01/01-droit-nationalite/index.html



5.3 **Verwaltungsverfahren zur Ermutigung künftiger Staatsbürger**

Gelten bei der Einbürgerung verschiedene Anspruchskriterien und -voraussetzungen, gilt es das Problem des breiten Ermessensspielraums zu lösen. Die Antragsteller und auch die Verwaltungsbehörden verpflichten sich zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben. Klare, ausführliche und verbindliche Leitlinien für eine gute Regierungsführung stellen sicher, dass die offiziellen Kriterien für die Einbürgerung auch real sind, dass ihre Anwendung transparent und unverzüglich, durchführbar und kostenbewusst erfolgt. So kann beispielsweise eine Gesetzgebung gegen Diskriminierung ausdrücklich eine Gleichbehandlung aller Antragsteller in Einbürgerungsverfahren verlangen.

Staaten können bei der Auslegung und Umsetzung ihrer Politik Verfahren fördern, mit denen antragstellende Zuwanderer als zukünftige Bürger willkommen geheißen werden.





Alle Mitgliedstaaten der EU stimmen als Unterzeichner des Internationales Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (1965) in Artikel 1 Absatz 3 zu, dass unabhängig von einzelstaatlichen Gesetzen und einzelstaatlicher Politik die Bestimmungen nicht auf diskriminierende Weise gegenüber bestimmten Nationalitäten angewandt werden.



www.unhchr.ch/html/menu3/b/d_icerd.htm

Zu dem Ansatz guter Regierungsführung gehört auch, dass die Antragsteller in der Verwaltungskultur als zukünftige Staatsangehörige gesehen werden. Verhaltensregeln für die Verwaltungspraxis, eine Überwachung der Einhaltung der Vorgaben, Bewertungsverfahren und Leistungsvergleiche sowie Programme zur Beurteilung durch Gleichrangige sind einige der Werkzeuge, die auf zahlreichen Ebenen der Regierungsführung eingeführt werden könnten.



Die Abschaffung breiter Ermessensspielräume der Verwaltung sowie eine geeignete Führung und Aufsicht sorgen für eine bessere Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und für mehr Effizienz der Einbürgerungsverfahren.

In den meisten Ländern ist das Einbürgerungsverfahren Ermessenssache. Die Reform von 2000 in Deutschland ersetzte eine im Ermessen der Beamten liegende Praxis durch das Recht auf die Annahme der Staatsangehörigkeit, was auf der Erkenntnis beruht, dass die Einbürgerung im öffentlichen Interesse lag. Der Bund und die Länder einigten sich auf gemeinsame Verwaltungsrichtlinien und verhandelten mehrfach, um eine Regelung für uneinheitliche regionale Auslegungen und Verfahren zu finden. Auch in Österreich wurden in regelmäßigen Treffen der Bundes- und Landesvertreter und durch Entscheidungen des Verwaltungsgerichts vage rechtliche Kriterien berichtigt.

In Ungarn erklären sich die seit 1990 steigenden Einbürgerungsquoten zum Teil aus den Verfassungsreformen, die den Ermessungsspielraum des Innenministeriums in Staatsangehörigkeitsfragen unter Kontrolle halten. Das Ministerium muss dafür sorgen, dass die Entscheidungen des Präsidenten zum Thema Einbürgerung zugunsten der Antragsteller ausfallen, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.

Dokumentation

Verwaltungsverfahren können der Situation im Herkunftsland Rechnung tragen und Anforderungen in Bezug auf die Dokumentation senken. So kann beispielsweise die Beschaffung von Dokumenten im Herkunftsland ein mühsames Unterfangen sein, unerschwinglich sein und mehrfache Reisen sowie Übersetzung und Beglaubigung durch Konsularbeamte erforderlich machen. Sicherheitsbedenken können es für Menschen aus bestimmten Ländern oder für Staatenlose unmöglich machen. Flexibilität und klare Richtlinien für Ausnahmen können die mehrfache Anforderung von Dokumenten sowie

eine mangelhafte Kommunikation zwischen Behörden erfolgreich vermeiden, was andernfalls dazu führt, dass Verfahren verzögert werden und die Gültigkeit nur begrenzt gültiger Dokumente vor einer Entscheidungsfindung erlischt.

Ist es unmöglich, bestimmte Dokumente zu beschaffen, akzeptiert die Zuwanderungs-
direktion in Finnland eine Erklärung des Antragstellers, sofern diese zuverlässig und stimmig
ist. Diese flexible Handhabung der Dokumentation in Verbindung mit einer Verringerung
der Entscheidungsebenen führte dazu, dass die Bearbeitung unmittelbar einsetzen kann
und Entscheidungen innerhalb weniger Monate getroffen werden können. In Fällen, in
denen eine Klärung erforderlich ist, ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit von drei
Jahren (2003) auf zwei Jahre (2009) gesunken.

[www.migri.fi/download.asp?id=kansalaisuus%5Fhakemuksesta%5Feng%2C+kansalai
suus%5Fhakemuksesta%5Feng;1080;{A73BFF7B-BDFC-481E-8B45-90C365CBA821}](http://www.migri.fi/download.asp?id=kansalaisuus%5Fhakemuksesta%5Feng%2C+kansalai
suus%5Fhakemuksesta%5Feng;1080;{A73BFF7B-BDFC-481E-8B45-90C365CBA821})

In den Niederlanden werden mögliche Probleme bei der Beschaffung von Dokumenten, in
erster Linie Geburts- und Heiratsurkunden, bereits bei der ersten Anmeldung in der Kom-
mune angegangen. In vielen Fällen reichen ein Reisepass und eine Aufenthaltsgenehmigung
aus, um die Staatsangehörigkeit zu beantragen.

Der Nationality Checking Service (NCS) (Staatsangehörigkeits-Prüfdienst) ist eine
Partnerschaft zwischen der Abteilung Staatsangehörigkeit des britischen Innenminis-
teriums und verschiedenen Kommunalräten in England und Wales. Unnötige Verzögerungen
des Verfahrens zur Beantragung der britischen Staatsbürgerschaft werden so vermieden.
Die Kommunalräte prüfen gegen einen Unkostenbeitrag, der unter dem Honorar privater
Rechtsanwälte liegt, ob die Anträge vollständig ausgefüllt sind und ob die erforderlichen
Dokumente beigefügt wurden.

www.ukba.homeoffice.gov.uk/britishcitizenship/applying/checkingservice/#header1

Höchstgrenzen für die Bearbeitungsdauer von Anträgen

Das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit legt fest, dass die Anträge in
angemessener Zeit zu bearbeiten sind. Einem Trend zufolge werden Höchstgrenzen für die
Bearbeitungsdauer als Richtwert für die Verwaltungspraxis und als Gewähr für Antragsteller
festgesetzt. Die öffentliche Verwaltung kann dann mehr personelle und finanzielle Mittel
in die Herausforderungen des nächsten Schrittes investieren, etwa in die Aufarbeitung von
Rückständen und die aktuelle Information der Antragsteller zum Stand ihres Antrags sowie
die Erstellung schriftlicher Begründungen für abschlägige Bescheide.



Der Informationsbeauftragte Irlands hatte seit 2003 gefordert, dass das Einbürgerungsverfahren das Gesetz für Informationsfreiheit befolgt und im Falle einer Ablehnung eine begründete Entscheidung liefert.



www.foi.gov.ie

Die Richtlinien des schwedischen Migrationsausschusses haben 2006 die Dauer des Einbürgerungsverfahrens auf acht Monate begrenzt. Zurzeit dauert eine Entscheidung im Durchschnitt zwischen einem und sechs Monaten. Auch Österreich, Belgien und die Niederlande haben Höchstgrenzen für das Verfahren von weniger als einem Jahr festgesetzt.



www.migrationsverket.se/english.jsp?english/estudier/estuduniv.jsp

Probezeiten zur Wiedereingliederung rehabilitierter Antragsteller

Der Staat hat ein berechtigtes Interesse daran, dass bei Einbürgerungsverfahren Antragsteller kenntlich gemacht werden, die wegen schwerer Straftaten verurteilt wurden. Noch immer gilt in vielen Einbürgerungsverfahren eine frühere Verurteilung wegen einer schweren Straftat automatisch als Ablehnungsgrund, ohne dass die Grundsätze Rehabilitierung Berücksichtigung finden. Eine Probezeit stellt eine Lösung dar, um den wegen bestimmter Straftaten Verurteilten eine zweite Chance zu geben. Wie andere Straftäter büßen sie ihre Strafe ab, und erfüllen sie dann die Voraussetzungen, wird ihr Antrag auf Einbürgerung nach einem gewissen Zeitraum angenommen. Ermessensspielräume der Verwaltung können durch gerechte, transparente und eindeutige gesetzlich festgelegte Kriterien eingeschränkt werden, und für bestimmte Straftaten und Urteile können Berechnungsmethoden festgelegt werden.



Antragsteller auf eine Einbürgerung in Schweden, die eine Straftat begangen haben, sind nach einer Wartezeit anspruchsberechtigt. Die Dauer bemisst sich nach der Schwere des Delikts und nach dem Urteil. Gezählt wird ab dem Zeitpunkt des Delikts oder im Falle einer langen Strafe ab dem Zeitpunkt der Freilassung. Dieser Zeitraum ermöglicht den Behörden die Prüfung der aktuellen Führung des einzelnen Antragstellers. Elemente eines Systems abgestufter Wartezeiten werden von Dänemark, Finnland und Norwegen berichtet.



www.migrationsverket.se/english.jsp?english/evisum/index.jsp

Sprachliche und integrative Bedingungen, die Antragsteller erfolgreich bestärken und zum Erfolg führen

Die meisten Einbürgerungsverfahren erwarten von Antragstellern der ersten Generation, die erst nach mehreren Jahren des Aufenthalts einen Anspruch erworben haben, dass sie grundlegende Kenntnisse einer der gängigen Sprachen des Landes erworben haben. Die Standards und Auswirkungen verschiedener erst kürzlich eingeführter sprachlicher und die Integration bzw. Bürgerschaft betreffender Voraussetzungen wie etwa Kurse und Tests müssen noch extern evaluiert werden, um ihre Tauglichkeit und Wirksamkeit zu prüfen, bevor sie als Integrationsanreize bestätigt werden. Einige Mitgliedstaaten haben diese Voraussetzungen nach dem Grundsatz eingeführt, dass die dauerhaft ansässige Zuwandererbevolkerung damit dazu angehalten wird, ihre Sprachkenntnisse und ihr Wissen über politische Institutionen und das politische System zu verbessern. Gleichzeitig wurden in anderen Staaten dieselben Voraussetzungen abgeschafft oder reduziert, da sie von einer Einbürgerung eher abschreckten, was anderen politischen Zielen dient, und sich außerdem unverhältnismäßig stark auf bestimmte Gruppen auswirkten, wie etwa Menschen mit niedrigem Bildungsgrad oder niedrigem sozioökonomischem Status.

In einer ersten Phase können Sprach- oder Integrationsvoraussetzungen oder -tests wirkungsvoll eingeführt werden, um den Ermessensspielraum der Verwaltung einzuschränken. Die Teilnahme an einem Kurs, die Vorlage von Zeugnissen oder anderen Bildungsnachweisen über abgelegte Prüfungen sind einheitlicher und besser vergleichbar, weniger dem Einfluss der Verwaltung unterworfen und unterstützen zahlreiche Anträge mit größerem Erfolg. Die Gefahr ist hier geringer, bei der Anwendung rechtlicher Vorgaben willkürlich, uneinheitlich und potenziell diskriminierend vorzugehen als bei anderen, stärker persönlich oder subjektiv gefärbten Formen der Beurteilung durch die Verwaltung. Vage Kriterien können daher entweder abgeschafft oder durch klarere Methoden der Beurteilung, die es zu untersuchen und zu erörtern gilt, ersetzt werden.

Das Gesetz vom 24. Juli 2001 ersetzte in Luxemburg eine Formulierung aus dem Jahr 1940, wonach von Ausländern „der Nachweis hinreichender Anpassung“ gefordert wurde, durch „ausreichende Integration erkennen lassen“. Sprachtests und Staatsbürgerkurse wurden formalisiert, verschiedene Instrumente, etwa eine Hotline, erleichtern den Zugang zu diesen Informationen.

Während der Debatten zur Reform des belgischen Staatsangehörigkeitsgesetzes von 2000 wurde der frühere Integrationstest als eine wenig praktische Hilfe für die Einbürgerung angesehen. Der Nachweis der „Bereitschaft des Antragstellers zur Integration“ musste durch Nachforschungen der örtlichen Polizei geführt werden, was zu außerordentlich subjektiven und uneinheitlichen Beurteilungen führte. Neue Zuwanderer zeigen ihre Bereitschaft zur Integration durch die Stellung des Antrags auf Einbürgerung und durch die Erklärung ihres Willens, Belgier werden zu wollen und Belgiens Verfassung, Gesetze und die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten einzuhalten.





Sprachtests waren nie eine rechtliche Anforderung des schwedischen Staatsbürgerschaftsgesetzes, und willkürliche Einstufungen in der Praxis waren seit den späten 1970er Jahren untersagt. Die Idee, diese Praxis einzuführen, wurde wiederholt aufgrund schwerwiegender Bedenken bezüglich der Integration und der Gerechtigkeit sowie der Uneinigkeit bezüglich des Zwecks und der Maßstäbe einer Einstufung verworfen.

In einer zweiten Phase kann das Konstrukt von sprachlichen oder staatsbürgerlichen Anforderungen so eingeführt werden, dass es sich auf die Erhöhung oder Beibehaltung der Anzahl der Anträge auswirkt und eine sehr hohe Erfolgsrate ergibt, die zu ähnlichen oder höheren Bewilligungsraten führt. Die Ausrichtung der Verfahren auf die Antragstellung, das Bestehen der Tests und die Annahmequoten kann sie effizienter gestalten und die Glaubwürdigkeit der Politik stärken. Sie können als Leistungsmaßstab für ein nachhaltiges Interesse, Engagement und positive Einstellungen unter Zuwanderern in Bezug auf die Einbürgerung als Weg zur Integration dienen.

Die Anzahl der Einbürgerungswilligen unter den Zuwanderern, die einen Antrag stellen oder ihn aufrechterhalten, steigt in gleichem Maße, wenn es kostenlose, qualitätsgeprüfte Vorbereitungskurse gibt, die flexibel genug sind, um die Lernbedürfnisse und praktischen Anforderungen der Antragsteller zu erfüllen. Die Aufgabe des Staates kann in der Qualitätssicherung bestehen, entweder durch das Angebot von Kursen oder durch die amtliche Anerkennung fachgeprüfter Nichtregierungsorganisationen und Bildungsträger. Der Staat kann auch Informationen und entweder individuelle Gutscheine oder Steuervergünstigungen anbieten, damit die Dienste kostenfrei oder zu geringen symbolischen Gebühren zur Verfügung stehen. Fachzeugnisse sind in einigen Fällen billiger und effektiver für die Antragsteller und auch für die Behörden.

Eine sehr hohe Erfolgsquote kann auch durch kostenfreie und niedrigschwellige Verfahren und Vorbereitungsmaterialien zum Selbststudium, wie etwa Lernanleitungen und Musterprüfungen, erreicht werden. Die Gestalter von Tests oder Kursen können sich auch auf gemeinsame Standards wie den Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen stützen. Leitlinien, Referenznormen und entsprechende Fallstudien wurden von der Abteilung Sprachenpolitik des Europarates erarbeitet.

Die Europäische Beobachtungsstelle für Bürgerschaftsfragen (Eucitac) wird vom Europäischen Integrationsfonds finanziert. Neben Informationen zu Rechtsvorschriften, Gesetzen, politischen Maßnahmen und Analysen zum Thema Staatsangehörigkeit wird die Webseite verfügbare und aktuelle amtliche Statistiken über den Erwerb und den Verlust der Staatsangehörigkeit in den 27 EU-Mitgliedstaaten und den benachbarten Ländern bereitstellen. Sie wird die bereits aus dem NATAC-Projekt vorliegende Datenbasis ausbauen und nationale Trends in Zahlen und im Vergleich vorstellen.

In Ungarn sind eine Liste der Testfragen und Leitfäden für eine mündliche Prüfung zu grundlegendem politischem und geschichtlichem Wissen verfügbar. Sie können zu geringen Kosten ausgedruckt oder kostenlos online heruntergeladen werden. Leitfäden, die vom Staat bereitgestellt werden, gibt es auch in Ländern wie Österreich, Dänemark, Estland, Lettland und im Vereinigten Königreich.

www.bmbah.hu

Antragsteller für eine Einbürgerung in Portugal müssen Dokumente vorlegen, die ihre Grundkenntnisse des Portugiesischen belegen und durch ein Prüfungszeugnis erlangt werden können. Jede amtliche portugiesische Bildungseinrichtung kann dieses Prüfungszeugnis ausstellen. Es sind auch kostenlose, öffentlich zugängliche Prüfungsbeispiele für die Sprachprüfung verfügbar.

www.acidi.gov.pt/modules.php?name=FAQ&myfaq=yes&id_cat=32&categories=Nacionalidade

Das finnische Gesetz zur Integration von Zuwanderern und zur Aufnahme von Asylsuchenden bestimmt, dass Zuwanderer, die arbeitslos sind oder soziale Unterstützungsleistungen erhalten, Anspruch auf einen persönlichen Integrationsplan haben, der Sprachkurse, multikulturelle Kurse, eine Einführung in finnisches Leben und berufliche Kurse umfasst. Einbürgerungswillige Antragsteller weisen Sprachkenntnisse auf unterschiedliche Art nach, wie etwa mit einem Zeugnis über den Abschluss der finnischen Grundschule.

www.suomi.fi/suomifi/english/subjects/migration/guidance_for_immigrants_and_integration/index.html

Eine hohe Erfolgsquote bei Tests kann durch Tests in der Gestaltungsphase oder im Rahmen eines Pilotprojekts erreicht werden. Fehlertoleranzen gibt es bei allen Testübungen, daher müssen alle schwierigen oder fehlerhaften Fragen vor dem allgemeinen Einsatz gelöscht werden. Wie schwierig und wie subjektiv es ist, einen Maßstab dafür zu erstellen und zu begründen, was grundlegend oder ausreichend ist, wird durch die in einer späteren Phase erfolgenden häufigen und öffentlichen Überprüfungen und eine sich daraus ergebende stärkere politische Aufladung auch der Allgemeinheit vor Augen geführt werden.

Es bleibt auch genügend Spielraum, um die Umstände des einzelnen Zuwanderers zu berücksichtigen. Umfangreiche, oft auch computergestützte Tests unterschätzen häufig die wahren Fertigkeiten. Einige Länder gewähren benachteiligten und gefährdeten Personen, wie etwa Minderjährigen und älteren Menschen, Analphabeten, Menschen ohne grundlegende Schulbildung oder mit psychischen Problemen, Ausnahmen. Viele Menschen sind vielleicht nicht ausreichend gerüstet, um den Test erfolgreich zu bestehen, ungeachtet ihrer Bereitschaft zu lernen und die Staatsangehörigkeit anzunehmen.



Einbürgerungswillige Antragsteller in den Niederlanden müssen die Einbürgerungsprüfung nicht absolvieren, wenn sie seit acht Jahren im schulpflichtigen Alter ansässig waren oder wenn sie den Abschluss einer niederländischen Universität oder einer niederländischsprachigen Universität in Surinam oder in Belgien vorweisen können. Andere sind wenigstens teilweise befreit, wenn sie gesundheitliche oder sprachliche Probleme bzw. mit der Lese- und Schreibkompetenz verbundene Probleme haben. In Ländern wie Estland sind Ausnahmen beim Einbürgerungstest vorgesehen für Menschen mit eingeschränkter Geschäftsfähigkeit und gesundheitlichen Einschränkungen. In Österreich sind auch Ausnahmen möglich für Überlebende des Holocaust, minderjährige Kinder, die die Grundschule besuchen, ältere Menschen und aus gesundheitlichen Gründen.

Jenseits der EU-Grenzen hat die australische Regierung die vorherige subjektive Befragung im Oktober 2007 durch einen ersten Versuch eines Einbürgerungstests ersetzt. Ein beträchtlicher Rückgang der Anträge und eine hohe Durchfallquote insbesondere unter aus humanitären Gründen Zugewanderten zwang die Regierung im Januar 2008 zu einer Überarbeitung des Einbürgerungstests und zu einer Öffentlichkeitsbefragung. Die Regierung und Zuwandererorganisationen befürworteten die Empfehlungen der Überarbeitung, wonach Ziel des Einbürgerungstests die Feststellung ist, ob eine Person die rechtlichen Anforderungen erfüllt. Diese basieren nicht auf Wissen über Belanglosigkeiten zu Australien, sondern darüber, was es bedeutet, ein Staatsbürger zu sein, kurz also auf der Verpflichtungserklärung, die Antragsteller bei ihrer Einbürgerung abgeben. Testfragen und Lernmaterialien werden in einfacherem und klarerem Englisch verfasst. Ein gestrafftes Verfahren wird etliche Testmethoden und Ausnahmeregelungen ermöglichen, um die Belange von benachteiligten und schutzbedürftigen Personen zu berücksichtigen. Ein landesweit einheitliches Grundschulprogramm zur Staatsbürgerschaftskunde wird ebenfalls umgesetzt.



www.citizenshiptestreview.gov.au

Ergeben Leistungsmessungen, dass bestimmte sprachliche oder staatsbürgerliche Voraussetzungen weiter in gleichem Ausmaß dazu beitragen, die zugewanderte Bevölkerung zur Antragstellung und zur erfolgreichen Einbürgerung zu bewegen, kann eine abschließende Leistungsmessung vorgenommen werden. In dieser Gestaltungsphase kann eine Langzeiterhebung mit Kontrollgruppen durchgeführt werden. Die Ergebnisse werden zeigen, ob die Gruppe, die diese Voraussetzungen erfüllt hatte, messbare Verbesserungen ihrer (sozialen, wirtschaftlichen, politischen usw.) Beteiligungsquoten und ihrer Selbsteinschätzung in Bezug auf ihr Wohlbefinden und ihr Zugehörigkeitsgefühl feststellen. Diese Ergebnisse können dann in die öffentlichen Debatten über die Schnittpunkte zwischen nationaler Staatsangehörigkeit und langfristiger Integration einfließen.

Wirkungsvolle sprachliche oder staatsbürgerliche Voraussetzungen für die Einbürgerung werden eingeführt, so dass die Zahl der Anträge weiter steigt, außerdem werden sie so umgesetzt, dass die Antragsteller sie auch erfüllen können. Sie erweisen sich als wirkungsvoll, wenn diejenigen, die diese Voraussetzungen erfüllen, sich stärker am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben beteiligen und ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl als zuvor entwickeln.



Eine 2007 von der „Lord Goldsmith QC Citizenship Review“, Vereinigtes Königreich, erstellte Druckschrift empfahl eine Langzeitauswertung darüber, wie sich die neuen Tests und Einbürgerungsvoraussetzungen auf die von Zuwanderern zurückgelegten Wege hin zur Staatsangehörigkeit auswirken. 2005 veröffentlichte die damalige Kommission für Rassengleichheit den Bericht *Citizenship and Belonging: what is Britishness?* (Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit: Was ist britisch?), in dem Briten mit sehr unterschiedlichem Hintergrund zu ihren Gedanken über eine gemeinsame Definition des „Britischseins“ befragt wurden.

www.justice.gov.uk/reviews/citizenship.htm

www.ethnos.co.uk/what_is_britishness_CRE.pdf



5.4 Vom Erwerb zur aktiven Ausübung der Staatsbürgerschaft unter alten und neuen Staatsbürgern

Eine aktive öffentliche Informationspolitik

Informationen zu den Vorteilen der Staatsbürgerschaft und zu den Anspruchsbedingungen und -vorschriften nutzen allen Bürgern. Zuwanderer und die Allgemeinheit sind oft nur dürftig über den Einbürgerungsprozess informiert, er wird für einfach gehalten in Ländern, in denen er in Wirklichkeit sehr schwierig ist, und umgekehrt. Viele der Beschwerden, die Antragsteller bei unterstützenden Nichtregierungsorganisationen vorbringen, fußen auf falschen Informationen. Behörden hingegen beklagen sich über unvollständige oder unberechtigte Anträge, die die Arbeitsbelastung steigern. Fehlinformationen der Allgemeinheit zur Einbürgerungspolitik und deren Zielen für ein Zuwanderungsland sind auch die Grundlage einer zuwandererfeindlichen Einstellung, die wiederum die politische Gestaltung hemmt.

Eine aktive Kommunikationsstrategie unterstützt und fördert Zuwanderer bei der Antragstellung, gleichzeitig wird die Öffentlichkeit über die Vorzüge der Einbürgerung für ein Zuwanderungsland informiert.





Die laufende Kampagne „PASSt mir!“ des Berliner Integrationsbeauftragten hat ihr Ziel bereits in ihrem ersten Jahr 2006 erreicht: Die Einbürgerungsquote Berlins ist zum ersten Mal in sechs Jahren gestiegen. Das wichtigste Produkt ist ein kleines Büchlein, das einem deutschen Pass ähnelt, in dem Berliner Prominente wie der Boxchampion Oktay Urkal die sozialen und politischen Vorteile der Einbürgerung für die Integration und auch das Verfahren selbst erklären. Unterstützt wird das Büchlein von einer Sensibilisierungskampagne, dazu gehören Live-Diskussionen und Werbung in öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Medien ethnischer Minderheiten.



www.berlin.de/lb/intmig/passt_mir.html

Kostenlose Webseiten zur Selbsteinschätzung werden von Behörden oder Nichtregierungsorganisationen auf ihre Qualität geprüft werden. Ein potenzieller Antragsteller wird bei der Beantwortung einfacher Fragen schrittweise durch die Rechtsprechung geführt und erfährt, ob er die Voraussetzungen erfüllt und auf was er sich in dem Verfahren gefasst machen und auf was er achten muss.



www.migri.fi/kansalaiseksi/eng/en-intro-2.html



www.allrights.be/index.php?option=com_wrapper&Itemid=494

Nationale Zentren zur Förderung der Zuwanderung (CNAI) in Portugal stellen eine einheitliche Anlaufstelle mit sich stets weiterentwickelnden Dienstleistungen dar als Reaktion auf den politischen Wandel und die Belange der stetig ansteigenden ansässigen Zuwanderer sowie der übrigen Staatsbürger. Eine wachsende Zahl von portugiesischen Staatsangehörigen hat auch tatsächlich begonnen, dieses Angebot, das nicht auf einen bestimmten rechtlichen Status eingegrenzt ist, in Anspruch zu nehmen. Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsgesetz wurde 2006 eine neue Abteilung der Meldebehörde eingerichtet, die Anträge von Zuwanderern und ihrer in Portugal geborenen Nachkommen bearbeitet. Ämter für Rechtshilfe von Rechtsanwälten bieten bedarfsorientierte juristische Dienstleistungen.



www.oss.inti.acidi.gov.pt

Entwicklungen der Ansichten, die Staatsangehörige und Ausländer von der Staatsangehörigkeit haben, können als Teil der Beobachtung zur Integration einfließen. Die Überwachung der Integration ergab in Estland im Jahr 2000, dass Nicht-Esten überwiegend den Erwerb der Staatsangehörigkeit anstreben und diese auch für ihre Kinder, Ehepartner und Eltern für sinnvoll halten. Die Überwachung von 2005 ergab, dass sich eine gestiegene Toleranz positiv auf die öffentliche Meinung in Estland ausgewirkt hat, denn 54 % befürworteten das vereinfachte Verfahren zum Erwerb der Staatsangehörigkeit für in Estland geborene russischsprachige Bürger.



www.meis.ee/eng/raamatukogu/?k=monitoring&a=&t=&y=&view=search

Feiern als Treffpunkt

Die eigentliche Verleihung der Staatsangehörigkeit war in der Vergangenheit eine einfache und bürokratische Angelegenheit, die aus der Aushändigung der Papiere zur Staatsangehörigkeit bestand. Öffentliche Verleihungen der Staatsangehörigkeit können vielfältige Identitätsebenen miteinander verbinden: lokale, regionale, nationale und internationale. Obgleich diese Feiern häufig vor dem Hintergrund von Debatten über entstehende nationale Identitäten eingeführt werden, finden sie in örtlichen kommunalen Räumen statt, was ihnen verschiedene Nuancen und Bedeutungen verleiht, die der alltäglichen Wirklichkeit von Zuwanderern und der Allgemeinheit näher stehen. Sie bauen auf Erfahrungen der demokratischen Geschichte ihres Landes auf oder ziehen Parallelen zu anderen bürgerlichen Feiern, wie etwa den Feiern für junge Menschen, die wahlberechtigt werden.

Feiern müssen Bürger, Politiker und Medien zusammenbringen. Ihre Teilnahme macht aus den Feiern eine Plattform zur Bewusstseinsbildung, so dass sie den neuen Bürgern eine Stimme verleihen. Alle zivilgesellschaftlichen Akteure und Integrationsakteure können sie als Treffpunkt nutzen, um neue Ehrenamtliche zu werben oder neue Wähler zu registrieren.

Öffentliche Gelöbnisse und Feiern, die in der EU noch eher selten sind, sind ein dynamisches Element der aktuellen bürgerschaftlichen Politik. Länder, in denen öffentliche Feiern Tradition haben, haben diese aufleben lassen (Norwegen z. B. nach einer Unterbrechung von 30 Jahren). Andere haben neu begonnen und wurden von nordamerikanischen Modellen inspiriert, die selbst diskutiert und neu gestaltet werden. Feiern werden nun in Estland, Frankreich, im Vereinigten Königreich, in einigen Bundesländern Österreichs, in den Niederlanden am „Einbürgerungstag“ (24. August) und in Dänemark (im nationalen Parlament) veranstaltet.

Der wichtigste Punkt, auf den eingegangen werden muss, sind alle Anforderungen, die erfolgreiche Antragsteller von der Teilnahme oder der Entgegennahme ihrer nationalen Staatsangehörigkeit abhalten. Organisatoren werden auch auf steigende Teilnahmequoten achten, bei Einladungen nachfassen sowie amtliche Beratung und Information anbieten und ausreichend öffentliche Mittel bereitstellen.

Die Einführung von Einbürgerungsfeiern bietet eine Plattform für die Sensibilisierung und für aktive Bürgerschaft neuer und alter Staatsbürger.



Seit 2006 sind die französischen Präfekturen dazu verpflichtet, für Zuwanderer, die die französische Staatsangehörigkeit erwerben, freiwillige „Begrüßungsfeiern für neue französische Staatsbürger“ zu veranstalten. Die erforderlichen Dokumente werden unabhängig von der Feier verteilt. Die Veranstaltung soll ein feierlicher und zugleich festlicher Moment sein, an dem amtliche Vertreter und auch Politiker teilnehmen. Nach dem Auswertungsfragebogen von 2008 kamen fast alle Präfekturen zu der Ansicht, dass die Feiern gut laufen und von der eingeladenen Öffentlichkeit gut angenommen werden.

<http://vosdroits.service-public.fr/particuliers/F15868.xhtml>





Ein Beratungsverfahren setzte 2002 im Vereinigten Königreich die Entwicklung von Staatsbürgerschaftsfeiern in Gang, in denen neue Staatsbürger im gemeinsamen bürgerschaftlichen Raum begrüßt werden. Lokale Behörden genießen Spielraum dabei, wie diese lokalen Feiern ablaufen sollen, sie können nationale und lokale Symbole einbringen, einen Eid oder ein Bekenntnis zur Königin und ein Gelöbnis, demokratische Werte und bürgerschaftliche Pflichten wertzuschätzen, integrieren. Seit dem 1. Juni 2007 können neue Staatsbürger des Vereinigten Königreichs in Wales den Eid und das Gelöbnis in walisischer Sprache ablegen. Von Februar 2004 bis Juli 2005 haben 77 900 Erwachsene an den Staatsbürgerschaftsfeiern teilgenommen.



<http://ukba.homeoffice.gov.uk/britishcitizenship/applying/ceremony>

Der Migrations- und Einbürgerungsdienst des niederländischen Justizministeriums hat Kommunalbehörden angewiesen, den Schwerpunkt ihrer Ansprache bei den Feiern auf die neu erworbenen Grundrechte der neuen Staatsbürger zu legen, auf ihr aktives und passives Wahlrecht für die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments, den Provinzrat und das Europäische Parlament und auf ihre Qualifikation für alle Stellen im öffentlichen Dienst, wie Minister, Richter, Botschafter oder Polizeibeamte.



www.justitie.nl/onderwerpen/immigratie_en_integratie/naturalisatieceremonie

Betrachten wir Drittländer wie die Vereinigten Staaten und ihre langjährige Erfahrung mit Feiern, so waren diese Feiern ein zentraler Bestandteil des „New Americans Democracy Project“, das von der Koalition für Migranten- und Flüchtlingsrechte Illinois koordiniert wurde. Von 2004 bis 2006 wurden 42 000 zugewanderte Neuwähler in die Wählerliste eingetragen. Allein 2008 haben Feldorganisatoren in der Region Chicago rund 20 000 Personen eingetragen und für die Präsidentschaftswahlen im November 2008 rund 50 000 Personen mobilisiert.



<http://icirr.org/en/nadp>

Zivilgesellschaftliche Projekte und politische Bildung für alte und neue Staatsbürger

Aktive Bürgerschaft hat damit zu tun, wie Einzelne an der Zivilgesellschaft, an der Gemeinschaft und am politischen Leben auf verschiedenen Ebenen der Regierungsformen auf eine Weise teilnehmen können, die ihr gemeinsames Sozialkapital mehrt. Die Maßstäbe für das Engagement für eine aktive Bürgerschaft werden durch die zeitgenössischen politischen Normen und die gesetzlichen Vorschriften gesetzt: gemeinsame Werte wie Menschenrechte, Demokratie und interkulturelles Verständnis.

Ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligen alte und neue Staatsbürger als Gleichrangige in konkreten alltäglichen Situationen, die dazu beitragen, die zukünftige Staatsangehörigkeitspolitik und die Debatten über die Identitäten zu gestalten.

Initiativen und Kurse zu aktiver Bürgerschaft in der Pflichtschule bestärken in der Ausübung der Rechte und Pflichten, die mit der Staatsangehörigkeit einhergehen, und sie fördern so ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl in einer vielfältigen Gesellschaft.



Das niederländische Zentrum für politische Beteiligung ist eine unabhängige, überparteiliche Organisation, die verschiedene Spezialkurse, Diskussionstreffen, Forschungsprojekte und Netzwerkaktivitäten entwickelt hat, um die politische Beteiligung von Bürgern mit Migrationshintergrund zu verstärken und ihren Anteil an Vertretern in Kommunal- und Bezirksräten zu erhöhen.

www.publiek-politiek.nl/English

„New Citizens Voice“ (Stimme der neuen Staatsbürger) ist eine gemeinnützige Organisation, die sich seit 2003 für die Verbesserung des Status und die Verstärkung der Wahrnehmung eingebürgerter Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs und von Bürgern des Commonwealth mit Wahlrecht einsetzt. Ziel ist es, sie zu gleichberechtigten Akteuren in der Entwicklung des Vereinigten Königreichs zu machen. Zu den Aktivitäten gehören Migrantenfokusgruppen, Workshops, Bürgerschaftstourneen und ein „New Citizen Radio“ (Radio für neue Staatsbürger). Die Organisation berichtet über ein stärkeres Selbstgefühl und größere Selbstachtung unter den Teilnehmern und eine gestiegene Beteiligung in der lokalen Gemeinde und an bürgerschaftlichen Aufgaben als Schulleiter, Berater und sogar Parlamentsabgeordnete.

www.newcitizensvoice.com

Die „Charta der Werte der Staatsbürgerschaft und der Integration“ wurde 2006 in Italien verabschiedet, um die für alle Mitglieder der italienischen Gesellschaft geltenden Werte und Grundsätze zu erläutern. Sie umfasst die Menschenwürde, soziale Rechte, Familienleben, Laizismus und religiöse Freiheit und die internationalen Verpflichtungen Italiens. Die Charta und die ersten 44 Artikel der italienischen Verfassung sind Online in vielen der Sprachen der in Italien ansässigen Zuwanderer abrufbar.

www.interno.it/mininterno/export/sites/default/it/assets/files/14/0919_charter_of_values_of_citizenship_and_integration.pdf





Politische Bildung in der Pflichtschule kann den Ausgangspunkt für aktive Bürgerschaft in einer vielfältigen Gesellschaft bilden.



Die Erhebung zur politischen Bildung der Internationalen Vereinigung zur Auswertung von Bildungsergebnissen befragte 1999 insgesamt 90 000 Schüler im Alter von 14 Jahren in 28 Ländern, darunter England, Schweden, Deutschland, Schweiz und das französischsprachige Belgien. Sozial benachteiligte ethnische Minderheiten erklärten häufiger, dass sie etwas aus ihrem Unterricht zur politischen Bildung in der Pflichtschule gelernt hatten. Es zeigte sich, dass sie genauso hinter staatsbürgerlichen Werten (wie Patriotismus, Vertrauen und Geschlechtergleichheit) standen wie im Land geborene Jugendliche mit demselben sozialen Hintergrund und dass sie diese Werte eher als universell betrachteten denn als für eine bestimmte Kultur oder Identität kennzeichnend. Sie zeigten sogar eine stärkere Solidarität und größere Toleranz gegenüber Zuwanderern und ein größeres Interesse an Schule und Politik.



<http://nces.ed.gov/surveys/CivEd>

In Österreich und insbesondere in Wien wurde seit 1997 Ethikunterricht zum Teil als Reaktion auf die zunehmende religiöse Vielfalt eingeführt. Der Lehrplan hilft den Schülern dabei, ein gemeinsames Wissen über Menschenrechte, vergleichende Religionsstudien und grundlegende bürgerschaftliche Werte zu erwerben. Eine Auswertung zeigte, dass das Wissen und der Dialog zu vergleichenden religiösen und kulturellen Überzeugungen unter den Schülern zugenommen hatte. Lehrer begrüßten den Lehrplan als Ergänzung des Religionsunterrichts und als Möglichkeit, einen Dialog in Gang zu setzen.

„Networking European Citizenship Education“, eine länderübergreifende Initiative der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung, erleichtert den Transfer von Kompetenzen und fördert einen neuen europäischen Handlungsspielraum für bestehende nationale Initiativen. In den Konferenzen wurde eine neue Sicht der politischen Bildung in den Zuwanderungsgesellschaften Europas aufgezeigt.



[www.bpb.de/themen/NL4E3C,0,0,Networking_European_Citizenship_Education_\(NECE\).html](http://www.bpb.de/themen/NL4E3C,0,0,Networking_European_Citizenship_Education_(NECE).html)

Schlussfolgerungen

1. Zuwanderer, die ihre Zukunft in einem Land sehen, haben ein Interesse daran, dauerhaft als vollwertige Mitglieder der nationalen Gemeinschaft zu leben.
2. Der Wandel der Staatsangehörigkeit erfolgt durch Gesetze, Identitäten jedoch entwickeln sich und werden dynamischer durch aktive Bürgerschaft. Es liegt im Interesse der Aufnahmegesellschaften, Zuwanderer zum Erwerb der Staatsangehörigkeit zu ermutigen sowie neue und langjährige Staatsbürger in die Lage zu versetzen, eine gemeinsame Zukunft in einer vielfältigen Gesellschaft zu gestalten.
3. Es liegt im Interesse der Zuwanderungsländer, ihren Einwohnern die vollgültige Staatsbürgerschaft zu verleihen und sie damit gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch umfassend einzugliedern.
4. Anhaltend niedrige Einbürgerungsraten können angehoben werden, indem bestimmte Teile des Staatsangehörigkeitsrechts abgeschafft werden, die unbeabsichtigt größere Hürden darstellen und die ansässige ausländische Bevölkerung von einer Antragstellung abhalten.
5. Die Zulassungsvoraussetzungen für eine Einbürgerung können der Tatsache Rechnung tragen, dass Neuzuwanderer gewöhnlich nach wenigen Jahren des Aufenthalts einen Anspruch auf die Staatsangehörigkeit erworben haben und diese auch anstreben.
6. Mit der Einführung des *ius soli* für die Nachkommen der ersten Generation kann das Recht dazu beitragen, im Land geborenen Kindern gleiche Rechte zu gewähren und eine bessere Ausgangssituation für ihre schulische und berufliche Laufbahn zu schaffen.
7. Bedürftigkeitsprüfungen und Gebühren können dahin gehend geprüft werden, ob sie sinnvoll sind für die wirtschaftliche Integration und ob sie sich auf die demokratische Regierungsführung auswirken.
8. Einer der Vorteile des rechtlichen und demografischen Trends zur Akzeptanz der Mehrstaatigkeit ist ein Anstieg der Einbürgerungsraten in vielen EU-Mitgliedstaaten. In diesen Ländern hat die Entscheidung eines Zuwanderers, die Staatsangehörigkeit anzunehmen, keine nachteiligen Nebeneffekte auf seine Familie oder seine sozialen und wirtschaftlichen Bindungen.
9. Staaten können bei der Auslegung und Umsetzung ihrer Politik Verfahren fördern, in der antragstellende Zuwanderer als zukünftige Bürger willkommen geheißen werden.
10. Die Abschaffung breiter Ermessensspielräume der Verwaltung sowie eine geeignete Führung und Aufsicht verstärken die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und die Wirksamkeit der Einbürgerungsverfahren.



11. Die Einführung einer wirkungsvollen sprachlichen oder staatsbürgerschaftlichen Voraussetzung für die Einbürgerung fördert weiter die Antragstellung und wird so umgesetzt, dass die Antragsteller sie auch erfüllen können. Es erweist sich als wirkungsvoll, wenn neue Staatsbürger ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl entwickeln und sich stärker am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben beteiligen, als sie es zuvor getan haben.
12. Eine aktive Kommunikationsstrategie unterstützt und fördert Zuwanderer bei der Antragstellung, gleichzeitig wird die Öffentlichkeit über die Vorzüge der Einbürgerung für ein Zuwanderungsland informiert.
13. Die Einführung von Einbürgerungsfeiern bietet eine Plattform für die Sensibilisierung und für aktive Bürgerschaft neuer und alter Staatsbürger.
14. Initiativen und Kurse zu aktiver Bürgerschaft in der Pflichtschule bestärken in der Ausübung der Rechte und Pflichten, die mit der Staatsangehörigkeit einhergehen, und sie fördern so ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl in einer vielfältigen Gesellschaft.





Kapitel 6

Jugendliche Zuwanderer, Bildung und der Arbeitsmarkt



Eine verbesserte Qualität und Wirksamkeit von Bildung und Ausbildung und ein leichter Zugang eröffnet Zuwanderern mehr und bessere berufliche Möglichkeiten. Sie finden dadurch einen leichteren Einstieg in den Arbeitsmarkt, wodurch der soziale Zusammenhalt gestärkt wird.

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren sowie Sprachkenntnisse haben einen beträchtlichen Einfluss auf die Chancen und Herausforderungen, denen Zuwanderer in jeder Phase ihrer Bildung von der Kindheit bis ins junge Erwachsenenalter begegnen. Mithilfe von Maßnahmen können die Fähigkeiten jugendlicher Zuwanderer und die Kapazitäten der allgemeinen Einrichtungen, die für die Befriedigung ihrer Lernbedürfnisse zuständig sind, verbessert werden.

In diesem Kapitel werden Strategien zur Anhebung der Bildungsabschlüsse von Schülern mit Migrationshintergrund dargestellt, die durch Verbesserungen des Schulsystems, einen verstärkten Kapazitätsausbau bei Lehrern und der Verwaltung und eine aktive Einbindung junger Zuwanderer und ihrer Eltern angestrebt wird.

Dieses Kapitel bezieht sich auf das gemeinsame Grundprinzip Nummer 5, das lautet: „Das Bildungswesen der Mitgliedstaaten spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration neuer junger Zuwanderer sowie der zweiten und dritten Generation, insbesondere im Hinblick auf den Erwerb von Sprachkenntnissen.“

6.1 Verbesserung des Schulsystems

Die Gründe für die schwachen schulischen Leistungen der ersten und zweiten Generation – die Sprachkenntnisse in den Familien oder die Umstände der Migration und der Niederlassung oder auch andere Faktoren – variieren je nach Schulsystem und auch im Zeitverlauf. Die Leistungen eines Kindes mit Migrationshintergrund in der Schule hängen in der Regel mit dem sozioökonomischen Status zusammen, sind jedoch nicht ganz ihrer benachteiligten Situation zuzuschreiben. In einigen Ländern werden sie tendenziell schlechtere – oder bessere – Schulleistungen erzielen als andere Kinder mit ähnlichem sozioökonomischem Status. Schüler mit Migrationshintergrund sehen sich in den verschiedenen Stadien der Ausbildung vor unterschiedliche Schwierigkeiten und Hindernisse gestellt. Hindernisse, die in einer frühen Phase nicht angegangen wurden, können sich später zu größeren Schwierigkeiten verdichten, früh angenommene Herausforderungen können jedoch neue und bessere Lern- und Beschäftigungschancen eröffnen.

Das Gewicht dieser unterschiedlichen nachteiligen Faktoren in verschiedenen Phasen und Schulsystemen bestimmt, welche Mischung politischer Antworten am besten geeignet ist. Forschungen zeigen, dass die Leistung der Schüler in einigen Ländern oder

an bestimmten Punkten des Schulsystems stark von ihrem sozioökonomischen Status beeinflusst wird. Politik wird in diesen Fällen wirkungsvoller sein, wenn sie auf traditionelle Maßnahmen für eine breit angelegte Zielgruppe zurückgreift, also für Schüler mit und ohne Migrationshintergrund. Bei dieser Zielgruppe kann es sich um leistungsschwache Schüler handeln, um Schüler in speziellen Schulzweigen oder in besonderen Übergangsphasen oder um Schüler, die aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status stammen. Forschungen können auch ergeben, dass die Leistungen der Lernenden besonders stark von ihren Sprachkenntnissen oder davon, ob sie einen Migrationshintergrund aufweisen oder nicht, abhängen. In diesen Ländern und an diesen Stellen im Schulsystem wird die Politik mehr ausrichten können, wenn sie zielgerichtete Maßnahmen ergreift, die bestimmte Kategorien von Zuwanderern und ihre Nachkommen begünstigen. Zielgruppen können Neuankömmlinge sein, die zweite oder dritte Generation oder Schüler aus Haushalten, in denen eine andere Sprache als die Landessprache gesprochen wird. Im Schulsystem finden daher sowohl zielgerichtete wie herkömmliche Maßnahmen Anwendung, je nach dem, welche nach den Hinweisen der Forschung als besonders erfolgversprechend gelten.

Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission hatte 2008 eine Debatte in der EU in Gang gesetzt mit ihrem Grünbuch *Migration und Mobilität: Herausforderungen und Chancen der EU-Bildungssysteme*.

Weitere Analysen und Praxisbeispiele können abgerufen werden unter:

Die Begleitstudie zum Grünbuch: *Education and the Integration of Migrants* (Bildung und die Integration von Migranten):

www.efms.uni-bamberg.de/pdf/NESEducationIntegrationMigrants.pdf

Integrating Immigrant Children into Schools in Europe (Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in den Schulen Europas), das Informationsnetzwerk Eurydice zu Bildung in Europa der GD Bildung und Kultur, http://eacea.ec.europa.eu/ressources/eurydice/pdf/0_integral/045EN.pdf

http://eacea.ec.europa.eu/ressources/eurydice/pdf/0_integral/045EN.pdf

What Works in Migrant Education? A Review of Evidence and Policy Options (Erfolgreiche Maßnahmen in der Bildung von Migranten – ein Überblick über die Fakten und die Optionen der Politik), das für die thematische Übersicht der OECD zur Migrantenbildung erstellt wurde:

[www.oalis.oecd.org/olis/2009doc.nsf/NEWRMSFREDAT/NT00000B0A/\\$FILE/JT03259280.PDF](http://www.oalis.oecd.org/olis/2009doc.nsf/NEWRMSFREDAT/NT00000B0A/$FILE/JT03259280.PDF)





Where Immigrant Students Succeed: A Comparative Review of Performance and Engagement in PISA 2003 (Wo Studenten mit Migrationshintergrund erfolgreich sind: Eine vergleichende Studie zu Leistung und Einsatz bei PISA 2003), erstellt von der OECD:



www.oecd.org/dataoecd/2/38/36664934.pdf

Welche Aufgaben können Entscheidungsträger in Bildung, Integration und anderen Politikbereichen übernehmen?

Eine Verbesserung der Bildungsabschlüsse der ersten und zweiten Generation stellt über viele Bereiche der Regierung und der Regierungsführung hinweg ein Ziel dar. Die meisten der benachteiligenden Faktoren, die Schüler mit Migrationshintergrund in der Schule und beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zu meistern haben, fallen in den Bereich der Bildungspolitik.

Bildungsministerien übernehmen die Führung bei der Entscheidung zwischen allgemeinen und speziellen Zielen. Sie können anschließend die horizontale Koordination und ressortübergreifende Projekte mit anderen Ministerien, darunter auch speziellen Integrationsressorts, unterstützen. Zielgerichtete Jugendprogramme, die in Ministerien für Zuwanderung oder Integration verabschiedet wurden, können sich auf Fachkompetenz, Grundwerte und Standards der Bildungspolitik stützen. Andere Ministerien können zu spezifischen Themen einbezogen werden: Ministerien für Wohnungsbau und Stadtentwicklung zur schulischen Segregation, Ministerien für Familien und soziale Angelegenheiten zur Vorschulerziehung oder Ministerien für Beschäftigung und Chancengleichheit zu arbeitsmarktpolitischen Integrationsprogrammen. Gremien zur vertikalen Koordinierung sind ebenfalls von Bedeutung für den Aufbau von Arbeitspartnerschaften zur Umsetzung dieser politischen Ziele auf der entsprechenden Ebene der Regierungsführung. Diese Gremien können auch dazu genutzt werden, strategische Partnerschaften zu bilden, die beispielsweise lokalen Initiativen Einfluss verschaffen und für Aufmerksamkeit seitens der Interessengruppen oder der Geldgeber auf höherer Ebene sorgen.



Die weiteren gesellschaftlichen Bedingungen, die in den Zuständigkeitsbereich unterschiedlicher politischer Ressorts fallen, wie etwa Zuwanderung, Wohnungsbau, soziale Angelegenheiten und Beschäftigung, können eine erfolgreiche Bildungspolitik entweder fördern oder behindern.

Zugang zu Grundschul- und Sekundarschulbildung für alle

In den meisten Mitgliedstaaten gilt das Recht auf Bildung für alle Kinder im Grundschul- und im Sekundarschulalter, ungeachtet ihres rechtlichen Status oder der Dauer ihres Aufenthalts. Dieses Recht ist Bestandteil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Nur

in wenigen Ländern gibt es keine Sicherheitsvorkehrungen, nach denen Schulen Kinder aufnehmen müssen, deren Status ungeklärt ist oder die in dem Aufnahmeland geblieben sind oder voraussichtlich für eine kurze Zeit bleiben werden. So können beispielsweise die Aufnahmevorkehrungen für Asylsuchende überarbeitet werden, damit für deren Kinder eine Bedarfsanalyse und eine Einschreibung in die Schule baldmöglichst nach der Ankunft oder nach der Antragstellung erfolgen kann.

Eine mögliche schulische Segregation resultiert zum Teil aus der Ausgrenzung durch die Wohnsituation. Zuwanderer mit niedrigem sozioökonomischem Status werden aus Kostengründen (oder aufgrund von Diskriminierung) aus Wohnvierteln mit guten Schulen ausgegrenzt, während einheimische Familien womöglich dazu tendieren, aus Wohnvierteln mit steigendem Migrantenanteil wegzuziehen (die sogenannte „weiße Flucht“). Einigen Schülern ist es gelungen, Zugang zu guten Schulen außerhalb ihrer Wohnviertel zu erlangen mit Hilfe von „Schulwahl“-Programmen, die Eltern eine größere Wahlfreiheit bei der Schule einräumen, die ihre Kinder besuchen. Viele dieser Schulwahlprogramme begünstigen jedoch nicht Familien mit Migrationshintergrund oder mit niedrigem sozioökonomischem Status. Einheimische Familien nutzen häufiger die Möglichkeit, die Schule auszuwählen und sich gegen Schulen mit einem hohen Migrantenanteil zu entscheiden. Die OECD schlägt vor, dass Schulwahlprogramme nach einem einfachen Lotteriesystem vorgehen sollten, damit die Außenseiternachteile von Zuwanderern gemindert werden.

Eine Strategie, die die Verbindung zwischen der Konzentration von Zuwanderern und schwachen Bildungsleistungen aufbrechen könnte, ist die schwerpunktmäßige Verbesserung der Schule und der Lehrqualität von Schulen mit hohem Zuwandereranteil.

Qualität in multiethnischen Schulen (QUIMS) in der Schweiz erhöht das Bildungsniveau und gibt Schulen eine Qualitätsgarantie, deren Schüler zu 40 % oder mehr einen Migrationshintergrund haben, wodurch mehr einheimische Schüler aus Schweizer Mittelklassefamilien angezogen werden sollen. Diese Schulen werden fachlich und finanziell besonders unterstützt in speziellen Bereichen wie dem Sprachunterricht, der Bedarfsanalyse für die laufende Förderung und einer integrativen, nichtdiskriminierenden Kultur für die gesamte Schule.

www.quims.ch



Eine andere Strategie mischt Schulen mit vorwiegend einheimischen Schülern mit Schülern mit Migrationshintergrund. So bieten beispielsweise Schulen mit vorwiegend einheimischen Schülern finanzielle Anreize, um für Zuwanderer attraktiv zu werden. Die Entwicklung starker Partnerschaften für Lehrkräfte und auch außerschulische Aktivitäten mit nahegelegenen Schulen mit einem entsprechend hohen Anteil an Schülern mit oder ohne Migrationshintergrund könnte ebenfalls hilfreich sein.



Die Verringerung der Segregation sowohl von Zuwanderern als auch von Einheimischen in der Schule ist eine weitere Idee, die beispielsweise von dem Kopenhagener Integrationsmodell 2006 verfolgt wird. Schulen mit hohem Zuwandereranteil nutzen verschiedene Kontakt- und Informationsstrategien, um dänische Familien anzuziehen, während Schulen mit vorwiegend dänischen Schülern Integrationsbeauftragte und muttersprachliche Dolmetscher verpflichten, um Familien mit Migrationshintergrund anzuziehen. Anzumerken ist, dass 15 % der Leistungslücke zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund durch das geballte Auftreten von Zuwanderern und die Bildungsabschlüsse der Eltern erklärt werden.



www.kk.dk

Reduzierung der Voreingenommenheit bei der Auswahl und der Gruppenbildung im Schulsystem

Die Konzentration von Zuwanderern kann ebenfalls Ergebnis einer dem Bildungssystem innewohnenden Voreingenommenheit sein. Es ist eine übliche Praxis im Bildungswesen, die Gruppenbildung und die Einstufung der Schüler nach „besseren“ und „geringeren“ Leistungsfähigkeit zu beginnen. Hat ein Kind jedoch einen geringeren sozioökonomischen Status oder einen Migrationshintergrund, lassen Forschungsergebnisse vermuten, dass es eher in eine geringere Leistungsfähigkeitsstufe eingeordnet wird als Gleichaltrige mit ähnlichen Ergebnissen in den Leistungstests. Die Verzerrungen, die diesen Nachteil erklären, basieren auf subjektiven Empfehlungen der Lehrer, einer Leistungsgruppeneinteilung in frühem Alter, einer Vielfalt unterschiedlicher Schularten und der möglichen Fehldiagnose bei Lernenden aus ethnischen Minderheiten oder mit Migrationshintergrund, die als Lernende mit besonderen Bedürfnissen eingestuft werden.

Bildungsreformen wurden in jüngster Zeit in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten gestartet. Der Zeitpunkt für die Auswahl nach Leistungsgruppen kann relativ spät gesetzt werden, damit die Kinder genügend Zeit haben, ungleichmäßige Startpositionen auszugleichen. Unterschiedliche Schularten können in eine zusammengefasst werden, damit gleichaltrige Schüler von einem anspruchsvollen Lehrplan mit hoher Qualität profitieren können. Beurteilungen können dann auf objektiveren Kriterien fußen, damit der Einfluss von Stereotypen und verzerrter Wahrnehmung so gering wie möglich gehalten wird. Fachleute, die Analysen der „besonderen Bedürfnisse“ durchführen, können zur Erkennung von Sprachschwierigkeiten, kulturell unterschiedlichem Verhalten und negativen Stereotypen bei Schülern mit Migrationshintergrund geschult werden. Das Konzept der „Top Class Primary School“ (Grundschule der Spitzenklasse) ermöglicht es motivierten Kindern mit Potenzial, ein zusätzliches Grundschuljahr zu besuchen, damit sie die Aufnahmeprüfung für eine angesehenere Bildungslaufbahn bestehen. Es ist noch zu früh, um Aussagen dazu treffen zu können, ob diese unterschiedlichen vielversprechenden Bemühungen erfolgreich sind und zu genaueren Beurteilungen und besser geeigneten Bildungslaufbahnen führen.

Schüler mit Migrationshintergrund haben mehr Erfolg in Schulsystemen mit weniger Schultypen, einer späteren Einteilung in Leistungsgruppen und mit objektiven Methoden der Bewertung, auch in Fällen mit besonderen Bedürfnissen.



Genauere Einstufung der ausländischen Lernerfahrungen von Neuankömmlingen

Bildungseinrichtungen müssen das in den Herkunftsländern erreichte Schulbildungsniveau von Neuankömmlingen richtig einstufen. Die staatlichen Stellen können diese Einstufung fallweise den Mitarbeitern der Schulen überlassen. Schulen verfügen häufig nicht über die Fachkompetenz oder über die Mittel, um das Schulbildungsniveau festzustellen und die Entsprechung des Schulsystems im Herkunftsland mit dem des Aufnahmelandes abzugleichen. Wenn außerdem die Beurteilung entweder ganz oder zum Teil nicht in der Muttersprache des Schülers durchgeführt wird, kann es passieren, dass der Schüler in eine Klasse unterhalb seiner Altersklasse versetzt wird, was sich negativ auf seine schulische und soziale Entwicklung auswirkt. Fehlende einheitliche Kriterien führen leicht zu einer landesweit uneinheitlichen Anwendung. Eine unpassende Einstufung oder Benotung und die daraus resultierende fehlende Förderung neu eingetrossener Schüler kann unerkannt bleiben, wenn die Einstufungen nicht überprüft werden.

Die staatlichen Einrichtungen sollten einheitlich anzuwendende Kriterien zur Einstufung der Vorbildung erstellen, die auf aktuellen Informationen über das Herkunftsland basieren. Gleichzeitig können Instrumente angewandt werden, um die Beherrschung der Unterrichtssprache zu beurteilen und um entsprechende Sprachförderprogramme zu gestalten. Kürzlich eingeführte Maßnahmen zur Beurteilung der Vorbildung in etlichen Ländern kommen jedoch zu selten zum Zug, da weder die Zuwanderer noch die Verwaltungsbehörden, denen diese zur Verfügung stehen, ausreichend über sie informiert sind.

Die Einstufung der im Ausland erworbenen Vorbildung als Voraussetzung zur Einschreibung in die Pflichtschule erfolgt in Ländern wie Belgien, Ungarn, Luxemburg, Malta, Portugal und Rumänien auf der Grundlage externer Kriterien.

In Belgien geben Asylsuchende oder Flüchtlinge, die die erforderliche Dokumentation für Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder Zeugnisse der Primar- oder Sekundarschulbildung nicht vorlegen können, eine eidesstattliche Erklärung ab.

In Frankreich werden schulisches Niveau und Sprachkenntnisse bei der Ankunft von einer speziellen Dienststelle des Ministeriums für nationale Bildung in einer für den Schüler verständlichen Sprache eingestuft.





Neu angekommene Schüler, insbesondere wenn sie die Sprache nicht beherrschen, werden in Orientierungsprogrammen vorbereitet, um die anfänglichen Hindernisse aufgrund der Unterbrechung ihrer Schullaufbahn und der Umstände der Übersiedlung ihrer Familien auszuräumen. Das Ziel ist letztlich, dem einzelnen Schüler zu einem möglichst nahtlosen und raschen Übergang zu verhelfen. Diese Programme sind intensiv, häufig auf wenige Monate begrenzt und von einem expliziten Lehrplan über das Land und sein Schulsystem geleitet. Der Europarat empfiehlt den Bildungsbehörden, neu eintreffenden Schülern in der unmittelbaren Phase der schulischen Orientierung die Möglichkeit zu geben, Teile der Lehrinhalte in ihrer Muttersprache zu erarbeiten. Kinder, die einen Wechsel zwischen Schulsystemen bewältigen müssen, werden davor bewahrt, weiter hinter ihren einheimischen Klassenkameraden zurückzufallen, indem ihre kognitiven Fähigkeiten und ihre schulischen Kenntnisse weiter entwickelt werden, die notwendig sind, um dem Unterricht in der Unterrichtssprache folgen zu können.



Hohe, einheitliche Standards zur Einstufung der Vorbildung sowie Orientierungsprogramme stellen sicher, dass neu ankommende Schüler auf der richtigen Stufe des Schulsystems eingegliedert werden.



„Starting Point“, das Flüchtlingsprojekt von Bolton (Vereinigtes Königreich), gibt Neuankömmlingen, die kein Englisch beherrschen, eine Einführung in das englischsprachige britische Bildungssystem. Die Kinder bleiben im Durchschnitt sechs Wochen bei Starting Point. Ziel von Starting Point ist es, Schülern eine sichere, geborgene Umgebung zu bieten. Die Stärkung ihres Selbstvertrauens, ihrer Fähigkeiten zur Verständigung und ihrer Kompetenzen im Rahmen einer Vielzahl von Bildungserfahrungen versetzt sie in die Lage, sich in den herkömmlichen Schulen besser zurechtzufinden.



www.refugee-action.org.uk/ourwork/projects/Gateway.aspx

Planmäßige regelmäßige Förderung nach Bedarf für Schüler mit Migrationshintergrund

Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist für die Leistungen von Schülern mit Migrationshintergrund von entscheidender Bedeutung und hat auch für bildungspolitische Entscheidungsträger in Zuwanderungsländern erste Priorität. Nach der Anfangsphase wird die finanzielle Unterstützung für regelmäßige Förderung allgemein auf sogenannte „Schüler mit besonderen Schwierigkeiten“ begrenzt. Studien zum Einfluss der Migrationserfahrung auf die Bildungsleistungen weisen darauf hin, dass eine der größten Hürden für das erfolgreiche Erlernen der Sprache die unzureichende Förderung auf allen schulischen Ebenen ist. Diese zusätzlichen Fördermaßnahmen sollten für unterschiedliche Alters- und Leistungsstufen zur Verfügung stehen und sich über die sprachliche Unterstützung hinaus erstrecken, da Zuwanderer, die dieselbe Sprache wie einheimische Schüler sprechen, auch von Hilfe bei der inhaltlichen Aufholung profitieren.

Die Methoden, die Qualität und der Grad der Umsetzung zusätzlicher Förderung variiert beträchtlich von einem EU-Mitgliedstaat zum anderen und gelegentlich auch innerhalb der Einzelstaaten. Einige Schulen entscheiden sich für das „integrierte Modell“. Nachdem Neuankömmlinge in das geeignete Schuljahr eingestuft wurden und das Orientierungsprogramm absolviert haben, treten sie unmittelbar in die Regelschule ein. Das sprachliche Eintauchen in den Regelunterricht wird ergänzt mit zusätzlicher systematischer Sprachförderung entweder nach der Schule oder zu den regulären Schulzeiten. Bei der letzten Variante wird der Schüler aus dem regulären Unterricht für die Dauer einiger Unterrichtsstunden herausgenommen. Andere Schulen wählen das „getrennte Modell“. Nach der Orientierung werden neu angekommene Kinder in gesonderten Klassen unterrichtet, die speziell auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet sind. Bevor sie in den Regelunterricht übertreten können, müssen sie ein bestimmtes Niveau der Sprachbeherrschung erreichen. Das Ziel beider Modelle ist letztendlich, integrative Bildung als Mittel zur Förderung des Aufbaus sozialer Bindungen und zur Steigerung der Leistung aller Schüler in der Regelschule einzusetzen.

Fortlaufende Unterstützung hilft Schülern mit Migrationshintergrund, in so kurzer Zeit und so reibungslos wie möglich den Anschluss zu finden. Etablierte und regelmäßig evaluierte Qualitätsstandards für das Zweitsprachenlernen sowie eine enge Zusammenarbeit der Lehrer zu integrierten Lerninhalten kommen diesen Kursen zugute. 

Die beiden Modelle müssen hinsichtlich ihrer Eignung und Gliederung noch weiter evaluiert und diskutiert werden. So bemerkt etwa die OECD, dass es weder notwendig noch vorteilhaft sei für Kinder mit Migrationshintergrund, die Unterrichtssprache perfekt zu beherrschen, bevor sie zum Regelunterricht zugelassen werden. Sprachliche und kognitive Entwicklung gehen Hand in Hand, das bedeutet, dass Schüler mit Migrationshintergrund die Sprache besser in einer sinnvollen, praxisbezogenen und interaktiven Umgebung erlernen.

Daraus folgt, dass das Erlernen der Zweitsprache das themenbezogene Lernen nach dem Lehrplan der Regelschule integrieren sollte. Die erfolgreichsten Programme beinhalten:

- systematisch hohe Standards und Anforderungen für das Erlernen der Zweitsprache;
- enge Zusammenarbeit zwischen Lehrern der Regelfächer und Sprachlehrern;
- zentral entwickelte Unterrichtsmaterialien;
- Regelungen, die zu mehr – und nicht weniger – Kontaktstunden für teilnehmende Neuankömmlinge führen;
- Maßnahmen zur Vermeidung von Stigmatisierung der Teilnehmer.

Länder mit gut etablierten und klar umrissenen Sprachförderprogrammen weisen entsprechend geringere Leistungsunterschiede zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund oder zwischen Schülern der ersten und der zweiten Zuwanderergeneration auf.



Schüler mit Migrationshintergrund in Schweden besuchen so lange Unterricht in Schwedisch als Zweitsprache (SSL), bis sie über komplexe Ideen sprechen und schreiben können. Die Lehrkräfte müssen für Schwedisch als Zweitsprache qualifiziert sein und einen detaillierten Lehrplan befolgen. Diese zusätzlichen Sprachkurse in einem integrierten Modell beinhalten dieselbe Unterrichtsbelastung und dieselben Anforderungen an die Kenntnisse wie die Regelkurse in Schwedisch und führen zur selben Qualifikation für die Hochschulbildung.



www.sweden.gov.se/sb/d/2063

Die estnische Integrationsstiftung bietet ein frühes, systematisches und mehrsprachiges „Sprachtrainingsprogramm“, das auf der Grundlage ähnlicher Programme in Kanada und Finnland entwickelt wurde. Bessere Leistungen und Sprachkenntnisse waren das Ergebnis für diejenigen, die dieses Training absolviert hatten im Vergleich zu Gleichaltrigen; die Ergebnisse in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern sowie bei der Beherrschung der Muttersprache blieben gleich. Diese Ergebnisse und die hohe Zufriedenheit der Eltern ließen sich auf den freiwilligen Charakter des Programms zurückführen sowie auf die enge Zusammenarbeit zwischen den Eltern und den Entwicklern des Programms sowie auf die regelmäßige Förderung des Unterrichts in der Muttersprache und in Kultur.



www.meis.ee/eng/immersion

Mechanismen zur Mittelzuweisung

Zusätzliche Mittel entweder für Einzelpersonen oder für Schulen richten sich nach den Veränderungen in der Bevölkerung, um den Übertritt von Neuankömmlingen in das Schulsystem und die Aufnahmebereitschaft der schulischen Umgebung zu fördern. Zusätzliche Finanzierung stellt weniger einen Kostenfaktor dar als vielmehr eine Investition für eine Stadt, eine Region oder ein Land mit einer aus Zweitsprachenlernern bestehenden Bevölkerung. Schulen erhalten nicht nur eine Finanzierung, sondern können auch in den Ausbau ihrer Fachkompetenz zu Integration und Zweitsprachenunterricht investieren, was später anerkannt werden und zu einem Austausch mit weniger erfahrenen Schulen auf der Ebene der Gemeinden, der Regionen oder der Einzelstaaten führen kann.

Um die Schulen zu ermitteln, die den dringendsten Bedarf haben, müssen Entscheidungsträger bestimmen, für welche Zielgruppen Mittel bereitgestellt werden (z. B. im Ausland geborene, nichtmuttersprachliche Sprecher, niedriger sozioökonomischer Status, benachteiligte Gebiete), wie die Mittel auf die unterschiedlichen Bildungsstufen verteilt werden (d. h. Vorschule, Grundschule, Sekundarschule) und auf welcher Verwaltungsebene diese Mittelverteilung innerhalb des Bildungssystems des Landes erfolgt (z. B. auf kommunaler, regionaler oder gesamtstaatlicher Ebene).

So werden die Mittel zur zusätzlichen Förderung bei besonderen Bedürfnissen im Rahmen des Leistungszuschusses für ethnische Minderheiten („Ethnic Minority Achievement Grant“ = EMAG) im Vereinigten Königreich entsprechend der Anzahl der Schüler in einer Schule zugewiesen, die Zweitsprachenlerner sind bzw. aus ethnischen Minderheiten stammen, die im nationalen Durchschnitt leistungsschwach sind. Eine kürzliche Auswertung zeigte eine Verschiebung des Schwerpunkts von der Sprachförderung zur Förderung von Leistungsschwächen, da klare Ziele zum Ausgleich von Leistungsunterschieden gesteckt und die lokalen Behörden in die Förderung durch Fördermaßnahmen einbezogen wurden.

www.qca.org.uk/qca_7278.aspx

Die Bildungszonen mit Vorrang (zones d'éducation prioritaires = ZEP) in Frankreich, die 1981 eingerichtet wurden, verbinden geografische und herkunftsbezogene Kriterien für die Zuteilung öffentlicher Mittel zur Förderung der Chancengleichheit. Eines der Kriterien ist beispielsweise der Anteil der Kinder mit zumindest einem im Ausland geborenen Elternteil.

www.educationprioritaire.education.fr/



Ausbildung und Einstellung von Lehrkräften für vielfältigen Unterricht

Bildungsexperten sind sich darin einig, dass Lehrkräfte die wichtigste Ressource des Bildungssystems darstellen, um die Bildungsleistungen von Schülern zu verbessern, insbesondere der Schüler mit Migrationshintergrund oder anderen Benachteiligungen. Bei diesen ist jedoch die Wahrscheinlichkeit am geringsten, dass sie einen qualitativ hochwertigen Unterricht erhalten. Forschungen zeigen, dass die herkömmlichen Mittel zur Qualitätsverbesserung des Unterrichts – Verringerung der Klassengröße und die Einstellung besserer Lehrer und Assistenten – für die Leistungssteigerung von benachteiligten Schülern und Schülern mit Migrationshintergrund erfolgreicher sind als für die Durchschnittsschüler. Je jünger die Schüler sind, wenn sie von qualitativ hochwertigem Unterricht profitieren, desto stärker wirkt sich dies auf ihre Bildungslaufbahn insgesamt aus.

Schulen, die besser qualifizierte Lehrer und Assistenten einstellen, können die Initiative ergreifen und Bewerbungen von Lehrkräften mit Migrationshintergrund oder aus ethnischen Minderheiten besonders fördern. Einiges deutet darauf hin, dass sich dies auf die Ergebnisse von Schülern mit Migrationshintergrund positiv auswirkt, denn Lehrer mit Migrationshintergrund oder aus ethnischen Minderheiten haben in der Regel eine positivere Wahrnehmung von diesen Schülern, setzen höhere Erwartungen in sie und haben einen positiveren Umgang mit ihnen. Eine gute Qualifikation als Lehrkraft für Schüler mit Migrationshintergrund wird durch ein breites Spektrum von Merkmalen bestimmt, d. h., der Hintergrund ist ein wichtiges, jedoch nicht das einzige Einstellungskriterium. Die





Erhöhung des Anteils von Lehrkräften mit Migrationshintergrund ist ein wirkungsvolles, wenn auch zu wenig genutztes Mittel, um die interkulturelle Kompetenz einer Schule sowie ihre Fähigkeit, Brücken zu lokalen Gemeinschaften zu bauen, zu verbessern.

Zu den möglichen positiven Maßnahmen, die Schulen ergreifen können, gehört die Möglichkeit, ausländische Lehrerdiplome beispielsweise durch das Angebot von Nachschulungskursen und Beratungskampagnen in Zusammenarbeit mit Bildungsbehörden und Lehrerausbildungseinrichtungen anzuerkennen.



Die Ausbildungs- und Entwicklungsbehörde für Schulen in England und Wales wirbt neue Lehrkräfte mit erkennbarem Migrationshintergrund über gezielte Anzeigen, Mentorenprogramme, Ausbildungsstipendien und Sollwerten für die Aufnahme an Lehrerausbildungseinrichtungen an.



www.tda.gov.uk/partners/recruiting/diversesociety.aspx?keywords=ethnic

Eine andere gezielte Strategie zur Verbesserung der Lehrerqualität ist die Einführung von Anforderungen an alle Lehrkräfte, grundlegende Kompetenzen zu erwerben, um eine kulturell und sprachlich vielfältige Klasse unterrichten zu können.



Die Einstellung besser qualifizierter Lehrkräfte ist eine der erfolgreichsten Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Leistungen, insbesondere von Schülern mit Migrationshintergrund oder aus benachteiligten Familien. Die Erhöhung der Anzahl von Lehrkräften mit Migrationshintergrund und/oder mit einer Ausbildung in interkultureller Erziehung steigert die Leistungen der Schüler, die Erwartungen der Lehrer und die Qualität der Lernumgebung insgesamt.

Das Erlernen von Sprache geschieht in jedem gewöhnlichen Unterricht, gleich, ob Literatur, Algebra oder Chemie unterrichtet wird. Unterricht in der Klasse erfordert interkulturelle Kompetenz, die Bewältigung kultureller Unterschiede in der Klasse, Konfliktlösungsfähigkeiten, diagnostische Fähigkeiten zur Unterscheidung von sprachlichen Schwierigkeiten von Lerndefiziten und Fähigkeiten zur Entwicklung didaktischer Mittel und von Lernstrategien. Lehrer, die für den Umgang mit einer sehr vielfältigen Klasse nicht gut vorbereitet oder ausgebildet sind, haben eine weniger positive Wahrnehmung und geringere Erwartungen an Kinder mit unterschiedlichem rassischem, ethnischem, religiösem oder sozialem Hintergrund, was sich wiederum auf deren schulische Leistungen und Selbstwertgefühl hemmend auswirkt.



In Belgien, Finnland, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und im Vereinigten Königreich wurden beispielsweise die interkulturellen Kompetenzen, die Lehrer bis zum Abschluss ihrer Ausbildung erwerben müssen, genau beschrieben. Dazu gehören Kenntnisse über die Situation von Schülern mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund, die Wahrnehmung dieser Schüler und die Fähigkeit, mit Beziehungen zwischen Schülern unterschiedlicher kultureller Herkunft umzugehen.

Lehrerausbildungsstätten und Weiterbildungsmaßnahmen auf der Grundlage von Leistungsanreizen sind wichtige Mittel, um zukünftige und gegenwärtige Lehrer mit unterschiedlichen Entwicklungswerkzeugen auszurüsten, wie etwa mit Leitlinien für vorbildliche Verfahren zur Sprachförderung und zum Unterricht von Zweitsprachensprechern. Hochschulen und Kompetenzzentren für interkulturelle Bildung und Zweitsprachenlernen können gemeinsame Lehrpläne von hoher Qualität, Schulungsmodule sowie Richtlinien zur Umsetzung für Pädagogen und Entscheidungsträger entwerfen. Diese Ausbildungsmaßnahmen können den positiven Nebeneffekt haben, Lehrkräfte für ihre potenziell – vielleicht auch unbeabsichtigt – geringeren Erwartungen zu sensibilisieren und zu einer Verhaltensänderung zu bewegen.

Ein britisches Pilotprogramm mit dem Titel „Steigerung der Leistungen zweisprachiger Schüler in der Grundschule“ stellte Materialien zur fachlichen Weiterentwicklung und zu vorbildlichen Verfahren zur Verfügung, um die Fachkompetenz und das Selbstvertrauen von Grundschullehrern zu stärken. Es wurde 2006 zu einer landesweiten Strategie ausgeweitet, nachdem die Auswertung ergeben hatte, dass die am Programm beteiligten Schulen die Erwartungen, die Unterrichtseteiligung und die englischen Sprachkenntnisse ihrer Schüler steigern konnten, so dass diese bessere Leistungen zeigten als andere, nicht an dem Programm beteiligte Schulen.

www.dcsf.gov.uk/research/data/uploadfiles/RR758.pdf



Vorrangige Umsetzung interkultureller Bildung

Der Erfolg des Ansatzes der interkulturellen Kompetenz bei der Steigerung der Qualität von Lehrkräften und Schulen ist nur mit Veränderungen in ihrer Einrichtung möglich. Die Fähigkeit des einzelnen Lehrers, die in den Weiterbildungsmaßnahmen erworbenen Fähigkeiten und die dort angebotenen Materialien zu nutzen, hängt von dem Engagement für eine interkulturelle Bildung der gesamten Schule ab. So waren etwa die in Ausbildungseinrichtungen in Katalonien (Spanien), in den Niederlanden und in Schweden befragten Studenten der Ansicht, dass interkulturelle Bildung größeren Vorrang erhalten müsse nicht nur in den Kursen, sondern auch in ihren Praxiserfahrungen.

Die breite öffentliche Debatte über den Stellenwert der interkulturellen Bildung muss von den Schulverwaltungen in die Praxis umgesetzt werden. Praxiserfahrungen umfassen Module oder Themen zu interkultureller Bildung und Bürgerschaft, multiethnische Darstellungen in den Lehrmaterialien und vielfältigere außerkurrikuläre Aktivitäten. Die europäische Konferenz zu aktiver Beteiligung von Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten an der Gesellschaft, die die dänische Regierung 2006 veranstaltete, schlug die Einrichtung spezieller Zentren vor, die Training zu Konfliktlösung, Kommunikationsfähigkeiten und interkulturelle Mentorenprogramme anbieten könnten, um die Handlungskompetenz junger Menschen sowie ihre Anstrengungen und Leistungen zu steigern.





Die vollständige Umsetzung der interkulturellen Bildung in Lehrplan, Lehrmaterialien und in Aktivitäten außerhalb des Lehrplans führt zur Sensibilisierung einheimischer Schüler und zu einem gestiegenen Selbstvertrauen von Schülern mit Migrationshintergrund.



„Diversität und Multikulturalität“ ist seit 2004 ein Pflicht- und Prüfungsfach an britischen Schulen für Schüler im Alter zwischen elf und 19 Jahren. Das Fach beinhaltet Themen, die sich mit einer vielfältigen Gesellschaft beschäftigen, darunter mit ethnischen und religiösen Gemeinden und ihren Kulturen, sich wandelnden Mustern interner und externer Migration und den politischen wie wirtschaftlichen Ursachen der Migration zu Hause und im Ausland.



<http://curriculum.qca.org.uk/index.aspx>

In der Tschechischen Republik wird die Umsetzung des interkulturellen Ansatzes in den einzelnen Schulen überwacht. Inspektoren prüfen, ob der Schulleiter, die Lehrkräfte und andere Schulbedienstete die Leitlinien der Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenangst und Intoleranz in der Schulkultur umsetzen.



www.msmt.cz

6.2 In Schüler investieren

Bildungspolitiker haben ein Interesse daran, die Reichweite und die Wirksamkeit der vorschulischen Bildung und der Kinderbetreuung für alle Bewohner zu verbessern. Frühe Bildung bietet kleinen Kindern die besten Entwicklungschancen. Kinder, die gute Vorschulen und Kindergärten besuchen, entwickeln ein stärkeres logisches Denken sowie bessere Problemlösungsfähigkeiten, sind kooperativer und nehmen mehr Rücksicht auf andere, haben ein größeres Selbstwertgefühl und sind besser für einen erfolgreichen Übergang in die Grundschule gerüstet. Die Vorteile früher Bildung treten in der Grundschul- und in der Sekundarschulausbildung noch deutlicher zutage und erleichtern den Übergang zu weiterführender Bildung und in den Arbeitsmarkt. Vorschulen und Kindergärten geben den Müttern auch mehr Zeit, sich aktiv in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt einzuschalten.

Internationale Forschungen bestätigen, dass vorschulische Erziehung den schulischen Erfolg von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien begünstigt. Auch erhalten Kinder aus fremdsprachigen Familien frühen und häufigen Kontakt mit der Unterrichtssprache des Aufnahmelandes, und zwar genau in einem Alter, in dem sie besonders aufnahmefähig für den Spracherwerb sind.

Familien mit niedrigem Einkommen, unter denen es überproportional viele Migrantenfamilien geben kann, nutzen weniger häufig die Einrichtungen zur Betreuung und Erziehung von kleinen Kindern. Alle Eltern haben angesichts knapper Plätze oder hoher Gebühren unter Umständen Schwierigkeiten, Betreuungsplätze für ihre Kleinkinder zu finden. Eltern mit geringem Einkommen und mit Migrationshintergrund haben auch möglicherweise unzureichende Informationen über die bestehenden Optionen, weniger Vertrauen in Fremde als Betreuer und ziehen die Vorteile informeller Betreuung zu Hause durch Familienmitglieder vor. Eltern mit Migrationshintergrund, die vorschulische Einrichtungen und Kindergärten in Anspruch nehmen, können den Eindruck haben, dass es zu wenig Dialog, Verständnis und Einfühlungsvermögen in ihrem Verhältnis zu den Mitarbeitern gibt, wenn diese wenig interkulturelle Erfahrung haben und – noch wichtiger – nicht für die Unterrichtung der Sprache des Aufnahmelandes als Zweitsprache qualifiziert sind. Viele vorschulische Einrichtungen sind außerdem nicht in der Lage, die Sprachkenntnisse der Kinder von Zuwanderern richtig einzustufen, damit dafür gesorgt werden kann, dass sie an den geeigneten Spracherwerbs- und -förderungsprogrammen (sofern solche existieren) teilnehmen.

Vorschulen und Kindergärten von hoher Qualität müssen die Bedürfnisse von Kindern aus sprachlich vielfältigen und sozioökonomisch benachteiligten Familien erfüllen. Staatliche Einrichtungen können wirkungsvoll für eine Beteiligung von Familien mit niedrigem Einkommen sorgen, indem sie gezielte finanzielle Unterstützung oder kostenfreien Zugang zu den vorschulischen Einrichtungen gewähren. Eine Ausbildung im Bereich Zweitspracherwerb kann von Erziehern vorschulischer Einrichtungen gefordert und von neuen Einstellungsverfahren flankiert werden, die im Ausland geborene und fachlich ausgebildete Zweitsprachenlehrer und Betreuer vorziehen. Um Wirkung zu erzielen, müssen ihre Lehrmethoden und -programme unmittelbar mit den in der Grundschule angewandten vergleichbar sein. Informationsmaßnahmen können sich sowohl an Bildungsträger als auch an zugewanderte Eltern richten, um beide Seiten über den Nutzen einer frühen Erziehung einerseits und die für die Familien spezifischen Bedürfnisse und Erwartungen andererseits zu informieren.

Dänemark, Finnland und Schweden haben über ihren altersintegrierten Ansatz, der verschiedene Bildungs- und Kinderbetreuungsprogramme an ein und demselben örtlichen Zentrum für Kinder im Alter zwischen einem und sechs Jahren miteinander verbindet, für eine hohe Beteiligung von Zuwanderern gesorgt.

Der Bericht von Eurydice aus dem Jahr 2009 über *Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung in Europa: ein Mittel zur Verringerung sozialer und kultureller Ungleichheiten* empfiehlt die Einrichtung eines einheitlichen Systems für alle Altersgruppen zwischen null und sechs Jahren, in dem Mitarbeiter gut zu lernmethodischen und kulturellen Ansätzen ausgebildet werden und aktive Partnerschaften mit Eltern aus benachteiligtem Milieu und mit vielfältigem Hintergrund herstellen.

http://eacea.ec.europa.eu/ressources/eurydice/pdf/0_integral/098EN.pdf





Kontakt und Partnerschaft mit Eltern aus benachteiligten Milieus

Eltern spielen eine entscheidende Rolle bei der Ausbildung ihrer Kinder – beim Spracherwerb, der Hilfe bei Hausaufgaben und beim Lernen, bei der Beratung zu beruflichen Möglichkeiten und Erwartungen sowie als Vorbilder. Eltern mit niedrigem sozioökonomischem Status, darunter auch Zuwanderer, nehmen tendenziell seltener an schulischen Aktivitäten teil. Internationale Studien bestätigen, dass Eltern mit Migrationshintergrund große Hoffnungen in die Ausbildung ihrer Kinder setzen, ihre Teilhabe jedoch vor große Hindernisse gestellt sehen. Dazu gehören begrenzte finanzielle Mittel und geringe Kenntnisse des Bildungssystems, das Gefühl, nicht willkommen zu sein in einer unbekanntenen Schulumgebung, Sprachbarrieren und andere kulturelle Erwartungen an die Rolle der Familie im Bildungsprozess. Schulen können die Beziehung zwischen Eltern und Kind mit Strategien unterstützen, die nicht nur die Fähigkeiten der Eltern entwickeln, sondern auch Kinder unterstützen, die sich in der Rolle des Dolmetschers oder des Erklärenden zwischen Eltern und Lehrern wiederfinden.

Ein wirkungsvolles Mittel zur Kontaktaufnahme und Beratung ist das Angebot leicht zugänglicher Informationen in Ansiedlungspaketen für Neuankömmlinge zum Schulsystem des Landes, zu zusätzlichen Lernmöglichkeiten und Sprachdienstleistungen, wie übersetzter Materialien und Dolmetscher. Schulen können auch stark in Orientierungsprogramme für Eltern mit Migrationshintergrund zur Einschreibung, Niederlassung, zu aktiver Beteiligung und zum Zugang zu Informationen über zukünftige Optionen innerhalb des Schulsystems investieren. Diese Unterstützung kann von verwaltungstechnischer Hilfe, darunter übersetzten Informationen zum Schulsystem für Eltern und Schüler, über das Angebot von Dolmetschern und speziellem Personal zur Befriedigung der speziellen Bedürfnisse von Migrantenschülern und ihren Familien bis hin zu Zusammenkünften speziell für Migrantenfamilien und psychosozialer Unterstützung reichen. Hausbesuche sind ein regelmäßig genutztes und sehr vorteilhaftes Mittel zur Kontaktaufnahme mit Familien aus benachteiligten Milieus.



Aktive Informations- und Beratungsmaßnahmen für Eltern mit Migrationshintergrund und aus benachteiligten Milieus sowie Erwachsenenbildungsprogramme für alle sorgen für eine regelmäßige Teilnahme und bessere Schulleistungen und verstärken die Beteiligung der Eltern an schulischen Veranstaltungen und Aktivitäten.



In Irland können Informationen zum Schulsystem auf der Webseite des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft in sechs Sprachen abgerufen werden. Die Aufnahme- und Integrationsbehörde hat auch eine Informationsbroschüre in den wichtigsten Sprachen der Migrantenbevölkerung erstellt, die von Eltern von Asylsuchenden und Flüchtlingen und von unbegleiteten Minderjährigen verwendet werden kann.



www.education.ie / www.ria.gov.ie

Das Projekt „Ausbildungsorientierte Elternarbeit“ in Frankfurt am Main hat seit 1997 bereits 60 „Mediatoren“ aus Zuwandererorganisationen und Schulen ausgebildet. Allein im Jahr 2006 wurden Orientierungsworkshops zum deutschen Bildungs- und Berufsbildungssystem sowie zu Themen wie Dyslexie, Hyperaktivität, Berufsberatung und Mehrsprachigkeit in 17 verschiedenen Sprachen für 3450 Menschen durchgeführt.

www.stadt-frankfurt.de/amka

In Schweden müssen bei besonderen Einführungsveranstaltungen mit neu angekommenen Familien Dolmetscher zur Verfügung stehen, falls dies zur Erläuterung der Rechte und Grundwerte, die mit der vorschulischen und der schulischen Bildung verknüpft sind, erforderlich ist. Eltern haben auch Anspruch auf Dolmetscherdienste, um den zweimal jährlich stattfindenden „persönlichen Entwicklungsdialogen“ folgen zu können.

Die internationale Initiative „Unterrichtsprogramm Zuhause für Vorschulkinder“ will Eltern aus benachteiligten Milieus, also auch Zuwanderer und ethnische Minderheiten, sensibilisieren und ihre Kompetenzen erweitern, indem es Tutoren aus ihren Gemeinden zur Verfügung stellt. Die kognitiven Fähigkeiten der teilnehmenden Kinder haben sich im Vergleich zu anderen Kindern erheblich verbessert, wie eine regelmäßige Auswertung in Ländern wie Deutschland und den Niederlanden ergab.

www.hippy.org.il

Verschiedene Länder haben mit freiwilligen Erwachsenenbildungsprogrammen experimentiert, um herauszufinden, ob sie die Bedürfnisse von Zuwanderereltern befriedigen und die Schule in ein Zentrum für die Gemeinschaft verwandeln können, das Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenführt. Diese Programme werden auch Schulen mit breiter Basis, Gemeinschaftsschulen oder Schulen mit umfassendem Service genannt und beruhen auf der Idee, die Beteiligung von Eltern anzuregen. Das Angebot von kostenlosem Unterricht in der Sprache des Heimatlandes und des Aufnahmelandes sowie Dienstleistungen wie Sport und Internetzugang kann auch dazu führen, dass sie größeres Vertrauen in die Schule setzen, höhere Erwartungen an die schulischen Leistungen ihrer Kinder haben und diese stärker unterstützen.

Das „Rucksack-Projekt“ der RAA Essen (Deutschland), das Sprachunterricht und andere pädagogische Aktivitäten in der Kindergarten- und Grundschulzeit verbindet, schult Migrantenmütter darin, örtliche Gruppen für andere Migrantenmütter zu leiten, die ihre Kompetenzen durch die Unterstützung des schulischen Lernens ihrer Kinder ausbauen. Die qualitative Auswertung des Projekts durch die Teilnehmer zeigt, dass es zu erheblichen und nachhaltigen Veränderungen in der Beziehung zwischen Eltern und Lehrern geführt hat.

www.essen.de/module/bildungsangebote/index.asp?version=integrationsatlas





Das „Mother Child Education Project“ (Mutter-Kind-Bildungsprojekt) informiert Eltern türkischer Herkunft in Belgien, Frankreich, Deutschland, in den Niederlanden und in der Schweiz über das Bildungssystem in dem Land, in dem sie wohnen, und unterstützt sie, insbesondere Frauen, dabei, die Fähigkeiten und Mittel zu erwerben, um sich an lokalen gesellschaftlichen und pädagogischen Aktivitäten zu beteiligen. Die Nicht-Regierungsstiftung gleichen Namens (AÇEV) arbeitet mit lokalen Zuwanderer- und Frauenverbänden, repräsentativen Beratungseinrichtungen und großen zivilgesellschaftlichen Verbänden zusammen. AÇEV betreut und schult inländische Ausbilder, die Förderprogramme und -kurse sowohl in türkischer Sprache als auch in der Sprache des Wohnlandes erstellen. Die externe wissenschaftliche Auswertung, die von AÇEV geschulte und andere Familien miteinander verglich, ergab, dass das Projekt das Selbstwertgefühl der Mütter und ihr Interesse an der Schule verbessert hat. Das Projekt wurde auch positiv beurteilt in Bezug auf die Wirksamkeit und den Erfolg bei der Umsetzung und der Verbreitung.



www.acev.org/educationdetail.php?id=16&lang=en

Die neue experimentelle Maßnahme in Frankreich „Ouvrir l'école aux parents pour réussir l'intégration“ (Öffnung der Schule für die Eltern für eine erfolgreiche Integration) wurde im November 2008 in 61 Grund- und Sekundarschulen gestartet und wird 2009 evaluiert. Ziel dieser freiwilligen Initiative ist es, die Eltern von Kindern der ersten oder zweiten Generation mit dem Schulsystem, seinen Zielen und Methoden vertraut zu machen, damit sie sich besser daran beteiligen und ihre Kinder bei der schulischen Arbeit unterstützen können. Das Programm bietet auch freiwillige Sprachkurse an.



www.education.gouv.fr/bo/2008/31/MENE0800648C.htm

Muttersprachlicher Unterricht

Die meisten Länder unterstützen muttersprachlichen Sprach- und Kulturunterricht in irgendeiner Form mit unterschiedlichem Einsatz. Diese Unterstützung basiert auf der „Hypothese der gegenseitigen Abhängigkeit“, wonach Schüler mit Migrationshintergrund eine neue Sprache erst erlernen können, wenn sie die Sprache, die sie zuerst gelernt haben und die sie vielleicht zu Hause verwenden, formal erlernt haben und kritisch reflektieren können. Der Literaturüberblick der OECD kommt zu keinem einhelligen Forschungsergebnis, das die Hypothese der gegenseitigen Abhängigkeit unterstützt oder verwirft, das erklärt vermutlich die Verwirrung und Politisierung, die um die Rolle des muttersprachlichen Unterrichts entstehen kann.

Mehrsprachigkeit ist zu einer Priorität geworden in den entwickelten Ländern, die sich selbst als wissensbasierte, innovative und global vernetzte Gesellschaften sehen. Wenn Schüler, die die Zweitsprache und ihre Muttersprache beherrschen, auf den Arbeitsmarkt kommen, sorgt dieses Humankapital für messbare wirtschaftliche und soziokulturelle

Vorteile für das Zielland, insbesondere wenn die Kenntnis der Muttersprache verbunden ist mit Kenntnissen und Netzwerken im Herkunftsland.

Muttersprachlicher Unterricht kann den Eckpfeiler der interkulturellen Erziehung und des fremdsprachlichen Lehrplans einer Schule darstellen. Schüler mit Migrationshintergrund werden in der Lage sein, diese Form von Humankapital zu bewahren und zu entwickeln, sie können es dann auch mit interessierten Schülern und Studenten ohne Migrationshintergrund teilen. Einheimische Schüler werden in diesen Schulen mehr und bessere Möglichkeiten zum Erlernen von Fremdsprachen und interkulturellen Kompetenzen für das Leben und Arbeiten in ihrer vielfältigen Gesellschaft und in anderen Ländern haben. Möglicherweise kann nicht jede Schule zweisprachige Unterrichtsmöglichkeiten in hoher Qualität für die unterschiedlichen Sprachgruppen ihrer Schülerschaft anbieten, da dies ihre Ressourcen übersteigt. Es gibt jedoch eine Vielzahl kosteneffektiver Lehrplanoptionen, die für alle interessierten Schüler, mit oder ohne Migrationshintergrund, offenstehen. Ein vielfältiger Lehrplan, der auch anspruchsvollen themenbezogenen Unterricht enthält, kann in die in der Grund- und Sekundarschule angebotenen Fremdsprachen integriert werden. Eine andere Möglichkeit sind zweisprachige Lehrassistenten, die gelegentlich in die regulären Unterrichtsstunden kommen. Eine solche konkrete Umsetzung des interkulturellen Bildungsansatzes einer Schule sorgt für besseres Lernen und schafft Chancen für einen sozialen Brückenschlag.

Die Kenntnis der Heimatsprachen und -kulturen stärkt das Humankapital des Zuwanderungslandes, das Entscheidungsträger zur Erreichung ihrer Ziele einer erstklassigen Bildung und der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt maximal nutzen können.



„Sprachliche Vielfalt in der portugiesischen Schule“ fördert interkulturelle und mehrsprachige Kompetenzen und bekämpft die Ausgrenzung durch die Einrichtung von Pilotschulen zum kapverdischen Kreolisch und zum chinesischen Mandarin, die sowohl portugiesischen Schülern als auch Schülern mit muttersprachlichem Migrationshintergrund zur Verfügung stehen.

www.iltec.pt/projectos/em_curso/turmas_bilingues.html



Muttersprachliche Kurse (und insbesondere muttersprachliche Lehrkräfte) können auch eine wichtige Rolle bei der Verbindung zwischen Familien und Schulen spielen. Solche Kurse können als Teil des proaktiven Programms zur Kontaktaufnahme mit den Eltern veranstaltet und angeboten werden, um Familien mit Migrationshintergrund und Gemeindemitglieder zu mobilisieren. Schulen können pädagogische Mittel und Räume zur Verfügung stellen oder Programme finanziell unterstützen, die außerhalb des Unterrichts angeboten werden.





Das „Supplementary Schools Forum“ (Forum ergänzender Schulen) in Bristol, Vereinigtes Königreich, besteht aus 25 freiwilligen gemeindebasierten Schulen, die zusätzlichen Unterricht in der Heimatsprache und -kultur sowie in Regelfächern wie Englisch anbieten. Eine Auswertung ergab 2005, dass die positive Wirkung dieser Schulen auf die schulischen Leistungen, das Selbstwertgefühl und die Identität durch eine städtische Plattform für vorbildliche Verfahren verstärkt werden könnte. Das Forum hat einen intensiveren Austausch sowie Partnerschaften zwischen etablierten und neu gebildeten Gemeinschaften und mit Regelschulen angeregt.



www.bristol.gov.uk/ccm/navigation/community-and-living/equality-and-diversity

In Schweden haben Schüler der Pflichtschule und der oberen Sekundarstufe einen Anspruch auf muttersprachlichen Unterricht, wenn ein oder beide Elternteile/ Erziehungsberechtigte eine andere Muttersprache als Schwedisch sprechen, wenn die Sprache für den Schüler eine täglich praktizierte Kommunikationsform darstellt, wenn der Schüler bereits Grundkenntnisse der Sprache hat und wenn er oder sie Interesse an einem solchen Unterricht hat. Der Unterricht wird durchgeführt, wenn sich zumindest fünf Schüler und ein Lehrer finden, d. h., es ist in Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und in unabhängigen Schulen mit Sprachprofil allgemeine Praxis. Forschungen haben kürzlich ergeben, dass sich ein Kurs in der Muttersprache positiv auf die Noten eines Kindes und auf sein Gefühl der Identität und der Zugehörigkeit auswirken kann. Auch Eltern fühlen sich stärker mit der Schule verbunden, wenn ihr Einkommens- und Bildungsniveau berücksichtigt wird.



http://eacea.ec.europa.eu/ressources/eurydice/eurybase/pdf/section/SE_EN_C10_7.pdf

Vorbilder und Mentoren für Schüler mit Migrationshintergrund

Mentoren können sehr hilfreich bei der Unterstützung und Beratung junger Menschen während ihrer Bildungslaufbahn sein. Junge Berufstätige mit Migrationshintergrund könnten (auf ehrenamtlicher Basis oder gegen Entgelt) als Helfer der Lehrkräfte gewonnen werden, um Schülern mit Migrationshintergrund zusätzlich zu unterstützen. Das würde Schülern mit Migrationshintergrund nicht nur Hilfe in der Schule bieten, sondern ihnen auch Vorbilder zeigen. Das kann insbesondere nützlich sein in Situationen, in denen ethnische Gruppen auseinanderfallen – in eine Unterschicht und eine aufstrebende Elite der Mittelklasse. Aufwärts strebende Mentoren können den Lernenden mit schwächeren schulischen Leistungen als Anreiz und Führung dienen.



Mentoren heben das Selbstvertrauen von Schülern mit Migrationshintergrund und zeigen einen Weg zu Vorbildern aus aufstrebenden Migranteliten auf.

Das Institut für multikulturelle Entwicklung (FORUM) und de Baak (das pädagogische Institut der Arbeitgebervereinigung VNO-NCW) fördern die persönliche Betreuung gut ausgebildeter junger Leute mit Migrationshintergrund in der letzten Phase ihrer Ausbildung. Ein Mentor bietet Unterstützung beim Aufbau ihrer persönlichen Kompetenzen und Führungsqualitäten.

www.forum.nl/wereldstalent/organisaties.html



Außerschulische Förderung zur Leistungsverbesserung und als Brückenschlag

Freizeitaktivitäten, wie beispielsweise Sportveranstaltungen und Sommercamps, können die Kommunikation unter Migrantenkindern und zwischen ihnen und Einheimischen erleichtern. Die Eltern von Kindern können dazu ermuntert werden, sich zu beteiligen und möglichst auch bei der Organisation zu helfen. Veranstaltungen können auch in Zusammenarbeit mit Zuwandererorganisationen organisiert werden.

Außerschulische Aktivitäten schlagen Brücken zwischen den teilnehmenden Zuwanderern und einheimischen Schülern sowie den veranstaltenden Schulen, Eltern und Migrantenorganisationen.



Die Jacobs-Stiftung in der Schweiz unterstützt Sommercamps für Zweitsprachenlerner aus Migrantenfamilien. Es werden verschiedene Methoden wie etwa Schauspielausbildung ausprobiert, und die Ergebnisse der Teilnehmer und der Kontrollgruppen werden im Zeitverlauf ausgewertet, um das Wissen und die Verbreitung erfolgreicher Ansätze zu steigern.

www.jacobsfoundation.org

Die „Offene Schule“ öffnet in Frankreich seit 1991 die Grund- und Sekundarschulen für eine breite Palette von Kultur-, Freizeit-, Fremdsprachen- und anderen Lernaktivitäten mittwochs und samstags und während der Schulferien im Sommer und im Winter. Das Programm steht allen Schülern aus städtischen Problemvierteln und benachteiligten wirtschaftlichen und kulturellen Milieus, darunter auch neu angekommenen Zuwanderern, offen. Qualitative Auswertungen zeigen, dass das Programm ein erfolgreiches Mittel gegen Nachbarschaftskonflikte ist und die soziale Integration, die schulische Umgebung und die Beziehungen zwischen Lehrern, Eltern und lokalen Gemeinden verbessert.

<http://eduscol.education.fr/D0116/accueil.htm>





Gleichfalls in Frankreich hat das Ministerium für nationale Bildung seit September 2008 die freiwillige Möglichkeit einer „Schulhilfe“ in der Grundschule und in den ersten vier Jahren der Sekundarschule eingerichtet. Für zwei Betreuungsstunden nach dem Schulunterricht können Lehrer Schülern bei ihren Hausaufgaben helfen und zusätzliche Schulstunden zu Sport, kulturellen oder künstlerischen Tätigkeiten anbieten.



www.education.gouv.fr/cid5677/accompagnement-educatif.html

6.3 Förderung des Übergangs zur Hochschulbildung und zum Arbeitsmarkt

In der EU gilt Hochschulausbildung als entscheidende Strategie zur Förderung von Innovation, Produktivität und Wachstum in einer wissensbasierten Gesellschaft. Der Anteil junger Zuwanderer, die eine Hochschulbildung absolvieren, ist je nach Migrantengemeinde sehr unterschiedlich. Zu solchen Unterschieden kommt es häufig in Fällen, in denen es zu einer Unterbrechung der Ausbildung bei jungen Menschen kam (wie dies bei den meisten Asylsuchenden und Flüchtlingen der Fall ist) und/oder bei Zuwanderern, die aus Ländern stammen, in denen weniger Menschen Zugang zu Ausbildung haben und demzufolge nicht über die für eine Hochschulausbildung erforderlichen schulischen Qualifikationen verfügen. Die Unterschiede spiegeln auch den Stellenwert wider, den Eltern der Hochschulbildung geben.

Regierungen, Bildungseinrichtungen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Stiftungen und Privatunternehmen können die Anzahl der Stipendien und Programme, die für junge Menschen mit Migrationshintergrund (und deren Eltern) zur Verfügung stehen, erhöhen.



In Frankreich wurden verschiedene Programme entwickelt, mit denen die Vielfalt in den führenden Wissenschaftszentren der Hochschulen gefördert werden soll. Das Institut für Studien der Politikwissenschaften „Sciences-Po“ hat Hunderte von Studenten (zwei Drittel mit einem im Ausland geborenen Elternteil) mittels eines angepassten Auswahlverfahrens zugelassen. „Une grande école? Pourquoi pas moi?“ – ein dreijähriges Coachingprogramm, das von ESSEC, einer Hochschule für Betriebswirtschaft, eingeführt wurde, wurde von 30 Eliteschulen aufgegriffen und erreicht 3000 Studenten. Ähnliche Unterstützung auf individueller Ebene wurde für Programme der Ingenieurwissenschaft und dem Management von den großen französischen Telekommunikationsunternehmen mit dem Programm „Cercle Passeport Telecoms“ gewährt.



www.sciences-po.fr / www.pourquoipasmoi.essec.fr / www.passeport-telecoms.com

Alternative Schulausbildung

Junge Menschen, die sich herkömmlichen Formen der Schulbildung verweigern, brauchen zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten Alternativen, die sie anziehen und ihr Interesse wecken. Eine Ausbildung aus bedarfsorientierten Modulen, die praktisch ist und auf moderner Technologie basiert, ist für junge Leute viel ansprechender. So bieten etwa die Schulen für eine zweite Chance neue Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen, denen die Fähigkeiten und Qualifikationen zum Eintritt in eine weiterführende Ausbildung oder in den Arbeitsmarkt fehlen.

Berufliche Bildung und Ausbildung

Die Lissabon-Agenda 2000/2010, wonach die EU zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum werden soll, enthält auch das Ziel, die Anzahl junger Menschen zu steigern, die einen Schulabschluss der Sekundarstufe aufweisen können. Ein höherer Bildungsabschluss wird als der am meisten erstrebenswerte Weg zum Erwerb der in einer Wissensgesellschaft erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten angesehen. Alles sollte unternommen werden, damit junge Zuwanderer die Fähigkeiten erwerben, die Sekundarausbildung erfolgreich abzuschließen. Berufliche Bildung und Ausbildung ist eine zweite Option für diejenigen, die trotz Förderung in der Sekundarschule vermutlich scheitern und mit begrenzten Aussichten von der Schule abgehen.

In höheren Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen sind Zuwanderer proportional zu wenig vertreten und weisen eine hohe Abbruchquote auf. Kontakt- und Beratungsprogramme, die Zuwanderer über mögliche Ausbildungswege informieren, sind möglicherweise unwirksam oder gar nicht vorhanden, die Ausbildungen sind vielleicht schlecht an die unterschiedlichen schulischen, kulturellen und/oder sprachlichen Umstände von Zuwanderern angepasst. Vielleicht fehlt den Ausbildungen auch eine flexible Gliederung, die den Schülern ein Gleichgewicht zwischen der Familie und den Arbeitsaufgaben erlaubt. Maßnahmen zur Überwindung dieser Hindernisse bestärken junge Zuwanderer dabei, ihre Ausbildung fortzusetzen, und ermutigen Abbrecher, die aufgegebene Ausbildung wieder aufzunehmen.

Die Kampagne des dänischen Integrationsministeriums „Wir brauchen alle jungen Leute“ will mehr junge Zuwanderer zur Aufnahme und zum Abschluss einer Berufsausbildung bewegen. Die Kampagne wird von einer Projektgruppe begleitet, die Berufsbildungsschulen dabei unterstützt, Maßnahmen zur Senkung der Abbrecherquote bei Zuwanderern zu ergreifen, und die vorbildliche Verfahren fördert.

www.brugforalleunge.dk/fileadmin/bruger_upload/Billeder/Publikationer/English_Summary_evaluation_BFAU_final-version.pdf





Die dänische Initiative „Neue Chance für alle“ versucht außerdem, arbeitslose Jugendliche aus ethnischen Minderheiten in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Im Rahmen dieses Programms müssen alle jungen Leistungsempfänger an verpflichtenden Kursen zur allgemeinen und zur beruflichen Bildung teilnehmen. Besondere Programme unterstützen junge Leute bis 25 Jahren, die noch kein Jugendbildungsprogramm absolviert haben. Diese Programme bieten den jungen Leuten auch die Qualifikationen, die sie zum Abschluss einer Berufsausbildung benötigen.



www.nychance.dk

Das Projekt PALMS hat ein Netzwerk aus 250 Personen, bestehend aus Fachleuten und Sozialarbeitern italienischer Gemeinden, aufgebaut, um Wege zur Integration und zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt für unbegleitete Minderjährige zu entwickeln, die diesen mit Erreichen des 18. Lebensjahres die Möglichkeit gibt, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erwirken. Für 260 unbegleitete Minderjährige wurden individuelle Möglichkeiten ausgearbeitet, 179 fanden ein Praktikum, 157 ein Stipendium und 110 den notwendigen Arbeitsplatz am Ende der Ausbildung.



www.comune.torino.it/stranieri-nomadi/min_stranieri/progetti/equal.htm

Aufgrund des sozioökonomischen Status ihrer Familien, ihrer schwächeren Netzwerke und ihrer unzureichenden Kenntnisse der aktuellen Erfordernisse des Arbeitsmarktes sehen sich Schüler der ersten und zweiten Generation bei der Suche nach ihrer ersten Beschäftigung eventuell stärker benachteiligt als ihre einheimischen Gleichaltrigen. Diskriminierende Einstellungspraktiken können ebenfalls nicht geleugnet werden.

Förderung eines frühen Eintritts in den Arbeitsmarkt

Arbeitgeber legen bei der Einstellung tendenziell größeres Gewicht auf die Arbeitserfahrung, die Zuwanderer im Land selbst erworben haben, als auf die im Ausland gewonnenen Arbeits- und Ausbildungserfahrungen oder auf die Bescheinigungen der Teilnahme an Sprachkursen im Aufnahmeland. Verträge, die eine Kombination aus Arbeit und Lernmöglichkeiten darstellen, geben Schülern die Gelegenheit, berufliche, sprachliche und zusätzliche persönliche Fähigkeiten zu erwerben und ihr eigenes Potenzial sowie den Wert ihrer Arbeit zu erkennen. Berufsspezifische Sprachschulungen vor Ort werden empfohlen, um so dafür zu sorgen, dass der Unterricht in der Sprache des Aufnahmelandes für junge Zuwanderer kein zu großes Gewicht erhält und untauglich wird. Betriebliche Programme können ebenfalls hilfreich sein für diejenigen mit Arbeits- bzw. Ausbildungserfahrung im Ausland, die jedoch zusätzliche Nachweise brauchen.

Die Erhöhung der Anzahl junger Zuwanderer in der Berufsausbildung und in anderen Bildungsprogrammen ist eine der Strategien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Neben den Maßnahmen auf der Angebotsseite sind auch Strategien erforderlich, die mehr junge Zuwanderer zur Aufnahme einer Berufsausbildung bewegen. Der Erfolg von Programmen der betrieblichen Berufsausbildung hängt von der Qualität der Zusammenarbeit mit den die Stellen anbietenden Unternehmen ab. Staatliche Einrichtungen können das Sichten von Arbeits- oder Praktikumsstellen übernehmen und die erforderlichen grundlegenden Sprachkenntnisse und Fähigkeiten, die zur Besetzung dieser Stelle erforderlich sind, bestätigen. Sie können sich auch einschalten, um einheitlich gute Qualität und Ergebnisse dieser in einer Vereinbarung zwischen Schulen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und unterschiedlichen Arbeitgebern veranstalteten betrieblichen Berufsausbildungen zu gewährleisten. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind eine besonders schwer zugängliche Gruppe von Arbeitgebern.

Frühzeitige Arbeitserfahrungen durch eine qualitativ gesicherte Berufsausbildung und durch Arbeits- sowie Lernprogramme ist insbesondere für den Erfolg junger Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt von großer Bedeutung.



In Österreich und in Deutschland gibt es ein System, in dem frühe und gut eingeführte Ausbildungsgänge von längerer Dauer zu einem Abschlusszeugnis und einer individuellen Arbeitserfahrung führen. Das TIES-Forschungsprojekt fand heraus, dass türkische Zuwanderer der zweiten Generation in diesen Ländern besser für den Eintritt in den Arbeitsmarkt gerüstet sind, weniger von diskriminierenden Einstellungspraktiken betroffen sind und ihr Erfolg auf dem Arbeitsmarkt größer ist als in Ländern, die kein Berufsausbildungssystem haben.

www.tiesproject.eu

Die Stadt Wien konnte die Anzahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund durch den Einsatz mehrsprachiger Handzettel und Internetwerbung anheben. Alle Auszubildenden erhalten Informationen zu Diversität und schließen ein Modul zu interkultureller Ausbildung ab.

Das Programm „Step2Work“ in den Niederlanden hilft nichtqualifizierten Schulabgängern beim Übergang in den Arbeitsmarkt durch die Sicherstellung und Finanzierung eines einjährigen Praktikums, nach dem der Arbeitgeber über einen regulären Arbeitsvertrag verhandeln sollte. Das Projekt bietet den Teilnehmern während des Praktikums einen Vorbereitungskurs und fortlaufende Schulungen an. Das Projekt hat mit 102 von 120 Teilnehmern, die einen Vertrag erhielten, und mit der Einrichtung einer Gruppe von geschulten Beratern und mit einem getesteten Ausbildungsplan sein Ziel erreicht.

www.nuon.com/nl/Images/Jaarverslag%20Step2Work_tcm164-66002.pdf





Das Projekt „Netzwerk berufliche Bildung – Ausbildung durch ausländische Unternehmer“ in Mannheim, Deutschland, widmet sich dem zweifachen Problem von Schulabgängern mit Migrationshintergrund, die keinen Ausbildungsplatz finden, und dem Problem, dass zu wenige Unternehmen von Zuwanderern solche Ausbildungsplätze anbieten. Das Projekt fördert die Schaffung neuer Ausbildungsplätze im Handel und in der Gastronomie und bietet ergänzende Schulungen zu interkulturellen Kompetenzen und Mehrsprachigkeit an. 120 Migrantenernehmen beteiligen sich daran, diese Zahl wächst jährlich um 12-15. 80 % der Teilnehmer fanden schließlich einen festen Arbeitsplatz bei dem Unternehmen, die übrigen fanden ebenfalls Arbeit oder setzten eine höhere Ausbildung fort.

Positive Maßnahmen

Staatliche Stellen und private Unternehmen können Verhaltensregeln verabschieden, nach denen bestimmte Kriterien zum Respekt der Vielfalt bei Einstellungsverfahren einzuhalten sind. Rechtliche Verpflichtungen zur Förderung von Gleichheit und Vielfalt können im öffentlichen Sektor sowie von privaten Unternehmen gefordert werden, die öffentliche Aufträge annehmen, Darlehen oder andere staatliche Vergünstigungen erhalten. Für besonders schwer zu erreichende kleine und mittlere Unternehmen haben sich direkte staatliche Lohnzuschüsse oder steuerliche Vergünstigungen als besonders wirksam erwiesen, um Einstellungen von Personen zu fördern, die traditionell auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind (junge Zuwanderer, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen usw.).



Im Rahmen des „Plan Rosetta“ erhalten Arbeitgeber in Belgien eine Rückerstattung ihrer Sozialversicherungsbeiträge, wenn sie sich dazu verpflichten, dass mindestens 3 % ihrer Mitarbeiter junge Leute sind, wobei Kinder von Zuwanderern doppelt gewichtet werden.



<http://pdf.mutual-learning-employment.net/pdf/official-paper-belgium-jun01.pdf>

Bedarfsgerechte politische Maßnahmen für junge Zuwanderer

Die Europäischen Beschäftigungsrichtlinien, die gemeinsame Prioritäten für alle nationalen Beschäftigungsstrategien formulieren, empfehlen, dass Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass junge Menschen nicht ohne Ausbildung oder Beschäftigung bleiben. Strategien werden auf die speziellen Bedürfnisse bestimmter Gruppen junger Zuwanderer zugeschnitten, die wenig Erfolg auf dem Arbeitsmarkt haben.

Bildungs- und integrationspolitische Entscheidungsträger haben Programme entwickelt, die Schüler dabei unterstützen, sich auf ihre erste Arbeitsstelle vorzubereiten, diese zu sichern oder sie gar erst zu schaffen, indem sie ihre Fähigkeiten und Wünsche miteinander in Einklang bringen. Die Programmteilnehmer können mehr Selbstvertrauen, „weiche“

Kompetenzen für den Arbeitsmarkt, professionelle Fördernetzwerke und Bildungsnachweise bis hin zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erreichen. Diese Programme sollen die sozioökonomische Eingliederung beeinflussen und die Wahrnehmung dafür schärfen, was diese jungen Zuwanderer leisten können und zum Wirtschaftsleben beitragen.

Viele junge Zuwanderer, die weder eine Beschäftigung haben noch sich in Ausbildung befinden, profitieren von Maßnahmen zur Stärkung der Handlungskompetenz, die ihnen den Antrieb und die Mittel für eine Veränderung an die Hand geben sowie den Glauben daran vermitteln, dass dies möglich ist, und die Fähigkeiten, diese Veränderung zu bewirken. „Bürgerzentren“ können so ausgestattet werden, dass sie jungen Menschen Zugang zu Informationen, zum Internet, zu Sprachkursen und zu Schulungen in Sozialkompetenzen bieten können.

Programme können die Sozialkompetenzen von Schülern verbessern und damit die Aussichten auf eine erste Arbeitsstelle steigern, indem sie ihnen mehr Möglichkeiten für informelles Lernen bieten, wie etwa mit Ressourcenzentren, Schulungen, Mentorenprogrammen und Zugang zu Netzwerken.



Die deutschen „Jugendmigrationsdienste“ (JMD) bieten gezielte Unterstützung für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Insgesamt gibt es 360 Jugendmigrationsdienste, deren Ziel es ist, die Chancen der jungen Menschen auf eine erfolgreiche sprachliche und schulische Integration sowie im Bereich der Ausbildung und beim Übergang zu einer Beschäftigung zu verbessern, indem sie individuelle Beratung und Betreuung, Gruppenaktivitäten, soziale Beratung und Möglichkeiten zur Begegnung anbieten.

www.jmd-portal.de/_template.php?browser=ie



Kreative Methoden zur Einbeziehung junger Zuwanderer und ihrer Familien

Die Eigenverantwortlichkeit wird gestärkt, wenn Schüler und Partner das Projekt wählen und nicht umgekehrt. Diese Programme nutzen den lokalen Kontext so gut wie möglich. Sie helfen Migrantenschülern, ihr formelles und informelles Bildungsniveau sowie die Arbeitschancen um sie herum selbst zu diagnostizieren. Dialogplattformen mit Zuwandererorganisationen und Gemeinden, speziell Jugendvertretern, können dabei hilfreich sein, Hürden am Arbeitsmarkt und Strategien zu ihrer Überwindung zu ermitteln.

Berufsberatung sollte auf die Kultur abgestimmt sein. Leicht zugängliche Informationen können in Form von übersetzten Materialien und Webseiten dargeboten werden, ebenso hilfreich ist ein Angebot an Dolmetschern und zweisprachigen Mitarbeitern. Junge Zuwanderer können mit modernen Kommunikationstechnologien wie interaktiven Webseiten und elektronischen Medien erreicht werden. Es gibt unzählige Beispiele: Hausbesuche und Hotlines bei Jobmessen, Einstellungskampagnen, selbst Werbegags.





Die österreichische EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „Join In“ veranstaltete eine Tournee durch Tirol mit einer Informationskampagne, Minipraktika, einer Bildungs- und Berufsmesse und Workshops vor Ort. Mitglieder der Zielgruppe wurden als interkulturelle Mentoren des Projekts geschult und erwiesen sich als erfolgreicher bei der Stellenbeschaffung als die einheimischen österreichischen Mitarbeiter. Die regionale Arbeitsmarktagentur erhielt Leitlinien zur Überarbeitung der Daten ihrer Nutzer, damit der „Migrationshintergrund“ erfasst werden kann. Sie hat auch die Wirksamkeit aktueller Angebote für diese Gruppen neu ausgewertet und führt nun größere Beratungsprojekte für sie und in Stadtgebieten durch.



www.join-in.at

„Agenda X – Jugend in einer multikulturellen Gesellschaft“ wurde von jungen Menschen für junge Menschen konzipiert und betrieben. Zu den unterschiedlichen Maßnahmen, einheimische junge Berufsanfänger und solche aus Minderheiten zusammenzubringen, gehört die größte Einzelmaßnahme, der Beschäftigungskurs „Jobb X“. Mehrere hundert junge Menschen zwischen 15 und 26 Jahren haben diesen Kurs durchlaufen, und die Erfolgsquote bei der Stellensuche kurz nach dem Programm beträgt 80 %, liegt also erheblich höher als die Erfolgsquote der Kursteilnehmer in den Standardkursen des norwegischen Arbeits- und Wohlfahrtsdienstes. Die Ursache für den Erfolg von Jobb X liegt in dem Schwerpunkt, den dieses Programm auf reale Kompetenzen, individuelle Stärken und weniger Schülern je Lehrer legt.



www.agendax.no

Werkzeuge aus den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) werden von kleineren Initiativen in ganz Europa dazu eingesetzt, um junge Zuwanderer mit einem Angebot an interkulturellen und personalisierten Lernmöglichkeiten, Lese- und Schreibtraining, themenspezifischen Kompetenzen, digitalen und Medienkenntnissen zu schulen und ihnen damit einen Weg in eine Beschäftigung zu eröffnen. Die dynamischen und multimedialen Merkmale der IKT sprechen junge Leute an und binden sie (wieder) in eine Lernumgebung ein, die wesentlich interaktiver und besser auf ihre besonderen Bedürfnisse zugeschnitten ist. So können die Lernenden zum Beispiel ohne Rückgriff auf Sprache lernen, indem sie Bildzeichen oder muttersprachliche Übersetzungen verwenden. Zugang zu Computern und zu grundlegenden digitalen Fertigkeiten sind zwei Voraussetzungen, um diese Möglichkeiten zu nutzen.

„Escolhas“ (Optionen) in Portugal ist ein von der Basis aus wirkendes Programm, das seit 2001 insgesamt 121 Projekte finanziert und unterstützt hat. Es basiert auf den Befunden lokaler Vereinigungen dazu, wie Bildungsleistungen und Erfolge auf dem Arbeitsmarkt für gefährdete Jugendliche aller Altersstufen, die in benachteiligten Vierteln leben, insbesondere von Kindern mit Migrationshintergrund, verbessert werden können. Seit 2006 haben 110 lokal verankerte „Zentren zur digitalen Einbindung“ (CID@NET) 27 000 Nutzern einen freien Internetzugang zur Stellensuche bereitgestellt und für vielfältige Unterstützungsaktivitäten angeboten. So wurde beispielsweise im Rahmen des „Digital Literacy“ von Microsoft ein Schulungsplan zur „Beschäftigungsfähigkeit“ entwickelt.

www.programaescolhas.pt

Das Projekt LIFT in Hamburg verfolgte das Ziel, die Sprachkenntnisse und die interkulturellen Kompetenzen von Schülern mit Migrationshintergrund auszubauen und zu verbessern, indem es sie auch in der professionellen Nutzung neuer Medien schulte. Zielgruppe waren Jugendliche mit Migrationshintergrund zwischen zwölf und 16 Jahren, denen LIFT eine Online-Lernumgebung mit Zugang zu webbasierten Lerneinheiten und Spielen zur Verfügung stellte.

Mehr praktische Verfahren finden sich in *Overview of Digital Support Initiatives for/by Immigrants and Ethnic Minorities in the EU27* (Übersicht über Initiativen zur digitalen Förderung für/von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten in der EU-27) aus dem Jahr 2008, IPTS Report.

<http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?id=1888>

Mentoren und Vorbilder

Vorbilder zeigen anderen jungen Menschen, dass ein Erfolg in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt möglich ist. Individuelle Mentoren können junge Zuwanderer nicht nur anregen, sondern sie auch gezielt betreuen und beraten. In den Programmen werden beispielsweise benachteiligte Schüler mit Freiwilligen (angestellt oder im Ruhestand) aus einer bestimmten Berufsgruppe oder mit fachlich qualifizierten Arbeitsbetreuern zusammengebracht. Vorbilder mit ähnlichem Hintergrund haben sich als besonders erfolgreiche Mentoren, Bewerbungshelfer und Projektmanager für diese Programme erwiesen. Das Angebot für erfolgreiche Teilnehmer, als Mentoren aufzutreten, unterstützt das Gesamtziel dieser Programme, das junge Zuwanderer bei der Suche nach einer beruflichen Laufbahn fördert, die ihren besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen entspricht.



In dem Projekt „Work-Up“ in Belgien beraten und betreuen Berater mit Migrationshintergrund vor Ort junge, arbeitslose Gleichaltrige. Sie schlagen eine Brücke zwischen Arbeitssuchenden und staatlichen Beschäftigungsagenturen, indem sie die spezifischen Probleme der von ihnen Betreuten erkennen und Verbesserungen der Dienstleistungen vorschlagen. Beteiligte Migrant*innenorganisationen bieten zusätzliche Beratung und Schulungen, die staatliche Stellen nicht anbieten.



http://www.minderhedenforum.be/2pers/documents/Work-up_004.pdf

Das Projekt SpraKuM EQUAL in Deutschland hat die „Qualifizierung für Sprach- und Kulturmittler“ eingeführt, das Ausbildungen anbietet und dieses Berufsbild jungen Zuwanderern, Flüchtlingen und Asylsuchenden eröffnet, die als Vermittler bei der Verbesserung grundlegender Dienstleistungen sowie der gesundheitlichen und sozialen Situation besonders gefährdeter Zuwanderer helfen wollen.



http://ec.europa.eu/employment_social/equal/practical-examples/asyl-07-de-transkom_en.cfm

Ausbau von Netzwerken

Viele Menschen finden über ihre sozialen Netzwerke Arbeit. Junge Zuwanderer haben in der Regel weniger entwickelte Netzwerke als Einheimische, wodurch sie ins Hintertreffen geraten. Staatliche Stellen, die Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Privatunternehmen können beim Ausbau von Netzwerken eine Aufgabe übernehmen. So könnten Arbeitgeber aus Gewerbezweigen, in denen die Einstellung über informelle Netzwerke üblich ist, besondere Programme zur gezielten Einführung in die Arbeitswelt anbieten. „National Talent Pools“ stellt eine Plattform zur Verfügung, die eine Verbindung von Jobsuchenden und potenziellen Arbeitgebern sowie ehrenamtlichen Tätigkeiten herstellt, um die Lebensläufe dieser jungen Menschen zu verbessern.



„Von der Bank aufs Spielfeld“ nennt sich ein Projekt, das von Brøndby IF, einem der größten Fußballvereine in Dänemark, in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung von Brøndby und dem Integrationsministerium ins Leben gerufen wurde. Es verfolgt das Ziel, Kontakte zwischen jungen Menschen mit Migrationshintergrund und dem aus rund 350 Sponsorenunternehmen bestehenden Netzwerk des Vereins herzustellen. Mehr als 130 jungen Menschen mit Migrationshintergrund konnte seit 2003 zu einem Ausbildungsplatz oder einer regulären Anstellung verholfen werden.



<http://brondby.com/article.asp?aid=51211>

Ehrenamtliche Mitwirkung und Beteiligung in Jugendnetzwerken kann die Kompetenzen junger Zuwanderer stärken und ihre Netzwerke und ihr Vertrauen weiter ausbauen. Junge Zuwanderer in der Sekundarschule können auch dazu angeregt werden, während ihrer Schulferien oder in ihrer Freizeit gelegentlich Jobs anzunehmen, da sie damit nützliche Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt sammeln, ihre Sprachfertigkeiten verbessern und ihre sozialen und zwischenmenschlichen Fähigkeiten entwickeln können.

Das niederländische EQUAL-Projekt „Catch the Coach to Be“ beschäftigt sich mit sozialen Problemen junger Zuwanderer, indem es sie dazu ermutigt, selbst als Jugendsozialarbeiter tätig zu werden. Zu dem Projekt gehört die Ausarbeitung und Durchführung von Lehrprogrammen, praktisches Coaching, die Stärkung des multikulturellen Charakters der Jugendarbeit, die Erhöhung der Anzahl von Lern-/Arbeitsplätzen durch die Kontaktaufnahme mit Arbeitgebern sowie die Entwicklung und Implementierung einer Multimedia-Lernmethode.

www.osa-amsterdam.nl/index.php?option=com_content&task=view&id=135&Itemid=88



Überwindung indirekter Diskriminierung aufgrund der Herkunft oder sozialer Bedingungen

Je nach örtlichen Gegebenheiten sind junge Zuwanderer manchmal unverhältnismäßig stark in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten konzentriert, deren Bewohner häufig in Sozialwohnungen leben, arbeitslos sind, einen geringen Bildungsstand aufweisen, in Straftaten verwickelt sind oder an psychischen Problemen leiden, wie etwa an Depressionen. In solchen Fällen finden sich in diesem Gebiet selten prosperierende Unternehmen oder Verkehrsverbindungen, und die Beschäftigungsmöglichkeiten sind oft ungünstig. Junge Menschen, die in wirtschaftlich und sozial benachteiligten Gebieten aufwachsen, haben nur stark eingeschränkte Möglichkeiten. Örtliche Behörden sollten Arbeitgeber, die außerhalb der gesonderten Gebiete und der benachteiligten Gebiete ansässig sind, darin unterstützen, junge Menschen aus diesen Gebieten zu beschäftigen und gegebenenfalls zu erwägen, eine Reihe von Ausbildungsplätzen für sie zu reservieren.



Das schwedische Projekt „Lugna Gatan“ (Leichte Straße) hat sich die Wiedereingliederung von jungen Leuten, die in benachteiligten Gebieten in verschiedenen Städten soziale Ausgrenzung erleben, zum Ziel gesetzt. Nach einem dreimonatigen Training werden die jungen Menschen als Vorbilder beschäftigt, die den Kontakt mit anderen Jugendlichen in ihrer Gegend herstellen sollen. Einigen hundert arbeitslosen Jugendlichen konnte so zu einem Training und zu einer Beschäftigung verholfen werden, und Tausende mehr haben sich als Freiwillige eingesetzt. Die große Mehrheit der in diesem Projekt derzeit oder früher Beschäftigten sind nun vollzeitbeschäftigt oder studieren.



http://www.bra.se/extra/measurepoint/?module_instance=4&name=020919974.pdf&url=/dynamaster/file_archive/050118/fa1a18c360e97265c5f6f9c2eea61910/020919974.pdf

Das französische Programm „Zones Franches Urbaines“ (Wirtschaftsfördergebiete) zielt auf die Förderung der Wirtschaftstätigkeit, auf eine Senkung der Arbeitslosigkeit und eine physische und soziale Erholung in Gebieten mit hohen Schulabbrecherquoten durch größere wirtschaftliche Anreize für Privatunternehmen.



http://www.ville.gouv.fr/IMG/pdf/zfu-pratique_cle714cfb.pdf

Schlussfolgerungen

1. Die weiteren gesellschaftlichen Bedingungen, die in den Zuständigkeitsbereich unterschiedlicher politischer Ressorts fallen, wie etwa Zuwanderung, Wohnungsbau, soziale Angelegenheiten und Beschäftigung, können eine erfolgreiche Bildungspolitik entweder fördern oder behindern.
2. Schüler mit Migrationshintergrund haben mehr Erfolg in Schulsystemen mit weniger Schultypen, einer späteren Einteilung in Leistungsgruppen und mit objektiven Methoden der Bewertung, auch in Fällen mit besonderen Bedürfnissen.
3. Hohe, einheitliche Standards zur Einstufung der Vorbildung sowie Orientierungsprogramme stellen sicher, dass neu ankommende Schüler in die richtige Stufe des Schulsystems eingegliedert werden.
4. Fortlaufende Unterstützung hilft Schülern mit Migrationshintergrund, in so kurzer Zeit und so reibungslos wie möglich den Anschluss zu finden. Etablierte und regelmäßig evaluierte Qualitätsstandards für das Zweitsprachenlernen sowie eine enge Zusammenarbeit der Lehrer zu integrierten Lerninhalten kommen diesen Kursen zugute.

5. Die Einstellung besser qualifizierter Lehrkräfte ist eine der erfolgreichsten Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Leistungen, insbesondere von Schülern mit Migrationshintergrund oder aus benachteiligten Familien. Die Erhöhung der Anzahl von Lehrkräften mit Migrationshintergrund und/oder mit einer Ausbildung in interkultureller Erziehung steigert die Leistungen der Schüler, die Erwartungen der Lehrer und die Qualität der Lernumgebung insgesamt.
6. Die vollständige Umsetzung der interkulturellen Bildung in Lehrplan, Lehrmaterialien und in Aktivitäten außerhalb des Lehrplans führt zur Sensibilisierung einheimischer Schüler und zu einem gestiegenen Selbstvertrauen von Schülern mit Migrationshintergrund.
7. Aktive Informations- und Beratungsmaßnahmen für Eltern mit Migrationshintergrund und aus benachteiligten Milieus sowie Erwachsenenbildungsprogramme für alle sorgen für eine regelmäßige Teilnahme und bessere Schulleistungen und verstärken die Beteiligung der Eltern an schulischen Veranstaltungen und Aktivitäten.
8. Die Kenntnis der Heimatsprachen und -kulturen stärkt das Humankapital des Zuwanderungslandes, das Entscheidungsträger zur Erreichung ihrer Ziele einer erstklassigen Bildung und der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt maximal nutzen können.
9. Mentoren heben das Selbstvertrauen von Schülern mit Migrationshintergrund an und zeigen einen Weg zu Vorbildern aus aufstrebenden Migranteliten auf.
10. Außerschulische Aktivitäten schlagen Brücken zwischen den teilnehmenden Zuwanderern und einheimischen Schülern sowie den veranstaltenden Schulen, Eltern und Migrantenorganisationen.
11. Frühzeitige Arbeitserfahrungen durch eine qualitativ gesicherte Berufsausbildung und durch Arbeits- sowie Lernprogramme ist insbesondere für den Erfolg junger Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt von großer Bedeutung.
12. Programme können die Sozialkompetenzen von Schülern verbessern, wodurch die Aussichten auf eine erste Arbeitsstelle steigen, indem sie ihnen mehr Möglichkeiten für informelles Lernen bieten, wie etwa mit Ressourcententren, Schulungen, Mentorenprogrammen und Zugang zu Netzwerken.



Anhang I:
Gemeinsame Grundprinzipien
zur Politik der Integration
von Zuwanderern
in der Europäischen Union



1. Die Eingliederung ist ein dynamischer, in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen.
2. Die Eingliederung erfordert die Achtung der Grundwerte der Europäischen Union.
3. Die Beschäftigung ist eine wesentliche Komponente des Eingliederungsprozesses und ist für die Teilhabe von Einwanderern, für ihren Beitrag zur Gestaltung der Aufnahmegesellschaft und für die Verdeutlichung dieses Beitrags von zentraler Bedeutung.
4. Grundkenntnisse der Sprache, Geschichte und Institutionen der Aufnahmegesellschaft sind eine notwendige Voraussetzung für die Eingliederung; Einwanderer können nur dann erfolgreich integriert werden, wenn sie die Möglichkeit erhalten, diese Grundkenntnisse zu erwerben.
5. Im Bildungswesen müssen Anstrengungen unternommen werden, um Einwanderer und vor allem auch deren Nachkommen zu einer erfolgreicherer und aktiveren Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen.
6. Entscheidende Voraussetzung für eine bessere Integration ist, dass Einwanderer zu denselben Bedingungen wie Einheimische gleichberechtigter Zugang zu den Institutionen sowie zu öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen erhalten.
7. Ein wichtiger Integrationsmechanismus sind häufige Begegnungen zwischen Einwanderern und Bürgern der Mitgliedstaaten. Diese können durch gemeinsame Foren, durch interkulturellen Dialog, durch Aufklärung über die Einwanderer und ihre Kultur sowie durch integrationsfreundliche Lebensbedingungen in den Städten gefördert werden.
8. Die Europäische Grundrechtecharta garantiert die Achtung der Vielfalt der Kulturen und das Recht auf freie Religionsausübung, sofern dem nicht andere unverletzliche europäische Rechte oder einzelstaatliches Recht entgegenstehen.
9. Durch die Beteiligung von Einwanderern am demokratischen Prozess und an der Konzipierung integrationspolitischer Maßnahmen, insbesondere auf lokaler Ebene, wird ihre Integration unterstützt.
10. Die Einbeziehung von Integrationsmaßnahmen in alle wichtigen politischen Ressorts und auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Dienste ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Gestaltung und der Durchführung der jeweiligen Politik.
11. Es bedarf klarer Ziele, Indikatoren und Evaluierungsmechanismen, damit die Maßnahmen angepasst, die Integrationsfortschritte bewertet und die Informationsflüsse effizienter gestaltet werden können.

Anhang II: Benchmarking – ein Werkzeug zur Integration



Die Anhänge zur ersten und zweiten Ausgabe des Handbuchs zur Integration stellen Methoden dar, wie politische Maßnahmen in Projekte und die Ergebnisse aus den Aktivitäten der Praktiker von politischen Entscheidungsträgern in neue Initiativen umgesetzt werden können. Dieser Anhang enthält ein Werkzeug für Entscheidungsträger und Praktiker, die von- und miteinander lernen wollen und deren Ziel eine systematische und kontinuierliche Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden, Standards und Leistungen ist.

Alle Betroffenen, die sich als Integrationsakteure sehen (politische Entscheidungsträger, Akteure der Zivilgesellschaft), können einen Leistungsvergleich ihrer Arbeit auf der Grundlage eines gemeinsamen Auftrags, einer Reihe von Zielen und Aktivitäten vornehmen.

Dem Benchmarking liegt die Methode der vergleichenden Analyse von und durch Praktiker zugrunde. Die Bereitschaft seiner Teilnehmer, miteinander und voneinander zu lernen, ist für seinen Erfolg entscheidend. In diesem Verfahren ermitteln die Teilnehmer:

- wichtige Bereiche zur Verbesserung,
- einschlägige internationale rechtliche und professionelle Standards,
- bewährte Verfahren, die diese Standards erfüllen, sowie Faktoren, die zu ihrer Erfüllung entscheidend sind,
- Erfahrungen, die von einer Situation auf eine andere übertragen werden können und die zur Anpassung der eigenen politischen Maßnahmen und Praktiken führen.

Im Folgenden soll ein Benchmarking-Werkzeug für Integrationsakteure vorgestellt werden, mit dem diese einen Leistungsvergleich zur Gewinnung von Erkenntnissen und zur Verbesserung ihrer politischen Maßnahmen und Praktiken vornehmen können. Die Teilnehmer gehen gemeinsam diese Checkliste durch, die vier einzelne Phasen und verschiedene Schritte des Benchmarking umfasst:

1. Planung:

- **Gegenstand:** Integration ist ein vieldimensionaler Prozess. Auf welchen Bereich zielt Ihre Arbeit ab?
- **Finden Sie eine Arbeitsdefinition des Prozesses:** Voneinander abweichende Konzepte oder Modelle der Integration können die Zusammenarbeit und die vergleichende Analyse beeinträchtigen. Wie sieht Ihre Organisation den Beitrag ihrer Arbeit zum langfristigen Wohl und der Annäherung der gesellschaftlichen Möglichkeiten für alle Mitglieder einer vielfältigen Gesellschaft? Besteht Ihre Arbeit in der Förderung aktiver Teilnahme, des Erwerbs von Fähigkeiten und Kompetenzen oder der institutionellen Transparenz und des kulturellen Wandels?

- **Suchen Sie potenzielle Teilnehmer:** Bei wem sehen Sie gemeinsame Interessen und ein Interesse, von- und miteinander zu lernen? Würden Sie eine Partnerschaft mit Organisationen eingehen, die ähnliche Aktivitäten, jedoch in unterschiedlichen Städten oder Ländern verfolgen? Würden Sie lieber von Organisationen lernen, die ähnliche Ziele verfolgen, jedoch in unterschiedlichen Bereichen tätig sind?
- **Erstellung einer Benchmarking-Struktur:** Die Führung der Organisation zeigt ihre Bereitschaft zu einem Leistungsvergleich und stellt ausreichend Mittel zur Verfügung. Welche Methode, welche Einsatzverpflichtung und welcher Verhaltenskodex wird unter den Teilnehmern vereinbart?

2. Forschung

- **Legen Sie Ihre unmittelbaren Nutznießer fest:** Die bestehende Vielfalt Europas wird durch die Ankunft von Zuwanderern, die selbst auch wieder vielfältig sind, verstärkt. Welche Mitglieder einer vielfältigen Gesellschaft ziehen unmittelbaren Nutzen aus Ihrer Integrationsarbeit? Handelt es sich dabei um bestimmte Kategorien von Zuwanderern, unterschiedliche Generationen, die Allgemeinheit, staatliche Einrichtungen usw.?
- **Ermitteln Sie aussagekräftige Datenquellen:** Da Lücken bei der Datensammlung auf einzelstaatlicher und länderübergreifender Ebene die Suche nach vergleichbaren Daten erschweren können, sind Benchmarker unter Umständen selbst ihre beste Quelle. Welche Quellen zu aufgeschlüsselten, vergleichbaren Daten über Ihre Nutznießer stehen zur Verfügung?
- **Sammeln Sie Daten und stellen Sie die Hindernisse dar, die sich Ihren Nutznießern in den Weg stellen:** Welche Probleme beschreiben Ihre unmittelbaren Nutznießer als in ihrem Arbeitsbereich besonders entmutigend für ihr langfristiges Wohl? Falls keine Angaben zu deren Erfahrungen vorliegen: Welche Probleme stellen Praktiker am häufigsten fest?
- **Wandeln Sie Hindernisse in Verbesserungsbereiche um:** Welche klar definierten und handlungsorientierten Ziele könnte sich Ihre Organisation setzen, um diese Hindernisse auszuräumen und auf Vermittler der Integration aufzubauen?
- **Stellen Sie die Maßnahmen dar:** Welche Waren, Dienstleistungen und Maßnahmen stellen Organisationen zur Verfügung, um diese Verbesserungsbereiche anzugehen?

3. Analyse

- **Führen Sie rückwirkende und vorausschauende Folgenabschätzungen durch:** Welche Auswirkungen hatte Ihre Arbeit in der Vergangenheit auf diese Verbesserungsbereiche in Ihrer Situation? Welche alternativen Arbeitsweisen könnten die Auswirkungen in der Zukunft verbessern?



- **Festsetzung von Standards:** Welche internationalen rechtlichen Normen oder professionellen Standards gelten unmittelbar für Ihr Arbeitsgebiet?
- **Vorbildliche Verfahren suchen und prüfen:** Welche Praktiken können ermittelt werden, die am besten die unterschiedlichen Kriterien dieser Standards erfüllen?
- **Recherche nach diesen Praktiken und Organisationen:** Die Techniken reichen von der schlichten Prüfung öffentlich verfügbarer Informationen zu Teambesuchen, Seminaren und differenzierteren Methoden wie der Peer Review, dem Austausch und Lernpartnerschaften. Auf welche Weise hat eine andere Organisation diese Standards verwendet, um die Praktiken zu gestalten? Welche sind die „nächsten Schritte“ zur Prüfung einer Umsetzung? Welche Faktoren erklären ihren Erfolg?

4. Umsetzung

- **Verbesserung der Methoden und Verfahren:** Wenden Sie neue Maßnahmen an, um den Abstand zwischen aktuellen und den besten Praktiken zu verringern oder sie einander anzugleichen. Wie könnten Ihre Verfahren diese Standards erfüllen oder sogar übertreffen?
- **Vereinbaren Sie begleitende gemeinsame Indikatoren, Ziele und Benchmarks:** Wie könnten Ihre Bereiche der Verbesserung in gemeinsame Maßstäbe und Vergleichspunkte umgesetzt werden, die den Beitrag Ihrer Arbeit zur Integration insgesamt evaluieren?
- **Bericht, Prüfung und Angleichung des Benchmarking-Prozesses:** Wie könnte dieser Prozess optimiert werden, um Ihre Leistung in diesem Bereich fortlaufend zu verbessern oder um neue Themen anzugehen?

Anhang III: Nationale Kontaktstellen für Integrationsfragen



Österreich

Österreichischer Integrationsfonds

Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Österreich, Fax +43 17101203591

Belgien

Kabinet der Vizepremierministerin und Ministerin der Beschäftigung und der Chancengleichheit (Vice-Première ministre, ministre de l'Emploi et de l'Égalité des chances/Vice Eerste minister, minister van Werk en van Gelijke Kansen)

Kunstlaan 7 Avenue des Arts, 1210 Brüssel, Belgien, Fax +32 22202067

Zentrum für Chancengleichheit und Rassismusbekämpfung (Centre pour l'égalité des chances et la lutte contre le racisme/Centrum voor gelijkheid van kansen en voor racismebestrijding)

Koningsstraat 138 Rue Royale, 1000 Brüssel, Belgien, Fax +32 22123030

Bulgarien

Minister für Arbeit und Soziales (Министерство на труда и социалната политика)

Direktion Freizügigkeit von Personen, Migration und Integration

2, Triaditza Street, 1051 Sofia, Bulgarien, Fax +359 29873980

Zypern

Minister des Innern (Υπουργείο Εσωτερικών) – Abteilung für EU und Internationale Beziehungen)

Demosthenis Severis Avenue, 1453 Nicosia, Zypern, Fax +357 228678383

Tschechische Republik

Minister des Innern der Tschechischen Republik (Ministerstvo vnitra České republiky) – Abteilung für Asyl- und Migrationspolitik

Nad Štolou 3, poštovní schránka 21, 170 34 Prag 7, Tschechische Republik, Fax +420 974833512

Dänemark

Ministerium für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration (Ministeriet for Flygtninge, Indvandre og Integration) – Referat Integrationspolitik

Holbergsgade 6, 1057 Kopenhagen K, Dänemark, Fax +45 33111239

Estland

Ministerium für Kultur (Kultuuriministeerium)

Suur-Karja 23 15076, Tallinn, Estland, Fax +372 6282200

Finnland

Ministerium des Innern (Sisäasiainministeriö)

Abteilung für Migration, Referat Integration

Vuorikatu 20 A, Helsinki, PO BOX 26, FI-00023, Fax +358 916042940

Frankreich

Ministerium für Immigration, Integration, nationale Identität und solidarische Entwicklung (Ministère de l'immigration, de l'intégration, de l'identité nationale et du développement solidaire) –

Abteilung für Aufnahme, Integration und Staatsbürgerschaft –

101, rue de Grenelle – 75323 Paris Cedex 07, Frankreich, Fax +33 172716825

Deutschland

Bundesministerium des Innern – Referat MI2 Grundsatzfragen der Integration

Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin, Deutschland, Fax +49 30186812926

Griechenland

Ministerium für Inneres, Dezentralisierung und E-Government (Υπουργείο Εσωτερικών, Αποκέντρωσης και Ηλεκτρονικής Διακυβέρνησης) – Generaldirektion für Migrationspolitik und Soziale Integration, Unterabteilung Soziale Integration

2 Evangelistrias St., 105 63 Athen, Griechenland, Fax +30 2103741239

Ungarn

Ministerium für Justiz und Polizeiwesen (Igazságügyi és Rendészeti Minisztérium)

Hauptabteilung für die Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres, Justiz und Migration

Kossuth Lajos tér 4., 1055 Budapest, Ungarn, Fax +36 14413599

Irland

Büro des Ministers für Integrationsfragen (Office of the Minister for Integration)

Dún Aímhígin, 43-49 Mespil Road, Dublin 4, Irland, Fax +353 16473119

Italien

Ministerium des Innern (Ministero dell'Interno) – Abteilung für Grundfreiheiten und Einwanderung – Zentralkommission für Einwanderungs- und Asylpolitik

Palazzo Viminale, Via A. Depretis, 00184 Rom, Italien, Fax +39 0646549751

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Ministero del Lavoro, della Salute e delle Politiche Sociali) – Generaldirektion Einwanderung

Via Fornovo 8, 00192 Rom, Italien, Fax +39 0636754769

Lettland

Ministerium der Justiz der Lettischen Republik (Latvijas Republikas Tieslietu ministrija)

Brīvības blvd. 36, Rīga, LV-1536, Fax +371 67285575

Litauen

Ministerium für Soziale Sicherheit und Arbeit (Socialinės apsaugos ir darbo ministerija)

– Abteilung für internationale Angelegenheiten

A. Vivulskio Str. 11, 03610 Vilnius, Litauen, Fax +370 52664209



Luxemburg

Ministerium für Familie und Integration (Ministère de la Famille et de l'Intégration) –
Luxemburgisches Amt für Aufnahme und Integration (Office luxembourgeois de l'accueil
et de l'intégration – OLAI)
7-9, avenue Victor Hugo, L-1750 Luxembourg, Fax +352 24785720

Malta

Ministerium für Familie und Soziale Solidarität (Ministeru għall-Familja u Solidarjeta' Soċjali)
Palazzo Ferreria, 310 Republic Street, Valletta CMR 02, Malta, Fax +356 25903121

Niederlande

Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umweltfragen
(Ministerie van VROM)
Generaldirektion für Wohnungsfragen, Stadtbezirke und Integration
Abteilung für Zivilbürgerschaft und Integration
Rijnstraat 8, Postbus 30941,
2500 GX Den Haag, Niederlande, Fax +31 703390618

Polen

Ministerium für Arbeit und Soziales (Ministerstwo Pracy i Polityki Społecznej) –
Abteilung für Soziale Unterstützung und Integration
1/3/5 Nowogrodzka ul., 00-513 Warschau, Polen, Fax +48 226611140

Portugal

Vorsitz des Ministerrates (Presidência do Conselho de Ministros)
Rua Prof. Gomes Teixeira, 1399-022 Lissabon, Portugal, Fax +351 213927860

Rumänien

Ministerium für Verwaltung und Inneres (Ministerul Administrației și Internelor) –
Rumänische Einwanderungsbehörde – Referat für Soziale Integration
24 A Tudor Gociu Street, Bukarest 4, Rumänien, Fax +40 214500479

Slowakei

Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik
(Ministerstvo práce, sociálnych vecí a rodiny SR)
Abteilung für Migration und die Integration von Ausländern
Špitálska 4, 816 43 Bratislava, Slowakische Republik, Fax +421 220461623

Ministerium des Innern der Slowakischen Republik (Ministerstvo vnútra SR)
Büro für Migration
Pivonková 6, 812 72 Bratislava, Slowakische Republik, Fax +421 243414759

Slowenien

Ministerium des Innern (Ministrstvo za notranje zadeve) – Direktion Migration und Integration

Beethovnova 3, 1000 Ljubljana, Slowenien, Fax +386 14284695

Spanien

Ministerium für Arbeit und Einwanderung (Ministerio de Trabajo e Inmigración) – Staatssekretariat für Einwanderung und Auswanderung

Generaldirektion Integration von Einwanderern

C/ José Abascal, 39 – 1ª Planta –, 28003 Madrid, Spanien, Fax +34 913637057

Schweden

Ministerium für Integration und Gleichstellung der Geschlechter (Integrations- och jämställdhetsdepartementet) – Abteilung für Integration und städtische Entwicklung

S-103 33 Stockholm, Schweden, Fax +46 84053578

Vereinigtes Königreich

Grenzbehörde des Vereinigten Königreichs – Einwanderungspolitik

Whitgift Centre B Block, 9th Floor West Wing, 15 Wellesley Road, Croydon, Surrey CR9 4AR,

Fax +44 2086046894

Beobachter

Norwegen

Ministerium für Arbeit und Soziale Einbeziehung (Arbeids- og inkluderingsdepartementet) – Abteilung Integration und Vielfalt

P.O. Box 8019 Dep. 0030 Oslo, Norwegen, Fax +47 22240265

Nationale Webseiten bietet die Europäische Integrationswebseite unter www.integration.eu (Rubrik „Länderinformationsblätter“).



Anhang IV: Ausgewählte Bibliografie



Dieses Dokument beruht auf Schreibtischrecherche, Themenpapieren, Schlussdokumenten sowie den schriftlichen und mündlichen Präsentationen der Fachseminare. Die wichtigsten Arbeiten, die herangezogen wurden, werden im Folgenden angegeben:

„Acquisition and Loss of nationality: policies and trends in 15 European Countries“ (Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit: Politische Maßnahmen und Trends in 15 europäischen Ländern), NATAC-Projekt, www.aup.nl/do.php?a=show_visitor_book&isbn=9789053569498

„Citizenship policies in the new Europe“ (Staatsbürgerschaftspolitik im neuen Europa), CPNEU-Projekt, www.aup.nl/do.php?a=show_visitor_book&isbn=9789053569221&l=2

„Discrimination in the European Union“ (Diskriminierung in der Europäischen Union), Eurobarometer Spezial 263, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_263_en.pdf

„Diversity Toolkit for factual programmes in public service television“ (Diversitäts-Baukasten für dokumentarische Programme im öffentlich-rechtlichen Fernsehen), Europäische Rundfunkunion (EBU), der schwedische Rat des Europäischen Sozialfonds, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/media-toolkit_diversity_en.pdf

„Education and the Integration of Migrants“ (Bildung und die Integration von Migranten), GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, <http://www.efms.uni-bamberg.de/pdf/NESEducationIntegrationMigrants.pdf>

„European Conference on Active Participation of Ethnic Minority Youth in Society“ (Europäische Konferenz zur aktiven Beteiligung Jugendlicher aus ethnischen Minderheiten an der Gesellschaft), Kopenhagen, Dänemark, www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/10CF2C4E-CFDC-49DA-9B73-8B86C82117AF/0/european_conference_web.pdf, www.nyidanmark.dk/resources.ashx/Resources/Publikationer/Konferencer/UK/issuepaper_youthevent.pdf,

„For Diversity, Against Discrimination“ (Für Vielfalt, gegen Diskriminierung), Dokumentensammlung der Kampagne, Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle 2007, www.stop-discrimination.info/4895.0.html

„Good practice database: Compendium: Cultural Policies and Trends in Europe“ (Datenbank für vorbildliche Verfahren: Kompendium: kulturpolitische Maßnahmen und Trends in Europa), www.culturalpolicies.net/web/intercultural-dialogue-database.php

„Handbook for local consultative bodies for foreign residents“ (Handbuch für lokale Beratungsgremien für ausländische Bürger), Europarat, http://book.coe.int/EN/ficheouvrage.php?PAGEID=36&lang=EN&produit_aliasid=1750

„How to communicate: Strategic communication on migration and integration“ (Kommunikationsweisen: Strategische Kommunikation zu Migration und Integration), König-Baudouin-Stiftung, Belgien, www.kbs-frb.be/uploadedfiles/KBS-FRB/05_Pictures_documents_and_external_sites/09_Publications/PUB_1624_How_to_Communicate.pdf

„Integrating Immigrant Children into Schools in Europe“ (Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in den Schulen Europas), Informationsnetzwerk Eurydice zu Bildung in Europa der GD Bildung und Kultur,
http://eacea.ec.europa.eu/ressources/eurydice/pdf/0_integral/045EN.pdf

„Intercultural dialogue in Europe“ (Interkultureller Dialog in Europa), Flash Eurobarometer 217, http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_217_sum_en.pdf

„INVOLVE – Integration of migrants through volunteering“ (INVOLVE – Integration von Zuwanderern durch ehrenamtliche Tätigkeit), Centre for European Volunteering, www.cev.be/data/File/INVOLVEreportEN.pdf

„Jobs for Immigrants (Vol. 2): Labour market integration in Belgium, France, the Netherlands, and Portugal“ (Arbeit für Migranten, Bd. 2: Integration auf dem Arbeitsmarkt in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Portugal), OECD,
www.oecd.org/els/migration/integration/jobs2

„Locating immigrant integration policy measures in the machinery of the European Commission“ (Integrationspolitische Maßnahmen für Zuwanderer in der Maschinerie der Europäischen Kommission), Migration Policy Group,
www.migpolgroup.com/projects_detail.php?id=21

„Majority Populations’ Attitudes towards Migrants and Minorities“ (Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Migranten und Minderheiten), Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
<http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Report-1.pdf>

„Media4Diversity – Taking the pulse of diversity in the media“ (Medien für Vielfalt: Am Puls der Vielfalt in den Medien), Internews Europe, Media Diversity Institute, IFJ, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=nl&catId=423&newsId=512&furtherNews=yes>

„Migration and Integration – Europe’s big challenge: What role do the media play?“ (Migration und Integration – die große Herausforderung für Europa: Welche Rolle spielen die Medien?), [www.miramedia.nl/media/files/Reader_WorkingGroups\(1\).pdf](http://www.miramedia.nl/media/files/Reader_WorkingGroups(1).pdf)

„Migration and Public Perception“ (Migration und öffentliche Wahrnehmung), Bureau of European Policy Advisors of the European Commission, http://ec.europa.eu/dgs/policy_advisers/publications/docs/bepa_migration_final_09_10_006_en.pdf

„Moving Europe: EU research on migration and policy needs“ (Europa bewegen: EU-Forschung zu Migration und politischen Anforderungen), Europäische Kommission, Generaldirektion Forschung, ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/ssh/docs/ssh_research_migration_20090403_en.pdf

„Overview of Digital Support Initiatives for/by Immigrants and Ethnic Minorities in the EU27“ (Übersicht über Initiativen zur digitalen Unterstützung für/von Migranten und ethnischen Minderheiten in der EU-27), IPTS Report,
<http://ipts.jrc.ec.europa.eu/publications/pub.cfm?id=1888>



„POLITIS: Building Europe with New Citizens? An Inquiry into the Civic Participation of Naturalised Citizens and Foreign Residents in 25 Countries“ (POLITIS: Europa bauen mit neuen Staatsbürgern? Eine Untersuchung der bürgerschaftlichen Beteiligung eingebürgerter und ausländischer ansässiger Bürger in 25 Ländern), www.politis-europe.uni-oldenburg.de/

„Racism and cultural diversity in European media: a review of research“ (Rassismus und kulturelle Vielfalt in europäischen Medien: eine Forschungsübersicht), von Jessika ter Wal, www.ekr.admin.ch/themen/00114/00120/00121/00122/index.html?lang=de&download=NHzLpZeg7t

„Racism, Xenophobia and the Media: Towards respect and understanding of all religions and cultures: conference report“ (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die Medien: Für Respekt und Verständnis für alle Religionen und Kulturen: Konferenzbericht), österreichische EU-Ratspräsidentschaft und Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/euomed_en.pdf

„Sharing Diversity: national approaches to intercultural dialogue in Europe“ (Gemeinsame Vielfalt: nationale Ansätze für einen interkulturellen Dialog in Europa), www.interculturaldialogue.eu/web/files/14/en/Sharing_Diversity_Final_Report.pdf

„The Rainbow Paper: Intercultural Dialogue: From Practice to Policy and Back“ (Das Regenbogenpapier: Interkultureller Dialog – von der Praxis zur Politik und zurück), Plattform für ein interkulturelles Europa, www.eurocult.org/uploads/docs/886.pdf

„Thinking forward: Making the Media more Diverse and the Role of Change Agents“ (Vorausgedacht: Mehr Vielfalt in den Medien und die Aufgabe von „Change Agents“), www.miramedia.nl/media/files/guide_for_change_agents.pdf

„TIES: The integration of the European second generation“ (TIES: Die Integration der zweiten Generation in Europa), www.tiesproject.eu

„What Works in Migrant Education? A Review of Evidence and Policy Options“ (Erfolgreiche Maßnahmen in der Bildung von Migranten – ein Überblick über die Fakten und die Optionen der Politik), Positionspapier der OECD zur Bildung von Zuwanderern, [www.ois.oecd.org/olis/2009doc.nsf/NEWRMSFREDAT/NT00000B0A/\\$FILE/JT03259280.PDF](http://www.ois.oecd.org/olis/2009doc.nsf/NEWRMSFREDAT/NT00000B0A/$FILE/JT03259280.PDF)

„Where Immigrant Students Succeed: A Comparative Review of Performance and Engagement in PISA 2003“ (Wo Studenten mit Migrationshintergrund erfolgreich sind: Eine vergleichende Studie zu Leistung und Verpflichtung bei PISA 2003), OECD, www.oecd.org/dataoecd/2/38/36664934.pdf

„White Paper on Intercultural Dialogue: Living Together as Equals in Dignity“ (Weißbuch zum interkulturellen Dialog: Zusammenleben als Gleichrangige in Würde), Europarat, www.coe.int/t/dg4/intercultural/default_en.asp

Europäische Kommission

**Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker,
Dritte Ausgabe, April 2010**

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

2010 – 194 S. – 17 x 24 cm

ISBN 978-92-79-13508-8

doi:10.2758/15070

Wo erhalte ich EU-Veröffentlichungen?

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- über die Buchhandlung mit Angabe des Titels, des Verlags und/oder der ISBN-Nummer;
- direkt über eine unserer Verkaufsstellen.

Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://bookshop.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

Kostenlose Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Kommission. Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://ec.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.



In diesem Handbuch werden vorbildliche Verfahren und Erfahrungen aus 27 EU-Mitgliedstaaten und anderen Zuwanderungsländern zu den folgenden Themen vorgestellt: Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahren auf europäischer Ebene, Massenmedien und Integration, Sensibilisierung und mehr Handlungskompetenz für Zuwanderer, Dialogplattformen, Erwerb der Staatsangehörigkeit und Ausübung einer aktiven Staatsbürgerschaft, junge Zuwanderer, Bildung und Arbeitsmarkt.

Es ist in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen mit dem Ziel erarbeitet worden, den Austausch von Erfahrungen und Informationen zu erleichtern und damit zur Schaffung eines einheitlichen Rahmens für die Integration beizutragen. Das Handbuch wendet sich an Entscheidungsträger und Praktiker auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene.

